

Projekt-Nr.: 5-189-19

Zusammenfassende Erklärung
gemäß § 10a BauGB

Gemeinde Glüsing

Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3
„Asphaltmischwerk“

Zusammenfassende Erklärung gemäß § 10a BauGB über die Art und Weise, wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Bebauungsplan berücksichtigt wurden und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde.

1. Berücksichtigung der Umweltbelange

Die Gemeinde hat bei der Aufstellung des Bebauungsplanes die Umweltbelange aus ihrer Sicht hinreichend berücksichtigt.

Das nächste FFH-Gebiet (FFH-Gebiet 1721-302 „Wald bei Hollingstedt“) befindet sich in einer Entfernung von rund 2,5 km nordwestlich von Glüsing und außerhalb der Gemeindegrenze. Das Gebiet „Kleine Geestrücken südlich Dörpling“ (FFH-Gebiet 1721-309) liegt bereits 5,3 km entfernt. Teilflächen des EU-Vogelschutzgebietes „Eider-Treene-Sorge-Niederung“ befinden sich in rund 6 km Entfernung. Eine relevante Beeinträchtigung der Erhaltungsziele bzw. der Schutzziele der Gebiete durch das Planvorhaben kann auf Grund der Entfernung sicher ausgeschlossen werden.

Durch die Umsetzung der Planung könnten Arten in ihrem Lebenszyklus gestört werden. Die Störung ergibt sich durch Beunruhigung, Scheuchwirkung und Lärm während der Bauphase. Diese Störungen sind auch derzeit für das Plangebiet und Jahren gegeben und dürften keine Auswirkungen auf die Avifauna besitzen. Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung von Störeffekten sind nicht erforderlich. Ein Verbotstatbestand der Störung gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG tritt nicht ein. Insgesamt kann weder für Arten des Anhanges IV der FFH-Richtlinie noch für europäische Vogelarten eine Beeinträchtigung im Sinne des § 44 BNatSchG durch das Planvorhaben erkannt werden.

Gebiet durch die aktuelle Nutzung eine nur sehr geringe Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung. Eine wesentliche oder erhebliche Beeinträchtigung der Erholungseignung

kann somit sowohl während der Bauphase (baubedingt), durch die Anlage selbst sowie während der Betriebsphase sicher ausgeschlossen werden. In Bezug auf Immissionen durch Lärm und Staub liegen entsprechende Fachgutachten den Planunterlagen bei, welche die Situation unter Berücksichtigung der umgebenen Immissionsorte betrachten bewerten. Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden sichergestellt.

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung konnte dargelegt werden, dass keine europarechtlich geschützten Arten durch die Planung betroffen sind. Insgesamt ist damit durch das Vorhaben bezüglich der bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen von keiner erheblichen Auswirkung auf Pflanzen, Tiere und die biologische Vielfalt des Betrachtungsraumes auszugehen.

Da das Plangebiet bereits seit Jahren als Asphaltmischanlage samt Nebenstrukturen genutzt wird, resultiert bei Planumsetzung keine zusätzliche Wirkung auf die Fläche. Erhebliche Auswirkungen können deshalb sicher ausgeschlossen werden.

Insgesamt wird die Vorbelastung der Böden im Plangeltungsbereich als hocheingestuft. Dies beruht auf die frühere Nutzung durch Kiesabbau, anschließende Teilverfüllung und Folgenutzung als Betriebsgelände für das Asphaltmischwerk. Bau-, anlagen- und betriebsbedingt ergeben sich für das Schutzgut Boden keine als erheblich eingestufte Auswirkungen. Zur Reduktion der Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen durch Bodenversiegelungen sind allerdings

Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, deren Bilanzierung dem Umweltbericht entnommen werden kann.

Ein direkter Eingriff in Oberflächengewässer erfolgte nicht, eine Beeinträchtigung ist somit ausgeschlossen.

Baubedingt lassen sich durch Bodenverdichtungen der Baufahrzeuge keine Wirkungen auf den Wasserhaushalt erkennen. Für das Schutzgut Wasser bzw. Grundwasser und Trinkwasser werden durch die vorgelegte Planung insgesamt keine erheblichen Auswirkungen prognostiziert.

Bau-, anlagen- und betriebsbedingt erhebliche Auswirkungen auf die Luft werden durch die vorgelegte Planung nicht erkannt. Da das Plangebiet nicht in einem Bereich mit besonderer Bedeutung für die Kaltluftentstehung und/oder -austauschfunktionen oder besondere siedlungsklimatische Austauschfunktion besitzt, wird keine lokalklimatische Auswirkung bei Realisierung des Planvorhabens erwartet.

Unter Berücksichtigung der vorhandenen Grundbelastung des Plangebietes und des näheren Umfeldes sowie durch die nicht vorhandene Fernwirkung des vorhandenen Bestands des Asphaltmischwerkes kann eine erhebliche Beeinträchtigung der Landschaft und insbesondere des Landschaftsbildes ausgeschlossen werden. Auch für das geplante Landschaftsschutzgebiet "Nordergeest", welches das Betriebsgelände mit einer Pufferzone von 200 m ausklammert, wird durch die Planrealisierung keine relevante Beeinträchtigung der Schutzziele des Gebietes erwartet. Durch das vorhandene Geländere Relief, die bereits vorhandenen dichten Gehölz- und Waldbestände sowie der dichten Knicks ist eine weitere Abpflanzung des Gebietes zur Einbindung in die Landschaft somit nicht erforderlich und nicht zielführend. Minimierende Maßnahmen für das Schutzgut Landschaftsbild sind deshalb nicht erforderlich.

Im Plangebiet befinden sich keine Objekte des kulturellen Erbes oder sonstige Sachgüter, eine Beeinträchtigung durch die vorgelegte Planung kann damit sicher ausgeschlossen werden.

2. Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB sowie die eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB wurden seitens der Gemeinde Glüsing abgewogen und am 07.06.2021 per Abwägungsbeschluss beschlossen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung (frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit) nach § 3 Abs. 1 BauGB wurden seitens der Öffentlichkeit weder Hinweise noch Bedenken vorgebracht.

Im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Planunterlagen nach § 3 Abs. 2 BauGB wurden seitens der Öffentlichkeit weder Hinweise noch Bedenken vorgebracht.

Die im Rahmen des Verfahrens der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung nach § 4 Abs. 1 und nach § 4 Abs. 2 BauGB vorgetragenen Belange hat die Gemeinde im Zuge der Ausarbeitung der Entwurfsunterlagen aus ihrer Sicht hinreichend berücksichtigt.

Insbesondere die Kreisverwaltung Dithmarschen gab im Rahmen der Beteiligungsverfahren verschiedene formelle und inhaltliche Hinweise, welche entsprechend berücksichtigt wurden.

Grundsätzliche Bedenken gegen die Planung wurden darüber hinaus nicht geäußert. Die weiteren Inhalte der eingegangenen Stellungnahmen wurden form- und firstgerecht abgewogen und berücksichtigt.

Der Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB erfolgte am 07.06.2021.

Mit Schreiben vom 25.08.2021 hat der Kreis Dithmarschen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Glüsing mit Auflagen genehmigt. Diese Auflagen wurden in die Planunterlagen eingearbeitet. Mit Schreiben vom 18.10.2021 wurden der Kreis Dithmarschen sowie die Landesplanungsbehörde gemäß § 4a Abs. 3 BauGB erneut beteiligt. In der Zeit vom 20.10.2021 bis 05.11.2021 erfolgte eine erneute öffentliche Auslegung.

Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmungen (Auflagen) durch einen satzungsändernden Beschluss vom 24.11.2021 erfüllt, die Hinweise sind damit hinreichend beachtet.

3. Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Die vorliegende Planung erfolgte an diesem Standort unter Betrachtung möglicher Standortalternativen, der Vorprägung des Standortes durch die bisherige Nutzung sowie die Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit eines möglicherweise neuen Standortes. Die detaillierte Standortprüfung ist der Planbegründung des Bebauungsplanes zu entnehmen. Die Planung der Gemeinde Glüsing am gewählten Standort entspricht einer geordneten und nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung des Gemeindegebietes.

gez. Ursula Rink
Bürgermeisterin

**Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
gemäß § 44 BNatSchG**

**zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
Nr. 3 „Asphaltmischwerk“
in der Gemeinde Glüsing
Kreis Dithmarschen**

Auftraggeber:

Vereinigte Asphalt und Mischwerke GmbH & Co
Wollinstraße 25
24782 Büdelsdorf
Telefon 04331 358-0

Auftragnehmer:



Biologen im Arbeitsverbund
Dr. A. Dannenberg
Hermann Clausen Str. 13
24837 Schleswig
Telefon: 04621 9634-0

Bearbeitung:

Dipl.- Biol. Dr. A. Dannenberg
Dipl.-Biol. Dr. M. Schumann

Schleswig, im September 2020

Inhalt

1	Veranlassung und Aufgabenstellung.....	5
2	Rechtliche Rahmenbedingungen	6
3	Untersuchungsraum und beurteilungsrelevante Merkmale des Vorhabens.....	8
4	Methoden.....	10
4.1	Relevanzprüfung	10
4.2	Konfliktanalyse	11
4.3	Datengrundlage.....	11
4.3.1	Potenzialanalyse Fledermäuse	12
4.3.2	Geländeerfassung Haselmaus	12
4.3.4	Geländeerfassung Brutvögel	12
4.3.5.	Geländeerfassung Amphibien und Reptilien.....	12
4.3.6.	Ausgewertete Unterlagen.....	13
5	Bestand.....	13
5.1	Biotop- und Strukturtypen.....	13
5.2	Fledermäuse	14
5.3	Haselmaus	15
5.4	Brutvögel.....	15
5.5	Amphibien und Reptilien	17
6	Relevanzprüfung.....	19
6.1	Europäische Vogelarten	19
6.2	Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie.....	19
7	Artenschutzrechtlicher Handlungsbedarf.....	20
8	Fazit.....	21
9	Literatur.....	22

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Im Untersuchungsgebiet auftretende Biotop- und Strukturtypen

Tabelle 2: Liste der Brutvogelarten

Tabelle 3: Liste der nachgewiesenen Amphibien

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Lage des Plangebietes

Abbildung 2: Übersicht zum Standort der Schüttgutlagerhallen

1 **Veranlassung und Aufgabenstellung**

Die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG aus Büdelsdorf (VAM GmbH & Co KG) betreibt in der Gemeinde Glüsing im Kreis Dithmarschen im planungsrechtlichen Außenbereich des Gemeindegebietes ein Asphaltmischwerk. (vgl. Abb. 1: Lageplan zum Standort des Asphaltmischwerkes in der Gemeinde Glüsing).

Aufgrund neuer Richtlinien der TA Luft und dem Wunsch des Betreibers nach einer Anpassung an neueste technische Standards sind bauliche Änderungen und Erweiterungen der Anlage insbesondere hinsichtlich der Lagertechnik erforderlich. Bisher offen gelagerte Materialeien sollen zukünftig überdacht untergebracht werden und so vor Verwehung und Durchnässung geschützt werden. Vorgesehen ist eine Bestandsüberplanung auf Grundlage des bestehenden Werksgeländes, eine Erweiterung des Firmenareals ist nicht erforderlich. Die baulichen Maßnahmen machen eine - da im Außenbereich gelegen und der Betrieb einer Asphaltmischanlage nicht einer Privilegierung nach § 35 BauGB unterliegt - formelle Bauleitplanung erforderlich. Bei der Erstellung des Umweltberichtes und ersten Geländebegehungen wurde das Vorkommen von europarechtlich geschützten Arten und insbesondere von Amphibienarten vermutet, so dass ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag gemäß § 44 BNatSchG beim Büro B.i.A. - Biologen im Arbeitsverbund durch die Firma Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG beauftragt wurde.



Abb.1: Lageplan zum Standort des Asphaltmischwerkes in der Gemeinde Glüsing im Kreis Dithmarschen

2 Rechtliche Rahmenbedingungen

Im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) sind die Belange des besonderen Artenschutzes auch im Hinblick auf die Beurteilung von Eingriffen in Natur und Landschaft definiert. Der vorliegende Fachbeitrag beinhaltet daher eine gesonderte Betrachtung der möglichen Auswirkungen des Bauvorhabens aus artenschutzrechtlicher Sicht.

Neben der Ermittlung der relevanten, näher zu betrachtenden Arten ist die zentrale Aufgabe der vorliegenden Betrachtungen, im Rahmen einer Konfliktanalyse mögliche artspezifische Beeinträchtigungen zu ermitteln und zu prüfen, ob für die relevanten Arten Zugriffsverbote ausgelöst werden.

Der rechtliche Rahmen für die Abarbeitung der Artenschutzbelange ergibt sich aus dem BNatSchG. Berücksichtigung findet die zuletzt am 29.07.2009 geänderte und am 01.03.2010 in Kraft getretene Fassung. Die zentralen Vorschriften des besonderen Artenschutzes sind in

§ 44 BNatSchG formuliert, der in Absatz 1 für die besonders geschützten und die streng geschützten Tiere und Pflanzen unterschiedliche Zugriffsverbote beinhaltet. So ist es gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Die besonders geschützten bzw. streng geschützten Tier- und Pflanzenarten werden in § 7 Abs. 2 Nr. 13 bzw. Nr. 14 BNatSchG definiert. Als besonders geschützt gelten demnach:

- a) Arten des Anhang A oder B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 (EU-Artenschutzverordnung),
- b) nicht unter a) fallende, in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) geführte Arten,
- c) alle europäischen Vogelarten und
- d) Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 BNatSchG aufgeführt sind.

Bei den streng geschützten Arten handelt sich um besonders geschützte Arten, die aufgeführt sind in:

- a) Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 (EU-Artenschutzverordnung),
- b) Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) oder
- c) in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 2 BNatSchG aufgeführt sind.

§ 44 Abs. 5 BNatSchG weist auf die unterschiedliche Behandlung von national und gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten bei nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffen sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG hin. § 45 Abs. 7 BNatSchG definiert bestimmte Ausnahmen von den Verboten und § 67 Abs. 2 BNatSchG beinhaltet eine Befreiungsmöglichkeit.

Vor dem Hintergrund des dargelegten gesetzlichen Rahmens sind die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die artenschutzrechtlichen Belange zu untersuchen. So ist zu prüfen, ob Zugriffsverbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgelöst werden können und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das Eintreten von Verbotstatbeständen zu vermeiden. Ist dies nicht möglich, wäre nachzuweisen, ob die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG gegeben sind.

3 Untersuchungsraum und beurteilungsrelevante Merkmale des Vorhabens

Untersuchungsraum

Das rund 9 ha große Plangebiet liegt im Kreis Dithmarschen. Das rund 9 ha große Plangebiet liegt im Kreis Dithmarschen, zwischen den Ortschaften Schalkholz im Südosten und Holtingstedt im Nordwesten und im südöstlichen Bereich des Gemeindegebietes der Gemeinde Glüsing (vgl. Abb. 1). Das Gebiet schließt sich südlich an die Landesstraße L 149 (Strecke Friedrichstadt – Albersdorf) an, mit der es über eine kleine Stich- bzw. Erschließungsstraße verbunden ist

Das Betriebsgelände befindet sich in einem ehemaligen, großräumigen Bodenabbaubereich und ist damit gegenüber dem umliegenden Gelände deutlich eingesenkt. Westlich und südlich wird das Plangebiet durch eine Straße begrenzt. An der westlichen Straße befindet sich die Zufahrt zum Werksgelände am Ende der Zufahrt befindet sich ein kleiner Parkplatz und Verwaltungsgebäude mit einer LKW-Waage. Die Straßen sind durch Knicks gesäumt und verhindern weitgehend einen freien Blick auf das Betriebsgelände, das durch die Asphaltmischanlage und diverse Schüttguthalden (Zuschlagstoffe) für die Asphaltherstellung charakterisiert wird. Nördlich, östlich und auch südliche schließen an das Gelände Wald- bzw. Forstbestände an und führen weiterhin zu einer Sichtverschattung. Unmittelbar an das Gelände stoßen aber auch Ackerflächen, so im Nordwesten und im Südwesten. Randlich wird das Betriebsgelände von Gräben umschlossen, im südwestlichen Bereich lassen sich zwei kleine technische Gewässer finden, im Osten ein Feuerlöschteich.

Für den Artenschutzbericht wurde das gesamte Plangebiet sowie die unmittelbar angrenzenden Bereiche bearbeitet, dabei konzentriert sich der Bericht aber auf das Betriebsgelände und insbesondere auf die Oberflächengewässer. Die exakten Grenzen des Bearbeitungsgebietes und die Biotopausstattung kann dem Bestandsplan im Anhang entnommen werden.

Beurteilungsrelevante Eingriffsmerkmale

Da die bestehende Anlage seit 1975 betrieben wird, soll im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung nur die vorgesehenen baulichen Veränderungen auf dem Betriebsgelände hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die artenschutzrechtlichen Belange abgeprüft werden. Durch das geplante Vorhaben wird es zu bau-, anlage und betriebsbedingte Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt des Plangebietes kommen. Beurteilungsrelevante Eingriffe sind vorrangig durch den Bau der Lagerhallen für die Zuschlagstoffe bzw. das Schüttgut gegeben. Eine Erweiterung über das derzeitige genutzte Firmengelände hinaus ist nicht vorgesehen. Struktur- und Raumveränderungen werden deshalb nicht erwartet. Der Abb. 2 sind die Bereiche mit den geplanten überdachten Lagerhallen zu entnehmen.

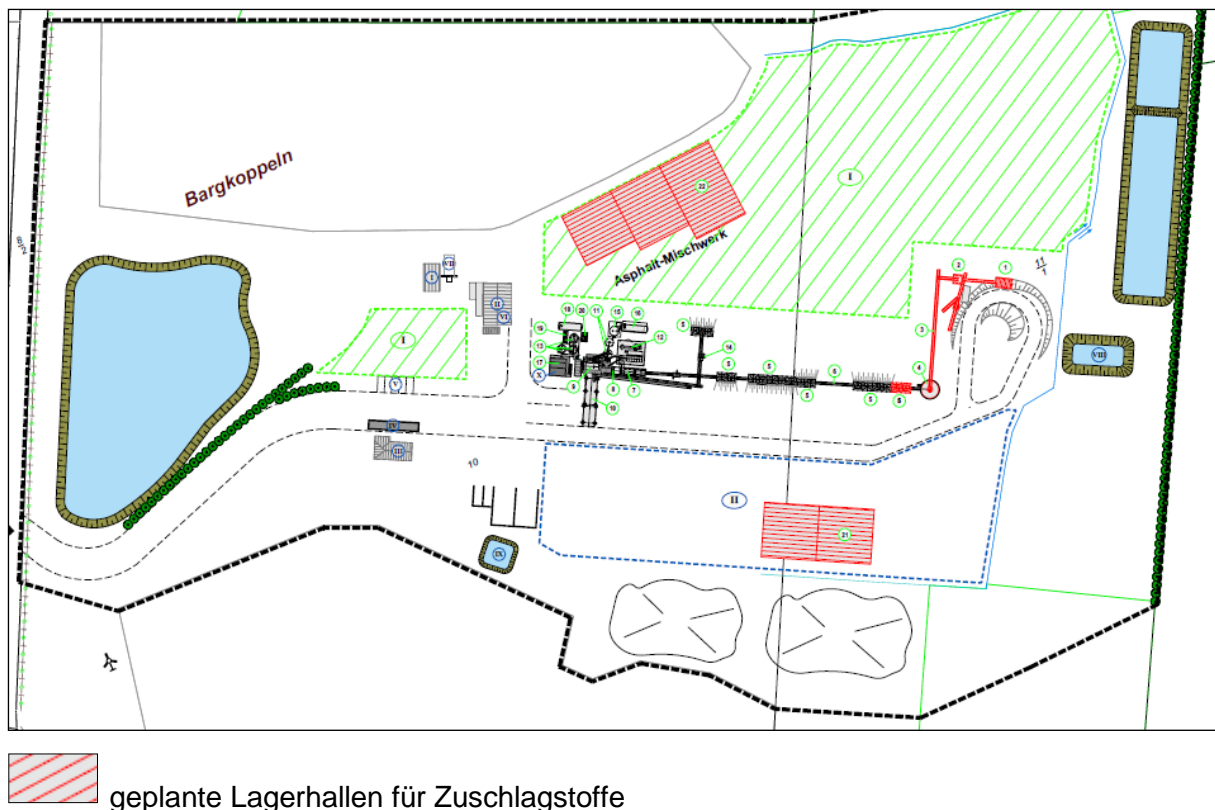


Abb. 2: Standorte der geplanten überdachten Lagerhallen (Stand: September 2020)

Bei der Beurteilung der Beeinträchtigung ist der derzeitige Betrieb auf dem Gelände, d.h. der Betrieb der Asphaltmischanlage einschließlich der Anlieferung und Lagerung von Ausbauasphalt und Zuschlagstoffen als vorhandene Grundbelastung zu berücksichtigen. Die Einwirkung von Lärm, Staub und Scheuchwirkungen durch den Anlagenbetrieb sind somit bereits Wirkfaktoren, die die aktuell erfassten Lebensgemeinschaften prägen. Eine Zunahme der Grundbelastung wird nicht erwartet. Im Folgenden sollen die möglichen Wirkfaktoren zunächst kurz benannt werden:

Baubedingte Wirkfaktoren:

- Töten einzelner Individuen durch vorbereitende Baumaßnahmen zum Hallenbau für das Schüttgut, d.h. vollständige Versiegelung der Flächen im Bereich der Überdachungen / Hallen. Töten einzelner Individuen durch Baustellenverkehr während der Brut- bzw. Aktivitätsphasen insbesondere immobiler Tiere bzw. immobiler Entwicklungsstadien,
- Verlust von Lebensräumen durch Vollversiegelungen,
- baubedingte Lärm- und Schadstoffemissionen (vorhandene Grundbelastung bleibt bestehen, aber zusätzliche Belastung während der Bauphase),
- erhöhte Scheuchwirkungen durch die Anwesenheit von Maschinen und Menschen

(vorhandene Grundbelastung, aber zusätzlicher Baustellenverkehr)

Anlagebedingte Wirkfaktoren:

- Dauerhafter Lebensraumverlust im Bereich der Überdachungen / Hallen, z.B. keine temporären Blänkenbildung für Amphibien mehr möglich, keine Nestanlage für Bodenbrüter usw.
- Barrierewirkung durch Seitenwände der Überdachungen / Hallen

Betriebsbedingte Wirkfaktoren

- Scheuch- und Störwirkungen durch neue Strukturen (vermutlich weitgehend bestehende Grundbelastung)

4 Methoden

Die Abarbeitung der artenschutzrechtlichen Prüfschritte erfolgt in enger Anlehnung an die von LBV-SH & AFPE (2016) vorgeschlagene Methodik.

4.1 Relevanzprüfung

Die Relevanzprüfung (Kap. 6) hat zur Aufgabe, diejenigen vorkommenden oder potenziell vorkommenden Arten zu ermitteln, die hinsichtlich der möglichen Wirkungen des Vorhabens zu betrachten sind. In einem ersten Schritt wird zunächst ermittelt, welche Arten aus artenschutzrechtlichen Gründen für die Betrachtung relevant sind.

So sind im Hinblick auf den besonderen Artenschutz nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zwingend alle *europarechtlich* geschützten Arten zu berücksichtigen. Dies sind zum einen alle **europäischen Vogelarten** (Schutz nach VSchRL) und zum anderen alle in **Anhang IV** der FFH-Richtlinie aufgeführte Arten. Die lediglich nach nationalem Recht besonders geschützten und streng geschützten Arten können dann von der artenschutzrechtlichen Prüfung ausgenommen werden, wenn es sich bei dem zu prüfenden Projekt um ein nach § 15 BNatSchG zulässiges Vorhaben oder ein Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG handelt, das nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig ist.

Neben den europarechtlich geschützten Arten gilt die Privilegierung nach § 44 Abs. 5 BNatSchG auch nicht für Arten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind. Hierbei handelt es sich zum einen um in ihrem Bestand gefährdete Tier- und Pflanzenarten sowie um solche Arten, für die die Bundesrepublik Deutschland in hohem Maße verantwortlich ist. Da diese Rechtsverordnung bislang nicht rechtskräftig vorliegt, kann sie im vorliegenden Fachbeitrag keine Anwendung finden.

In einem zweiten Schritt können unter den oben definierten europarechtlich geschützten Arten alle jene Arten ausgeschieden werden, die im Untersuchungsgebiet aufgrund ihres Verbreitungsmusters oder aufgrund fehlender geeigneter Habitatstrukturen nicht vorkommen oder die

gegenüber den vorhabensspezifischen Wirkfaktoren als unempfindlich gelten.

Für die verbleibenden relevanten Arten schließt sich eine artbezogene Konfliktanalyse an.

4.2 Konfliktanalyse

In der Konfliktanalyse ist zu prüfen, ob für die relevanten, gemäß der durchgeführten Relevanzprüfung näher zu betrachtenden Arten die spezifischen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 BNatSchG unter Berücksichtigung der Art. 12 und 13 FFH-RL und Art. 5 VSchRL eintreten. In diesem Zusammenhang können Vermeidungsmaßnahmen mit dem Ziel vorgesehen werden, dass nicht gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen wird oder Beeinträchtigungen zumindest minimiert werden. Ist dies nicht möglich, wäre nachzuweisen, ob die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG gegeben sind.

In der artbezogenen Wirkungsprognose werden die projektspezifischen Wirkfaktoren (insbesondere baubedingte Störungen, anlagebedingter Lebensraumverlust sowie anlagen- und betriebsbedingte Störungen) den artspezifischen Empfindlichkeitsprofilen gegenübergestellt und geprüft, welche der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände für die relevanten Arten zutreffen bzw. zu erwarten sind.

Die Beurteilung erfolgt standardisiert mit Hilfe von Formblättern gemäß dem Artenschutzvermerk des LBV-SH & AfPE (2016). Hierbei werden für jede zu prüfende Art Angaben zum Schutzstatus, zur Bestandsgröße und zur Verbreitung in Deutschland und Schleswig-Holstein, zur Habitatwahl und besonderen Verhaltensweisen, zum Vorkommen im Betrachtungsgebiet sowie zu artspezifischen Empfindlichkeiten und Gefährdungsfaktoren gemacht. Darauf aufbauend werden alle möglichen Schädigungs- und Störungstatbestände abgeprüft. Reichen derzeitige gutachterliche oder wissenschaftliche Erkenntnisse für eine sichere Beurteilung der Erheblichkeit einer Beeinträchtigung nicht aus, so wird bei der Beurteilung der projektbedingten Auswirkungen eine Erheblichkeit angenommen.

Gefährdete Arten und Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie werden ggf. mit Hilfe eines artspezifischen Formblattes einzeln abgehandelt. Ungefährdete Arten ohne besondere Habitatansprüche können gemäß LBV-SH & AfPE (2016) zu Artengruppen (Gilden) zusammengefasst und hinsichtlich der potenziellen Beeinträchtigungen und möglichen Verbotstatbestände gemeinsam geprüft werden.

Die Ergebnisse der Konfliktanalyse werden in Kap. 7 zusammengefasst.

4.3 Datengrundlage

Zur Erfassung artenschutzrechtlich relevanter Tier- und Pflanzenarten erfolgten sowohl gezielte Geländeerhebungen vor Ort als auch eine Abfrage und Auswertung vorhandener Daten und darauf aufbauende Potenzialabschätzung.

Zur genaueren Charakterisierung des Plangebietes wurde eine flächendeckende Biotop- und Strukturtypenkartierung berücksichtigt, die im Rahmen des Umweltberichtes angefertigt wurde

(B.i.A. 2020). Die Biotoptypen sind für die artenschutzrechtliche Bewertung möglicher Beeinträchtigungen weniger relevant, geben aber Auskunft und Anhaltspunkt über das Vorkommenspotential von Tier- und Pflanzenarten.

4.3.1 Potenzialanalyse Fledermäuse

Auf eine Geländeerfassung der Fledermäuse wurde im Rahmen vorliegender Bearbeitung unter Berücksichtigung des Eingriffs und der Lebensraumausstattung verzichtet. Zur Bearbeitung der Artengruppe der Fledermäuse erfolgt eine Potenzialanalyse. Diese Analyse hat zum Ziel die im Untersuchungsgebiet vorhandene Lebensraumausstattung mit den artspezifischen Habitatansprüchen in Bezug zu setzen und ein mögliches Vorkommen von relevanten Arten abzuleiten. Darüber hinaus wurden sämtliche Gebäude, Remisen und gebäudeähnlich Bauten im Bereich des Betriebsgeländes einer Kontrolle unterzogen und ihre Eignung als Quartiere geprüft.

4.3.2 Geländeerfassung Haselmaus

Die Kartierung der Haselmaus erfolgte durch gezielte Nachsuche der Knicks nach Nestern und Haselnüssen mit charakteristischen Fraßspuren und unter Berücksichtigung der Vorkommensbereiche der Art in Schleswig-Holstein.

4.3.4 Geländeerfassung Brutvögel

Die Erfassung der Brutvögel erfolgte flächendeckend im gesamten Untersuchungsgebiet in Anlehnung an eine quantitative Revierkartierung nach SÜDBECK et al. (2005). Im Rahmen der Kartierung wurden zwischen Mitte April bis Ende Juli 2020 insgesamt vier Begehungen in den frühen Morgen- oder in den Abendstunden zur Zeit der höchsten Gesangsaktivität durchgeführt. Alle Beobachtungen wurden mit Angabe zur Art und Verhalten in Tageskarten eingetragen.

Folgende Beobachtungen und Hinweise sprechen für den Brutstatus einer Art:

- wiederholte revieranzeigende Merkmale wie Gesang und Balz,
- Nestbauaktivitäten,
- energisches Warnen und
- Füttern und Führen von Jungen.

Auf die Ermittlung einer quantitativen Aussage zu den Brutvögeln wurde verzichtet.

4.3.5. Geländeerfassung Amphibien und Reptilien

Die Erfassung der Amphibien- und Reptilienbestände erfolgte im Rahmen von vier Geländebegehungen zwischen Mitte April und Anfang August an sämtlichen im Untersuchungsgebiet vorhandenen Kleingewässern, wasserführenden Gräben und feuchten Senken (Amphibien) bzw. an allen für Reptilien geeigneten Habitatstrukturen wie offene Ruderalfluren,

Saumstrukturen zwischen den Gehölzen und in Offenlandbereiche mit Deckungsstrukturen und Böschungen mit Grasvegetation.

Die Untersuchungen zur Erfassung der Amphibienfauna wurden optisch und akustisch durchgeführt. Im zeitigen Frühjahr stand der Fokus auf der Erfassung rufender und laichender Tiere sowie zur Erfassung von Larven statt. Die Sommerbegehungen verfolgten das Ziel, Adulte, Jungfrösche und die sich später entwickelnden Larven der Molch-Arten durch Keschern zu erfassen.

Die Erfassung der Reptilienfauna erfolgte durch Sichtbeobachtung in Kombination mit gezieltem Absuchen geeigneter Habitatstrukturen, künstliche Verstecke wurden nicht ausgebracht.

4.3.6. Ausgewertete Unterlagen

Zur weiteren Ermittlung von möglichen Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Tier- und Pflanzenarten im Betrachtungsraum wurden folgende Unterlagen ausgewertet bzw. folgende Quellen abgefragt:

- Abfrage Artenkatasters (faunistische Datenbank) des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein (LLUR), Stand 11/2020,
- Auswertung der gängigen Werke zur Verbreitung von Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein (v. a. KOOP & BERNDT 2014, BORKENHAGEN 2011, FÖAG 2007, FÖAG 2010, FÖAG 2011 HAACKS & PESCHEL 2007, KLINGE & WINKLER 2005, MLUR 2009-2011, MELUR 2012, 2013, STUHR & JÖDICKE 2013, STIFTUNG NATURSCHUTZ 2008, WINKLER et al. 2009).

5 Bestand

5.1 Biotop- und Strukturtypen

Zur Charakterisierung und Bewertung des Plangebietes und zur Darstellung der Lebensraumstrukturen für Tiere wurde eine flächendeckende Biotoptypenkartierung durchgeführt, deren Ergebnisse in der Karte 1 (Biotop- und Strukturtypen; siehe im Anhang) dargestellt ist. Folgende Tabelle sind die erfassten Biotoptypen zu entnehmen.

Tab 1: Biotoptypen und ihr Schutzstatus im Untersuchungsgebiet

Biotoptyp	Biotopcode*)	§-Schutz*)
Gewerbliche Bebauung (Mischwerk und Nebenanlagen)	Slyy	-
Lagerflächen (Zuschlagstoffe / Schüttgut / Oberboden)	Sly	-
Vollversiegelte Verkehrsfläche	SVs	-

Biotoptyp	Biotopcode^{*)}	§-Schutz^{*)}
Unversiegelte Verkehrsfläche	SVu	-
Rasenflächen artenreich	SGe	-
Intensivacker	AAy	-
Graben	FGy	-
Technisches Gewässer (Löschteich, Nachklärbecken)	FXu	-
Ruderales Staudenflur	RHm	-
Typischer Knick	Hwy	§
Feldgehölz auf Steilhang	HGy / XHs	§
Weidenbruchwald	WBw	§
Laubwald	WLy	-
Nadelforst	WFn	-
Steilhang	XHs	-

^{*)} Biotopcode gemäß Kartierschlüssel LLUR 2019

^{**)} Schutzstatus § gemäß § 30 BNatSchG und § 21 LNatSchG S-H gesetzlich geschützte Biotope

Eine detaillierte Beschreibung der Biotoptypen kann dem Umweltbericht zur Begründung des B-Planes (B.i.A. 2020) entnommen werden.

Zusammenfassende Bewertung zur Biotoptypenausstattung

Hinsichtlich der Biotopausstattung kommt dem unmittelbaren Plangebiet nur mit den typischen Knicks (HWy) eine hohe Wertstufe bzw. besonderer Bedeutung zu. Die Knicks sind zudem gesetzlich i.S.d. § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 21 LNatSchG S-H geschützt. Alle übrigen Biotoptypen des Plangeltungsbereiches werden mit einer allgemeinen bis geringen Bedeutung eingestuft.

Außerhalb des Plangebietes und im unmittelbaren Kontakt treten mit dem Weidenbruchwald und dem Feldgehölz auf einem Steilhang weitere gesetzlich geschützte Biotope mit hohem Wert für den floristischen und faunistischen Artenschutz auf.

5.2 Fledermäuse

In Schleswig-Holstein sind derzeit 15 Fledermausarten heimisch (FÖAG 2017). Vier Fledermausarten sind aufgrund ihrer arealgeographischen Verbreitung in Schleswig-Holstein im Plangebiet nicht zu erwarten (Großes Mausohr, Kleine Bartfledermaus, Kleiner Abendsegler und Zweifarbenfledermaus), für weitere Arten kann grundsätzlich ein Vorkommen aufgrund der fehlenden Lebensraumausstattung (keine Baumhöhlen, Wasserflächen) ausgeschlossen werden, dies sind Bechsteinfledermaus, Große Bartfledermaus, Rohhaut- und Franensenfledermaus sowie Teich- und Wasserfledermaus. Alle übrigen fünf Arten könnten grundsätzlich

im Plangebiet auftreten und insbesondere an oder in den Gebäuden auf den Betriebsgelände Tagesverstecke finden. Allerdings fehlen im Gebiet Quartiermöglichkeiten in Großbäumen oder Überhänger der Knicks oder in Gebäudespalten (Tagesverstecke und Balzplätze). Die intensive Nutzung des überwiegend vegetationsfreien Betriebsgeländes stellt darüber hinaus kein geeignetes Jagdhabitat für Fledermäuse dar. Die Eignung des Betrachtungsraumes bzw. des Betriebsgeländes für Fledermäuse wird deshalb als sehr gering eingestuft, das relevante Vorkommen von Fledermäusen im Plangebiet wird ausgeschlossen.

Kurzbewertung Fledermäuse

Das Betriebsgelände des Asphaltmischwerkes sowie der unmittelbar angrenzende Bereich besitzen keine Bedeutung für Fledermausvorkommen.

5.3 Haselmaus

Haselmäuse besiedeln Wälder, Knicks und gehölzreiche Säume mit einem hohen Anteil an Brombeeren und Hasel. Im Plangebiet weisen die Knicks sowie die Feldgehölze keine entsprechenden Arten auf und dürften für Haselmäuse dementsprechend unattraktiv und ungeeignete Strukturen bieten. Ferner befindet sich das Plangebiet westlich der für Schleswig-Holstein bekannten Verbreitung der Art. Die Nachsuche nach Freinester an den Knicks im unmittelbaren Umfeld des Betriebsgeländes blieb ergebnislos, ebenso wie die Suche nach Haselnüssen mit charakteristischen Fraßspuren der Haselmaus. Es kann somit sicher davon ausgegangen werden, dass Haselmäuse im Gebiet nicht vertreten sind.

5.4 Brutvögel

Alle im Rahmen der Geländeerhebungen ermittelten Arten sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Demnach konnten im Untersuchungsgebiet und unmittelbar angrenzenden Bereichen Brutvorkommen von 12 Vogelarten festgestellt werden, von denen keine Art in der aktuellen Roten Liste der Brutvögel (KNIEF et al. 2010) geführt wird. Bluthänfling und Dohle konnten jeweils nur einmal als Nahrungsgast beobachtet werden. Beide Sippen werden auf der Roten Liste Deutschland (SÜDBECK et al. 2007) auf der Vorwarnliste „V“ geführt und gelten demnach als Arten, die im Bestand abnehmen.

Alle nachgewiesenen Brutvogelarten sind gemäß § 7 S.2 Nr. 13 BNatSchG besonders geschützt, nach § 7 S. 2 Nr. 14 BNatSchG streng geschützte Vogelarten kommen im Plangebiet nicht vor.

Tabelle 2: Im Untersuchungsgebiet und angrenzende Bereiche festgestellte Brutvogelarten

Legende: RL SH: Status nach Roter Liste Schleswig-Holstein (KNIEF et al. 2010), RL D: Status nach Roter Liste Deutschland (SÜDBECK et al. 2007), Gefährdungsstatus: 0= ausgestorben, 1= vom Aussterben bedroht, 2= stark gefährdet, 3= gefährdet, V= Vorwarnliste, R= extrem

selten (rare), != ungefährdet, aber SH trägt nationale Verantwortung, VSchRL: Art des Anhangs I, II oder III der Europäischen Vogelschutzrichtlinie, § 7 BN: Streng (§) bzw. besonders (§§) geschützte Arten nach § 7 BNatSchG

	Deutscher Name	Wiss. Artname	RL SH	RL D	VSchRL	§ 7 BN	Bemerkungen/Vorkommen im UG
1.	Amsel	<i>Turdus merula</i>				§	
2.	Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>				§	
3.	Baumpieper	<i>Anthus trivialis</i>				§	
4.	Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>				§	
5.	Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>				§	
6.	Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>				§	
7.	Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>				§	
8.	Gartengrasmücke	<i>Sylvia communis</i>				§	
9.	Goldammer	<i>Emberiza citrinella</i>				§	
10.	Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>				§	
11.	Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>				§	
12.	Kohlmeise	<i>Parus major</i>				§	
13.	Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapilla</i>				§	
14.	Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>				§	
15.	Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>				§	
16.	Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>				§	
	Kolkrabe	<i>Corvus corax</i>				§	Nahrungsgast
	Dohle	<i>Corvus monedula</i>	V			§	Nahrungsgast
	Uhu	<i>Bufo bufo</i>				§	Vorkommen nach LLUR-Datenbank im östlich gelegenen ehemaligen Kiesabbaugebiet; mit einer Entfernung von 250 – 300 m zum Betriebsgelände. Relevanz für vorgelegte Planung liegt nicht vor
	Steinkauz	<i>Athene noctua</i>	2	2		§	Angabe des Verbandes Eulenschutz, Angabe in der WinArt-Datenbank: für Glüsing, im Plangebiet aber keine geeigneten Niststandorte

In den Vordergrund treten im Plangebiet Gehölzfrei- und Gehölzhöhlenbrüter, welche die unterschiedlich strukturierten Gehölzbestände am Rande und außerhalb des Untersuchungsgebietes besiedeln. Häufig traten die sog. Ubiquisten wie Amsel, Blaumeise, Heckenbraunelle

und Buchfink auf. Diese Arten zeigen eher geringe Ansprüche an die Gehölzstruktur und treten in den Gehölzbeständen am westlichen und östlichen sowie nordöstlichen Rand des Betriebsgeländes bzw. außerhalb des Geländes auf.

Mit der Bachstelze konnte eine Brutvogelart festgestellt werden, die eng an menschliche Bauten gebunden ist und Nester an den Bauten im Bereich des Betriebsgeländes bzw. in den Gebäude / Remisen und Nebengebäuden im nordwestlichen Betriebsgelände anlegen.

Im Rahmen der Abfrage zur Datenbank des Landes wurden Steinkauz und Uhu aufgeführt. Der Uhu wurde angegeben für eine ehemalige Kiesgrube, die rund 250 m östlich des Plangebietes liegt. Der Plangeltungsbereich spielt als Brut- oder Nahrungshabitat für den Uhu keine Rolle. Der Steinkauz wurde für die Ortslage von Glüsing angegeben. Gegenwärtig brütet der Steinkauz fast ausschließlich in eigens für die Art angebrachten Nistkästen, so dass es sich bei der Fundangabe vermutlich um ein in der Ortsrandlage angebrachten Brutkasten handelt, der hinsichtlich der artenschutzrechtlichen Beurteilung zum vorliegenden Vorhaben unberücksichtigt bleiben kann.

Zusammenfassende Bewertung Brutvögel

Die Brutvogelgemeinschaft des Betriebsgeländes und der angrenzenden Bereiche ist für einen intensiv genutzten Landschaftsausschnitt bezeichnend und muss hinsichtlich der Vogelwelt als vergleichsweise arten- und individuenarm eingestuft werden. Arten mit höheren oder spezialisierten Raum- und Strukturansprüchen kommen im Bearbeitungsgebiet nicht vor. Für ehemalige Kiesgruben oder Bodenabbaugebiete bezeichnende Vogelarten wie z.B. Uferschwalben oder Flußregenpfeifer sind keine geeigneten Strukturen (mehr) vorhanden.

Insgesamt weist das Gebiet damit nur häufige und individuenarme Vogellebensgemeinschaften der Gehölzhöhlen, Gehölzfrei - und Gebäudebrüter auf. Arten die auf der Roten Liste der Brutvögel aufgeführt sind, lassen sich im Plangebiet nicht nachweisen.

5.5 Amphibien und Reptilien

Im Plangebiet und den Gewässern auf dem Betriebsgelände konnten folgende Arten nachgewiesen werden:

Tab. 3: Liste der nachgewiesenen Amphibien- und Reptilien-Arten

	Wissenschaftlicher Name	Deutscher Name	RL SH	RL D	FFH
Amphibien					
1	<i>Bufo bufo</i>	Erdkröte	★	★	
2	<i>Rana temporaria</i>	Grasfrosch	V	★	
3	<i>Rana esculenta</i>	Teichfrosch	D	★	
4	<i>Triturus vulgaris</i>	Teichmolch	★	★	
Reptilien					

1	-	-			
---	---	---	--	--	--

Legende: RL SH: Status nach Roter Liste Schleswig-Holstein (KLINGE 2003), RL D: Status nach Roter Liste Deutschland (BFN 2009), Gefährdungsstatus: 1= vom Aussterben bedroht, 2= stark gefährdet, 3= gefährdet, * = ungefährdet, V= Vorwarnliste, D= Daten defizitär, FFH: IV = Art wird in Anhang IV der FFH-Richtlinie als besonders zu schützende Art geführt.

Im Rahmen der Geländeerfassungen konnten vier Amphibienarten und keine Reptilienart nachgewiesen werden. Insgesamt betrachtet sind **Amphibien** trotz des Vorhandenseins geeigneter Laichgewässer im Untersuchungsgebiet selten. So konnte der Grasfrosch nur an zwei Stellen in Form von Laichfunden nachgewiesen werden. Es handelte sich um permanent Wasser führende Gräben im südlichen Bereich des Betriebsgeländes in denen jeweils eine geringer Anzahl an Grasfroschlaich gefunden wurde (< 5 Laichballen). Von der Erdkröte konnte nur ein einzelnes Weibchen außerhalb des Betriebsgeländes im Bereich des Weidenbruches beobachtet werden. Auch vom Teichfrosch liegt nur eine Beobachtung vor, so gelang der Nachweis von Jungfröschen im August im Bereich der südöstlichen Kontaktfläche. Der Fund deutet auf eine erfolgreiche Reproduktion im Gebiet hin, vermutlich im Bereich der Gräben oder technischen Gewässer. Mit den Grasfluren und umfangreichen Gehölzbeständen im Anschluss an das Plangebiet, in denen ein dementsprechend günstiges Mikroklima herrscht, sind in den Kontaktbereichen zumindest grundsätzlich Sommerlebensräume für Amphibien vorhanden, die dem Betriebsgelände fehlen. Zu erwähnen ist ferner der Nachweis von drei Teichmolch-Larven im nördlichen Graben zwischen der angrenzenden Ackerfläche und dem Betriebsgelände.

Für die **Reptilienfauna** konnte kein aktueller Nachweis gelingen. Günstige Lebensbereiche für Reptilien fehlen dem Plangebiet weitgehend, ebenso wie den randlichen Strukturen. In der landesweiten Winart-Datenbank wird allerdings die Waldeidechse für „Steilhänge an die Zufahrtsstraße zum Werksgelände“ genannt. Ein aktueller Nachweis der Sippe gelang jedoch nicht. Grundsätzlich wird eine potentielle Vorkommenswahrscheinlichkeit postuliert.

6 Relevanzprüfung

Wie in Kap. 4.1 ausgeführt, sind im Rahmen der Konfliktanalyse aus artenschutzrechtlicher Sicht zwingend alle europäischen Vogelarten sowie alle Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie zu berücksichtigen. Da es sich bei dem zu prüfenden Vorhaben um ein Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG handelt, das nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig ist, spielen die lediglich nach nationalem Recht besonders geschützten und streng geschützten Arten aufgrund der Privilegierung gemäß § 44 Abs. 5 BNatSchG im Hinblick auf die Zugriffsverbote nach § 44 Abs. 1 BNatSchG und hinsichtlich einer möglichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG keine Rolle. Sie brauchen daher im Rahmen der Konfliktanalyse nicht weiter betrachtet zu werden.

6.1 Europäische Vogelarten

Zu prüfen sind alle im Rahmen der Geländeerfassung ermittelten Brutvogelarten, sofern eine vorhabensbedingte Beeinträchtigung nicht im Vorhinein ausgeschlossen werden kann. Dies trifft auf jene Arten zu, deren Lebensraumstrukturen durch das geplante Vorhaben nicht in Anspruch genommen werden und/oder deren Brutvorkommen in einem deutlichem Abstand zu den geplanten Eingriffsflächen liegen.

Hierunter fällt die Bachstelze, die als Gebäudebrüter auf die nicht vom Vorhaben betroffenen Gebäude bzw. die Remise auf dem Betriebsgelände beschränkt bleibt. Die Gebäude bleiben vollumfänglich erhalten und eine relevante, artenschutzrechtliche zu berücksichtigende Beeinträchtigung ergibt sich für die Arten nicht.

Auch sämtliche Knick- und Gehölzstrukturen des Gebietes bleiben erhalten und werden durch den Bau der Lagerhallen nicht beeinträchtigt. Für Vogelarten der Gehölzhöhlen- und Gehölzfreibrüter ergibt sich damit keine artenschutzrechtliche Relevanz.

6.2 Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie

Unter den Arten des Anhang IV finden sich in Schleswig-Holstein Vertreter folgender Artengruppen:

Farn- und Blütenpflanzen: Kriechende Sellerie, Schierlings-Wasserfenchel, Froschkraut

Säugetiere: 15 Fledermaus-Arten, Biber, Fischotter, Haselmaus, Birkenmaus, Schweinswal

Reptilien: Europäische Sumpfschildkröte, Schlingnatter, Zauneidechse

Amphibien: Kammmolch, Knoblauchkröte, Kreuzkröte, Laubfrosch, Moorfrosch, Rotbauchunke, Wechselkröte

Fische: Stör, Nordsee-Schnäpel

Käfer: Eremit, Breitrand, Heldbock, Breitflügeltauchkäfer

Libellen: Große Moosjungfer, Grüne Mosaikjungfer

Schmetterlinge: Nachtkerzen-Schwärmer

Weichtiere: Kleine Flussmuschel

Für die große Mehrzahl der aufgeführten Artengruppen kann ein Vorkommen nach Auswertung der vorliegenden Unterlagen und aufgrund der gut bekannten Standortansprüche und Verbreitungssituation der einzelnen Arten ausgeschlossen werden. So ist mit einem Vorkommen von Pflanzenarten des Anhang IV der FFH-Richtlinie ebenso wenig zu rechnen wie mit einem Vorkommen von an spezifische Gewässer gebundenen Arten wie den genannten Fisch- und Libellen-Arten, von Breitrand und Breitflügeltauchkäfer und der Kleinen Flussmuschel. Ebenso kann eine Besiedlung durch Biber, Birkenmaus, Eremit und Heldbock sowie durch den Nachtkerzen-Schwärmer ausgeschlossen werden, da der Betrachtungsraum nicht im Verbreitungsgebiet der Arten liegt oder keine geeigneten Habitatstrukturen aufweist. Der Schweinswal ist schließlich auf die küstennahen Gewässer der Nord- und Ostsee beschränkt.

Für die Artengruppe der **Amphibien** ergibt sich keine Prüfrelevanz, da keine Sippen des Anhangs IV der FFH-RL nachgewiesen werden konnten. Die individuenarmen Nachweise von Gras- und Teichfrosch sowie Teichmolch und Erdkröte lassen auf eine sehr geringe Bedeutung der Gewässer als Reproduktionsstätten schließen. Ebenso lassen sich kaum geeignete Sommerhabitate nachweisen, der intensive Nutzungsdruck des Betriebsgeländes ist außerdem ein erheblich begrenzender Faktor für das mögliche Vorkommen von Amphibien und Reptilien. Da durch den Bau der Lagerhallen kein Eingriff in die Gewässer erfolgt und im Bereich der Lagerhallenstandorte auch kein relevantes Vorkommen von Amphibien zu erwarten ist, kann eine Betroffenheit ausgeschlossen werden.

Bezüglich der **Fledermäuse** kann schließlich festgehalten werden, dass im Betrachtungsraum kaum geeignete Habitatstrukturen vorkommen. Eingriffe in mögliche Teillebensräume erfolgt nicht.

Im Rahmen der Relevanzprüfung kann dargestellt werden, dass durch das geplante Vorhaben kein Zugriffsverbot gemäß § 44 (1) BNatSchG eintritt. Für das Vorhaben kann somit bereits im Zuge der Relevanzprüfung ein Zugriffsverbot § 44 Abs. 1 BNatSchG ausgeschlossen werden, da entsprechende Arten nicht im Plangebiet vorkommen, bzw. durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt werden. Es werden keine Tiere durch die Maßnahmen verletzt oder getötet, während der Fortpflanzung-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeit gestört und es werden keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten aus der Natur entnommen.

7 Artenschutzrechtlicher Handlungsbedarf

Bei der Durchführung der geplanten Maßnahme besteht kein artenschutzrechtlicher Handlungsbedarf.

8 Fazit

Für das Betriebsgelände des Asphaltmischwerkes in Glüsing im Kreis Dithmarschen ist der Bau von mehreren Lagerhallen zur Sicherung von Zuschlagstoffen und Schüttgut geplant. Die baulichen Maßnahmen machen eine formelle Bauleitplanung erforderlich.

Im Zuge der Bearbeitung zum Umweltbericht wurde der Verdacht zum Vorkommen europarechtlich geschützter Arten vermutet und damit bei Planrealisierung auch ein mögliches Eintreten des Straftatbestandes gemäß § 44 BNatSchG. Aus diesem Grund wurde für das Plangebiet und dessen nahes Umfeld eine artenschutzrechtliche Prüfung durchgeführt. Die Prüfung beruht auf Geländeerfassungen der relevanten Artengruppe, die durch eine Potentialanalyse ggf. ergänzt wurde.

Im Plangebiet konnten keine Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie nachgewiesen werden, auch ist ihr Vorkommen potentiell sehr unwahrscheinlich. Bei der Erfassung der Brutvögel des Gebietes konnten nur häufige und ungefährdete Sippen ohne spezielle Habitat- bzw. Brutraumspezifität nachgewiesen werden.

Bereits im Rahmen der Relevanzprüfung und unter Berücksichtigung des Eingriffsrahmens kann das Eintreten eines Straftatbestandes i.S.d. § 44 (1) BNatSchG durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Auf die Durchführung einer Konfliktanalyse wurde deshalb verzichtet.

Aufgestellt: Schleswig, im September 2020
Dipl.-Biol. Dr. A. Dannenberg



9 Literatur

- BAUER, H.-G., E. BEZZEL & W. FIEDLER (2005): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Alles über Biologie, Gefährdung und Schutz.- 2. Aufl., Aula-Verlag Wiebelsheim.
- B.i.A. (2020): Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 Asphaltmischwerk, Gemeinde Glüsing.- Bestandteil der Begründung zum B-Plan Nr. 3, Teil II, Polykopie
- BORKENHAGEN, P. (2011): Die Säugetiere Schleswig-Holsteins.– Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, Husum
- BOYE, P. et al. (1999): Fledermäuse und Fledermausschutz in Deutschland. - Bundesamt für Naturschutz. Bonn
- BRAUN, M. & F. DIETTERLEN (2003): Die Säugetiere Baden-Württembergs.- Ulmer Verlag, Stuttgart
- ELLWANGER, G. (2004): *Lacerta agilis*.- IN: PETERSEN, B., ELLWANGER, G., BLESS, R., BOYE, P., SCHRÖDER, E., SSYMAN, A. (Bearb.): Das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 – Ökologie und Verbreitung von Arten der FFH-Richtlinie in Deutschland. Band 2: Wirbeltiere. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz, Heft 69/2. – Bonn-Bad Godesberg: 90-97
- FLADE, M. 1994: Die Brutvogelgemeinschaften Mittel- und Norddeutschlands. Grundlagen für den Gebrauch vogelkundlicher Daten in der Landschaftsplanung.- IHW Verlag, Eching
- FÖAG (FAUNISTISCH-ÖKOLOGISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT) (2007): Monitoring von Einzelarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie - eine Datenrecherche - Jahresbericht 2007. - Im Auftrag des MLUR, Kiel.
- FÖAG (FAUNISTISCH-ÖKOLOGISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT) (2010): Fledermäuse in Schleswig-Holstein – Status der vorkommenden Arten. Jahresbericht 2010. Im Auftrag des MLUR, Kiel.
- FÖAG (FAUNISTISCH-ÖKOLOGISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT) (2011): Fledermäuse in Schleswig-Holstein – Status der vorkommenden Arten. Jahresbericht 2011. Im Auftrag des MLUR, Kiel.
- GEDEON, K., C. GRÜNEBERG, A. MITSCHKE, C. SUDFELDT, W. EICKHORST, S. FISCHER, M. FLADE, S. FRICK, I. GEIERSBERG, B. KOOP, M. KRAMER, T. KRÜGER, N. ROTH, T. RYSLAVY, S. STÜBING, S.R. SUDMANN, R. STEFFENS, F. VÖLKER UND K. WITT (2014): Atlas Deutscher Brutvogelarten.- Münster.
- GREMLICA, B. 2014: Beobachtungen zu gemeinsamen Tagesverstecken und Rufaktivitäten bei Kreuz- und Wechselkröten, Feldherpetologisches Magazin, H. 2, 21-24, Bielefeld
- GÜNTHER, R. 1990: Wasserfrösche Europas.- Wittenberg Lutherstadt.
- GÜNTHER, R. & NABROWSKY 1996: Moorfrosch .- In: Die Amphibien und Reptilien Deutschlands: 364-388.- Fischer Verlag, Jena

- HAACKS, M. & R. PESCHEL (2007): Die rezente Verbreitung von *Aeshna viridis* und *Leucorrhinia pectoralis* in Schleswig-Holstein – Ergebnisse einer vierjährigen Untersuchung (Odonata: Aeshnidae, Libellulidae).- Libellula 26 (1/2): 41-57.
- HARBST, D. (2005): Zauneidechse *Lacerta agilis*. – S. 138-143 in: Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.): Atlas der Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins. Flintbek
- KLINGE, A. (2003): Die Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins – Rote Liste. Hrsg.: Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein. Flintbek
- KLINGE, A. & C. WINKLER (BEARB.) (2005): Atlas der Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins - Rote Liste.- Landesamt f. Naturschutz u. Landschaftspflege Schleswig-Holstein, Flintbek, 277 S.
- KNIEF, W., BERNDT, R. K., HÄLTERLEIN, B., JEROMIN, K., KIECKBUSCH, J.J. & B. KOOP (2010): Die Brutvögel Schleswig-Holsteins - Rote Liste.- Landesamt f. Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, Flintbek, 118 S.
- KOOP, B. & R. K. BERNDT (2014): Vogelwelt Schleswig-Holsteins, Band 7, Zweiter Brutvogelatlas.- Wachholtz Verlag Neumünster.
- KORNECK, D. M. SCHNITTLER & I. VOLLMER (1996): ROTE Liste der Farn- und Blütenpflanzen Deutschlands.- Sch.-R. f. Vegetationskunde, H 28, 21-187, Bonn-Bad Godesberg.
- KÜHNEL, K.-D., A GEIGER, H. LAUFER, R. PODLOUCKY & SCHLÜPPMANN, M.2009: Rote Liste und Gesamtartenliste der Lurch Deutschlands.- Naturschutz und Biologische Vielfalt 70(1):259- 288
- LBV S-H (Hrsg.) (2011): Fledermäuse und Straßenbau – Arbeitshilfe zur Beachtung der artenschutzrechtlichen Belange bei Straßenbauvorhaben in Schleswig-Holstein. Kiel. 63 S. + Anhang.
- LBV SH & AFPE (LANDESBETRIEB STRAßENBAU UND VERKEHR SCHLESWIG-HOLSTEIN & AMT FÜR PLANFESTSTELLUNG ENERGIE) (2016): Beachtung des Artenschutzrechtes bei der Planfeststellung – Neufassung nach der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 mit Erläuterungen und Beispielen.- Unveröff. Vermerk LBV-SH, Stand Januar 2013.
- LLUR (2019): Kartieranleitung und Biotoptypenschlüssel für die Biotopkartierung Schleswig-Holstein.- Polykopie
- MEINIG, H., BOYE, P. & R. HUTTERER (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (*Mammalia*) Deutschlands. –In: Naturschutz und Biologische Vielfalt 70 (1): Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands, Bd. 1 Wirbeltiere: 115-153.
- MIRWALD, U & K. ROHMANN (2006): Rote Liste der Farn- und Blütenpflanzen Schleswig-Holsteins.- Hrsg. Landesamt für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein, 122 s., Kiel.
- MLUR (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2009): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2009, 146 S., Kiel.
- MLUR (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2010): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2010, 158 S., Kiel.

- MLUR (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2011): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2011, 144 S., Kiel.
- MELUR (MINISTERIUM FÜR ENERGIEWENDE, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2012): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2012, 150 S., Kiel.
- MELUR (MINISTERIUM FÜR ENERGIEWENDE, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2013): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2013, 150 S., Kiel.
- PAEPKE, H.-J. 1966: Verbreitung von See- und Teichfrosch in der Umgebung von Potsdam.- Beitr. Tierwelt Mark III – Veröfftl. Bez. Potsdam: 57-75, Potsdam.
- SIEMERS, B. & D. NILL (2002): Fledermäuse. Das Praxisbuch. - BLV Verlagsgesellschaft mbH. München.
- SINSCH, U. 1998: Biologie und Ökologie der Kreuzkröte.- Laurenti-Verlag, Bochum
- SIMON, M., HÜTTENBÜGEL, S. & J. SMIT-VIERGUTZ (2004): Ökologie und Schutz von Fledermäusen in Dörfern und Städten. –Schr.R. f. Landschaftspfl. u. Naturschutz H. 76 (Bundesamt f. Naturschutz - Bonn-Bad Godesberg.)
- SKIBA, R. (2009): Europäische Fledermäuse. Kennzeichnung, Echoortung und Detektoranwendung. - Westarp Wissenschaften-Verlagsgesellschaft mbH. Hohenwarsleben.
- SN (STIFTUNG NATURSCHUTZ SH) (2008): Vorkommenswahrscheinlichkeit von Haselmäusen (*Muscardinus avellanarius*) in Schleswig-Holstein. –Unveröff. –Arbeitskarte.
- STUHR & JÖDICKE (2013): Erfassung von Bestandsdaten von Tier- und Pflanzenarten der Anhänge II - IV der FFH-Richtlinie – FFH-Arten-Monitoring Höhere Pflanzen. Berichtszeitraum 2007-2012, Abschlussbericht.- Unveröff. Gutachten im Auftrag des Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, 48 S. + Anhang.
- SÜDBECK, P., H. ANDRETZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELDT (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands.- Radolfzell, 792 S.
- SÜDBECK, P., BAUER, H.-G., BOSCHERT, M., BOYE, P. & W. KNIEF (2007): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 4. Fassung, 30. November 2007.- Ber. Vogelschutz 44: 23-81.
- VOSS, K. 2005: Moorfrosch.- In: KLINGE, A. & C. WINKLER: Atlas der Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins.- Landesamt für Naturschutz und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein § FÖAG: 98-104, Flintbek
- WINKLER, C., KLINGE, A. & DREWS, A. (2009): Verbreitung und Gefährdung der Libellen Schleswig-Holsteins – Arbeitsatlas 2009 - , Hrsg.: Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein (FÖAG) e.V., Kiel

EINGEGANGEN

01. Juli 2015

Erl. Voß

GfU

Gesellschaft für
Umwelt-Consulting mbH

Genehmigungsverfahren nach
Immissionsschutz-, Wasser-,
Abfall- und Bergrecht
Gutachten und Prognosen im
Immissionsschutz und Naturschutz
Landschafts- und Umweltplanung
Umwelt- und FFH-Verträglichkeits-
studien
PRTR-Berichterstattung
Technische Überwachungs-
organisation nach EibV
Managementsysteme

Gesellschaft für Umwelt-Consulting mbH • Postfach 1229 • 63552 Gelnhausen

Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG
Herrn Hartwig Voß
Wollinstraße 25
24782 Büdelsdorf

Projekt Nr.	Name	Telefon	E-Mail	Datum
202.114/15	Schimmel	06051/915586-12	schimmel@gfu-gelnhausen.de	29.06.2015

Bericht über Lärmuntersuchungen an der Asphaltmischanlage in 25779 Glüsing

Sehr geehrter Herr Voß,

anliegend übersenden wir Ihnen den im Betreff genannten Bericht in zweifacher Ausfertigung (gebunden).

Wir erlauben uns, Ihnen unsere Rechnung für die erbrachten Leistungen vorzulegen.

Bei Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen


Dipl.-Ing. Sergej Schimmel

Anlagen

202.114 Brief VAM 29.06.2015.doc

Hausanschrift:
Zum Wartturm 3
63571 Gelnhausen

Telefon (06051) 915586-0
Telefax (06051) 915586-15
info@gfu-gelnhausen.de

Bankverbindung:
Kreissparkasse Gelnhausen
(BLZ 507 500 94) 800 4747
IBAN: DE49 5075 0094 0008 0047 47

Handelsregister Hanau • HRB Nr. 10284
Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Bodo Delhey, Dipl.-Ing. Sergej Schimmel
USt.-Id.-Nr. DE151060820 • USt.-Nr. 3523430413
SWIFT/BIC: HELADEF1GEL

Bericht
über die Lärmimmissionen
durch den Betrieb der
Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG
Bargkoppel 1, 25779 Glüsing

Überprüfung der Nebenbestimmungen bezüglich Lärm unter Pkt. III
zum Genehmigungsbescheid Az.: 7716/7719-G10/2014/062
vom 10.10.2014 des Landesamts für Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Tag der Messung: 22.05.2015

A B K

INSTITUT FÜR IMMISSIONSSCHUTZ GMBH

Kamp-Lintfort
Im Torfgrund 19
D-47475 Kamp-Lintfort
Tel (02842) 7103 - 61
Fax (02842) 7103 - 65

Bericht
über die Lärmimmissionen
durch den Betrieb der
Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG
Bargkoppel 1, 25779 Glüsing

Überprüfung der Nebenbestimmungen bezüglich Lärm unter Pkt. III
zum Genehmigungsbescheid Az.: 7716/7719-G10/2014/062
vom 10.10.2014 des Landesamts für Landwirtschaft, Umwelt und
ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Tag der Messung: 22.05.2015

Auftraggeber:	Gesellschaft für Umwelt- Consulting mbH - GfU - Zum Wartturm 3 63571 Gelnhausen
Auftrags-Nr.:	P1440131
Auftrag vom:	Februar 2015
Bearbeiter:	Dipl. Ing. D. Kopatz
Seitenzahl:	18
Datum:	15. Juni 2015

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1. Aufgabenstellung	1
2. Zusammenfassung	2
3. Einleitung	3
4. Unterlagen	6
4.2. Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Normen und Richtlinien	6
4.3. Sonstiges	6
5. Richtwerte	8
6. Lage des Werks und der Immissionsorte	9
7. Geräuschsituation an den Immissionsorten	10
8. Messungen	11
8.1. Vorgehensweise	11
8.2. Anwesende Personen	11
8.3. Messgeräte	11
8.4. Witterung	11
8.5. Betriebsbedingungen	12
8.6. Messzeiten	12
8.7. Mikrofonhöhe	12
8.8. Subjektiver Geräuscheindruck am Immissionsort	12
9. Ergebnisse	13
10. Betriebszeiten, Einwirkzeiten	15
11. Beurteilung	16
12. Ergebnisse Beurteilungspegel	17
13. Qualität der Ergebnisse	18

1. Aufgabenstellung

Die Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG betreibt in 25779 Glüsing, Bargkoppel 1, eine Anlage zur Herstellung oder Schmelzen von Mischungen aus Bitumen mit Mineralstoffen (Asphaltnisanlage). An dieser Anlage wurden wesentliche Änderungen vorgenommen. Hierzu erteilte das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe des Landes Schleswig-Holstein mit Genehmigungsbescheid Az.: 7716/7719-G10/2014/062 vom 10.10.2014 die Genehmigung.

Wir wurden von der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG als nach § 26 BImSchG bekannt gegebene Messstelle beauftragt zu überprüfen, ob die Auflagen bezüglich Lärm unter Pkt. III. Nebenbestimmungen zum oben genannten Genehmigungsbescheid eingehalten werden.

2. Zusammenfassung

Aufgrund der durchgeführten Messungen hat sich für den alleinigen Betrieb der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG der folgende Beurteilungspegel an den betrachteten Immissionsorten ergeben:

Tabelle 2-1: Beurteilungspegel an den Immissionsorten

Bezeichnung	Ort	L _s in dB(A)			Richtwert gemäß TA Lärm in dB(A)*	
		Werktag	Sonn-/ Feiertag	Nacht	Tag	Nacht
IO1	Glüsingerbergen	-	-	44	60	45
IO2		-	-	45		

* Vergleiche Punkt 5.

Der zulässige Richtwert der TA Lärm wird im Nachtzeitraum eingehalten.

Einzelne kurzzeitige Geräuschereignisse, die die oben genannten Richtwerte am Tag um mehr als 30 dB und in der Nacht um mehr als 20 dB überschreiten, traten zurzeit der Messungen nicht auf und sind bei ordnungsgemäßigem Betrieb nicht zu erwarten.

Die im Genehmigungsbescheid des Landesamts für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe Az.: 7716/7719-G10/2014/062 vom 10.10.2014 unter Punkt III. Nebenbestimmungen aufgeführten Auflagen bezüglich Lärm werden somit unseres Erachtens eingehalten.

Qualität der Ergebnisse:

Die Messung wurde mit Vorwissen, entsprechend DIN 45645-1, durchgeführt. Aus diesem Grund erfolgte am Immissionsort jeweils nur eine Stichprobenmessung. Die Messgeräte bedingte Genauigkeit beträgt -1 dB bis +1 dB.

3. Einleitung

Die Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG betreibt in 25779 Glüsing, Bargkoppel 1, eine Asphaltmischanlage. An dieser Anlage wurden wesentliche Änderungen vorgenommen. Hierzu erteilte das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe des Landes Schleswig-Holstein mit Genehmigungsbescheid Az.: 7716/7719-G10/2014/062 vom 10.10.2014 die Genehmigung.

Unter Punkt III. Nebenbestimmungen des oben genannten Genehmigungsbescheids heißt es unter anderem:

"....

1.2.3 Die Immissionsrichtwerte werden auf

<i>tags</i>	<i>(06:00 - 22:00 Uhr)</i>	<i>60 dB(A) und</i>
<i>nachts</i>	<i>(22:00 - 06:00 Uhr)</i>	<i>45 dB(A)</i>

an den unten genannten Immissionsorten festgelegt.

Einzelne kurzzeitige Geräuschspitzen dürfen die Immissionsrichtwerte am Tag um nicht mehr als 30 dB und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB überschreiten.

1.2.4 Frühestens drei Monate nach Erreichen des ungestörten Betriebs und spätestens sechs Monate nach Inbetriebnahme sind durch eine nach § 26 BImSchG bekannt gegebene Messstelle Lärm-Immissionsmessungen in der Nachtzeit durchzuführen. Die Messungen sind an den im Lärmgutachten (Nr. 18 der Antragsunterlagen) mit IO 1 bis 5 bezeichneten Wohnhäusern im Glüsingerbergen in Glüsing sowie im Steinkrug in Schalkholz durchzuführen und die oben genannten Immissionsrichtwerte sind dort einzuhalten. Zur Einhaltung der Immissionsrichtwerte notwendige Schallschutzmaßnahmen sind mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume,

Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe abzusprechen. Falls begründete Lärmbeschwerden auftreten, ist diese Messung zu wiederholen.

1.2.5 Die Messgrundsätze der TA Lärm sind zu berücksichtigen. Der Messbericht ist dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe, zu übersenden.

....."

Wir wurden von der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG als nach § 26 BImSchG bekannt gegebene Messstelle beauftragt zu überprüfen, ob die Auflagen bezüglich Lärm unter Pkt. III. Nebenbestimmungen zum oben genannten Genehmigungsbescheid eingehalten werden.

Im Einzelnen wurden in Absprache mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe aufgrund der räumlichen Nähe nicht alle im Genehmigungsbescheid genannten Immissionsorte betrachtet, sondern nur die beiden folgenden:

Tabelle 3-1: Immissionsorte

Immissionsort	Geschoss / Höhe über Gelände in m	Immissionshöhe über Gelände in m	Fassaden- seite
IO 1, Glüsingerbergen	1. OG	5,0	Nordost
IO 2, Glüsingerbergen	1. OG	5,0	Süd

Die Lage des Betriebsgeländes, der Immissionsorte sowie die Umgebung sind der nachfolgenden Abbildung (wurde der Geräuschimmissions-Prognose /10/ entnommen) zu entnehmen.

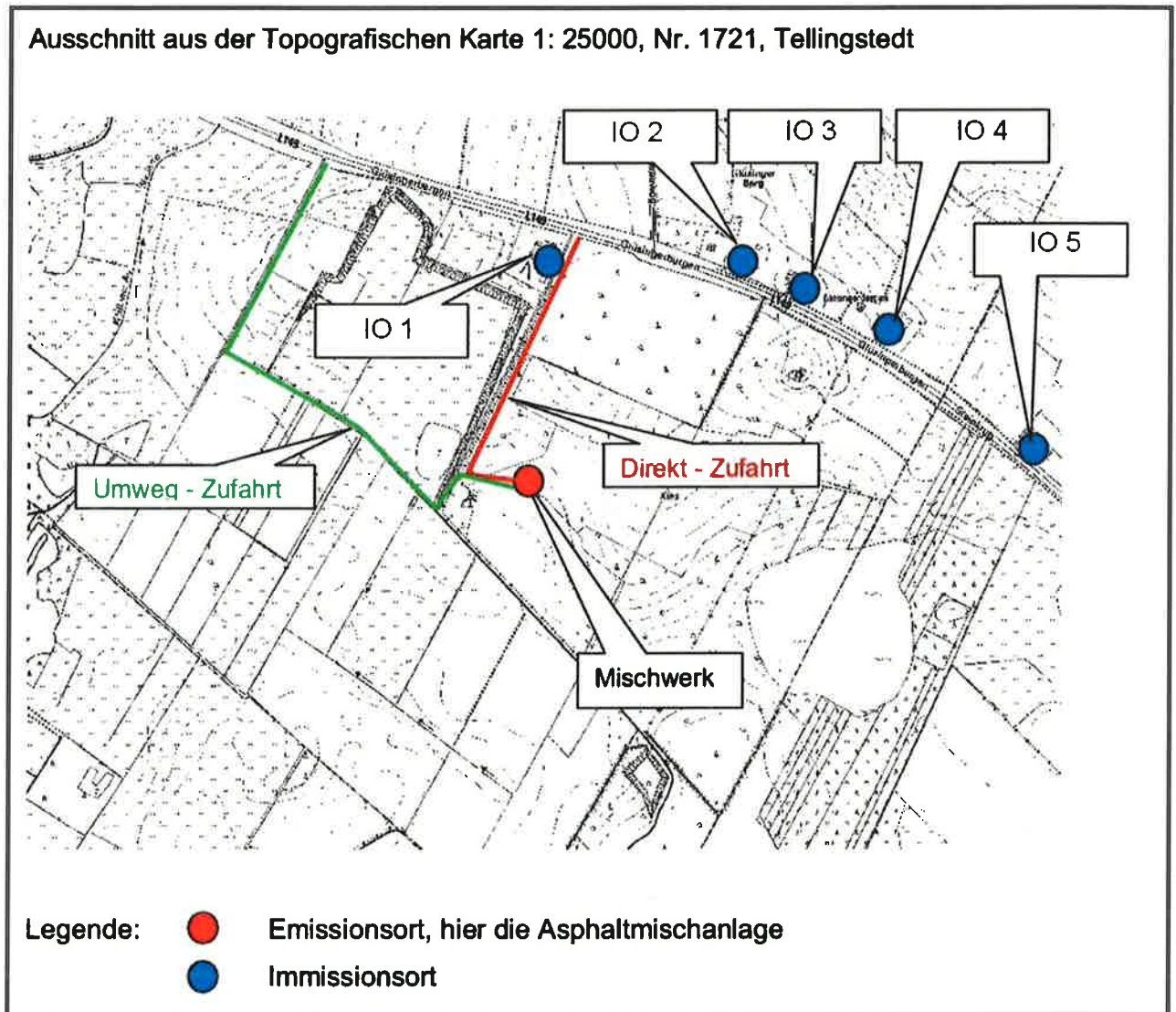


Abbildung 1: Lage der Immissionsorte und der Umgebung

4. Unterlagen

Folgende Unterlagen standen zur Verfügung und wurden zur Bearbeitung herangezogen:

4.2. Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Normen und Richtlinien

- | | |
|--------------------------|--|
| /1/ <i>BImSchG</i> | BImSchG Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. 1, S. 721), Stand: Neugefasst durch Bekundung vom 26.09.2002 I 3830; in der aktuellen Fassung |
| /2/ <i>TA Lärm</i> | Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (26. August 1998) |
| /3/ <i>VDI 3723,Bl.1</i> | Anwendung statistischer Methoden bei der Kennzeichnung schwankender Geräuschemissionen (Mai 1993) |
| /4/ <i>DIN 45645,T1</i> | Ermittlung von Beurteilungspegeln aus Messungen (Juli 1996) |
| /5/ <i>DIN 45641</i> | Mittelung zeitlich schwankender Schallpegel (Juni 1990) |

4.3. Sonstiges

- | | |
|-----|---|
| /6/ | Angaben zur Anlage und zum Anlagenbetrieb durch die Betreiber |
| /7/ | Frage-/Antwortkatalog zur TA Lärm '98 des LAI vom 8. März 2000 |
| /8/ | Genehmigungsbescheid des Landesamts für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe des Landes Schleswig-Holstein Az.: 7716/7719-G10/2014/062 vom 10.10.2014. |

- /9/ "Geräuschimmissions-Prognose der Gesamtbelastung durch den geplanten Betrieb der Asphaltmischanlage Glüsing in 25779 Glüsing, werktags, in der Zeit von 22:00 bis 06:00 Uhr" des Ingenieurbüros Braase Technische Prüfungen, 23869 Fischbek vom 08.06.2014

5. Richtwerte

Entsprechend dem Genehmigungsbescheid des Landesamts für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz, Regionaldezernat Südwest in Itzehoe des Landes Schleswig-Holstein Az.: 7716/7719-G10/2014/062 vom 10.10.2014 werden für die hier betrachteten Immissionsorte die folgenden Immissionsrichtwerte festgesetzt:

Tabelle 5-1: Immissionsrichtwerte

Immissionsort	Richtwert gemäß TA Lärm in dB(A)	
	Tag	Nacht
IO 1, Glüsingerbergen	60	45
IO 2, Glüsingerbergen		

Die zuvor genannten Werte gemäß TA Lärm sind immissionsortbezogen und gelten für die gesamten, auf den jeweiligen Immissionsort einwirkenden, gewerblichen Geräusche.

Einzelne, kurzzeitige Geräuschspitzen (Maximalpegel) dürfen die jeweils insgesamt zulässigen Richtwerte am Tag um nicht mehr als 30 dB und in der Nacht um nicht mehr als 20 dB überschreiten.

6. Lage des Werks und der Immissionsorte

Das Betriebsgelände der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG befindet sich an der Straße "Bargkoppel" 1 in 25779 Glüsing, Gemarkung Glüsing, Flur 6, Flurstücke 10 und 11/1 in einer ehemaligen Kiesgrube.

Das Betriebsgelände wird im Norden, Osten und Süden von Grün- und landwirtschaftlich genutzten Flächen begrenzt. Weiter in Richtung Norden verläuft die Landesstraße L149 (Glüsingerbergen). Auf der gegenüberliegenden Straßenseite befinden sich einzelne Wohnhäuser. Im Westen wird das Betriebsgelände von der Straße "Bargkoppel" begrenzt, von der auch die Zufahrt zum Betriebsgelände erfolgt. Weiter Richtung Westen auf der anderen Straßenseite befinden sich weitere grün- und landwirtschaftlich genutzte Flächen.

Die hier betrachteten Immissionsorte IO 1 und IO 2 befinden sich vom Betriebsgelände aus gesehen in nordwestlicher bzw. nördlicher Richtung an der Landesstraße L149.

Von den zu betrachtenden Immissionsorten besteht eine direkte Sichtverbindung zum Betriebsgelände der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG.

7. Geräuschsituation an den Immissionsorten

Die Lärmsituation des Werks wird im Nachtzeitraum überwiegend durch kontinuierlich betriebene Anlagenteile bestimmt. Diese Anlagenteile stehen überwiegend im Freien.

Gemäß Genehmigungsbescheid und Angabe des Betreibers können alle lärmrelevanten Anlagenteile, kontinuierlich von 00:00 bis 24:00 Uhr betrieben werden.

An den Immissionsorten wirken neben den Geräuschen aus dem Betrieb der Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG zeitweise Fremdgeräusche aus dem Straßenverkehr sowie am IO 2 Geräusche durch Hundegebell ein. Die Geräusche aus dem Betrieb der Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG waren an den Immissionsorten wahrnehmbar und zu Zeiten ohne Fremdgeräusche durch den Straßenverkehr pegelbestimmend.

8. Messungen

8.1. Vorgehensweise

Die Messung wurde am 22. Mai 2015 ab 03:00 Uhr im Nachtzeitraum durchgeführt.

8.2. Anwesende Personen

Herr Voss - Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG

Herr Dünnwald - A B K GmbH

8.3. Messgeräte

Folgende Messgeräte wurden zur Messung verwendet:

1 x Präzisionsimpulsschallpegelmesser	Norsonic SLM 140, geeicht bis Dezember 2016
---------------------------------------	--

1 x Kalibrator	Norsonic 1251 geeicht bis Dezember 2016
----------------	--

Am Schallpegelmesser wurde nach der Messung der $L_{A,eq}$, $L_{AFT,eq}$, $L_{AF95\%}$ und der L_{AFmax} abgefragt und festgehalten. Vor und nach den Messungen wurde eine Kalibrierung des Schallpegelmessers durchgeführt.

8.4. Witterung

Zurzeit der Messung wurden folgende Witterungsdaten erfasst:

Tabelle 8-1: Witterungsdaten

Messtag	Witterung	Temp. in °C	Rel. Luft- feuchte in %	Windrichtung	Wind- geschwindigkeit in m/s
22.05.2015	leicht bewölkt	15	70	Südwest	<0,3

8.5. Betriebsbedingungen

Zum Zeitpunkt der Messungen wurde die Anlage nach Angaben des Betreibers mit den zugehörigen Nebenanlagen unter Volllast betrieben; zudem fanden mehrere LKW-Transporte statt.

8.6. Messzeiten

An den Immissionsorten wurde im Nachtzeitraum jeweils eine Messung durchgeführt. Die Messdauer wurde so gewählt, dass alle Geräusche repräsentativ und bezogen auf die Messzeit ausreichend erfasst wurden.

8.7. Mikrofonhöhe

An den Immissionsorten wurde das Mikrofon in ca. 5,0 m Höhe über dem Gelände aufgestellt.

8.8. Subjektiver Geräuscheindruck am Immissionsort

An den Immissionsorten waren die Geräusche aus dem Betrieb der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG wahrnehmbar. Die Betriebsgeräusche waren schwach impulshaltig, aber nicht auffällig einzeltonhaltig. Zudem wirkten zeitweise Geräusche aus dem Bereich des öffentlichen Straßenverkehrs ein sowie am IO 2 Geräusche durch Hundegebell.

9. Ergebnisse

Ermittelt wurden vor Ort der Percentilpegel L_{AF95} sowie der Mittelungspegel L_{Aeq} , der Taktmaximalpegel L_{AFTeq} sowie der maximale Pegel L_{AFmax} . Der L_{AF95} Pegel wird auch Hintergrundgeräuschpegel genannt und entspricht dem Pegel, der auf die kontinuierlich einwirkenden Geräusche zurück geht (in der Regel ständig einwirkende gewerbliche Geräuschquellen). Der L_{Aeq} -Pegel ist der über den gesamten Messzeitraum gemittelte, energieäquivalente Dauerschallpegel. Im Einzelnen haben sich folgende Werte ergeben:

Tabelle 9-1: Messergebnisse Nacht

Datum	Messpunkt	L_{Aeq} in dB(A)	L_{AF95} in dB(A)	L_{AFTeq} in dB(A)	L_{AFmax} in dB(A)
22.05.2015	IO 1, Glüsingerbergen	42,6	41,0	44,2	51,1
	IO 2, Glüsingerbergen	43,8	42,1	45,3	57,8

Fremdgeräusche aus dem Straßenverkehr der angrenzenden Straßen konnten konsequent ausgeblendet werden. Das Hundegebell am IO 2 konnte jedoch nicht konsequent ausgeblendet werden

Während der Messungen wirkten die Geräusche aus dem zu beurteilenden Betrieb am Immissionsort kontinuierlich ein und waren nur schwach impulshaltig. Aus diesem Grund wird im Sinne einer pessimalen Betrachtungsweise der gemessene Taktmaximalpegel L_{AFTeq} der weiteren Betrachtung zugrunde gelegt.

Tabelle 9-2: Immissionspegel Nacht

Immissionsort	Immissionspegel L_{e} in dB(A)
IO 1, Glüsingenberg	44,2
IO 2, Glüsingenberg	45,3

10. Betriebszeiten, Einwirkzeiten

Gemäß Angabe der Betreiber werden alle lärmrelevanten Quellen kontinuierlich von 00:00 bis 24:00 Uhr betrieben. Hieraus ergeben sich für den vorliegenden Fall folgende Einwirkzeiten gemäß TA Lärm für den Nachtzeitraum:

nachts in der Zeit von: 22:00 - 06:00 Uhr: 1,0 h (lauteste Stunde)

11. Beurteilung

Die Beurteilung erfolgt im vorliegenden Fall gemäß TA Lärm für den Nachtzeitraum unter Berücksichtigung etwaiger Zuschläge für Auffälligkeiten durch Impulse bzw. Einzeltöne.

Impulzzuschläge (K_I)

Die Geräusche aus dem Betrieb der Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG waren am Immissionsort schwach impulshaltig. Aus diesem Grund wird im Sinne einer pessimalen Betrachtungsweise für die Ermittlung des Beurteilungspegels der gemessene Taktmaximalpegel herangezogen. Es erfolgt kein weiterer Zuschlag:

$$K_I = 0 \text{ dB}$$

Tonzuschläge (K_T)

An dem betrachteten Immissionsort waren keine auffälligen Einzeltöne wahrnehmbar. Ein Zuschlag erfolgt nicht:

$$K_T = 0 \text{ dB}$$

Die Beurteilungspegel entsprechen im vorliegenden Fall den gerundeten Immissionspegeln L_s der Tabelle 9-2.

12. Ergebnisse Beurteilungspegel

Aufgrund der durchgeführten Messungen hat sich für den alleinigen Betrieb der Firma Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG der folgende Beurteilungspegel an den betrachteten Immissionsorten ergeben:

Tabelle 12-1: Beurteilungspegel an den Immissionsorten

Bezeichnung	Ort	L _s in dB(A)			Richtwert gemäß TA Lärm in dB(A)*	
		Werktag	Sonn-/ Feiertag	Nacht	Tag	Nacht
IO1	Glüsingerbergen	-	-	44	60	45
IO2		-	-	45		

* Vergleiche Punkt 5.

Der zulässige Richtwert der TA Lärm wird im Nachtzeitraum eingehalten.

Einzelne kurzzeitige Geräuschereignisse, die die oben genannten Richtwerte am Tag um mehr als 30 dB und in der Nacht um mehr als 20 dB überschreiten, traten zurzeit der Messungen nicht auf und sind bei ordnungsgemäßigem Betrieb nicht zu erwarten.

Die im Genehmigungsbescheid des Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein Az.: 7716/7719-G10/2014/062 vom 10.10.2014 unter Punkt III. Nebenbestimmungen aufgeführten Auflagen bezüglich Lärm werden somit unseres Erachtens eingehalten.

13. Qualität der Ergebnisse

Die Messung wurde mit Vorwissen, entsprechend DIN 45645-1, durchgeführt. Aus diesem Grund erfolgte am Immissionsort nur eine Stichprobenmessung. Die Messgeräte bedingte Genauigkeit beträgt -1 dB bis +1 dB.

Kamp-Lintfort, 15. Juni 2015

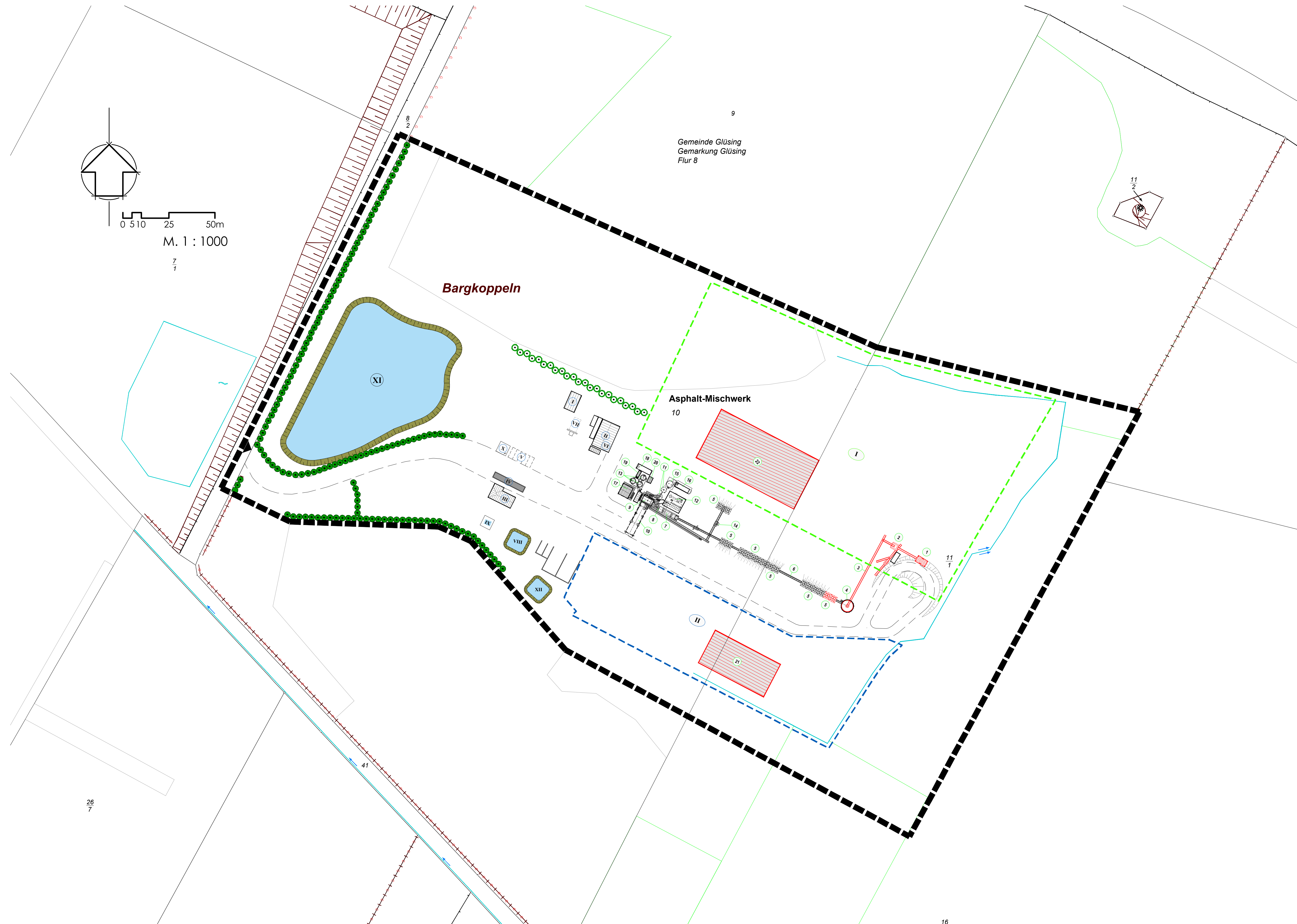
P1440131

DK/md



ABK
INSTITUT FÜR IMMISSIONSSCHUTZ GMBH
Im Torlgrund 19
D-47475 Kamp-Lintfort
Telefon 02842/710361
Telefax 02842/710365

(Dipl.-Ing. D. Kopatz)



Anlagenteile:

- 1 LKW - Entladetrichter
- 2 Siebmaschine
- 3 Steigeband
- 4 Sandsilo (AJO - Silo)
- 5 Doseure
- 6 Dosiersammelband
- 7 Trockentrommel
- 8 Mehrstoff - Brenner
- 9 Mischtrum
- 10 Verladesilo
- 11 Füllersilos
- 12 Tuchfilter - Entstaubung mit Exhauster und Kamin
- 13 Bitumentankanlage
- 14 Recycling - Kaltzugabe
- 15 Braunkohlenstaubsilo
- 16 Heizöl - Lagertank
- 17 Steuerzentrale
- 18 Prozessmittel - Lagertank
- 19 Haftmittel - Dosiereinrichtung
- 20 Faserstoffzugabe
- 21 Lagerhalle für Zuschlagstoffe
- 22 Lagerhalle für Ausbaus asphalt und Zuschlagstoffe

Nebenanlagen:

- I Maschinen, Geräte usw.
- II Werkstatt
- III Büro- und Sozialgebäude
- IV Fahrzeugwaage
- V Parkplätze
- VI Dieseltankanlage
- VII Löschwassertank (unterirdisch)
- VIII Feuerlöschlich und Rückhaltung und Versickerung von Niederschlagswasser
- IX Schmutzwasserklärbecken (unterirdisch)
- X Trafo
- XI gesetzlich geschütztes Biotop gemäß § 30 (2) Nr. 4 BNatSchG (Biotop (1) Nr. 4a
- XII Schmutzwasserklärteich

Zeichenerklärung

- BlmSchG-Anlagenbereich
- Lagerung und Behandlung von Ausbaus asphalt (Brechen, Klassieren) sowie Lager für Zuschlagstoffe
- Lager für Zuschlagstoffe
- bestehender Knick
- geplanter Knick
- Lagerboxen
- Entwässerungsgraben
- Zufahrt
- geplante bauliche Änderungen

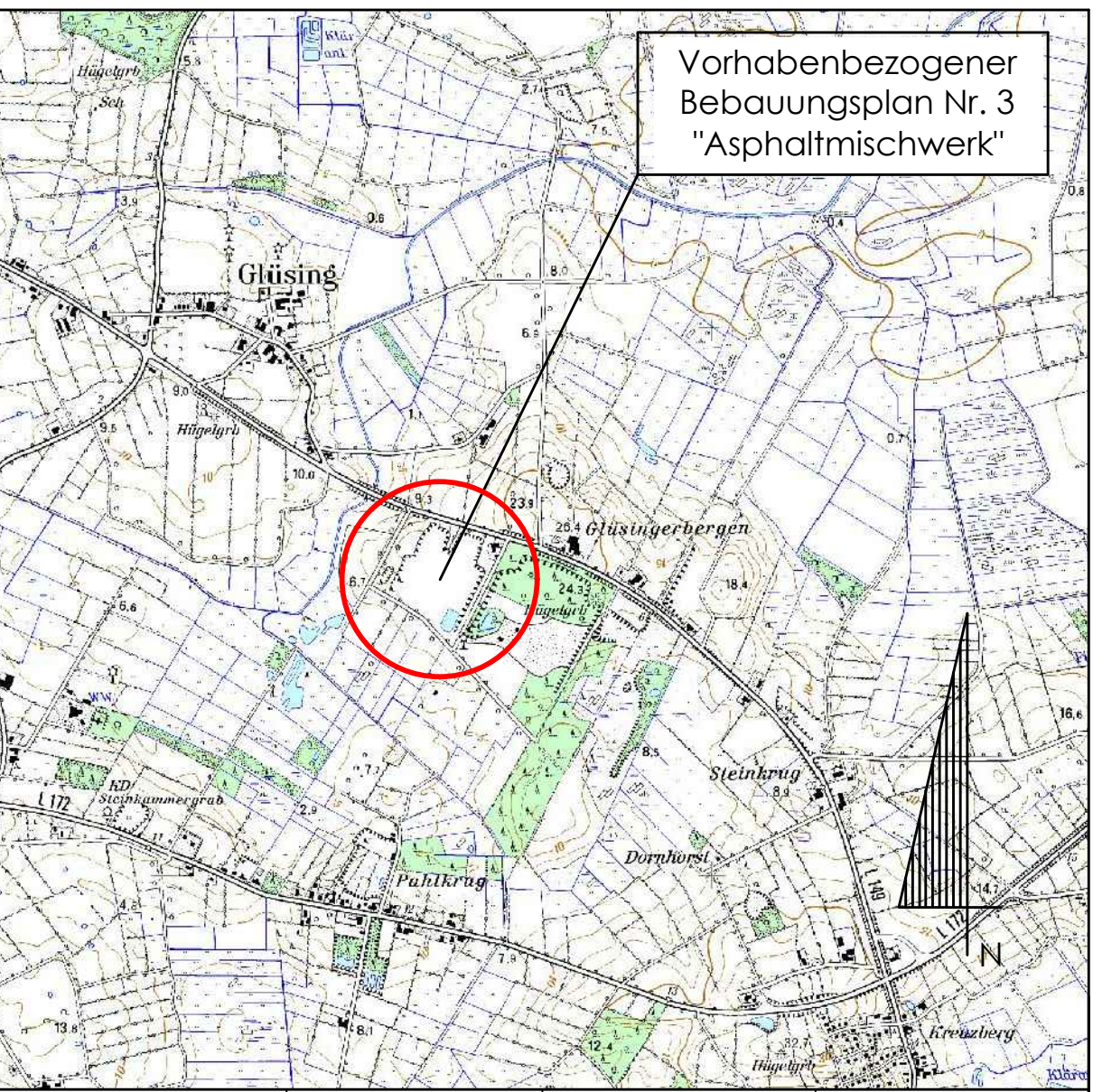
Betreiberin:

VAM Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co.KG
Wollinstraße 25
24782 Büdelsdorf
Tel.: 0 43 31 / 3 58 0
Fax: 0 43 31 / 3 58 60

Anlagenstandort:

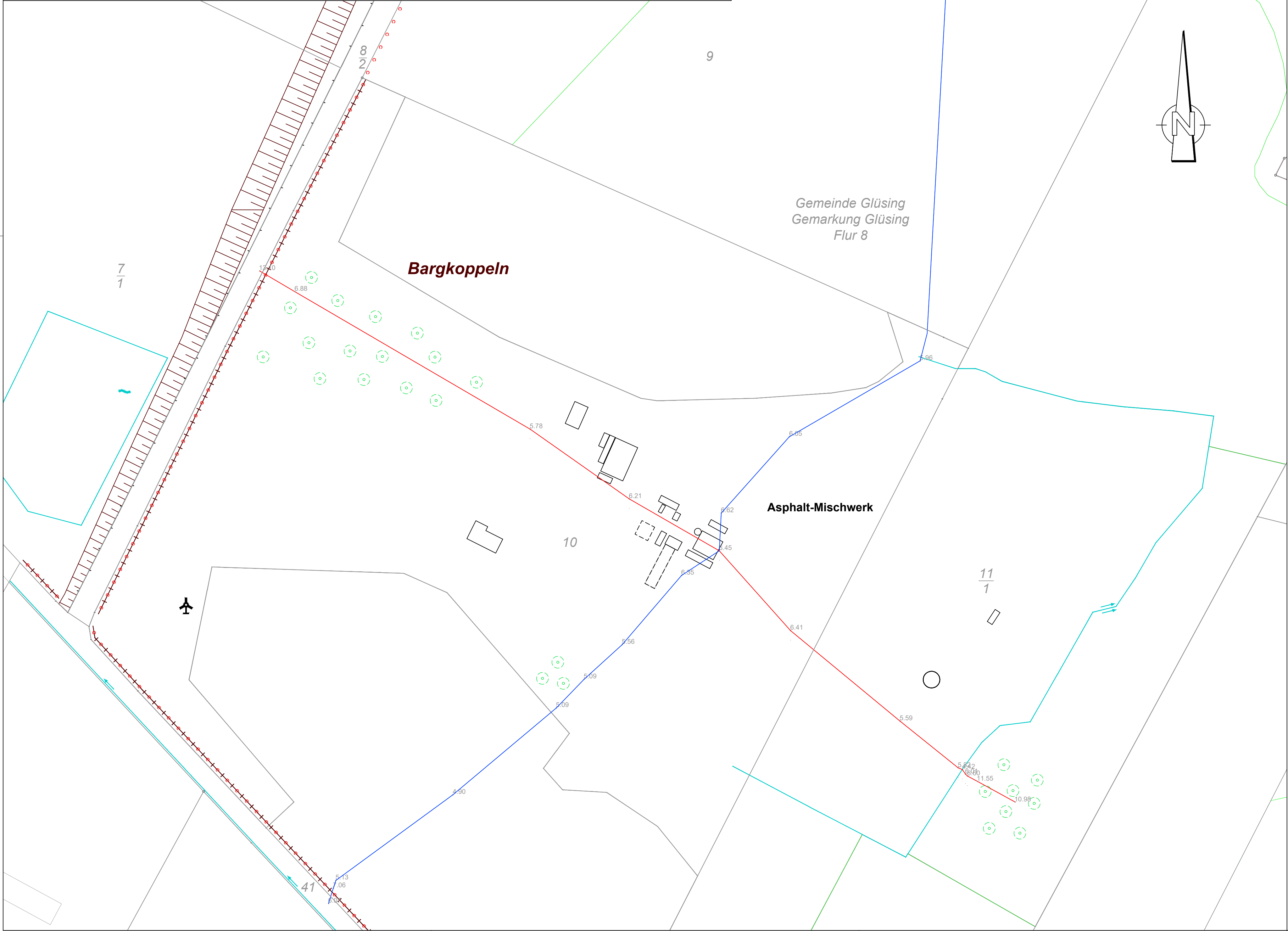
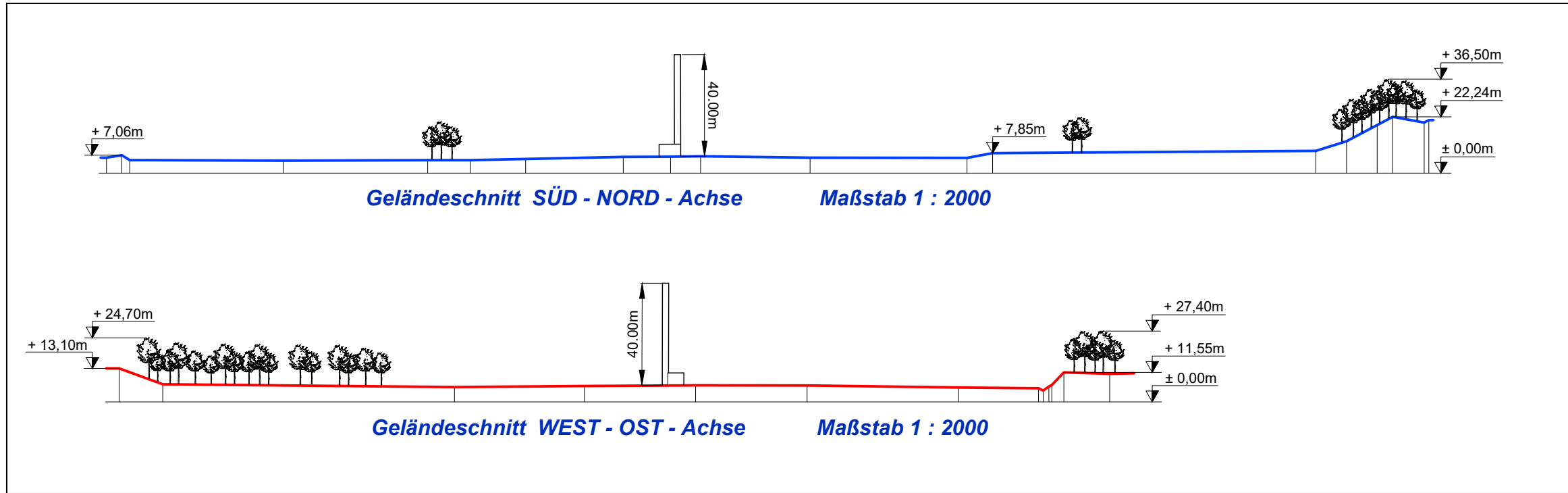
VAM Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co.KG - Werk Glüsing
Bargkoppel 1
25779 Glüsing
Tel.: 0 43 31 / 3 58 0
Fax: 0 43 31 / 3 58 60

Übersichtsplan



Projekt-Nr.: S-189-19	Geszeichnet: Kolodziej
Auftragnehmer/Planer: Ingenieurgesellschaft Nord GmbH Wassermagweg 1 24833 Schenefeld Tel.: 04621/30 17 -0 Fax: 04621/30 17 -30 E-Mail: info@ign-schenefeld.de www.ign-schenefeld.de	IGN
Geschäftsführende Gesellschafter: Dipl.-Ing. Boyke Elsner Dipl.-Ing. Matthias Wolfrat	Planung: Moritz Hass, B.Sc. - Stadt- und Regionalplanung - Tel.: 04621/30 17 -23 E-Mail: m.hass@ign-schenefeld.de
07.06.2021 Datum / Unterschrift	07.06.2021 Datum / Unterschrift

Gemeinde
GLÜSING
Vorhaben- und Erschließungsplan (Lageplan)
zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 3
"Asphaltmischwerk"



Luftbild - Asphaltmischwerk Glüsing

Projekt: Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 "Asphaltmischwerk" Gemeinde Glüsing (Kreis Dithmarschen)		
Planbezeichnung: Plan 2 Geländeschnitte	Bearbeitung: Dipl.-Biol. Dr. A. Dannenberg Dipl.-Biol. Dr. M. Schumann	Datum: September 2020 Maßstab: 1 : 1000
Auftraggeber: Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH Wollinstraße 25 24782 Büdelsdorf Telefon: 04331 358-0 Mail: info@vam-asphalt.de www.vam-asphalt.de		Auftragnehmer: B.i.A. Biologen im Arbeitsverbund Hermann Clausen Straße 13 24837 Schleswig Telefon: 04621 9634-34 Mail: dannenberg@bia-planung.de www.bia-planung.de

Durchführungsvertrag

zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 (Asphaltmischwerk) der Gemeinde Glüsing

Die Gemeinde Glüsing

(nachfolgend Gemeinde genannt)

vertreten durch die Bürgermeisterin, Frau Rink,

und

die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Dipl.-Ing. Jörg Laudehr sowie den Prokuristen Herrn Hartwig Voß, geschäftsansässig: Wollinstraße 25, 24782 Büdelsdorf,

(nachfolgend Vorhabenträger genannt)

schließen folgenden Vertrag:

Teil I

Allgemeines

§ A 1

Gegenstand des Vertrages

- 1) Gegenstand des Vertrages ist die Durchführung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 der Gemeinde Glüsing bzw. des Vorhaben- und Erschließungsplanes.
- 2) Das Vertragsgebiet umfasst das im Lageplan (Anlage 1) umgrenzte Grundstück entsprechend der Planzeichnung zum vorhabenbezogenen B-Plan Nr. 3.

§ A 2

Bestandteile des Vertrages

Bestandteile des Vertrages sind

- a) der Lageplan mit den Grenzen des Vertragsgebietes (Anlage 1),
- b) der Plan zur Durchführung des Vorhabens (Vorhaben – und Erschließungsplan) (Anlage 2)
- c) Beschluss der Gemeinde Glüsing über die Behandlung der Anregungen und Bedenken aus der Beteiligung der Behörden, der sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit (Abwägungsbeschluss - Anlage 3)

Teil II

Vorhaben

§ V 1

Beschreibung des Vorhabens

Das Vorhaben betrifft die Schaffung der bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen entsprechend der Zielsetzung nach dem zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger abgeschlossenen Städtebaulichen Vertrag vom 25.06.2020.

§ V 2

Durchführungsverpflichtung

Der Vorhabenträger verpflichtet sich zur Durchführung des Vorhabens im Vertragsgebiet nach den Regelungen dieses Vertrages.

Der Vorhabenträger verpflichtet sich, spätestens 24 Monate nach Inkrafttreten des vorhabenbezogenen Bebauungsplans einen genehmigungsfähigen Bauantrag für das Vorhaben bei der Gemeinde einzureichen. Er wird spätestens 36 Monate nach Rechtskraft der Genehmigung des Bauvorhabens mit der Herstellung der baulichen Anlagen beginnen und diese innerhalb von 24 Monaten fertigstellen. Eine Verlängerung der Frist ist mit Zustimmung der Gemeinde möglich.

Die Frist verlängert sich um die Dauer eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens, falls die Baugenehmigung durch Dritte im Wege der Anfechtungsklage oder der vorhabenbezogene Bebauungsplan im Wege der Normenkontrolle angefochten wird. Maßgebend für die Verlängerung ist der Zeitraum zwischen der Erteilung der Baugenehmigung und dem Abschluss eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in der Hauptsache bzw. der Zeitraum zwischen der Erhebung eines Normenkontrollantrags und der rechtskräftigen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Falls beide Verfahrensarten angestrengt werden, ist das länger andauernde Verfahren maßgebend.

§ V 3

Weitere Anforderungen an das Vorhaben und Nutzungsbindungen

Bei der Realisierung des Vorhabens ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 3 der Gemeinde Glüsing, also neben der Planzeichnung die Ausführungen in der Begründung sowie der Vorhaben- und Erschließungsplan, zugrunde zu legen. Die Anregungen und Bedenken, die seitens der Träger öffentlicher Belange im Beteiligungsverfahren vorgebracht wurden (Beschluss siehe Anlage 3), sind zu beachten und ggfls. auf eigene Kosten umzusetzen.

Der Vorhabenträger verpflichtet sich, der Gemeinde jegliche Ansprüche Dritter, deren Ursache in der Nichtbeachtung der genannten Vorgaben und Empfehlungen liegt, von der Hand

zu halten.

Insbesondere die im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen hinsichtlich der Ausgleichsmaßnahmen sind vom Vorhabenträger auf seine Kosten durchzuführen.

§ V 4

Vorbereitungsmaßnahmen

- 1) Der Vorhabenträger wird alle für die Ausführung erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen durchführen.
- 2) Der Vorhabenträger hat durch Abstimmung mit Versorgungsträgern und sonstigen Leitungsträgern sicherzustellen, dass die Versorgungseinrichtung für das Vertragsgebiet (z.B. Postkabel, Strom, Wasserleitung) so rechtzeitig in die Verkehrsflächen verlegt werden, dass die zügige Fertigstellung der Erschließungsanlagen nicht behindert und in Aufbruch fertig gestellte Anlagen ausgeschlossen wird.
- 3) Der Baubeginn ist der Gemeinde vorher schriftlich anzuzeigen. Die Gemeinde oder ein von ihr beauftragter Dritter ist berechtigt, die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten zu überwachen und unverzüglich die Beseitigung festgestellter Mängel zu verlangen.

Teil IV

Schlussvorschriften

§ S 1

Kostentragung

Der Vorhabenträger erklärt ausdrücklich, entsprechend der Regelungen im Städtebaulichen Vertrag vom 25.06.2020 der Gemeinde sämtliche mit der Umsetzung entstehenden Kosten von der Hand zu halten.

§ S 2

Haftungsausschluss

- 1) Aus diesem Vertrag entstehen der Gemeinde keine Verpflichtungen zur Aufstellung der Satzung über den Vorhaben bezogenen Bebauungsplan. Eine Haftung der Gemeinde für etwaige Aufwendungen des Vorhabenträgers, die dieser im Hinblick auf die Aufstellung der Satzung tätigt, ist ausgeschlossen.
- 2) Für den Fall der Aufhebung der Satzung können Ansprüche gegen die Gemeinde nicht geltend gemacht werden. Dies gilt auch für den Fall, dass sich die Nichtigkeit der Satzung über den Vorhaben bezogenen Bebauungsplan im Verlauf eines gerichtlichen Streitverfahrens herausstellt.

§ 3**Wirksamwerden**

Der Vertrag wird erst wirksam, wenn die Satzung über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan in Kraft tritt oder wenn eine Bau- oder BImSchG-Genehmigung nach § 33 BauGB erteilt wird.

Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dieses Vertrages nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.

§ 4**Rechtsnachfolge**

Der Vorhabenträger verpflichtet sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Pflichten und Bindungen an seinen Rechtsnachfolger mit Weitergabeverpflichtung weiterzugeben. Der heutige Vorhabenträger haftet der Gemeinde als Gesamtschuldner für die Erfüllung des Vertrages neben einem etwaigen Rechtsnachfolger, soweit die Gemeinde ihn nicht ausdrücklich aus der Haftung entlässt.

Die Weitergabe der Pflichten und Bindungen dieses Vertrags an einen Rechtsnachfolger bedarf der schriftlichen Zustimmung der Gemeinde. Die Zustimmung darf nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verweigert werden.

Ein wichtiger Grund für die Verweigerung der Zustimmung liegt insbesondere dann vor, wenn der in Aussicht genommene Rechtsnachfolger nicht die Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung und Erfüllung des Vertrages bietet.

Glüsing, den **25. 03. 2021**

für die Gemeinde



(Ursula Rink)

Bürgermeisterin

für den Vorhabenträger



Dipl.-Ing. Jörg Laudehr
Hartwig Voß

Vereinigte Asphalt Mischwerke
GmbH & Co KG





Planformat: 930mm x 497mm



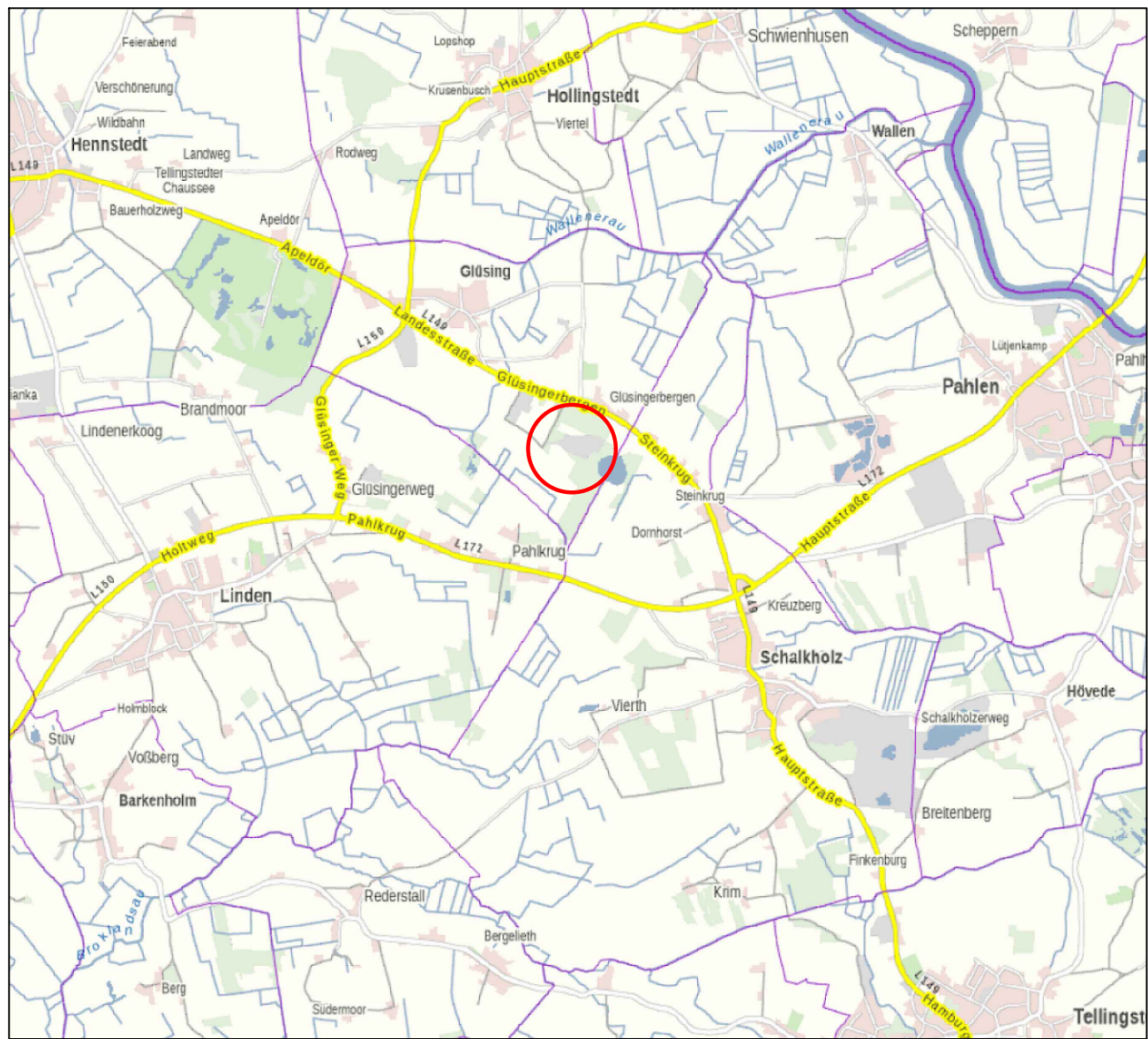
Luftbild - Asphaltmischwerk Glüsing

LEGENDE

Biotopcode*	Biotopname*	Schutzstatus**		
	SLy	Gewerbliche Bebauung, Asphalt-Mischwerk		
	SLy	Gewerbliche Bebauung, Nebengebäude		
	SLy	Lagerflächen für Zuschlagstoffe, Schüttgut		
	SLyo	Lagerfläche für Oberboden		
	SVs	Vollversiegelte Verkehrsfläche, Straße		
	SGe	Rasenfläche artenreich		
	AAy	Intensivacker		
	FGy	Graben		
	FXu	Technische Gewässer mit unverbauten, naturnahen Ufern		
	RHm	Ruderales Staudenfluren		
	HWy	Typischer Knick	\$	
	HGy	Feldgehölz		
	WBw	Weidenbruchwald	\$	
	WPw	Weiden-Pionierwald		
	WLy	Laubwald, -forst		
	WFn	Nadelforst		
	XHs	Steilhang		
				Plangebietsgrenze, Geltungsbereich Bebauungsplan Nr. 3

* Biotopcode und Biotopname gemäß Kartierschlüssel LLUR 2019

** Schutzstatus gemäß § 30 BNatSchG / 21 LNatSchG SH



Übersichtsplan: Biotoptypenkartierung Glüsing


Projekt: Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 "Asphaltmischwerk" Gemeinde Glüsing (Kreis Dithmarschen)		
Planbezeichnung: Plan 1 Bestandsplan / Biotoptypen	Bearbeitung: Dipl.-Biol. Dr. A. Dannenberg Dipl.-Biol. Dr. M. Schumann	Datum: September 2020 Maßstab: 1 : 1000
Auftraggeber: Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH Wollinstraße 25 24782 Büdelsdorf Telefon: 04331 358-0 Mail: info@vam-asphalt.de www.vam-asphalt.de		Auftragnehmer: B.i.A. Biologen im Arbeitsverbund Hermann Clausen Straße 13 24837 Schleswig Telefon: 04621 9634-34 Mail: dannenberg@bia-planung.de www.bia-planung.de

BEGRÜNDUNG

gemäß § 2a BauGB

Gemeinde Glüsing

Verfahrensträger:	Gemeinde Glüsing (Dithmarschen) Bürgermeisterin Ursula Rink Amt Kirchspielslandgemeinden Eider Kirchspielschreiber-Schmidt-Straße 1 25779 Hennstedt
Projektbezeichnung:	Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“

Projekt-Nr.:	5-189-19	Gezeichnet:	Ko
Auftragnehmer/Planer:	<div>Ingenieurgesellschaft Nord GmbH Waldemarsweg 1 24837 Schleswig Tel.: 04621/30 17-0 • Fax: 04621/30 17-30 E-Mail: info@ign-schleswig.de www.ign-schleswig.de</div> <div></div> <div>Geschäftsführende Gesellschafter: Dipl.-Ing. Boyke Elsner Dipl.-Ing. Matthias Wolfrat</div> <div>24.11.2021 Datum / Unterschrift</div>		
Planung:	<div>Moritz Hass, B.Sc. - Stadt- und Regionalplanung - Tel: 04621/30 17-73 m.hass@ign-schleswig.de</div> <div>24.11.2021 Datum/Unterschrift</div>		
Verfahrensstand:	<div><input type="checkbox"/> Aufstellungsbeschluss (§ 2 (1) BauGB)</div> <div><input type="checkbox"/> Planungsanzeige Landesplanung (§ 1 (4) BauGB, § 11 LaPlaG)</div> <div><input type="checkbox"/> Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 (1) BauGB)</div> <div><input type="checkbox"/> Frühzeitige Unterrichtung der Behörden (§ 4 (1) BauGB)</div> <div><input type="checkbox"/> Entwurfsbeschluss</div> <div><input type="checkbox"/> Auslegungsbeschluss</div> <div><input type="checkbox"/> Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)</div> <div><input type="checkbox"/> Beteiligung der Behörden (§ 4 (2) BauGB)</div> <div><input checked="" type="checkbox"/> Satzungsbeschluss (§ 10 (1) BauGB)</div> <div><input type="checkbox"/> Andere _____</div>		

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines	2
2. Lage des Plangebietes	3
3. Bestehende Nutzung	4
4. Planungsrechtliche Rahmenbedingungen.....	5
4.1 Überörtliche Planungen	5
4.2 Flächennutzungsplan	7
5. Planungserfordernis.....	8
6. Standortwahl	10
6.1 Standortalternativen	10
6.2 Vorprägung des Plangebietes	11
6.3 Wirtschaftliche Aspekte	12
6.4 Planungsrechtliche Manifestierung des Standortes.....	13
7. Inhalt des Bebauungsplanes	14
8. Erschließung	18
8.1 Verkehr	18
8.2 Ver- und Entsorgung.....	18
8.3 Denkmalschutz.....	20
8.4 Brandschutz.....	20
8.5 Immissionen.....	20
9. Erfüllung der Genehmigungsaufgaben nach Satzungsbeschluss	22
10. Umweltprüfung	23

1. Allgemeines

Die Gemeinde Glüsing beabsichtigt die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ im Sinne des § 12 BauGB zur planungsrechtlichen Ausweisung eines Sondergebietes und gemäß § 11 BauNVO zur planungsrechtlichen Sicherung eines bestehenden Asphaltmischwerkes.

Die Planung erfolgt auf Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 28.10.2019.

Der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss erfolgte am 07.12.2020.

Der Bebauungsplan wird als qualifizierter Bebauungsplan i. S. d. § 30 Abs. 1 BauGB im Standardverfahren aufgestellt.

Sämtliche Verfahrensschritte werden form- und fristgerecht gemäß BauGB durchgeführt.

Der Bebauungsplan wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Gemeinde Glüsing verfügt über keinen gültigen Flächennutzungsplan. Die Planung erfolgt auf Grundlage des § 8 Abs. 2 Satz 2, da die städtebauliche Ordnung auch ohne Flächennutzungsplan gewährleistet ist. Hierauf wird im Folgenden näher eingegangen.

Mit der vorliegenden Planung verfolgt die Gemeinde Glüsing das Ziel, das Betriebsgelände der Vereinigten Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG vor dem Hintergrund der planungsrechtlichen Absicherung zu überplanen und weitestgehend im Bestand zu sichern, um so die künftige Betriebsentwicklung vor dem Hintergrund neuer Richtlinien und dem damit verbundenen Erfordernis zum Bau neuer baulicher Anlagen, welche ohne Bebauungsplan im Außenbereich nicht genehmigungsfähig sind, sicherstellen zu können.

2. Lage des Plangebietes



Abb. 1: Übersichtskarte

Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ befindet sich südlich der Straße Glüsinger Bergen (L 149), westlich der Straße „Bargkoppel“ und südöstlich der Gemeindegrenze zur Gemeinde Schalkholz auf einer Fläche von rund 9 ha und umfasst dort das bestehende Betriebsgelände der Vereinigten Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG (VAM).

3. Bestehende Nutzung

Auf der Plangebietsfläche wird seit der Erstgenehmigung vom 27.01.1975 ein Asphaltmischwerk samt Nebenanlagen betrieben. Im Laufe der Zeit wurde dieses Werk immer wieder an die technischen Gegebenheiten und Bedarfe angepasst, sodass sich der Betrieb bis heute im Grundsatz zwar nicht verändert, in seinem Umfang jedoch seit der Erstgenehmigung erweitert hat.

Heute wird das Werk von den Vereinigten Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG (VAM) mit Firmensitz in Büdelsdorf betrieben und zählt mit aktuell sieben stationären Asphaltmischwerken und rund 60 Mitarbeitern zu den führenden Produzenten von Asphaltmischgut in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Die Mischanlagen sind auf Leistungen von 160 bis 240 to/Std. dimensioniert. Damit zählt die VAM in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu den leistungsfähigsten Produzenten für Asphaltmischgut. Ob Landstraße oder Autobahn, Parkplatz eines Supermarktes oder Fahrradweg, ob Sondernutzungsflächen wie z. B. Start- und Landebahnen auf Flugplätzen, Dränasphalt im Sportstättenbau, Deichschutzmaßnahmen oder Deponieabdichtungen: Jeder Straßen- und Wegebelaag muss seinen spezifischen Belastungen dauerhaft standhalten. Der Baustoff Asphalt ist hierfür die ideale Lösung (Quelle: Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG, URL: <https://www.vam-asphalt.de/leistungen.html>, Abrufdatum: 16.01.2020). Die Vereinigten Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG spielen damit eine entscheidende Rolle am Markt und sorgen somit auch für die Deckung des öffentlichen Bedarfs.

Eine detaillierte Betriebsbeschreibung zur bestehenden Nutzung liegt den Planunterlagen als Anlage bei.



Abb. 2: Luftbild, Quelle: Digitaler Atlas Nord

4. Planungsrechtliche Rahmenbedingungen

4.1 Überörtliche Planungen

Die im Zuge von Bauleitplanungen maßgeblichen Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung ergeben sich vor allem aus dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein vom 13.07.2010, der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2010 (2. LEP-Entwurf 2020) sowie dem Regionalplan für den Planungsraum IV (RPI V; Amtsbl. Schl.-H. 2002 Seite 747). Von grundlegender Bedeutung ist zunächst, dass die im ländlichen Raum gelegene Gemeinde Glüsing keine hervorgehobenen Funktionen im landesplanerischen Sinne wahrnimmt. Die Gemeinde ist nicht zentralörtlich eingestuft. Folglich zählt Glüsing auch nicht zu den Entwicklungsschwerpunkten, weshalb sich die Entwicklung, auch bezüglich des Gewerbes, entsprechend zu beschränken hat.

Da es sich bei der vorliegenden Planung weitestgehend um eine Bestandsüberplanung eines bereits genehmigten Betriebes handelt, werden keine tiefergehenden planungsrechtlichen Entwicklungsmöglichkeiten begründet, sodass ein Konflikt mit den Zielen der Raumordnung ausgeschlossen wird. Vielmehr handelt es sich um eine planungsrechtliche Sicherung des Bestandes samt marginaler Entwicklungsmöglichkeiten, welche vor allem technisch erforderliche Umbauten betreffen, um den Fortbestand des bestehenden Betriebes am Standort Glüsing langfristig gewährleisten zu können.

Der Regionalplan stellt das Gebiet zusätzlich als Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung sowie als „Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ dar.

Das Plangebiet liegt außerhalb des landesweiten Biotopverbundsystems, allerdings im direkten Kontakt zu einer Hauptverbundachse, die das Gebiet im Westen, Süden und mit einem Abstand von rund 400 m auch im Osten umschließt. Eine Beeinträchtigung durch das Vorhaben auf das landesweite Biotopverbundsystem ist aufgrund der bereits bestehenden langjährigen Nutzung durch Kiesabbau und die Folgenutzung als Asphaltmischwerk nicht relevant.

Der Landschaftsrahmenplan (2020, Planungsraum III) weist das Plangebiet als zugehörig zum „Gebiet mit besonderer Erholungseignung“ und zugleich als Bereich mit „oberflächennahen Rohstoffen“ aus. Die Zugehörigkeit zu einem Gebiet mit besonderer Erholungseignung ergibt sich durch die Lage des Betrachtungsraumes im Umfeld des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“. Das Firmengelände selbst sowie ein Umkreis von 200 m um das Gebiet sind allerdings aus der Schutzgebietsplanung ausgeklammert, sodass sich kein Zielkonflikt mit dem geplanten Schutzgebiet ergibt.

Für Bereiche mit guter Erholungseignung ist eine vielfältige Landschaftsstruktur und eine gute Zugänglichkeit der Landschaft eine wesentliche Grundvoraussetzung. Im Landschaftsrahmenplan wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass innerhalb der großräumigen Ausweisungen der Gebiete mit Erholungseignung auch Bereiche vorhanden sind, die sich weniger oder gar nicht für Erholungszwecke eignen. Dies trifft auch für das Plangebiet und sein näheres Umfeld zu. Der Bereich bietet insbesondere durch den Betrieb der Asphaltmischanlage sowie einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung des Umfeldes und durch eine weitgehend nicht vorhandene Erschließung und Erreichbarkeit des Raumes (fehlende Rad- oder Fußwanderwege) kaum günstige Voraussetzungen für die Erholungsnutzung. Die Bedeutung des Plangebietes sowie sein unmittelbares Umfeld für die Erholung werden deshalb als gering eingestuft. Grundsätzlich sind die Binnensander- bzw. Geestsanderflächen Schleswig-Holsteins, in denen sich auch das Plangebiet befindet, günstige Kies- und Sandlager. Die Gebiete sind im Landschaftsrahmenplan deshalb vollständig als „Bereiche mit oberflächennahen Rohstoffen“ dargestellt. Diese Gebiete besitzen folglich eine besondere Eignung zur Lieferung von Rohstoffen. Für den unmittelbaren Plangeltungsbe- reich ist das Potential zur Gewinnung von Kiesen und Sanden im Trockenabbau allerdings schon seit Jahren erschöpft. Kiese und Sande sind bis auf eine „Restschicht“ zur Abdeckung der Grundwasserleiter abgebaut, teils sind Fremdbodenanteile eingebracht worden und damit erfolgte eine Teilverfüllung der ehemaligen Abbaugelände. Die Nutzung als Asphaltmischwerk stellt damit eine Anschlussnutzung des Rohstoffabbaus dar. Ein Widerspruch zur Ausweisung von Vorrangflächen zur Gewinnung von Rohstoffen entsprechend dem Landschaftsrahmenplan ergibt sich nicht, da im Landschaftsrahmenplan die weitmögliche Erschöpfung von Rohstoffvorkommen am Standort unberücksichtigt geblieben ist.



Abb. 3: Lage des Plangebietes im Kontext des Regionalplanes (Planungsraum IV) 2005, Quelle: Innenministerium des Landes S.-H. – Landesplanungsbehörde, 2005

4.2 Flächennutzungsplan

Sofern eine Kommune einen Bebauungsplan aufstellen möchte, greift zunächst das Entwicklungsgebot gemäß § 8 Abs. 2 Satz 1 BauGB, wonach Bebauungspläne sich aus einem gültigen Flächennutzungsplan zu entwickeln haben, um die städtebauliche Ordnung zu gewährleisten. In diesem Falle verfügt die Gemeinde Glüsing jedoch über keinen Flächennutzungsplan, sodass theoretisch erst ein Flächennutzungsplan erstellt werden müsste. Für die vorliegende Planung jedoch greift der § 8 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welcher besagt, dass ein Flächennutzungsplan nicht erforderlich ist, wenn der Bebauungsplan ausreicht, um die städtebauliche Entwicklung zu ordnen. Hieran sind jedoch gewisse Rahmenbedingungen geknüpft, welche entsprechend einzuhalten sind.

Die Voraussetzungen für einen sogenannten isolierten Bebauungsplan können nur dann gegeben sein, wenn die Darstellungen des Flächennutzungsplanes für den fraglichen Umgriff nach Lage der Dinge kein über das faktisch schon Vorhandene hinausgehendes städtebauliches Ordnungsziel setzen können. Auf die Entwicklung des Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan kann mithin bei der Fallgestaltung nur verzichtet werden, wenn es sich um einen kleinen Teil des Gemeindegebietes handelt, dessen städtebauliche Entwicklung im Wesentlichen abgeschlossen ist, sodass sich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes ohnehin in der Beschreibung des bestehenden Bestandes erschöpfen müssten, von dem fraglichen Bereich also keine städtebaulichen Impulse mehr ausgehen können, die als abwägungserhebliche Belange in das Gesamtkonzept des Flächennutzungsplanes Eingang finden könnten oder müssten. Das bedeutet, dass ein solcher Bebauungsplan sich seinerseits im Wesentlichen auf die Festschreibung und Ordnung des Bestandes zu beschränken hat, also nicht einem weiter greifenden städtebaulichen Konzept dienen darf (vgl. OHG RhPF, Urt. V. 14. 11. 1984 – 10 C 28/83).

Diese planungsrechtlichen Voraussetzungen werden mit der vorliegenden Planung zweifelsohne erfüllt, da sich die Planung auf das bestehende Betriebsgelände der Vereinigten Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG beschränkt und im Wesentlichen den Bestand sichert und keine signifikanten Änderungsmöglichkeiten herbeiführt.

Ein weiterer Aspekt für die Zulässigkeit eines isolierten Bebauungsplanes ist, dass in der Gemeinde für einen Zeitraum von etwa 10 -15 Jahren keine weiteren Bauleitplanungen durchgeführt wurden oder auch künftig nicht beabsichtigt sind, sodass eine kumulative Wirkung aufeinander folgender Pläne und eine damit einhergehende mögliche städtebauliche Unordnung ohne Flächennutzungsplan ausgeschlossen wird.

Die Gemeinde Glüsing verfügt insgesamt bisher über zwei Bebauungspläne sowie über eine Einbeziehungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB. Der Bebauungsplan Nr. 1 aus dem Jahre 1990 setzt ein Allgemeines Wohngebiet fest, welches vier Baufelder auf einer Fläche von rund 0,6 ha ausweist. Die vorhandene Einbeziehungssatzung aus dem Jahre 2001 sorgt für ebenfalls vier neue Baufelder, welche per Satzung dem Innenbereich zugeschrieben wurden. Für diese Satzung wurde jüngst ein Änderungsverfahren durchgeführt, welches im Wesentlichen eine Umstrukturierung der Erschließung beinhaltet. Eine städtebauliche Wirkung geht von dieser Änderung nicht aus.

Der Bebauungsplan Nr. 2 aus dem Jahre 2011 setzt ein Sondergebiet „Baustoffhandel“ auf einer Fläche von 0,7 ha fest. Planungsabsicht war seiner Zeit nicht die Schaffung eines neuen Gewerbestandortes auf einer Freifläche, sondern die bauleitplanerische Sicherung einer bereits erfolgten Genehmigung nach dem BlmschG für den Kiesabbau sowie die Konzentration des zum Betrieb gehörenden Wohn- und Lagerhauses.

Auch die Voraussetzung der zeitlichen Abfolge wird somit im Wesentlichen erfüllt. Eine bilaterale Abstimmung mit dem Referat Städtebau und Ortsplanung, Städtebaurecht der Landesplanung des Landes Schleswig-Holstein hat bereits stattgefunden. Unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde sich dazu erklärt, in dem genannten Zeitraum auf weitere neue Bauleitplanungen zu verzichten, wird der vorliegenden Planung zugestimmt.

Die Gemeinde Glüsing erklärt hiermit, dass in dem genannten Zeithorizont zum aktuellen Zeitpunkt keine weiteren konkreten Planungen angestrebt sind und ist sich darüber im Klaren, dass weitere Planungen das unmittelbare Erfordernis der Aufstellung eines Flächennutzungsplanes mit sich bringen.

5. Planungserfordernis

Die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG (VAM) ist bereits seit den 1970er Jahren an diesem Standort ansässig und betreibt dort seither ein Asphaltmischwerk im planungsrechtlichen Außenbereich des Gemeindegebietes. Die bisherigen Anlagen sowie der Betrieb sind ohne formelle Bauleitplanung über ein Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz entstanden und genehmigt.

Unter anderem aufgrund neuer Richtlinien der TA Luft und der Entwicklung technischer Standards sind nun bauliche Änderungen und Erweiterungen erforderlich, welche vor allem die Lagerflächen betreffen. Offen gelagerte Materialien können und sollen künftig nicht mehr offen, sondern überdacht gelagert werden, um Verwehungen und Vernässungen zu verhindern. Ohne formelle Bauleitplanung sind weitere bauliche Maßnahmen im Außenbereich jedoch nicht möglich, da der Betrieb eines Asphaltmischwerkes nicht einer Privilegierung nach § 35 BauGB unterliegt.

Daher soll nun eine Bestandsüberplanung erfolgen, in deren Rahmen künftige bauliche Maßnahmen in bedarfsgerechter Form mit eingearbeitet werden. Dabei ist festzustellen, dass es nicht zu Erweiterungen auf neue Flächen kommt und auch bestehende Flächen innerhalb des Betriebsgeländes keiner grundlegend anderen Nutzung zugeführt werden. Die geplanten neuen Anlagen sind dem Vorhaben- und Erschließungsplan zu entnehmen.



Abb. 4: Beispiele erforderlicher Schüttgutlagerhallen (1), Quelle: Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH & Co KG



Abb. 5: Beispiele erforderlicher Schüttgutlagerhallen (2), Quelle: Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH & Co KG

6. Standortwahl

Grundsätzlich ist unter Ziffer 3.7 des 2. LEP-Entwurfes 2020 folgendes geregelt:

„Alle Gemeinden können unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe treffen. Vor der Neuausweisung von Flächen sollen in den Gemeinden Altstandorte, Brachflächen und Konversionsstandorte in städtebaulich integrierter Lage genutzt werden. Es soll darauf geachtet werden, dass Flächen sparend gebaut wird, die Gewerbeflächen den Wohnbauflächen räumlich und funktional sinnvoll zugeordnet sind und dass insbesondere exponierte Standorte qualitativ hochwertig gestaltet werden.“

Die Begrifflichkeit der „Neuausweisung“ mag im vorliegenden Fall rein planungsrechtlich zutreffen, da das Plangebiet planungsrechtlich bisher nicht erfasst ist. Aufgrund der bereits seit den 1970er Jahren stattfindenden Nutzung des Gebietes als Asphaltmischwerk ist diese Begrifflichkeit jedoch differenziert zu betrachten. Es kann im vorliegenden Fall nicht derart argumentiert werden, als wäre eine Überplanung eines Neustandortes auf der grünen Wiese angestrebt.

6.1 Standortalternativen

Die Betrachtung von Standortalternativen erfolgt aus rein planungsrechtlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung der o. g. Ausführungen des 2. Entwurfes des Landesentwicklungsplanes aus dem Jahre 2020.

Die Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH & Co KG betreibt, wie bereits ausgeführt, seit den 1970er Jahren das Asphaltmischwerk am genannten Standort in der Gemeinde Glüsing und ist somit ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor der ländlich geprägten Gemeinde. Die Gemeinde Glüsing hat daher ein großes Interesse am Verbleib des Betriebes innerhalb der Gemeinde. Da der Landesentwicklungsplan allen Gemeinden unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe zugesteht, beschränkt sich der Untersuchungsrahmen auf Alternativstandorte innerhalb des Gemeindegebietes der Gemeinde Glüsing.

Die Gemeinde Glüsing stellt sich als landwirtschaftlich geprägte Gemeinde ohne überörtliche Versorgungsfunktion im landesplanerischen Sinne dar. Die Gemeinde verfügt über keine Altstandorte, Brachflächen oder Konversionsstandorte gemäß Ziffer 3.7 des 2. LEP-Entwurfes 2020. Die Ortslage Glüsing befindet sich in etwa 1 km nordwestlich des Plangebietes. Ein Heranrücken des Asphaltmischwerkes an die bestehenden Siedlungsstrukturen, um die gewerblichen Flächen den Wohnbauflächen räumlich und funktional sinnvoll zuzuordnen (vgl. Ziffer 3.7 Nr. 1 G 2. LEP-Entwurf 2020), wäre bereits aus immissionsschutzrechtlicher Sicht kritisch zu werten.

Für den Betrieb eines Asphaltmischwerkes spielen insbesondere immissionsschutzrechtliche Rahmenbedingungen (u. a. Lärm, Staub und Geruch) eine entscheidende Rolle, da durch den Betrieb des Mischwerkes Emissionen entstehen, etwa beim Verladen und Behandeln der Rohstoffe und Materialien sowie verkehrlich durch die An- und Ablieferung durch LKW, was dazu führt, dass ein solcher Betrieb in uneingeschränkter Weise ausschließlich in Außenbereichen fernab wohnbaulicher Strukturen oder innerhalb überplanter Bereiche, welche mindestens den Standard eines Industriegebietes nach § 9 BauNVO erfüllen, möglich wäre. Derartige Plangebiete mit einer entsprechenden Flächenverfügbarkeit existieren selbst in einem weitläufigeren Untersuchungsrahmen nicht. Die VAM hat für den bestehenden Standort immissionsschutzrechtliche Untersuchungen durchführen lassen, welche den Planunterlagen als Anlage beiliegen (s. Punkt 8.5 „Immissionen“). Im Rahmen der Untersuchung wird auch die Verträglichkeit des bisherigen Betriebes mit der umgebenen Wohnbebauung nachgewiesen. Aus den vorliegenden Untersuchungen ist abzuleiten, dass eine Standortverlagerung in die räumliche Nähe der vorhandenen gemeindlichen Siedlungsstrukturen immissionsschutzrechtlich nicht möglich wäre. Somit käme lediglich die Verlegung auf anderweitige bisher landwirtschaftlich genutzte Flächen in Frage, welche gegenüber dem bisherigen Standort jedoch keine planungsrechtlichen Begünstigungen mit sich bringen, sondern allenfalls als gleichwertig gesehen werden können, sofern man ausschließlich die planungsrechtlichen Gesichtspunkte unter Ausklammerung der Vorprägung des Plangebietes betrachtet.

6.2 Vorprägung des Plangebietes

Die Frage der Standortwahl stellt sich unter Berücksichtigung der über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen an diesem Standort zunächst nur bedingt. Im Gegensatz zu einer neuen Flächenausweisung auf bisher nicht vorbelasteten Flächen, werden in diesem Falle keine neuen Flächen in Anspruch genommen, sodass allein aus diesem Grund eine Umverlegung des Betriebes an einen Alternativstandort nicht sinnvoll erscheint, da hierfür an anderer Stelle ein erheblicher Eingriff in die naturschutzfachlichen Schutzgüter erforderlich wäre, während das bestehende Gelände als Brachfläche zurückbleibt und nur äußerst träge einer sukzessiven natürlichen Entwicklung zurückgeführt werden kann. Die Darstellung des Plangebietes auf Ebene des Regionalplanes sowie des Landschaftsrahmenplanes als Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe steht der Überplanung des Plangebietes nicht im Wege (vgl. hierzu Punkt 4.1 „Überörtliche Planungen“ sowie Punkt 1.2.2 „Übergeordnete, umweltschutzrelevante Planungen“ des Umweltberichtes).

6.3 Wirtschaftliche Aspekte

Wenngleich wirtschaftliche Aspekte für die planungsrechtliche Standortwahl allein betrachtet nicht entscheidend sind, so muss die Sinnhaftigkeit einer Bauleitplanung unter Berücksichtigung ökonomischer Aspekte dennoch gegeben sein, da ansonsten das Planungserfordernis gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 bereits grundlegend in Frage gestellt wird. Denn sofern eine Neuausweisung von Flächen rein planungsrechtlich geeignet und städtebaulich sinnvoll erscheint, wirtschaftlich für den betroffenen Betrieb jedoch in keiner Weise realisierbar oder gar attraktiv ist, so ist die gesamte Planung bereits im Grundsatz hinfällig.

Die ursprüngliche Standortwahl der Vereinigten Asphaltmischwerke GmbH & Co KG erfolgte aufgrund objektiver Kriterien. Der gewählte Standort ermöglicht die Verwirklichung der in der Wirtschaftsgeographie angewandten Konzepte in der Nähe. Die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG (VAM) betreibt derzeit sieben Asphaltmischwerke an verschiedenen Standorten, welche bedarfsgerecht verteilt sind, um so den Anforderungen regional und lokal gerecht zu werden. Unter Anderem werden durch die geringe physische und ökonomische Distanz zu den Baustellen und Einsatzorten Kosten bspw. für Transport und Produktion gesenkt. Eine Verlegung des seit Jahrzehnten bestehenden Standortes an einen neuen Standort kommt daher auch allein aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht in Frage. Eine Verlegung des Standortes hätte zur Folge, dass sämtliche Anlagen zurückgebaut werden, transportiert und an einem neuen Standort neu errichtet werden müssen, ohne im Nachhinein eine Verbesserung des Betriebes erzielt zu haben. Im Gegenteil: Durch den zwischenzeitlichen Produktionsausfall und die Aufgabe des Standortes in Verbindung mit dem Aufwand der Etablierung des neuen Standortes entstünden Kosten, welche für das Unternehmen ohne Nutzen wären. Auch der Angang und die Etablierung des neuen Standortes würde längere Zeit in Anspruch nehmen, was dem Betrieb weitere Nachteile einbringen und nachhaltigen Schaden anrichten würde.

Somit bleibt folglich festzuhalten, dass eine Verlegung des Standortes aus ökonomischen Gesichtspunkten nur dann sinnvoll wäre, wenn es letztlich zu einer signifikanten Verbesserung für den Betrieb kommen würde. Dies ist jedoch nicht der Fall, da sich der aktuelle Standort über Jahrzehnte bewährt hat und sämtliche Anforderungen erfüllt.

6.4 Planungsrechtliche Manifestierung des Standortes

Das bestehende Asphaltmischwerk befindet sich derzeit im Außenbereich gemäß § 35 BauGB. Da die bestehende Nutzung keiner planungsrechtlichen Privilegierung unterliegt, ist die Genehmigung erforderlicher baulicher Anlagen derzeit nicht möglich, wodurch sich das Planungserfordernis an dieser Stelle ergibt. Da das Plangebiet bisher planungsrechtlich weder auf Ebene eines Flächennutzungsplanes noch auf Ebene eines Bebauungsplanes in Erscheinung getreten ist, ergibt sich durch die nun vorliegende Planung eine planungsrechtliche Manifestierung des Standortes, welche unter Berücksichtigung städtebaulicher und naturschutzfachlicher Aspekte auf Ebene überörtlicher und örtlicher planungsrechtlicher Rahmenbedingungen durchaus als sensibel betrachtet werden muss. Denn durch die Aufstellung eines Bebauungsplanes wird zunächst ein planungsrechtlicher Rahmen geschaffen, welcher die Grundlage zur Erteilung von Baurecht schafft. In der Regel gilt ein Bebauungsplan dabei auf unbestimmte Zeit, weshalb bei der Aufstellung verschiedene Kriterien sorgsam abzuwägen sind. Auch in diesem Fall erfordert die Überplanung des bestehenden Betriebsgeländes ein besonderes Abwägungserfordernis. Um diesem Abwägungserfordernis gerecht zu werden, wurde bewusst das Planungsinstrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gemäß § 12 BauGB gewählt, um die planungsrechtlichen Festsetzungen und das geplante Vorhaben so konkret wie möglich festzusetzen und vertraglich zwischen Gemeinde und Vorhabenträger zu sichern. Es gilt der Grundsatz „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“. Soll also heißen, dass durch Aufstellung des Bebauungsplanes zwar der Bau der für die wirtschaftliche Fortführung und zukunftsorientierte Ausrichtung des Betriebes erforderlichen Anlagen, insbesondere die rechtlich erforderlichen Schüttgutanlagen (s. Punkt 5 „Planungserfordernis“ oder Vorhaben- und Erschließungsplan), ermöglicht werden soll, der Umfang und die Grundstruktur des bestehenden Betriebes jedoch nicht signifikant erweitert bzw. verändert wird, um die städtebauliche Ordnung auch nachhaltig sicherzustellen. Die Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist zudem an das konkrete Vorhaben gebunden und entfaltet daher nur begrenzte planungsrechtliche Auswirkungen auf die Zukunft, was wiederum zur Verträglichkeit des Vorhabens mit den städtebaulichen und naturschutzfachlichen Aspekten sorgt und die planungsrechtliche Manifestierung auf unbestimmte Zeit mindert.

7. Inhalt des Bebauungsplanes

Das Plangebiet beinhaltet eine Fläche von 91.241 m² und teilt sich folgendermaßen auf:

Sondergebietsflächen	48.952 m ²
Grünflächen	27.052 m ²
Flächen für die Landwirtschaft	14.036 m ²
Flächen für Versorgungsanlagen und Abwasserbeseitigung	463 m ²
Verkehrsflächen	738 m ²

Art der baulichen Nutzung

Der Bebauungsplan Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ setzt sonstige Sondergebiete im Sinne des § 11 BauNVO fest und dient im Wesentlichen dazu, den bestehenden Betrieb planungsrechtlich abzusichern und im Rahmen einer bedarfsgerechten Betriebsentwicklung Änderungen und Erweiterungen, wie etwa den gemäß neuer TA Luft erforderlichen Bau überdachter Lagerstätten, zu ermöglichen (s. Punkt 5 „Planungserfordernis“ oder Vorhaben- und Erschließungsplan).

Zur Sicherung der städtebaulichen Ordnung wurde das Betriebsgelände dabei in verschiedene Zonen unterteilt, um die Errichtung und den Betrieb bestehender und künftiger baulicher Anlagen städtebaulich zu ordnen. Ohne die Festsetzung differenzierter Nutzungszonen wäre eine signifikante Umstrukturierung der vorhandenen Anlagen an andere Standorte innerhalb des Betriebsgeländes möglich, was nicht erwünscht ist.

Das Sondergebiet SO-AMW 1 betrifft die Asphaltmischanlage selbst, welche sich aktuell bereits an diesem Standort befindet.

Das Sondergebiet SO-AMW 2 betrifft sämtliche für den Betrieb erforderliche Nebenanlagen, welche sich insbesondere im Zuwegungsbereich zwischen öffentlichem Verkehrsraum und Asphaltmischwerk befinden.

Die Sondergebiete SO-AMW 3 und SO-AMW 4 betreffen die bestehenden Lagerflächen.

Die Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung bezieht sich dabei auf die aktuell bestehenden Nutzungszonen. Innerhalb dieser Zonen besteht für jedes Sondergebiet ein hinreichender Spielraum für künftig erforderliche Umstrukturierungen, sodass der Betrieb der Anlage auch langfristig sichergestellt ist.

Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird im vorliegenden Fall durch die Festsetzung der Höhe baulicher Anlagen, die Grundflächenzahl (GRZ) gemäß § 19 BauNVO sowie die Begrenzung der Zahl der zulässigen Vollgeschosse beschränkt.

Die GRZ ist für die einzelnen Sondergebiete differenziert festgesetzt. Für die mit SO-AMW 1, SO-AMW 3 und SO-AMW 4 gekennzeichneten Sondergebiete wird der zulässige Versiegelungsgrad durch eine GRZ von 1,0 auf 100 % festgesetzt, was der aktuellen Nutzung entspricht. Durch den Betrieb des Asphaltmischwerkes innerhalb des Gebietes SO-AMW 1 sowie die Lagerflächen SO-AMW 3 und SO-AMW 4 sind die Böden bereits derart verdichtet, dass ein Versiegelungsgrad von 100 % der Realität entspricht. Planungsrechtlich ist eine Überschreitung der für sonstige Sondergebiete gemäß § 17 BauNVO höchstzulässigen GRZ von 0,8 dann möglich, wenn städtebaulich Gründe dies erfordern und eine signifikante Verschlechterung der natürlichen Funktion des Bodens ausgeschlossen wird (§ 19 Abs. 4 Satz 3 ff. BauNVO). Da es sich bei der vorliegenden Planung um die Überplanung des genehmigten Bestandes handelt und der Versiegelungsgrad aufgrund der Art der Nutzung schlichtweg erforderlich ist, ist dies zutreffend.

Für das Gebiet SO-AMW 2 wird eine bedarfsgerechte GRZ von 0,8 festgesetzt. Innerhalb dieses Gebietes ist eine weitergehende Versiegelung nicht erforderlich.

Des Weiteren wird die Höhe baulicher Anlagen innerhalb des Plangebietes beschränkt. Für das mit SO-AMW 1 gekennzeichnete Plangebiet wird die maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen auf 50,00 m festgesetzt, was in etwa der Höhe der bestehenden Asphaltmischanlage entspricht. Innerhalb der restlichen Plangebiete beträgt die maximal zulässige Bauhöhe 20,00 m, um bedarfsgerechte Anlagen, insbesondere die erforderlichen Schüttgutlagerhallen (s. Abb. 4 f.), errichten zu können. Die Begrenzung der zulässigen Bauhöhen erfolgt insbesondere zum Schutze des Landschaftsbildes.

Zusätzlich erfolgt eine Beschränkung der zulässigen Vollgeschosse für die jeweiligen Sondergebiete. Für das Sondergebiet SO-AMW 1, in dessen sich die Asphaltmischanlage samt erforderlicher Nebenanlagen befindet, wurde auf eine derartige Beschränkung verzichtet.

Bauweise

Die Anordnung baulicher Anlagen erfolgt in der abweichenden Bauweise. In der abweichenden Bauweise sind in Verbindung mit § 22 Abs. 4 BauNVO Gebäude und bauliche Anlagen in offener Bauweise ohne die Längenbegrenzung nach § 22 Abs. 2 BauNVO zulässig. Dies erscheint für ein derartiges Sondergebiet bedarfsgerecht.

Baugrenzen

Die mit Baugrenzen festgesetzte überbaubare Fläche ermöglicht die Realisierung der beabsichtigten Bebauung. Mit Hilfe der Baugrenzen werden Baufelder festgesetzt, innerhalb derer die baulichen Hauptanlagen errichtet werden dürfen. Bauliche Nebenanlagen dürfen ausnahmsweise auch über die Baugrenzen hinaus errichtet werden. Die festgesetzten Baugrenzen bleiben auch innerhalb der nachrichtlich übernommenen Waldabstandsflächen weiterhin festgesetzt, da es sich an dieser Stelle um Lagerflächen handelt. § 24 LWaldG gilt dennoch uneingeschränkt. Unter Umständen ist es möglich, diesen Regelabstand zu unterschreiten, sofern aus Sicht des Brandschutzes keine Bedenken bestehen. Dies wäre im Einzelfall zu prüfen. Die Vorgehensweise wurde bilateral mit der Unteren Forstbehörde abgestimmt.

Straßenverkehrsflächen

Das Plangebiet wird durch Anbindung an den westlich vorhandenen öffentlichen Verkehrsweg erschlossen. Der Verkehrsweg wird zur Hälfte in den Geltungsbereich des Planes aufgenommen, um die Kriterien eines qualifizierten Bebauungsplanes zu erfüllen. Die innere Erschließung erfolgt privat und ist bereits über den bestehenden Betrieb gesichert.

Knick

Innerhalb des Plangebietes befinden sich teilweise Knicks, die von den besonderen Schutzvorschriften nach § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz / § 21 Abs. 1 Landesnaturschutzgesetz erfasst sind.

Die Knicks innerhalb des Plangebietes sind in der Planzeichnung als „bestehender Knick“ gekennzeichnet.

Zusätzlich sind innerhalb des Plangebietes Anpflanzgebote zur Herstellung von Kickstrukturen festgesetzt.

Gemäß § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz / § 21 Abs. 1 Landesnaturschutzgesetz sind Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung oder sonstigen erheblichen Beeinträchtigung der Knicks führen. Hierauf wird vorsorglich hingewiesen.

Aus den Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz (Erlass des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein – V 534-531.04) ergibt sich die Empfehlung, mit der Bebauung einen Mindestabstand von 3,00 m zu Knickstrukturen einzuhalten, um negative Beeinträchtigungen dieser Strukturen auszuschließen. Die innerhalb des Plangebietes bestehenden und geplanten Knickstrukturen befinden sich größtenteils weit außerhalb der festgesetzten Baufenster, sodass eine Beeinträchtigung ausgeschlossen wird.

Das Baufenster befindet sich stets mindestens 3,00 m vom jeweiligen Knickfuß entfernt, wodurch der geforderte Knickschutzstreifen sichergestellt wird. Der Knickschutzstreifen wurde auch zusätzlich deklaratorisch in den Text (Teil B) aufgenommen.

Flächen für die Landwirtschaft

Im Nordwesten des Plangebietes befindet sich eine etwa 1,5 ha große landwirtschaftliche Fläche, welche Teil der gepachteten Fläche der VAM ist. In ihrer Struktur soll sie unverändert bleiben und wird daher lediglich aus deklaratorischen Gründen in die Planung aufgenommen

Grünflächen

Innerhalb des Plangebietes befinden sich verschiedene Grünflächen unterschiedlicher Zweckbestimmung.

Im westlichen Bereich des Plangebietes befindet sich eine rund 1 ha große Fläche, auf der sich Weidenbruchstrukturen befinden, welche den Bestimmungen des § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz / § 21 Abs. 1 Landesnaturschutzgesetz unterliegen. Als Grundnutzung wird eine Grünfläche festgesetzt.

Südlich dieser Fläche befindet sich eine ca. 2.200 m² große Grünfläche, welche als solche festgesetzt wird.

Im südöstlichen Bereich befinden sich Grünflächen, innerhalb derer ein Anpflanzgebot festgesetzt wurde. Somit soll ein Puffer zum Landschaftsbild gewährleistet und die bestehenden Strukturen gesichert werden. Auf die Inhalte des Umweltberichts wird an dieser Stelle verwiesen.

Umgrenzung von Schutzgebieten und Schutzobjekten im Sinne des Naturschutzrechtes

Der Bereich des Weidenbruches im Westen des Plangebietes wird als gesetzlich geschütztes Biotop nachrichtlich in die Planzeichnung des Bebauungsplanes übernommen. Als Grundnutzung wird an dieser Stelle eine Grünfläche festgesetzt. Auf die Inhalte des Umweltberichtes wird an dieser Stelle verwiesen.

Waldflächen

Innerhalb des Plangebietes sowie in unmittelbarer Nähe befinden sich Waldflächen, welche den Bestimmungen des § 2 LWaldG unterliegen. Die genannten Waldflächen sowie die Waldabstandsflächen wurden nachrichtlich in die Planzeichnung des Bebauungsplanes übernommen. Die festgesetzten Baugrenzen bleiben weiterhin festgesetzt, da es sich an dieser Stelle um Lagerflächen handelt. § 24 LWaldG gilt dennoch uneingeschränkt! Unter Umständen ist es möglich, diesen Regelabstand zu unterschreiten, sofern aus Sicht des Brandschutzes keine Bedenken bestehen. Dies wäre im Einzelfall zu prüfen. Die Vorgehensweise und Darstellung im Bebauungsplan wurde bilateral mit der Unteren Forstbehörde abgestimmt.

Flächen für die Versorgungsanlagen und Abwasserbeseitigung

Innerhalb des Plangebietes sind drei Flächen unterschiedlicher Zweckbestimmung festgesetzt, welcher der aktuellen Nutzung entsprechen. Es befinden sich im Bestand zwei Schmutzwasserklärbecken und ein Regenwasser-/ Feuerlöschbecken.

8. Erschließung

8.1 Verkehr

Das Plangebiet wird durch Anbindung an den westlich vorhandenen öffentlichen Verkehrsweg erschlossen. Dieser führt in Richtung Norden zur Landesstraße 149, von wo aus der überörtliche Verkehr, beispielsweise die südlich bei Tellingstedt verlaufende Bundesstraße 203 binnen 5 - 10 Minuten erreichbar ist.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt dabei in unveränderter Form wie bisher. Die Zuwegung zum Betriebsgelände der VAM ist entsprechend behördlich genehmigt.

8.2 Ver- und Entsorgung

Wasserversorgung

Die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG verfügt über eine eigene Trinkwasserversorgung auf dem Betriebsgelände, welche über einen eigenen Trinkwasserbrunnen sichergestellt wird. Dieser ist behördlich genehmigt: 657.20/164

Abwasserbeseitigung

Die im Plangebiet anfallenden Schmutzwasser werden gesammelt und über die eigene Kleinkläranlage samt Klärteich entsorgt. Diese ist behördlich genehmigt: 231.657.44/036/0023

Regenwasser

Die innerhalb des Plangebietes anfallenden Niederschlagswasser versickern innerhalb des Plangebietes.

Das Betriebsgelände der VAM führt das Oberflächenwasser über am Rande der Sondergebietsflächen verlaufende Gräben ab. Große Teile des Oberflächenwassers versickern hier bereits. Zusätzlich befindet sich auf dem Gelände eine Rückhaltungsfläche, welche zugleich als Feuerlöschteich fungiert. Diese ist auch im Bebauungsplan festgesetzt. Hinter den genannten Versickerungsgräben befinden sich zudem noch Grünflächen (im Bebauungsplan als GI festgesetzt), welche ebenfalls dem Betriebsgelände der VAM zugehören. Diese fungieren zusätzlich als Puffer. Das Betriebsgelände verfügt des Weiteren über keinerlei Anschlüsse an die Verbandsgewässer, so dass diese nachweislich nicht beeinträchtigt werden. Auch wird durch die Planung keine Betriebserweiterung begründet, welche zu einer signifikanten Steigerung der Abflussmengen führen würde.

Elektrische Energie

Das Plangebiet wird in ausreichendem Umfang mit elektrischer Energie versorgt.

Telekommunikation

Das Plangebiet wird in ausreichendem Umfang mit Telekommunikationsmitteln versorgt.

Abfallbeseitigung

Der anfallende Abfall aus dem Gebiet wird entsprechend der Satzung des Kreises Dithmarschen getrennt erfasst und der Wiederverwertung oder der Abfallbehandlung zugeführt.

Die Abfallbeseitigung erfolgt dabei in unveränderter Form wie bisher.

8.3 Denkmalschutz

Die überplante Fläche befindet sich südwestlich eines archäologischen Interessengebietes.

Es erfolgt daher der allgemeine Hinweis auf § 15 DSchG: Wer Kulturdenkmale entdeckt oder findet, hat dies unverzüglich unmittelbar über die Gemeinde der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder dem Fund geführt haben. Die Mitteilung einer oder eines der Verpflichteten befreit die Übrigen. Die nach Satz 2 Verpflichteten haben das Kulturdenkmal und die Fundstätte in unverändertem Zustand zu erhalten, soweit es ohne erhebliche Nachteile oder Aufwendungen von Kosten geschehen kann. Diese Verpflichtung erlischt spätestens nach Ablauf von vier Wochen seit der Mitteilung.

Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit.

8.4 Brandschutz

Innerhalb des Plangebietes befindet sich ein Löschteich, welcher der Vereinigten Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG zur Löschwasserversorgung im Brandfall dient. Zusätzlich sind mobile Löschmittel vorhanden. Dies ist im Rahmen der Betriebsgenehmigung genehmigt.

8.5 Immissionen

Der Betrieb des Asphaltmischwerkes löst Emissionen aus, welche aus umwelttechnischer Sicht zu berücksichtigen sind. Hierzu gehören etwa Emissionen durch Lärm, Staub und Gerüchen. Aus diesen Gründen sind Abstandsradien, etwa zu umgebener Wohnbebauung, einzuhalten. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zum Betrieb des Asphaltmischwerkes wurden die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes eingehalten. Ein entsprechendes Verfahren wurde durchgeführt. Aufgrund der bestehenden Lage und des Betriebes des Asphaltmischwerkes werden weitergehende Einflüsse ausgeschlossen. Die entstehenden Emissionen durch den Anlagenbetrieb haben sich aufgrund des Anlagenstandortes im Außenbereich als unproblematisch erwiesen.

Insgesamt ergibt sich für das Plangebiet bzw. für den Betrieb des bestehenden Asphaltmischwerkes eine bedeutsame Grundbelastung durch Lärm. Für die umliegenden Siedlungsstrukturen können aber die gemäß der aktuellen Richtlinie zulässigen Richtwerte eingehalten bzw. teils auch deutlich unterschritten werden. Kritisch muss die Lärmsituation an einzelnen Immissionsorten gesehen werden, da dort die zulässigen Richtwerte mit 45 dB(A) durch den LKW-Verkehr von und zum Betriebsgelände nur knapp eingehalten werden können. Durch konsequente Nutzung einer Nebenstrecke und Reduktion der Nachtfahrten können die Lärmimmissionen an den kritischen Standorten allerdings weiter deutlich reduziert werden.

Da der Betrieb der Asphaltmischanlage im gegenwärtigen Umfang fortgeführt wird, ergibt sich durch die vorgelegte Planung keine Veränderung der Emissionen gegenüber dem dargestellten Basisszenario.

Für die Mischanlage Glüsing existieren entsprechende Fachgutachten, welche den Planunterlagen als Anlage beiliegen:

GESELLSCHAFT FÜR UMWELTCONSULTING MBH (29.04.2020): BEURTEILUNG DER IMMISSIONSSITUATION DER ASPHALTMISCHANLAGE IN 25779 GLÜSING IM ZUSAMMENHANG MIT DER GEPLANTEN AUSWEISUNG DES LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIETES „NORDERGEESE“ UND DEM VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 3 „ASPHALTMISCHWERK“ DER GEMEINDE GLÜSING. KURZBERICHT NR. 502.471/20. GELNHAUSEN.

GESELLSCHAFT FÜR UMWELTCONSULTING MBH (29.06.2015): BERICHT ÜBER LÄRMUNTERSUCHUNGEN AN DER ASPHALTMISCHANLAGE IN 25779 GLÜSING. PROJEKTNUMMER 202.114/15. GELNHAUSEN.

BRAASE TECHNISCHE PRÜFUNGEN – INGENIEURBÜRO (08.06.2014): GERÄUSCHIMMISSIONSPROGNOSE DER GESAMTBELASTUNG DURCH DEN GEPLANTEN BETRIEB DER ASPHALTMISCHANLAGE GLÜSING IN 25779 GLÜSING, WERKTAGS, IN DER ZEIT VON 22:00 BIS 6:00 UHR. BERICHT NR. 14060901. FISCHBEK.

Allein bereits aus Gründen des Immissionsschutzes ist eine Verlegung in eine tatsächlich „städtebaulich integrierte Lage“ gemäß Ziffer 3.7 des 2. LEP-Entwurfes 2020 an dieser Stelle planungsrechtlich nicht realisierbar.

9. Erfüllung der Genehmigungsaufgaben nach Satzungsbeschluss

Mit Schreiben vom 25.08.2021 erfolgte seitens des Kreises Dithmarschen, unter Beachtung entsprechender Auflagen, die Genehmigung des vorliegenden Bauleitplans gemäß § 10 BauGB. Folgende Auflagen wurden benannt:

Grünfläche/Zweckbestimmung Immissionsschutzstreifen

„Die verwendete Zweckbestimmung Immissionsschutzstreifen entspricht nicht der Planzeichenverordnung und ist zudem auch in Bezug auf die funktionale Zuordnung als Immissionsschutzstreifen nicht zulässig. Es ist eine der Planzeichenverordnung entsprechende Zweckbestimmung bzw. eine andere zulässige Zweckbestimmung zu verwenden. Für die funktionale Zuordnung als Immissionsschutzstreifen ist eine Festsetzung auf Grundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB zu treffen. Für die Änderung der Zweckbestimmung und ggf. zu treffende Festsetzungen zum Immissionsschutz ist gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB ein eingeschränktes Beteiligungsverfahren durchzuführen.“

Die Zweckbestimmung „Immissionsschutzstreifen“ wird nicht weiter genutzt. Stattdessen wird eine Grünfläche i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB festgesetzt, innerhalb derer ein Anpflanzgebot i. S. d. § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB festgesetzt wird.

Darstellung Grünfläche/Flächen für Wald

„Die Darstellung von Grünflächen innerhalb der nachrichtlich übernommenen Waldflächen (gem. Waldgesetz) entspricht nicht den Planungszielen der Gemeinde. Entsprechend der Begründung ist keine Beseitigung des Waldbestandes vorgesehen. Die Planzeichnung ist den Planungszielen der Gemeinde anzupassen. Für die Änderung der Grundnutzung im Bereich der Waldflächen ist gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB ein eingeschränktes Beteiligungsverfahren durchzuführen.“

Die betroffenen Waldflächen i. S. d. § 2 LWaldG wurden daraufhin nachrichtlich in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufgenommen. Die Festsetzung einer Grünfläche an dieser Stelle entspricht in der Tat nicht den Entwicklungszielen der Gemeinde.

Fläche für die Landwirtschaft

„Nach der öffentlichen Auslegung wurde ein Teil der Grünflächen mit der Zweckbestimmung privat als Fläche für die Landwirtschaft festgesetzt. Der Planentwurf wurde nach der öffentlichen Auslegung geändert. Für die Änderung der Grundnutzung im Bereich der Flächen für die Landwirtschaft ist gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB ein eingeschränktes Beteiligungsverfahren durchzuführen.“

Die genannte Auflage wird zur Kenntnis genommen.

Darstellung Fläche für die Landwirtschaft/Bestehender Knick

„Die Darstellung von Flächen für die Landwirtschaft innerhalb der nachrichtlich übernommenen bestehenden Knicks (gem. § 30 Abs. 2 BNatSchG/§ 21 Abs. 1 LNatSchG) entspricht nicht den Planungszielen der Gemeinde. Entsprechend der Begründung ist keine Beseitigung der Knickstrukturen vorgesehen. Die Planzeichnung ist den Planungszielen der Gemeinde anzupassen. Für die Änderung der Grundnutzung im Bereich der geschützten Knickstrukturen ist gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB ein eingeschränktes Beteiligungsverfahren durchzuführen.“

Bei der Festsetzung der genannten landwirtschaftlichen Fläche handelt es sich um eine Grundnutzung, während die bestehende Knickstruktur als nachrichtliche Übernahme in die Planzeichnung des Bebauungsplanes aufgenommen wurde. Die Knickstrukturen sind demnach zu erhalten. Ein Nutzungskonflikt wird daher nicht erkannt. Dennoch wird die Grundnutzung „Fläche für die Landwirtschaft“ an dieser Stelle redaktionell entfernt.

Die Gemeindevertretung hat die Nebenbestimmungen (Auflagen) durch einen satzungsändernden Beschluss vom 24.11.2021 erfüllt, die Hinweise sind damit hinreichend beachtet.

10. Umweltprüfung

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nummer 7 und § 1a BauGB durch eine Umweltprüfung in Form eines Umweltberichtes darzulegen.

Der Umweltbericht, in dem sämtliche Belange nach Maßgabe des Baugesetzbuches erfasst und bewertet wurden, ist Teil der Begründung.

**Begründung zur
Aufstellung des vorhabenbezogenen
Bebauungsplanes Nr. 3
„Asphaltmischwerk“ in der Gemeinde Glüsing**

Teil II: Umweltbericht



Dipl-Biol. Dr. A. Dannenberg
Hermann Clausen Str. 13
24837 Schleswig
Tel. 04621 / 963434

Bearbeitung:

Dipl.-Biol. Dr. A. Dannenberg

Bearbeitungsstand:

November 2020 und März 2021,
[Ergänzungen September 2021](#)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einleitung	
1.1. Kurzdarstellung der Inhalte und wichtigsten Ziele des B-Planes	4
1.2. Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes einschließlich ihrer Umsetzung im B-Plan	6
2. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen	10
2.1. Bestandsaufnahme (Basiszenario)	10
2.2. Prognose zur Entwicklung des Umweltzustandes	32
2.2.1. Prognose bei Nichtdurchführung der Planung	32
2.2.2. Prognose bei Durchführung der Planung	32
2.3. Maßnahmen zur Verminderung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen	40
2.3.1. Vorkehrungen zur Vermeidung und Verringerung	40
2.3.2. Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen	41
2.3.3. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung	42
2.4. Anderweitige Planungsmöglichkeiten	42
2.5. Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Plangebiete und grenzüberschreitende Wirkungen	43
2.6. Auswirkungen durch schwere Unfälle	43
2.7. Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels	44
2.8. Eingesetzte technische Stoffe	44
3. Zusätzliche Angaben	44
3.1. Merkmale der verwendeten technischen Verfahren, Methode und aufgetretene Schwierigkeiten	45
3.2. Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen	45
3.3. Allgemeinverständliche Zusammenfassung	46
4. Quellenverzeichnis	48

Anhang

Bestandsplan / Biotoptypen

Tabellenverzeichnis

- Tab. 1: Flächeninanspruchnahme / -verteilung im Plangebiet
- Tab. 2: Gesamt-Schalldruckpegel (L_G)
- Tab. 3: Biotoptypen im Plangeltungsbereich
- Tab. 4: Tierartengruppen der FFH-RL und ihre mögliche Betroffenheit i.S.d. § 44 BNatSchG
- Tab. 5: Im Untersuchungsgebiet zu erwartende bzw. erfasste Brutvogelarten 44 BNatSchG
- Tab. 6: Wirkfaktoren und ihre qualitative Dimension
- Tab. 7: Zu erwartende Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Übersichtsplan zur Lage des Plangebietes
- Abb. 2: Lage des Plangebietes zum landesweiten Biotopverbund
- Abb. 3: Auszug aus dem Landschaftsplan – Teilkarte „Entwicklung“
- Abb. 4: Abstand der umgebenden Wohnhäuser zum Asphaltmischwerk und Angabe der Immissionsorte IO 1 bis IO 4
- Abb. 5: Betriebsgelände mit Mischwerk (Sly)
- Abb. 6: Zufahrtstraße mit beidseitigem Knick (HWy)
- Abb. 7: Artenreicher Steilhang (HGy / XHs) mit vorgelagertem Acker (AAy)
- Abb. 8: Artenreicher Rasen (SGe) an der Werkszufahrt
- Abb. 9: Graben (FGy) an der östlichen Plangebietsgrenze
- Abb. 10: Bereich des Trinkwasserschutzgebietes „Linden“
- Abb. 11: Bereiche der archäologischen Interessensgebiete im Umfeld des Plangeltungsbereiches

1. EINLEITUNG

Die Gemeinde Glüsing plant die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ im Sinne des § 12 BauGB zur planungsrechtlichen Ausweisung eines Sondergebietes (§ 11 BauNVO). Auf diese Weise soll die planungsrechtliche Sicherung für ein bereits bestehendes Asphaltmischwerk geschaffen werden.

Gemäß § 2a BauGB sind beim Aufstellungsverfahren von Bebauungsplänen in der Umweltprüfung die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Die aufgrund der Umweltprüfung ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes sind dann in einem Umweltbericht darzulegen. Der vorliegende Umweltbericht übernimmt diese Aufgabe und bildet einen gesonderten Teil (Teil II) zur Begründung des Bebauungsplanes (Teil I) von der Ingenieurgesellschaft Nord (IGN 2020). Der Umweltbericht wurde beim Planungsbüro *B.i.A. - Biologen im Arbeitsverbund*, Schleswig in Auftrag gegeben.

Der Umweltbericht folgt in seinem Aufbau und in der Abschichtung der Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes der Anlage 1 zu § 2 Absatz 4 und den §§ 2a und 4c des BauGB (vom 05/2017).

1.1. Kurzdarstellung der Inhalte und wichtigsten Ziele des Bauleitplans

Die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erfolgt auf Grundlage des Aufstellungsbeschlusses in der Gemeindevertretersitzung vom 28.10.2019.

Mit der Planung verfolgt die Gemeinde das Ziel das bestehende Betriebsgelände der Asphaltmischanlage im Bestand zu sichern und insbesondere künftige Betriebsentwicklungen vor dem Hintergrund neuer Richtlinien des Umweltschutzes und dem damit verbundenen Erfordernis zum Bau neuer baulicher (Neben-) Anlagen zu sichern. Sie berücksichtigt dabei insbesondere den Umstand, dass neue bauliche Anlagen im Außenbereich ohne Bebauungsplan nicht genehmigungsfähig sind. Konkreter Anlass der Planaufstellung ist das Erfordernis und der Wunsch, Zuschlagstoffe, die zur Herstellung des Asphaltes benötigt werden und die derzeit im Freilager auf dem Betriebsgelände untergebracht werden, zukünftig in halboffenen Hallen zu deponieren. Auf diese Weise kann das Produktionsausgangsmaterial trocken gelagert werden und benötigt im Prozess weniger Energie, außerdem ist die Verwehung von Stäuben erheblich reduziert.

Bei der überplanten Fläche handelt es sich somit um ein derzeit vollumfänglich bestehendes Betriebsgelände zur Herstellung von Asphalt der Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH & Co KG (VAM) mit Sitz in Büdelsdorf. Der Betrieb und die Herstellung von Asphalt erfolgt überwiegend zur Deckung des Bedarfs im näheren Umfeld der Produktionsstätte.

Lage im Raum

Das rund 9 ha große Plangebiet liegt im Kreis Dithmarschen, zwischen den Ortschaften Schalkholz im Südosten und Hollingstedt im Nordwesten und im südöstlichen Bereich des Gemeindegebietes der Gemeinde Glüsing (vgl. Abb. 1). Das Gebiet schließt sich südlich an die Landesstraße L 149 (Strecke Friedrichstadt –

Albersdorf) an, mit der es über eine kleine Stich- bzw. Erschließungsstraße verbunden ist.



Abb. 1: Übersichtsplan zur Lage des Plangebietes

Bedarf an Grund und Boden

Insgesamt wird durch den Bebauungsplan eine Fläche von 91.261 m² überplant. Dadurch wird ein Sondergebiet mit Zweckbestimmung Asphaltmischwerk gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 11 BauNVO festgesetzt. Die Größe der Sondergebietsflächen (SO-AMW 1 – 4) beträgt 49.616 m². Diese Flächen dienen dem Standort der Asphaltmischanlage (SO-AMW 1) selbst, sämtliche für den Betrieb erforderliche Nebenanlagen (SO-AMW 2) sowie den Schüttgutlagerflächen für Zuschlagstoffe (SO-AMW 3 und 4).

Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die gewählte Grundflächenzahl gemäß § 19 BauNVO beschränkt. Die Grundflächenzahl (GRZ) wird für die Sonderflächen 1, 3 und 4 mit 1,0 und somit auf 100% festgesetzt, für die Sonderfläche 2 mit 0,8 und 80 %. Die Begrenzung der baulichen Höhe wird auf maximal 50,0 m limitiert.

Teils wird das Plangebiet zum Schutz des Landschaftsbildes und zur Minimierung der visuellen Beeinträchtigung von einem Immissionsschutzstreifen (GI, § 9 BauGB Abs. 1 Nr. 14) umgrenzt. Im Nordwesten wird eine Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft i.S.d. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB festgesetzt. Zusätzlich werden Grünflächen mit der Zweckbestimmung privat (GP, § 9 BauGB Abs. 1 Nr. 9) ausgewiesen.

In der folgenden Tabelle ist nochmal die Flächenverteilung und jeweilige Flächengröße im B-Plangebiet dargestellt, weitere Details zum B-Plan können dem Teil I der Begründung (IGN 2021) entnommen werden.

Tab. 1: Flächenverteilung B-Plan Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ Gemeinde Glüsing

Nutzungsart	GRZ	Gesamt Flächenanteil (m²)	Bodenversiegelung (m²)
Sonstiges Sondergebiet – AMW 1	1,0	9.191	9.191
Sonstiges Sondergebiet – AMW 2	0,8	10.693	8.554
Sonstiges Sondergebiet – AMW 3	1,0	21.556	21.556
Sonstiges Sondergebiet – AMW 4	1,0	8.176	8.176
SUMME (SO-AMW)		49.616	47.477
Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§-Biotop, Bestand)		9.639	-
Immissionsschutzstreifen (GI)		14.718	-
Grünflächen sonstige (GP)		16.067	-
Versorgungsflächen (SKB, RVN)		463	-
Verkehrsflächen		738	-
SUMME		91.261	47.477

1.2. Darstellung der in Fachgesetzen und Fachplänen festgelegten Ziele des Umweltschutzes einschließlich ihrer Umsetzung im B-Plan

1.2.1. Gesetze

Neben den allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, wie dem Baugesetzbuch **BauGB** (insbesondere die Paragraphen 1 (6) Nr. 7 Belange des Umweltschutzes, § 1a Ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz, § 2(4) Umweltprüfung, 2a Umweltbericht, 6 (5) Zusammenfassende Erklärung sowie die Anlage zu § 2 (4) und § 2a Inhalt des Umweltberichtes), der Landesbauordnung **LBO** und der Baunutzungsverordnung **BauNVO** sind ferner speziell für den vorliegenden

Umweltbericht folgende Gesetze und Verordnungen bzw. Erlasse relevant und verwendet worden:

Für den Natur- und Artenschutz:

- das Landesnaturschutzgesetz **LNatschG** (insb. § 8a Verhältnis zum Baurecht, §21 geschützte Biotope und dies in Verbindung mit der **Biotopverordnung** BiotopV, § 27 a regelt die Gehölzpflege mit vom BNatSchG abweichenden Fristen für Arbeiten an Gehölzen),
- das Bundesnaturschutzgesetz **BNatschG** und hier insbesondere § 21 Verhältnis zum Baurecht sowie §§ 30 und 39-44 mit Regelungen zum Biotop- und Artenschutz sowie §34 Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines europäischen Vogelschutzgebietes, in diesem Zusammenhang auch die FFH-Gebiets-Richtlinien **FFH-RL**,
- das Landeswaldgesetz **LWaldG** zur Klärung der Frage, ob Wald betroffen sein wird und
- Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht, Erlass des Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes S-H.

Für den allgemeinen Umweltschutz und Immissionsschutz:

- das Bundesimmissionsschutzgesetz **BImSchG** zur Sicherung der allgemeinen Anforderungen zum Schutz von schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräuschen, Erschütterungen und ähnlichen Vorgängen,
- die Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes 4. **BImSchV**,
- die **TA Lärm**, Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm,
- die **TA Luft**, Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft,
- Geruchsimmissions-Richtlinie (**GIRL**)

und für den Bodenschutz:

- das Bundes-Bodenschutzgesetz **BBodSchG**, dies findet Anwendung, sofern die 9. Vorschrift des Bauplanungs- und Bauordnungsrecht Einwirkungen auf den Boden nicht regeln (§1 Abs. 1 BBodSchG).

Für den Gewässerschutz bzw. Grundwasserschutz.

- das Wasserhaushaltsgesetz **WHG** und das Landeswassergesetz **LWG** bei der Betroffenheit von Trinkwasserschutzgebieten und
- das Landeswassergesetz **LWG** zur Klärung ob Gewässer betroffen sind und wie die Ableitung von Oberflächenwasser erfolgen darf und Berücksichtigung des Hochwasserschutzes,

Für das kulturelle Erbe:

- Denkmalschutzgesetz **DSchG** zur Sicherung kultureller Denkmäler vor dem baugeordneten Zugriff

1.2.2. Übergeordnete, umweltschutzrelevante Planungen

Der Landschaftsrahmenplan (2020, Planungsraum III) weist das Planbereich als zugehörig zum „Gebiet mit besonderer Erholungseignung“ und zugleich als Bereich mit „oberflächennahen Rohstoffen“ aus. Die Zugehörigkeit zu einem Gebiet mit besonderer Erholungseignung ergibt sich durch die Lage des Betrachtungsraumes im Umfeld des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“. Das Firmengelände selbst sowie eine Umkreis von 200 m um das Gebiet sind allerdings aus der Schutzgebietsplanung ausgeklammert, so dass sich kein Zielkonflikt mit dem geplanten Schutzgebiet ergibt. Für Bereiche mit guter Erholungseignung ist eine vielfältige Landschaftsstruktur und eine gute Zugängigkeit der Landschaft eine wesentliche Grundvoraussetzung. Im Landschaftsrahmenplan wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass innerhalb der großräumigen Ausweisungen der Gebiete mit Erholungseignung auch Bereiche vorhanden sind, die sich weniger oder gar nicht für Erholungszwecke eignen. Dies trifft auch für das Plangebiet und sein näheres Umfeld zu. Der Bereich bietet insbesondere durch den Betrieb der Asphaltmischanlage sowie einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung des Umfeldes und durch eine weitgehend nicht vorhandene Erschließung und Erreichbarkeit des Raumes (fehlende Rad- oder Fußwanderwege) kaum günstige Voraussetzungen für die Erholungsnutzung. Die Bedeutung des Plangebietes sowie sein unmittelbares Umfeld für die Erholung werden deshalb als gering eingestuft.

Grundsätzlich sind die Binnensander- bzw. Geestsanderflächen Schleswig-Holsteins - in denen sich auch das Plangebiet befindet - günstige Kies- und Sandlager. Die Gebiete sind im Landschaftsrahmenplan deshalb vollständig als „Bereiche mit oberflächennahen Rohstoffen“ dargestellt. Diese Gebiete besitzen folglich eine besondere Eignung zur Lieferung von Rohstoffen. Für den unmittelbaren Plangeltungsbereich ist das Potential zur Gewinnung von Kiesen und Sanden im Trockenabbau allerdings schon seit Jahren erschöpft. Kiese und Sande sind bis auf eine „Restschicht“ zur Abdeckung der Grundwasserleiter abgebaut, teils sind Fremdbodenanteile eingebracht worden und damit eine Teilverfüllung des ehemaligen Abbaugbietes erfolgt. Die Nutzung als Asphaltmischwerk stellt damit eine Anschlussnutzung des Rohstoffabbaues dar. Ein Widerspruch zur Ausweisung von Vorrangflächen zur Gewinnung von Rohstoffen entsprechend dem Landschaftsrahmenplan ergibt sich nicht, da im Landschaftsrahmenplan die weitmögliche Erschöpfung von Rohstoffvorkommen am Standort unberücksichtigt geblieben ist.

Im Regionalplan (LROPI 2005, Planungsraum IV) wird ebenfalls der Betrachtungsraum als Gebiet mit besonderer Bedeutung für Tourismus und Erholung eingestuft, außerdem als „Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“. Die vorgelegte Planung steht aus den bereits oben ausgeführten Gründen nicht im Widerspruch zum Regionalplan.

Das Plangebiet liegt außerhalb des landesweiten Biotopverbundsystems, allerdings im direkten Kontakt zu einer Hauptverbundachse, die das Gebiet im Westen, Süden und mit einem Abstand von rund 400 m auch im Osten umschließt. Eine Beeinträchtigung durch das Vorhaben auf das landesweite Biotopverbundsystem ist auf Grund der bereits bestehenden langjährigen Nutzung durch Kiesabbau und die Folgenutzung als Asphaltmischwerk nicht relevant.

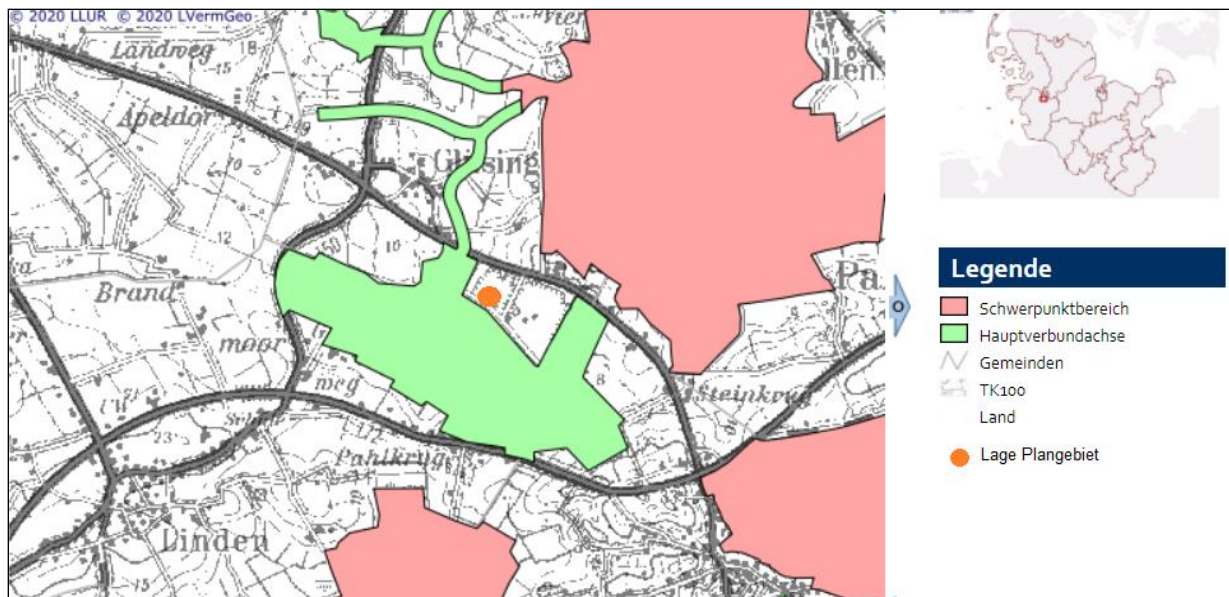


Abb. 2: Lage des Plangebietes zum landesweiten Biotopverbund (Hauptverbundachse)

Das Plangebiet liegt umschlossen von dem geplanten Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ (Entwurf der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet LSG-VO). Das Schutzgebiet ist derzeit allerdings noch nicht rechtskräftig ausgewiesen. Der Plangeltungsbereich des Asphaltmischwerkes wurde nach Einwänden des Betreibers samt einem 200 m breiten Pufferstreifen aus der Schutzgebietskulisse entlassen (Bescheid des Kreises Dithmarschen vom 09.10.2020). Eine Beeinträchtigung durch die langjährig bestehende Asphaltmischanlage auf die Schutzgebietsziele des potentiellen Landschaftsschutzgebietes wird somit nicht erkannt und steht der geplanten Ausweisung des Schutzgebietes auch nicht entgegen.

Gemeindliche Planungen

Die Gemeinde Glüsing verfügt über keinen Flächennutzungsplan. Für die vorliegende Planung ist ein Flächennutzungsplan nicht erforderlich, da der vorhabenbezogene Bebauungsplan ausreicht, um die städtebauliche Entwicklung zu ordnen (vgl. IGN 2021).

Der Landschaftsplan der Gemeinde wurde 1999 aufgestellt und weist das Plangebiet im Bestands- sowie im Entwicklungsplan als Standort für ein Asphaltmischwerk aus. Das geplante Vorhaben ist somit konform zum Landschaftsplan der Gemeinde.



Abb. 3: Auszug aus dem Landschaftsplan – Teilkarte „Entwicklung“

2. BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER ERHEBLICHEN UMWELTAUSWIRKUNGEN

2.1. Bestandsaufnahme (Basiszenario)

2.1.1. Mensch, Gesundheit und Bevölkerung

Da im Rahmen einer Umweltprüfung insbesondere die Auswirkungen relevant sind, die sich auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen beziehen, wird eine Analyse und Bewertung der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch in Anlehnung an JESSEL & TOBIAS (2002) durchgeführt, die sich an den Funktionen

- Wohn- und Wohnumfeldeigenschaften,
- Erholungseignung und Wohlbefinden sowie
- Gesundheit orientieren.

Die Wohn- und Wohnumfeldeigenschaften besitzen für das Plangebiet eine untergeordnete Bedeutung. So befinden sich in nördlicher Richtung in einem Abstand von 325 - 610 m die nächsten Wohnhäuser. Die Lage der Wohnhäuser bzw. Wohnfelder können der Abb. 4 entnommen werden.

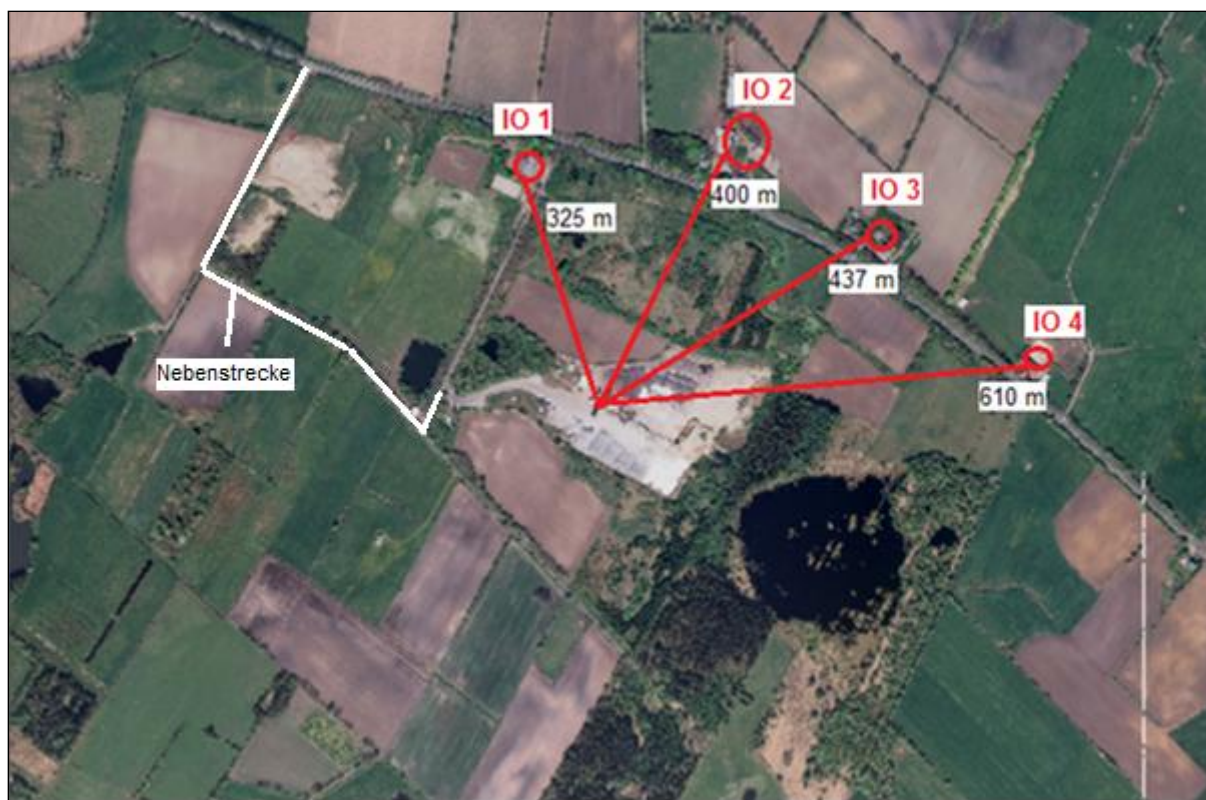


Abb. 4: Abstand der umgebenden Wohnhäuser zum Asphaltmischwerk und Angabe der Immissionsorte IO 1 bis IO 4 (Messorte der Immissionsmessung von BRAASE (2014) und ABK (2015)) sowie der „Nebenstrecke“ zum Asphaltmischwerk

Eine mögliche Beeinträchtigung ergibt sich durch Lärm und lufthygienische Beeinträchtigungen. Zur Lärmbelastung liegen Gutachten von ABK (2015) und BRAASE (2014) vor. Die Gutachten berücksichtigen die Lärmeinwirkung durch LKW-An- und Abfahrten zum Gelände sowie auf dem Werksgelände (Betrieb der Mischanlage, mobiler Brecher und des zur Beschickung der Anlage erforderlichen Radladers). Die den Beurteilungspegeln zugrunde liegenden Messergebnisse wurden unter Volllast der Anlage, bei einer Betriebszeit von 0.00 – 24.00 Uhr erhoben. Für die lärmintensiven Aktivitäten konnte der Langzeit-Mittelungspegel ($L_a(L_r)$) sowie die Gesamtbelastung (L_G) ermittelt werden, deren Beurteilung dann gemäß TA Lärm erfolgte. Dabei wurden die Siedlungsflächen nach BauNVO dem Dorf-, Kern- sowie Mischgebiet zugeordnet. Die zulässigen Immissionsrichtwerte (dB) A für derartige Gebiete sind gemäß TA Lärm am Tag 60 dB (A) und in der Nacht 45 (dB) A. Der folgenden Tabelle kann das Ergebnis der Lärmbeurteilungen bzw. der Gesamtbelastung für die einzelnen Immissionsorte (IO 1 bis IO 4) entnommen werden.

Tab. 2: Gesamt-Schalldruckpegel ($L_{G \text{ Taktmax.pegel}}$) VAM Glüsing (aus BRAASE 2014 und ABK 2015, gerundete Werte)

Immissionsort	Schalldruckpegel tags dB(A)	Richtwert TA Lärm	Schalldruckpegel nachts dB(A)	Richtwert TA Lärm
IO 1	46	60	44	45
IO 2	48		45	
IO 3	48		44	
IO 4	42		39	

Bei den Angaben in der Tabelle 2 handelt es sich um den Taktmaximalpegel, also um jenen Wert der einer pessimalen Betrachtungsweise zugrunde gelegt werden müssen (ABK 2015). An keinem Immissionsort wird der - gemäß TA Lärm - zulässige Höchstwert überschritten. Tags bleibt der Schalldruckpegel mindestens 12 dB(A) unter dem zulässigen Höchstwert, nachts wird an einem Immissionsort (IO 2) der maximal zulässige Wert von 45 dB(A) erreicht. Ursache für das Erreichen des Schwellenwertes ist der LKW-Verkehr von und zum Betriebsgelände, nicht jedoch der Betrieb der Asphaltmischanlage selbst (BRAASE 2014). Zu Reduktion der Lärmeinwirkungen an den relevanten Immissionsorten wird gemäß dem Genehmigungsbescheid zum Betrieb der Anlage (LLUR 2014) der LKW-Verkehr in der Nachtzeit (22.00 – 6.00 Uhr) auf 8 Bewegungen pro Stunde begrenzt. In einer Nacht dürfen damit maximal 64 LKW-Bewegungen stattfinden. Zusätzlich darf die Zufahrt zur Hauptstraße (L 149) neben dem Wohnhaus Glüsingbergen 2 (IO 1) nachts nicht benutzt werden. Der Verkehr wird über die „Nebenstrecke“ umgeleitet (vgl. Abb. 4). Auf diese Weise können die Lärmimmissionen an den relevanten Immissionsorten gesenkt und sicher eingehalten werden.

Insgesamt ergibt sich für das Plangebiet bzw. für Betrieb des bestehenden Asphaltmischwerkes somit eine bedeutsame Grundbelastung durch Lärm. Für die umliegenden Siedlungsstrukturen können aber die gemäß der aktuellen Richtlinie zulässigen Richtwerte eingehalten bzw. teils auch deutlich unterschritten werden. Kritisch muss die Lärmsituation am Immissionsort IO 1 und IO 2 gesehen werden, da dort die zulässigen Richtwerte mit 45 dB(A) durch den LKW-Verkehr von und zum Betriebsgelände nur knapp eingehalten werden können. Durch konsequente Nutzung einer Nebenstrecke und Reduktion der Nachtfahrten können die Lärmimmissionen an den kritischen Standorten allerdings weiter deutlich reduziert werden.

Zum Asphaltmischwerk in Glüsing liegen aktuellen Messungen bzw. Beurteilungen zu den lufthygienischen Bedingungen von GfU (2020) vor. Die Beurteilung im Rahmen vorliegender Bearbeitung erfolgt zusätzlich auf Grundlage der Emissionswerte vergleichbarer Anlagen des Betreibers (ABK 2014) bzw. allgemeinen Angaben zu Asphaltmischanlagen GRONEWÄLLER (2011) und LOHMEYER (2018). Für die Beurteilung relevant sind:

- Geruchs- und Luftschadstoffimmissionen sowie die
- Abgabe von Feinstäuben und Stäuben.

Da das Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) keine Vorgaben zu einzelnen Grenzwerten macht, dient als Grundlage für Schwellenwerte stets die TA Luft mit folgen Grenzwertangaben zum Ausstoß relevanter Stoffe:

Stoff	Grenzwert
Gesamtstaub, einschließlich Feinstaub	20 mg/m ³
Schwefeloxide (SO ₂ und SO ₃), angegeben als SO ₂	0,35 g/m ³
Stickstoffoxide (NO und NO ₂), angegeben als NO ₂	0,35 g/m ³
Benzol (Eine Emissionsminderung mit einem Zielwert von 1 mg/m ³ ist anzustreben.)	5 mg/m ³
organische Stoffe, ausgenommen staubförmige organische Stoffe, angegeben als Gesamtkohlenstoff	50 mg/m ³

Angaben nach TA Luft (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft)

Ausgegangen wird hierbei von einer möglichen Maximalannahme hinsichtlich der zur Beurteilung der Immissionen relevanten Schad- und Geruchsstoffe. In der Regel werden dazu die Immissionsprognosen für sogenannte Beurteilungspunkte ermittelt, die Beurteilungspunkte entsprechen den anliegenden Wohnsiedlungen bzw. Wohnhäusern bzw. relevante Aufenthaltsorte im Umfeld des Asphaltmischwerkes. Diese befinden sich im Plangebiet in einer Entfernung von mindestens 325 m bis 610 m (vgl. Abb. 4). Bedeutsam sind ferner die, am Emissionsort entstehenden Geruchs- und Schadstoffe sowie Stäube.

Geruch

Die Prognose für Geruchsbelastungen ergab bei einer vergleichbaren Anlage, in einem Abstand von bereits 250 m das Irrelevanzkriterium der Geruchsmissions-Richtlinie (GIRL) von 2 % Geruchszeitanteil eingehalten wird. Die Beurteilung ist wesentlich von der Geländestruktur und der Hauptwindrichtung abhängig. Im Plangebiet herrschen überwiegend West bzw. Südwestwinden vor, so dass eine Beeinträchtigung des nächstgelegenen und in nördlicher Richtung liegenden Beurteilungspunktes (IO 1; 325 m Entfernung) höchst unwahrscheinlich ist. Alle übrigen Beurteilungspunkte liegen deutlich weiter vom Asphaltmischwerk entfernt, so dass auch dort eine relevante Beeinträchtigung durch Gerüche ausgeschlossen wird. Im Ausbreitungsmodell von Gerüchen ermittelt auch GfU (2020) für das Plangebiet bzw. für alle relevanten Immissionspunkte eine Belastung durch Gerüche von unter 2% der Jahresstunden und damit unterhalb der Relevanzgrenze gemäß TA Luft.

Staub

Die Untersuchungen zeigen, dass der Immissions(grenz)werte zum Schutz der menschlichen Gesundheit für Feinstaub (PM_{2,5} und PM₁₀) sowie die zulässige Überschreitung des Tagesmittelwertes unter Berücksichtigung der Entfernung des nächsten Beurteilungspunktes von 325 m stets sicher eingehalten werden können (GfU 2020). Dies gilt für den Umschlag von staubenden Gütern, aus der Behandlung durch die Brecher- und Siebanlage, als auch für Fahrzeugbewegungen auf dem Betriebsgelände sowie aus sämtlichen Abwehungen vom Gelände. Bei der Beurteilung muss berücksichtigt werden, dass das Asphaltmischwerk - durch

ehemaligen Bodenabbau bedingt - in einer Senke liegt, Verwehungen damit reduziert einwirken und die Stäube weitgehend in der Senke verbleiben und nicht oder kaum die relevanten Beurteilungspunkte erreichen.

Zusätzlich ist der geplante Bau von Hallen zur Unterbringung des Schüttgutes ein weiterer Beitrag zur Reduktion der Staubeinwirkung auf das nahe Umfeld.

Stickoxide

Die maximale Belastung durch Stickoxide darf gemäß TA Luft an den Beurteilungspunkten einen Wert von $0,35 \text{ g/m}^3$ nicht überschreiten. Bei einer vergleichbaren Anlage wurde eine Belastung an den Grenzen des gleichgroßen Werksgeländes mit $0,16 \text{ g/m}^3$ ermittelt ABK (2014). In der Beurteilungsberechnung zur Stickoxidbelastung kommt GfU (2020) für die Anlage in Glüsing zu einem Beurteilungswert von unter $0,2 \text{ g/m}^3$. Da im Plangebiet keine zusätzlichen relevanten Emittenten von Stickoxiden um das Betriebsgelände vorhanden sind, dürfte eine Überschreitung des Immissionsgrenzwertes von $0,3 \text{ g/m}^3$ nicht eintreten.

Schwefeloxide

Schwefeloxide entstehen im Asphaltmischwerk durch Verbrennung fossiler Brennstoffe (insbesondere Braunkohlenstaub). Der Schwellenwert darf an den Beurteilungspunkten $0,35 \text{ g/m}^3$ nicht überschreiten. Für vergleichbare Anlagen liegen die Werte an den Werksgrenzen zwischen $0,2 - 0,35 \text{ g/m}^3$. Da im Gebiet – abgesehen von den verkehrsbedingten Belastungen – keine relevanten Schwefeloxid-Emittenten vorhanden sind, ist eine Überschreitung angesichts der Entfernung der Beurteilungspunkte zum Emissionsort nicht zu prognostizieren, der zulässige Grenzwert dürfte sogar das Irrelevanzkriterium gemäß TA Luft nicht überschreiten (GfU 2020).

Benzol

Die Abgase der Asphaltmischanlage einschließlich Mischer werden vollständig erfasst und über ein Gewebefilter geführt. Dadurch kann eine Emissionsbegrenzung im gereinigten Abgas der Asphaltmischanlage erzielt werden. Insbesondere für Benzol und Gesamt-Kohlenstoff können die Grenzwerte (Gesamt-C von 50 mg/m^3 und für Benzol von 5 mg/m^3) sicher eingehalten werden (GfU 2020). Die Messwerte von Benzol liegen bei vergleichbaren Anlagen sogar deutlich unter der entsprechenden Irrelevanzgrenze nach TA Luft.

Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK)

Im Rahmen der Überwachung der Emissionen aus dem Betrieb von Asphaltmischanlagen kann auf die Messung polycyclischer aromatischer Kohlenwasserstoffverbindungen (PAK) verzichtet werden. Grundlage dieses Vorgehens sind Erfahrungen, die Mitte der 1990er Jahre, vornehmlich im Bundesland Hessen, gesammelt wurden. Demnach sind insbesondere die als krebserregend eingestuft Vertreter dieser Stoffklasse (Benzo(a)pyren und Dibenzanthracen) unabhängig von der eingesetzten Technologie im Abgas der Anlagen praktisch nicht nachzuweisen. Messungen von Dioxinen und Furanen an unterschiedlichen Anlagen und bei Einsatz unterschiedlicher Brennstoffe haben gezeigt, dass die Konzentrationen dieser Schadstoffe weit unter dem geltenden Grenzwert der TA Luft von $0,1 \text{ µg/m}^3$ liegen und somit als nicht relevant eingestuft werden UBA (2009). Die TA Luft führt diese Schadstoffe deshalb zur Beurteilung von Asphaltmischanlagen auch nicht (mehr) auf.

Insgesamt liegen die lufthygienischen Bedingungen im Plangebiet für die beurteilungsrelevanten Kriterien Geruch, Staub und Luftschadstoffe im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen, stellen aber für das unmittelbare Betriebsgelände eine weitgehend in den Grenzwerten limitierte Grundbelastung dar. Eine relevante Beeinträchtigung im Bereich der Wohnbebauung und des Wohnumfeldes und damit für das Schutzgut Mensch und Gesundheit kann auf Grund der großen Distanz sicher ausgeschlossen werden.

Eine beurteilungsrelevante Belastung der Gesundheit oder des Wohlbefindens resultiert durch den Betrieb der Asphaltmischanlage somit nicht.

Grundsätzlich sind das Plangebiet und dessen weiteres Umfeld zur Naherholung nur bedingt geeignet. Durch das weitgehend fehlende Wander- oder Radwegenetz sowie durch die Nutzung des Asphaltmischwerkes inklusive des LKW-Verkehres ist der Betrachtungsraum vorbelastet und bezüglich der Erholungseignung nur eingeschränkt nutzbar und von geringerer Bedeutung.

Insgesamt ergibt sich für das Schutzgut unter Berücksichtigung der Kriterien Wohn- und Wohnumfeldeigenschaften, Erholungseignung und Wohlbefinden sowie Gesundheit eine prägende und relevante Grundbelastung durch den Betrieb des Asphaltmischwerkes, der bei der Prognose im Rahmen der Umweltprüfung zu berücksichtigen ist.

2.1.2. Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Der aktuelle Biotopbestand des Plangebietes wurde im Rahmen einer Biotoptypenkartierung im Mai und August 2020 erfasst. In der folgenden Tabelle sind die Biotoptypen, ihr Biotopcode, ihr gesetzlicher Schutzstatus und ihre Bedeutung für den Natur- und Artenschutz aufgeführt. Die Bewertung der Biotoptypen erfolgt gemäß Runderlass „Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht“ (MLUR 2014). Die Verbreitung der Biotoptypen im Gebiet kann dem Bestandsplan im Anhang entnommen werden.

Tab. 3: Biotoptypen im Plangeltungsbereich und den Kontaktflächen (vgl. auch Bestandsplan im Anhang)

Biototyp	Biotopcode	§-Schutz^{*)}	Bedeutung / Wert^{**)}
Gewerbliche Bebauung (Mischwerk und Nebenanlagen)	Slyy	-	Allgemeine
Lagerflächen (Zuschlagstoffe / Schüttgut / Oberboden)	Sly	-	Allgemeine
Vollversiegelte Verkehrsfläche	SVs	-	Allgemeine
Unversiegelte Verkehrsfläche	SVu	-	Allgemeine
Rasenflächen artenreich	SGe	-	Allgemeine
Intensivacker	AAy	-	Allgemeine
Graben	FGy	-	Allgemeine
Technisches Gewässer (Löschteich, Nachklärbecken)	FXu	-	Allgemeine

Biototyp	Biotopcode	§-Schutz*)	Bedeutung / Wert**)
Ruderales Staudenflur	RHm	-	Allgemeine
Typischer Knick	Hwy	§	Besondere
Feldgehölz auf Steilhang	HGy / XHs	§	Besondere
Weidenbruchwald	WBw	§	Besondere
Laubwald	WLy	-	Besondere
Nadelforst	WFn	-	Allgemeine
Steilhang	XHs	(§)	ohne Bewertung

*) gemäß § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG

**) im Sinne des Runderlasses MLUR 2014

Kurzbeschreibung zu den Biotop- und Strukturtypen

Das Zentrum des Betriebsgeländes wird von den baulichen Anlagen der Asphaltmischanlage eingenommen (**Sly**), diese sind von einer freien, großflächigen Lagerfläche (**SLy**) bzw. Schüttguthalden für die Einsatzstoffe zur Asphaltproduktion (Zuschlagstoffe) umgeben. Auf dem Werksgelände befinden sich außerdem Nebengebäude, wie z.B. eine Werkstatt, ein Büro- und Sozialgebäude sowie eine Fahrzeugwaage und Fahrzeug-Remise (**Sly**) (vgl. Bestandsplan im Anhang).

Lagerflächen und bauliche Anlagen sind oberflächlich voll- bzw. teilversiegelt und durch intensivste Nutzung geprägt, dementsprechend für den Arten- und Naturschutz ohne Bedeutung.



Abb. 5: Betriebsgelände mit dem Asphalt Mischwerk (Sly)

Erschlossen wir das Werksgelände von einer westlich des Betriebsgeländes verlaufenden Straße (**SVs**), die beiderseits von einem gut entwickelten Knick (**HWy**) mit mächtigen Eichen begleitet wird. Auch an der Auffahrt zum Betriebsgelände sowie an der Straße südlich des Werksgeländes erstrecken sich weitere Knicks, die alle über einen stabilen Erdwall mit einer überwiegend dichten Strauchschicht verfügen. Teils weisen die Knicks in engen Abständen Überhälter auf, die überwiegend von Stiel-Eichen (*Quercus robur*) gebildet werden, seltener sind Erlen (*Alnus glutinosa*) oder Kirschen (*Prunus avium*) zu finden. Bei den Überhältern handelt es sich überwiegend um mächtige und dominierende Altbäume mit einem Stammdurchmesser von 0,4 – 0,7 m.

Die Knicks des Plangebietes sind für zahlreiche Vögel geeignete Bruthabitate (Gehölzbrüter) und Rastplätze. Knicks in Kombination mit Rudersäumen bieten darüber hinaus auch bodenbrütenden Vögeln günstige Lebensräume. Gerade ältere, höhlenreiche Überhälter können auch Tagesverstecke für zahlreiche Fledermausarten sein und werden von Vögeln, die in Gehölzhöhlen brüten als Nistplatz genutzt. Knicks sind durch die Schutzbestimmungen des § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 des LNatSchG S-H geschützt. Ihnen kommt somit eine besondere Bedeutung für den Natur- und Artenschutz zu.



Abb. 6: Zufahrtstraße mit beidseitigem Knick (HWy) mit mächtigen Überhältern

An der Straße die auf das Werksgelände führt, lässt sich nördlich eine tiefe, feuchte Geländesenke mit einem von Weiden (*Salix caprea*, *S. viminalis*, *S. multinervis*) und Erlen (*Alnus glutinosa*) geprägtem, noch relativ jungen Weiden-Bruchwald (**WBw**) beobachten. Der Bestand stockt auf lehmigem, wasserstauenden Boden. Der Bereich dürfte durch den früheren Kiesabbau entstanden sein, noch deutlich sind die hohen, rund 6 - 8 m hohen Abbauhänge zu beiden Straßen zu erkennen. Der Abbau des Kieses erfolgte an dieser Stelle bis zu wasserstauenden Geschiebemergelschicht, der günstige und insbesondere nasse Standorts-

bedingungen für einen feuchten Bruchwald entstehen ließ. Neben den noch vergleichsweise jungen Gehölzen ist eine artenreiche Krautschicht entwickelt, in der Flatter-Binse (*Juncus effusus*), Wasserrainze (*Mentha aquatica*), Kriechender Hahnenfuß (*Ranunculus repens*), Bittersüßer Nachtschatten (*Solanum dulcamara*) und Waldsimse (*Scirpus sylvaticus*) vertreten sind.

An der östlichen Grenze des Bearbeitungsgebietes, ebenfalls im Bereich des ehemaligen Kiesabbaues lässt sich ein ebenfalls von Weiden (*Salix cinerea*) aufgebauter vergleichsweise artenärmerer Waldbestand auf wechselfeuchtem Boden finden. Der Bestand wird den Weiden-Pionierwäldern (**WPw**) zugeordnet. Der junge noch junge Weidenpionierwald hat sich spontan auf dem sandig-kiesigen Rohboden der ehemaligen Abbaufächen entwickelt. Neben einer dichten Strauch- und Baumschicht aus noch jungen Weiden (Stammdurchmesser (BHD) von max. 0,15 m), teils auch noch jungen Birken (*Betula pendula*), ist ein durch ruderale Sippen geprägte, artenarme Krautschicht zu beobachten. In der Krautschicht treten insbesondere Große Brennnessel (*Urtica dioica*), Giersch (*Aegopodium podagraria*), Greiskraut (*Senecio jacobaea*) und Gewöhnliche Distel (*Cirsium vulgare*) auf.

Weiden-Bruchwälder (**WBw**) bieten insbesondere spezialisierten und gegenwärtig häufig gefährdeten Arten und Lebensgemeinschaften günstige Lebensbedingungen. Ihr starker flächenmäßiger Rückgang hat zum gesetzlichen Schutz i.S.d. § 30 BNatSchG i.V.m. § 21 LNatSchG geführt. Weidenbruchwäldern kommt dementsprechend eine besondere Bedeutung für den Natur- und Artenschutz zu. Ein Eingriff oder eine Beeinträchtigung des geschützten Biotops wird durch die vorgelegte Planung nicht vorbereitet.

Weidenpionierwälder (**WPw**) besitzen dagegen für den floristischen und faunistischen Artenschutz eine nur vergleichsweise untergeordnete Bedeutung. Eine gewisse Bedeutung für Vögel aus der Gruppe der Gehölzfreibrüter wird jedoch postuliert und zugleich dürfte der Pionierwald einigen Tieren als Rückzugs- und Ruhegebiet dienen. Dem Bestand wird eine allgemeine Bedeutung für den Natur- und Artenschutz beigemessen.

Weitere durch Gehölze geprägte Biototypen kommen jenseits der Plangebietsgrenze, im östlichen und nordöstlichen Bereich vor. Zunächst zu nennen sind ausgedehnte Fichteforste (**WFn**) im östlichen Kontakt zur Gebietsgrenze sowie ein großflächiger Laubwaldforst (**WLy**) beispielsweise im nördlichen Anschluss an das Plangebiet. Während die Fichtenforste durch artenarme Reinbestände mit Fichten geprägt werden, die keine Strauch- und Krautschicht aufweisen, zeigen die Bestände der Laubforste eine lockere Bestandesstruktur mit einer lichten Strauchschicht aus überwiegend Späte Traubenkirsche (*Prunus serotina*) und Holunder (*Sambucus nigra*) sowie einer von Ahorn (*Acer pseudoplatanus*), Hainbuche (*Carpinus betulus*) und Eiche (*Quercus div. spec.*) charakterisierten Baumschicht.

Beiden Waldtypen wird auf Grund ihrer Struktur- und Artenarmut und fehlender Lebensraumspezifität eine allgemeine Bedeutung für den Natur- und Artenschutz beigemessen.

Da sich das Werksgelände in einer ehemaligen Kiesgrube befindet, sind durch den Bodenabbau entstandene Steilhänge (XHs) vorhanden, die eine Höhe von 5 – 10 m erreichen (vgl. Kartenteil, Blatt Nr. 2: Höhenschnitte) und überwiegend eine Neigung von größer 20° aufweisen. Insbesondere an der Zufahrstraße - im westlichen Bereich des Betrachtungsraumes - lassen sich diese ehemaligen Abbaukanten gut beobachten. Dort ist der Steilhang mit dichten Feldgehölzen (**HGy** / **XHs**) aus Weiden (*Salix caprea*), Hänge-Birke (*Betula pendula*), Stieleiche (*Quercus robur*) und Traubenkirsche (*Prunus serotina*) bestanden. Eine Strauchschicht fehlt dem Bestand

weitgehend, die Krautschicht ist dagegen üppig und artenreich entwickelt und wird von Sippen der Waldsäume und Gebüschränder geprägt. Zu nennen sind insbesondere Kälberkropf (*Chaerophyllum temulum*), Knoblauchrauke (*Alliaria petiolata*), Brennnessel (*Urtica dioica*), Nelkenwurz (*Geum urbanum*) und Königskerze (*Verbascum nigrum*). Entsprechende Bestände aus Feldgehölzen auf Steilhängen werden von zahlreichen Vögeln als Brut- und Rastplatz genutzt. Aufgrund der Exposition und im Zusammenhang mit dem benachbarten Weidenbruchwald bildet dieser Bereich außerdem einen Lebensraum für Biotopwechsler, die auf unterschiedliche Feuchtigkeitsverhältnisse angewiesen sind. Artenreiche Steilhänge (**XHs**) sind durch die Schutzbestimmungen des § 30 BNatSchG und § 21 des LNatSchG S-H geschützt. Diesem Biotoptyp kommt somit eine besondere Bedeutung für den Natur- und Artenschutz zu.



Abb. 7: Artenreicher Steilhang (HGy / XHs) mit vorgelagertem Acker (AAy) an der Zufahrtsstraße (Blickrichtung Nordwest)

An der südlichen Zufahrtsstraße zum Betriebsgelände erstreckt sich ein strukturarmer, aber artenreicher Rasen (**SGe**). Die Fläche wird vermutlich regelmäßig gemäht und gedeiht auf kiesig-lehmigem Substrat. Die häufigen Pflanzenarten sind Weißes Straußgras (*Agrostis capillaris*), Roter Schwingel (*Festuca rubra*), Knäulgras (*Dactylis glomerata*), Wolliges Honiggras (*Holcus lanatus*) und Schafgarbe (*Achillea millefolium*). Die genannten Arten bilden eine mehr oder minder geschlossene Grasnarbe und weisen durch die häufige Mahd keine Blühaspekte auf. Dementsprechend können die Bestände kaum für Insekten oder phytophage Tiere als Lebens- bzw. Nahrungsgrundlage dienen. Die Bestände besitzen für den Natur- und Artenschutz eine allgemeine Bedeutung.



Abb. 8: Artenreicher Rasen (SGe) an der Werkszufahrt

An den weitgehend ungenutzten Rändern des Betriebsgeländes lassen sich durch krautige und blühreiche Pflanzensippen geprägte, stets nur schmal ausgebildete Staudenfluren (**RHm**) beobachten. Die Bestände werden von häufigen Stauden wie Rainfarn (*Tanacetum vulgare*), Beifuß (*Artemisia vulgaris*), Acker-Kratzdistel (*Cirsium arvense*), Gewöhnliche Distel (*Cirsium vulgare*), Stumpfbblätteriger Ampfer (*Rumex obtusifolius*) und Nachtkerze (*Oenothera biennis*) geprägt. Vereinzelt treten auch Gebüsche wie Holunder (*Sambucus nigra*), Brombeere (*Rubus fruticosus*), Himbeere (*Rubus idaeus*) und Saal-Weide (*Salix caprea*) hinzu.

Ruderalflächen, insbesondere in sehr schmaler Ausbildung, sind insgesamt für besonders geschützte Arten (Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und europäische Vogelarten) kaum geeignete Lebensräume und können allenfalls Insekten und einigen Vögeln als Nahrungshabitat dienen. Ruderalfluren wird einer allgemeinen Bedeutung für den Arten- und Naturschutz beigemessen.

Am nördlichen und südlichen sowie am südöstlichen Rand des Betriebsgeländes verlaufen kleine Gräben (**FGy**), die rund 1,5 – 2,0 m breit und maximal 1,0 m tief sind und über flache Uferböschungen verfügen. Während die Gräben im südlichen Bereich permanent Wasser führen, zeigen sich in den nördlichen Grabenabschnitten allenfalls nach Starkregenereignissen kurzfristig höhere Wasserstände. Die Gräben stehen in Verbindung mit kleinen, ebenfalls randlich gelegenen Gewässern, die als technische Gewässer (**FXu**) eingestuft werden und als Absatzbecken bzw. Feuerlöschteich genutzt werden. Die Gewässer verfügen über flache

Uferböschungen und eine vergleichsweise naturnahe Ufervegetation. Teils verfügen die Gewässer über fragmentarisch und nur sehr kleinflächig und schmal ausgebildete Röhrichsäume mit Schilf (*Phragmites australis*) oder Rohrkolben (*Typha latifolia*), teils ist ein schmaler Weiden- oder Erlensaum (*Salix caprea*, *Salix viminalis* und *Alnus glutinosa*) ausgebildet. Eine typische Wasservegetation fehlt den Gewässern, die teils trübe sind, teils massive Eisenaussfällungen aufweisen.

Die technische Gewässer (FXu) und Gräben (FGy) sind durch ihre Funktion geprägt und für den Arten- und Naturschutz von geringerer bzw. allgemeiner Bedeutung.



Abb. 9: Graben (FGy) an der östlichen Plangebietsgrenze (Blickrichtung Norden)

Das Firmengelände liegt im Norden und Süden eingebettet in landwirtschaftliche Nutzflächen, die als Maisacker (**AAy**) intensiv genutzt werden. Neben der Kulturfrucht beherbergen diese Flächen in der Regel durch keine Unkraut- oder Wildkrautfluren. Die Flächen werden im Verlaufe des Jahres intensiv gedüngt und mit Pflanzenschutzmitteln behandelt, entsprechend der intensiven Nutzung besitzen die Ackerflächen für den floristischen Artenschutz eine nur untergeordnete Bedeutung. Aufgrund des Maisanbaues ist auch nur ein sehr eingeschränktes Lebensraumpotential für seltene Tiere oder für nach der FFH-Richtlinie geschützte Tierarten anzunehmen. Grundsätzlich können die Flächen ein Vorkommenspotential für Vogelarten des Offenlandes wie z.B. Kiebitz oder Feldlerche haben. Ein Vorkommen der Arten kann für das Plangebiet ausgeschlossen werden. Darüber hinaus erfolgt durch die vorgelegte Planung kein Eingriff in die Ackerflächen. Äcker werden hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Natur- und Artenschutz mit einer allgemeinen Bedeutung bewertet.

Zusätzlich zu dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Artenvielfalt wird dem Artenschutz in der europäischen Gesetzgebung eine besondere Bedeutung beigemessen. In der nationalen Praxis werden die rechtlichen Inhalte in Form einer artenschutzrechtlichen Betrachtung aufgenommen. Dieser spezielle artenschutzrechtliche Rahmen soll im folgenden Kapitel berücksichtigt werden und spiegelt die Ergebnisse des Artenschutzberichtes zum Vorhaben wider (B.i.A. 2020).

2.1.2.1. Besonderer Artenschutz i.S.d. § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Durch das Planvorhaben können grundsätzlich die Belange des besonderen Artenschutzes im Sinne des § 44 BNatSchG berührt werden. Der § 44 BNatSchG beinhaltet Hiernach ist es verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Im Hinblick auf den besonderen Artenschutz nach § 44 Abs. 1 BNatSchG sind zwingend alle europarechtlich geschützten Arten zu berücksichtigen. Dies sind zum einen alle **europäischen Vogelarten** (Schutz nach VSchRL) und zum anderen alle in **Anhang IV der FFH-Richtlinie** aufgeführte Arten.

Ausgenommen werden können unter den oben definierten europarechtlich geschützten Arten alle jene Arten ausgeschieden werden, die im Untersuchungsgebiet aufgrund ihres Verbreitungsmusters oder aufgrund fehlender geeigneter Habitatstrukturen nicht vorkommen oder die gegenüber den vorhabensspezifischen Wirkfaktoren als unempfindlich gelten.

Zur Ermittlung von möglichen Vorkommen artenschutzrechtlich relevanter Tier- und Pflanzenarten im Betrachtungsraum wird auf den Artenschutzbericht verwiesen (B.i.A. 2020).

Demnach kann für das Betriebsgelände für die Artengruppe der **Amphibien** ein relevantes Vorkommen im Bereich der Gewässer und zwar sowohl in den Gräben, als auch in den technischen Gewässern angenommen werden. Eine entsprechende Mitteilung liegt auch aus der Winart-Datenbank des LLUR für Moorfrosch vor

(Abfrage vom 17.11.2020). Im Rahmen der Datenabfrage wurde für die ehemalige Kiesgrube auch Gras- und Wasserfrosch sowie Erdkröten angegeben. In der FFH-Richtlinie Anhang IV ist allerdings nur der Moorfrosch gelistet und artenschutzrechtlich relevant.

Aufbauen auf die Geländeerfassung (B.i.A. 2020) sowie unter Berücksichtigung der aktuellen Lebensraumausstattungen des Gebietes kann allerdings gegenwärtig ein Vorkommen der genannten Art sowie anderer Amphibien des Anhangs IV sicher ausgeschlossen werden.

Bezüglich der **Fledermäuse** ergibt sich eine potentielle Vorkommenswahrscheinlichkeit für mehrere Arten (Breitflügel-, Rohr-, Fransen-, Zwerg-, Wasser- und Mücken-, Zwergfledermaus sowie Braunes Langohr). Da im Zuge der Planung keine Gebäudeabrisse oder Baumfällung vorgesehen sind und die Eignung des Plangebietes als Jagdhabitat bzw. Teillebensraum vollständig erhalten bleibt, wird allerdings eine artenschutzrechtliche Betroffenheit sicher ausgeschlossen.

In der folgenden Tabelle ist die Beurteilung zu den Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie nochmals zusammenfassend dargestellt.

Tab. 4: Tierartengruppen der FFH-RL und ihre mögliche Betroffenheit i.S.d. § 44 BNatSchG

Artengruppe / Art	Betroffenheit von Arten des Anhangs IV der FFH-RL	Anmerkung / Hinweise Zugriffsverbot gemäß § 44 BNatSchG
Farn- und Blütenpflanzen: (Kriechende Sellerie, Schierlings-Wasserfenchel, Froschkraut)	Nein	Keine geeigneten Lebensräume; Eine Betroffenheit kann sicher ausgeschlossen werden
Säugetiere 1: Biber, Fischotter, Hasel- und Birkenmaus, Schweinswal	Nein	Keine geeigneten Lebensräume; Es bestehen keine relevanten Säugetiervorkommen oder geeignete Habitatstrukturen fehlen im Plangebiet bzw. liegen die Vorkommensgebiete der Arten außerhalb des Betrachtungsraumes. Eine Betroffenheit kann sicher ausgeschlossen werden.
Säugetiere 2: Fledermäuse	Nein	Im Plangebiet sind keine älteren Bäume, Baumreihen mit älteren Bäumen vorhanden und die Gebäude sind für Fledermäuse weitgehend ungeeignet. Ein Eingriff in entsprechende Strukturen ist außerdem nicht vorgesehen. Auch bleibt das Plangebiet als potentiell Nahrungshabitat erhalten, so dass eine Betroffenheit der Artengruppe ausgeschlossen werden kann.
Reptilien Europäische Sumpfschildkröte, Schlingnatter, Zauneidechse	Nein	Es sind keine potentiellen Reptilien-Lebensräume im unmittelbaren Eingriffsbereich vorhanden, das Plangebiet befindet sich außerhalb des Verbreitungsgebietes der Art. Eine Betroffenheit kann sicher ausgeschlossen werden.
Amphibien	Nein	Geeignete Amphibiengewässer für Amphibienarten des Anhangs IV der FFH-RL sind im Gebiet nicht nachgewiesen, Eingriffe nicht vorgesehen
Fische und	Nein	Im Plangebiet sind keine Fischlebensräume

Artengruppe / Art	Betroffenheit von Arten des Anhanges IV der FFH-RL	Anmerkung / Hinweise Zugriffsverbot gemäß § 44 BNatSchG
Neunaugen		vorhanden. Ein Verbotstatbestand gemäß § 44 BNatSchG wird sicher ausgeschlossen
Libellen	Nein	Geeignete Reproduktionsgewässer mit entsprechender Vegetation für Große Moosjungfer oder Grüne Mosaikjungfer fehlen im Plangebiet, ein Verbotstatbestand i.S.d. § 44 BNatSchG wird sicher ausgeschlossen
Weichtiere	Nein	Keine Betroffenheit dieser Gruppe, da geeignete Lebensräume für Schmale oder Bauchige Windelschnecke oder Kleine Flussmuschel nicht vorhanden sind bzw. ihr Verbreitungsgebiet nicht identisch ist mit dem Plangebiet. Eine Betroffenheit i.S.d. § 44 BNatSchG kann sicher ausgeschlossen werden
Käfer	Nein	Es sind im Plangebiet keine geeigneten Habitate für Eremit, Heldbock oder Breitflügel-Tauchkäfer vorhanden bzw. das Plangebiet liegt außerhalb des Verbreitungsgebietes der Arten. Eine Betroffenheit wird sicher ausgeschlossen

Europäische Vogelarten

Im Rahmen des Artenschutzberichtes konnten die folgenden Brutvögel für das Plangebiet und sein näheres Umfeld erfasst werden:

Tab. 5: Brutvögel im Plangebiet und sein näheres Umfeld (aus B.i.A. 2020)

Legende: RL SH: Status nach Roter Liste Schleswig-Holstein (KNIEF et al. 2010), RL D: Status nach Roter Liste Deutschland (SÜDBECK et al. 2007), Gefährdungsstatus: 0= ausgestorben, 1= vom Aussterben bedroht, 2= stark gefährdet, 3= gefährdet, V= Vorwarnliste, R= extrem selten (rare), != ungefährdet, aber SH trägt nationale Verantwortung, VSchRL: Art des Anhangs I, II oder III der Europäischen Vogelschutzrichtlinie, § 7 BN: Streng (§) bzw. besonders (§§) geschützte Arten nach § 7 BNatSchG

	Deutscher Name	Wiss. Artnamen	RL SH	RL D	VSchRL	§ 7 BN	Bemerkungen/Vorkommen im UG
1.	Amsel	<i>Turdus merula</i>				§	
2.	Bachstelze	<i>Motacilla alba</i>				§	
3.	Baumpieper	<i>Anthus trivialis</i>				§	
4.	Blaumeise	<i>Parus caeruleus</i>				§	
5.	Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>				§	
6.	Dorngrasmücke	<i>Sylvia communis</i>				§	
7.	Fitis	<i>Phylloscopus trochilus</i>				§	
8.	Gartengrasmücke	<i>Sylvia communis</i>				§	
9.	Goldammer	<i>Emberiza citronella</i>				§	
10.	Grünfink	<i>Carduelis chloris</i>				§	
11.	Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>				§	

	Deutscher Name	Wiss. Artnamen	RL SH	RL D	VSchRL	§ 7 BN	Bemerkungen/Vorkommen im UG
12.	Kohlmeise	<i>Parus major</i>				§	
13.	Mönchsgrasmücke	<i>Sylvia atricapillaris</i>				§	
14.	Rotkehlchen	<i>Erithacus rubecula</i>				§	
15.	Zaunkönig	<i>Troglodytes troglodytes</i>				§	
16.	Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>				§	
	Kolkrabe	<i>Corvus corax</i>				§	Nahrungsgast
	Dohle	<i>Corvus monedula</i>	V			§	Nahrungsgast
	Uhu	<i>Bufo bufo</i>				§	Vorkommen nach LLUR-Datenbank im östlich gelegenen ehemaligen Kiesabbaugebiet; mit einer Entfernung von 250 – 300 m zum Betriebsgelände. Relevanz für vorgelegte Planung besteht nicht
	Steinkauz	<i>Athene noctua</i>	2	2		§	Angabe des Verbandes Eulenschutz aus WinArt-Datenbank für Glüsing; im Plangebiet keine geeigneten Niststandorte!

Im Plangebiet kommen keine gefährdeten und auf der Roten Liste der Brutvögel Schleswig-Holstein geführten Arten vor, auch sind keine Arten vertreten, die hinsichtlich einer artenschutzrechtlichen Betrachtung eine Einzelbetrachtung erforderlich machen. Die vorkommenden bzw. potenziell vorkommenden Arten werden deshalb im Folgenden hinsichtlich ihrer Betroffenheit durch die Planung einer zusammenfassenden Prüfung auf Verbotstatbestände nach Artenschutzrecht unterzogen.

Fangen, Verletzung, Tötung (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG)

Anlagebedingt ist eine Gefahr der Beeinträchtigung laut des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht gegeben, da das Kollisionsrisiko von Vögeln mit Mischwerken oder Baukörpern sowie Fahrzeugen auf dem Gelände oder den geplanten Schüttguthallen als sehr gering eingeschätzt wird und den gegenwärtigen anlagebedingten Ausfällen entspricht. Auch baubedingte Auswirkungen sind nicht zu erwarten, da der Bereich für die neuen Schüttguthallen für Brutvögel irrelevant sind.

Entnahme, Beschädigung, Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG)

Auch bei der Durchführung der Baumaßnahmen kann eine Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten nicht erfolgen, da im Bereich der geplanten neuen Schüttguthallen keine entsprechenden Stätten vorhanden sind und auch potentiell nicht erwartet werden.

Störungstatbestand (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG)

Durch die Umsetzung der Planung könnten Arten in ihrem Lebenszyklus gestört werden. Die Störung ergibt sich durch Beunruhigung, Scheuchwirkung und Lärm während der Bauphase. Diese Störungen sind auch derzeit für das Plangebiet und Jahren gegeben und dürften keine Auswirkungen auf die Avifauna besitzen.

Maßnahmen zur Vermeidung oder Minderung von Störeffekten sind nicht erforderlich. Ein Verbotstatbestand der Störung gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG tritt nicht ein.

Insgesamt kann weder für Arten des Anhanges IV der FFH-Richtlinie noch für europäische Vogelarten eine Beeinträchtigung im Sinne des § 44 BNatSchG durch das Planvorhaben erkannt werden.

2.1.2.2. Natur-2000-Gebiet

Das nächste FFH-Gebiet (FFH-Gebiet 1721-302 „Wald bei Hollingstedt“) befindet sich in einer Entfernung von rund 2,5 km nordwestlich von Glüsing und außerhalb der Gemeindegrenze. Das Gebiet „Kleine Geestrücken südlich Dörpling“ (FFH-Gebiet 1721-309) liegt bereits 5,3 km entfernt. Teilflächen des EU-Vogelschutzgebietes „Eider-Treene-Sorge-Niederung“ befinden sich in rund 6 km Entfernung. Eine relevante Beeinträchtigung der Erhaltungsziele bzw. der Schutzziele der Gebiete durch das Planvorhaben kann auf Grund der Entfernung sicher ausgeschlossen werden.

2.1.3. Fläche

Das Plangebiet hat eine Flächengröße von rund 9 ha, das aktuell ausschließlich als Betriebsgelände genutzt wird. Es ist von einer bereits bestehenden Voll- bzw. hohen Teilversiegelung des Geländes auszugehen.

Der Betrachtungsraum ist nicht Teil eines unzerschnittenen, verkehrsarmen Raumes von über 100 Quadratkilometer (BfN 2017). Eine Bedeutung des Betrachtungsraumes zum Erhalt für unzerschnittene Freiräume bzw. Flächen ist somit nicht gegeben bzw. wird durch das geplante Vorhaben keine zusätzliche Zerschneidung von größeren Flächen oder Freiräumen vorbereitet.

2.1.4. Boden

Das Plangebiet liegt in der Schleswig-Holsteinischen Geest (STEWIG 1982) bzw. Sandergeest. Bodenbildendes Ausgangsmaterial sind dementsprechend eiszeitliche (gewachsene) Schmelzwassersande, kiesige sowie lehmige Sande, aus denen im Zuge der postglazialen Bodenbildung Podsole bzw. Podsol-Braunerden entstanden sind (Bodenkarte Schleswig-Holstein, Bodenkarte 1721 Tellingstedt 1979). Im Bereich der ehemaligen Kiesgrube ist es durch Rohstoffabbau und nachfolgenden Aufschüttungen und Bodenteilauffüllungen sowie –austausch zu erheblichen Veränderungen der natürlichen Bodensysteme gekommen. Im gesamten Werksgelände kommen deshalb überwiegend anthropogene Aufschüttungsböden (Kulturböden) vor. Ein durch natürliche Pedogenese entstandener Bodentyp oder Bodenart lässt sich im gesamten Plangeltungsbereich nicht mehr finden.

Im Plangebiet befinden sich keine seltenen oder schützenswerten Bodentypen (LLUR 2012, Böden Schleswig-Holsteins). Durch die vorherrschende Bodenart Sand, kiesiger Sand, teils lehmiger bis schluffiger Sand und Schluffen sowie Lehmen mit Überlagerung von verdichteten Aufschüttungen ergeben sich eine nur mäßige Wasserkapazität und eine geringe Nährstoffverfügbarkeit der Böden.

Zur landwirtschaftlichen und insbesondere ackerbaulichen Nutzung sind diese Böden nicht (mehr) geeignet.

Für Bereiche des Mischwerkes und der Schütthalden für die Zuschlagstoffe sind teils Betonfundamente eingebracht, die für eine zusätzliche anthropogene Veränderung der Bodenformen sorgen.

Insgesamt muss die Vorbelastung des Schutzgutes Boden durch langjährige und aktuelle intensive Nutzung und Vornutzung durch den Kiesabbau mit anschließender Teilverfüllung als erheblich eingestuft werden. Die Sensibilität dieser Böden gegenüber bodenrelevanten Eingriffen ist dementsprechend gering.

2.1.5. Wasserhaushalt

Stehende Oberflächenwasser lassen sich im Betrachtungsraum nur mit den technischen Becken bzw. Lösch- und Klärteichen (vgl. FXu im Bestandsplan) finden. Fließende Gewässer befinden sich jeweils an der nördlichen, südlichen und östlichen Plangebietsgrenze als kleine Gräben (FGy), die der Oberflächenentwässerung des Gebietes insbesondere nach Starkregenereignissen dienen. Die Gräben sind teils nur temporär wasserführend und münden in den Feuerlöschteich am östlichen Rand des Betriebsgeländes.

Aufgrund der guten Wasserzügigkeit der Sandböden besitzt das Gebiet grundsätzlich eine gute Eignung für die Grundwasserneubildung bzw. für die Versickerungsfähigkeit von Oberflächenwasser und für die Grundwasserneubildung, welches nutzbare Grundwasserleiter speist (Hydrogeologische Karte S-H, 1986). Nach HÖLTING (1996) dürfte die Grundwasserneubildungsrate für den Bereich des Plangebietes grundsätzlich bei etwa 350 mm/a liegen und ist damit als gut einzustufen. Durch die anthropogenen Bodenveränderungen insbesondere durch Versiegelungen und Bodenverdichtungen ist die Grundwasserneubildungsrate für den Bereich des unmittelbaren Betriebsgeländes allerdings stark herabgesetzt. Das Werkgelände liegt aber auf Grund der genannten Eigenschaften der Sandböden in einem Trinkwasserschutzgebiet (Schutzgebiet „Linden“), innerhalb des Schutzgebietes in der inneren Schutzzone, der Schutzzone IIIA (vgl. Abb. 10).

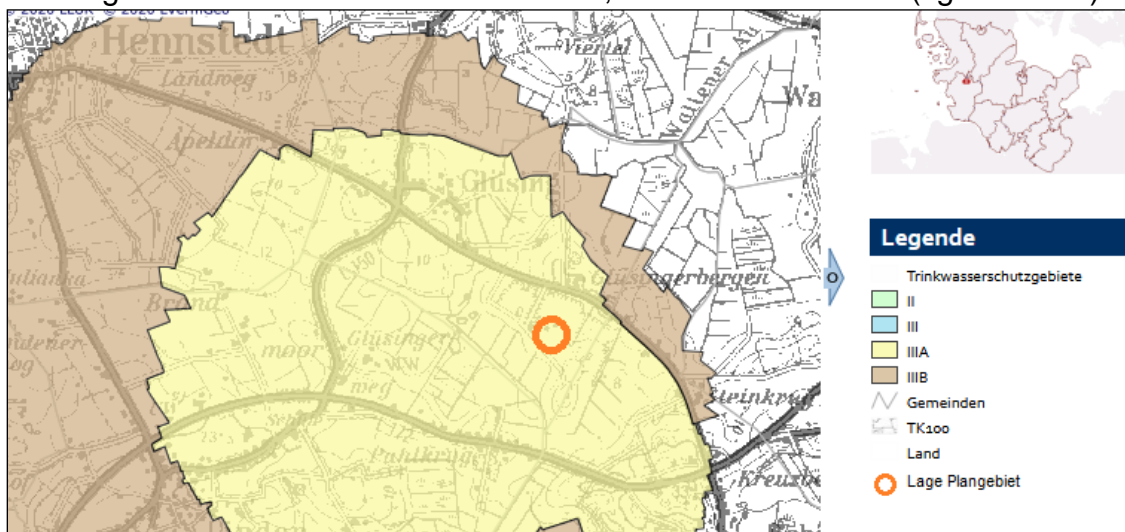


Abb. 10: Bereich des Trinkwasserschutzgebietes „Linden“ (Schutzgebietszone IIIA) und Lage des Plangebietes (Auszug aus dem Umweltatlas Schleswig-Holstein)

Das Trinkwasserschutzgebiet ist Festgesetzt über die Landesverordnung für die Wassergewinnungsanlagen des Wasserverbandes Norderdithmarschen in Heide/Dithmarschen (Wasserschutzgebietsverordnung Linden) vom 2. Oktober 2009. Die Trinkwasserschutzgebietszonen ergeben sich wie folgt:

Schutzzone I: unmittelbarer Bereich um ein Trinkwasserbrunnen (Fassungsbereich),

Schutzzone II: engere Schutzzone und

Schutzzone III: weitere Schutzzone um einen Brunnen; IIIA = innere und IIIB = äußere Schutzzone.

In der Schutzzone Zone IIIA ist es u.a. und insbesondere verboten, Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen der Klasse 2 (Wassergefährdungsklasse = WGK 2) mit mehr als 100 m³ Inhalt und der Gefährdungsklasse 3 (WGK) 3 mit mehr als 10 m³ Inhalt zu errichten oder zu erweitern. Für den Betrieb der Asphaltmischanlage wurde deshalb eine Genehmigung zur Lagerung von wassergefährdenden Stoffen über den in der Verordnung hinausgehende Menge erwirkt und unter Auflagen erteilt (Genehmigung Staatliche Umweltamt Schleswig, 2006, G40/2006/117). Auf dem Werksgelände kommen die folgenden wassergefährdenden Stoffe zum Einsatz:

1. Prozessmittel (WGK 1) ist eine Veredlungskomponente zur Asphaltherstellung, die dem „Rohasphaltgemisch“ über eine Rohrleitung zugeführt wird. Prozessmittel werden gemäß AWSV in doppelwandige Lagerbehälter gelagert. Die Entnahme erfolgt aus Behälter im geschlossenen Rohrleitungssystem zur Produktionsanlage. Die Befüllung der Behälter erfolgt ausschließlich auf einer dafür vorgesehenen und abgenommenen Abfüllfläche mit Auffangvolumen für den Havariefall.

2. Haftmittel (WGK 2) werden zur Verbesserung der Hafteigenschaften des Asphaltgemisches dem „Rohasphalt“ über Rohrleitungen beigemischt. Haftmittel lagern in Gefahrstofflagercontainer auf dem Werksgelände, die gemäß AWSV auf einer Lagerwanne positioniert sind. Die Entnahme aus den Behältern erfolgt im geschlossenen Rohrleitungssystem zur Produktionsanlage. Das Haftmittel wird in handelsüblichen Transportcontainer (z.B. IBC) angeliefert und mit einem Gabelstapler zur Lagerwanne verbracht. Alle Transportflächen sind für den Havariefall befestigt und weisen ein Auffangvolumen auf.

3. Heizöl und Dieselkraftstoff (WGK 2) wird auf das Werksgelände angeliefert und in doppelwandigen Lagertanks vorgehalten. Die Befüllung und Entnahme erfolgt ausschließlich auf einer genehmigten und abgenommenen Abfüllfläche, die für den Havariefall über ein entsprechendes Auffangvolumen verfügt.

Alle Lagertanks für wassergefährdende Stoffe sind mit einem Leckanzeige bzw. -frühwarnung ausgestattet und verfügen über eine Überfüllsicherung. Für den unwahrscheinlichen Fall einer Havarie können die Stoffe sofort mit Bindemittel aufgenommen werden.

Die Lagerung und Verwendung der wassergefährdenden Stoffe erfolgt somit unter größtmöglicher Absicherung gegenüber Verschmutzungen des Grundwassers und unter Einhaltung der im Rahmen der Genehmigung zum Lagern und Verwenden der Stoffe formulierten Auflagen, so dass von keiner Grundwassergefährdung durch die Lagerung und Verwendung der Stoffe ausgegangen werden kann.

Bei der Beurteilung zur Sensibilität des Plangebietes gegenüber Grundwassergefährdung ist zu Berücksichtigen, dass das Gebiet aufgrund der

Bodenveränderungen durch Kiesabbau und anschließender Teilverfüllung mit Einbaumaterial, welches deutlich andere Eigenschaften hinsichtlich der Wasserzügigkeit grundlegend verändert wurde. So besitzt das Plangebiet nicht (mehr) bzw. deutlich geringe Verschmutzungssensibilität, als das Planumfeld mit den natürlich gewachsenen lockerporigen und wasserzügigen Böden.

Die gute Wasserzügigkeit der Bodenart führt grundsätzlich im Betrachtungsraum zu relativ großen Grundwasserflurabständen, die für das gesamte Werksgebiet auch nach längeren Regenperioden deutlich über 1,0 m unter der Geländeoberkante liegen. Dort, wo durch Teilverfüllungen wasserstauende Materialien verfüllt wurden, oder natürlicherweise wasserstauende Schichten (z.B. lehmiger bis schluffiger Sand, teils Lehm) anstehen, kann es zu kurzzeitigem Wasserstau und Blänkenbildung kommen. Aufgrund der vorherrschenden wasserzügigen Böden ist grundsätzlich von einer hohen Verschmutzungsempfindlichkeit des Grundwassers auszugehen, dies spiegelt sich auch in der Zugehörigkeit des Plangebietes zum einem Gebiet mit „*gefährdetem Grundwasserkörper*“. Ebenfalls durch die anthropogenen Bodenveränderungen und hier wiederum insbesondere durch die Versiegelungen und Teilverfüllung, ist diese Eigenschaft auf dem Betriebsgelände allerdings wiederum erheblich reduziert, so dass von einer nur geringen bis fehlenden Bedeutung für die Grundwasserneubildung des Plangebietes ausgegangen werden muss.

2.1.6. Klima und Luft

Allgemein gilt das Klima in Schleswig-Holstein als feucht-temperiert, gemäßigt und windreich. Dies gilt grundsätzlich auch für das Gemeindegebiet von Glüsing. Dabei liegen die Jahresniederschlagssummen mit rund 830 - 860 mm (www.dwd.de) im Landesvergleich etwas höher. Starkregenereignisse liegen für das Bearbeitungsgebiet normalverteilt vor, besonders regenreich ist der Monat November mit rund 96 mm, der regenärmste Monat mit durchschnittlich rund 45 mm ist der Februar. Im Gebiet herrschen West- und Südwestwinde vor, die eine mittlere Stärke von rund 5 m/sec aufweisen. Die Jahresmitteltemperatur liegt bei 8°C, der wärmste Monat ist, mit durchschnittlich 20°C, der Juli und der kälteste Monat der Februar mit einem Langjahresmittel von rund 2°C. Die Luftqualität ist für das gesamte Gemeindegebiet als unbelastet zu bezeichnen. Durch den Betrieb des Asphaltmischwerkes werden neben Stäuben auch Luftschadstoffe emittiert und die Luftqualität beeinträchtigt, deren Qualität und Quantität bereits ausführlich im Kapitel Schutz Mensch (vgl. Punkt 2.1.1.) erörtert wurde. Die relevanten Parameter sind Geruch, Entwicklung und Ausbreitung von Stäuben, Emissionen von Stickoxide, Schwefeldioxid und Benzol sowie durch Kohlenmonoxid durch Verbrennungsprozesse. Insgesamt kann durch die Lage des Betriebsgeländes fern von Siedlungsflächen und in der freien Landschaft keine erhebliche Vorbelastung der Luft konstatiert werden.

Das Plangebiet weist keine Flächen auf, die für die Kaltluftentstehung und/oder -austauschfunktionen oder siedlungsklimatische Austauschfunktion von besonderer Relevanz sind.

2.1.7. Landschaft und Landschaftsbild

Naturräumlich gehört die Landschaft des Plangebietes zur Niederen Geest, die aus Schmelzwassersanden entstanden ist und für die eine flache, teils leicht kuppige mit mäßiger Reliefenergie ausgestattete Landschaft charakteristisch ist. Im Plangebiet ist

durch den vollzogenen Kiesabbau eine gegenüber dem Umfeld abgesenkte Landschaft entstanden, die von einem weitläufigen Knicknetz umgeben ist. Das Firmengelände selbst weist eine erhebliche anthropogene Überformung auf. Diverse Schüttguthalden, Silos, Tankanlagen sowie Betriebs- und Nebengebäude und ein reger LKW-Verkehr auf weitgehend verfestigtem Grund sind Ursache dieses Landschaftseindrucks. Bezüglich der Wirkung der Asphaltmischanlage lässt sich somit für das Betriebsgelände eine erhebliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes konstatieren. Die Beeinträchtigung bleibt aber weitgehend auf das Betriebsgelände und dessen unmittelbares Umfeld beschränkt. Bereits in einem Abstand von 150 – 200 m um das Gelände wird durch insbesondere die Straßen säumenden, dichten Knicks sowie durch die vertiefte Lage des Plangebietes das Betriebsgelände mit den Bauten wie Füllersilo und Schornstein kaum wahrgenommen.

Auf Grund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung, den aktuellen Kiesabbau und schließlich auch durch die Präsenz des Mischwerkes sind die Landschaft und das Landschaftsbild im unmittelbaren Plangeltungsbereich als anthropogen vorbelastet einzustufen. Die Eigenart, Vielfalt und Schönheit des Orts- und Landschaftsbildes wird in Anlehnung an JESSEL & TOBIAS (2002) als gering (Stufe 2) eingestuft (5-stufige Skala: sehr gering=1 bis sehr hoch=5) und gilt damit gegenüber Eingriffen und Veränderungen als weitgehend unempfindlich. Auf Grund der geringen Fernwirkung bleibt diese Eigenschaft allerdings weitgehend auf den Plangeltungsbereich und unmittelbare Umfeld beschränkt.

2.1.8. Kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Kultur-, Bau- oder Bodendenkmäler oder andere ur- und frühgeschichtliche Fundplätze sind für das Plangebiet nicht bekannt. Ferner liegt das Gebiet außerhalb archäologischer Interessengebiete. Nördlich des Plangeltungsbereiches liegt ein Hügelgrab (vgl. Abb. 11). Auf Grund der Entfernung zum Plangebiet werden die angegebenen Bereiche nicht berührt.

Das Plangebiet besitzt auch infolge der Eingriffe durch den langjährigen Kiesabbau keine Bedeutung für archäologische Fundstätten. Sonstige Sachgüter – abgesehen von werkzugehörigen Bestandteilen - befinden nicht im Plangebiet. Durch das Vorhaben ist auch mit keinen wesentlichen Bodenabtragungen zu rechnen, die irreversible Folgen für entsprechende Funde haben könnten.

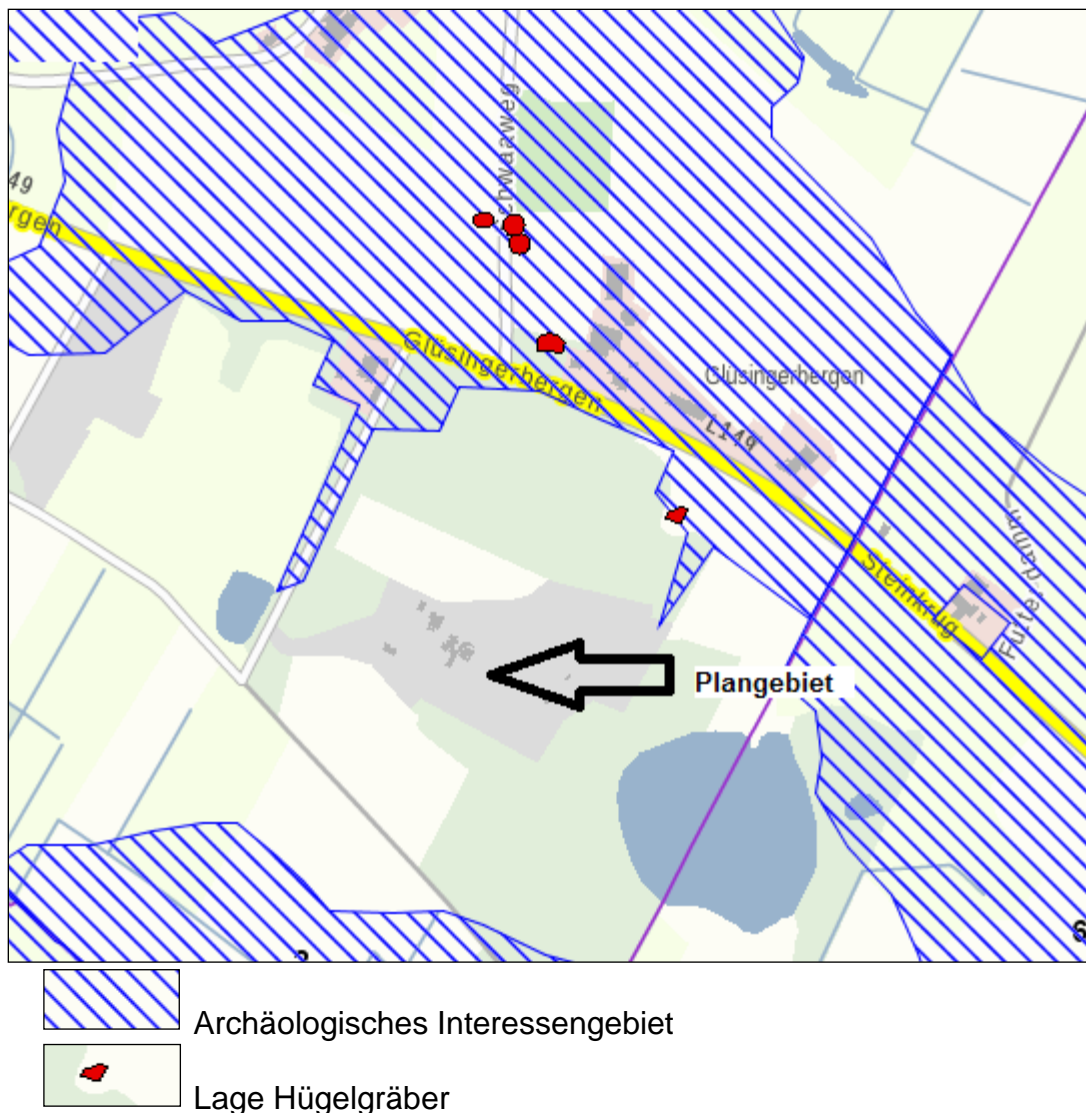


Abb. 11: Bereiche der archäologischen Interessensgebiete im Umfeld des Plangeltungsbereiches sowie Lage der Hügelgräber

2.1.9. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Die betrachteten Schutzgüter können sich gegenseitig in unterschiedlichem Maße beeinflussen. Beispielsweise wird durch den Verlust von Freiflächen auch der Anteil an Vegetationsflächen reduziert, wodurch indirekt das Kleinklima beeinflusst werden kann. Versiegelung von Böden wirkt sich hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen auf den Boden als Lebensraum für Bodenorganismen aus, aber auch auf das Schutzgut Fläche und beispielsweise die Grundwasserneubildung und den Wasserhaushalt.

Eine Verstärkung der erheblichen Umweltauswirkungen durch sich negativ verstärkende oder summierende Wechselwirkungen wird im vorliegenden Fall nicht erwartet, da durch die vorgelegte Planung keine wesentlichen Veränderungen gegenüber der bestehenden Situation (Basiszenario) eingeleitet werden. Ihre Prognose soll abschließend und aufbauend auf die Bewertung zu den einzelnen Schutzgütern erfolgen (vgl. Kapitel 2.2.2.9. Prognose Wechselwirkungen).

2.2. Prognose zur Entwicklung des Umweltzustandes

Im Folgenden sollen die Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung sowie bei Durchführung der Planung dargestellt werden.

2.2.1. Prognose bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung würde das Asphaltmischwerk an dem Standort erhalten bleiben und vollumfänglich weiter betrieben werden. Die derzeitige Betriebsstruktur und Grundbelastung, wie im Basiszenario beschrieben, bleibt erhalten. Zur Realisierung der neuen Anforderung der TA Luft zur Lagerung von Schüttgütern müsste durch andere technische Lösungen (z.B. mobile Bauten) gelöst werden. Der höhere Energieaufwand durch feuchtigkeitshaltige Zuschlagstoffe führt zu einem höheren Energieverlust, dies widerspricht der Energieeinsparung und bedeutet zugleich auch eine höhere Unwirtschaftlichkeit des Betriebes. Zukünftig bleibt eine höhere Belastung der Umwelt, insbesondere mit Kohlendioxyd- und Kohlenmonoxyd sowie Stickoxiden der Luft sowie ggf. eine weitere Beeinträchtigung durch Staubeinwirkungen.

2.2.2. Prognose bei Durchführung der Planung

Im Folgenden sollen jeweils schutzgutbezogen die Prognose der Umweltauswirkungen bei Realisierung der Maßnahme gemäß Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 (1) ausgeführt werden. Grundsätzlich müssen jeweils bau- und anlagen- sowie betriebs- bzw. nutzungsbedingte Wirkungen bei der Prognose unterschieden werden. Die Prognose beruht auf folgende relevante und in der folgenden Tabelle aufgeführte Wirkfaktoren. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Anlage bereits besteht und ihr Betrieb als vorhandene Grundbelastung gewertet wird und entsprechend in die Prognose einfließt, es also nicht zu einer Prüfung durch den Anlagenbetrieb kommt, sondern nur der vorgesehenen baulichen Veränderungen. Details zum Standort und Größe der baulichen Anlagen sowie eine Betriebsbeschreibung zur bestehenden Nutzung liegt den Planunterlagen, Teil I zur Begründung als Anlage bei.

Tab. 6: Wirkfaktoren und ihre qualitative Dimension

Projektwirkung	Wirkfaktor	qualitative Dimension
baubedingt	Versiegelung des Bodens (durch Bau von Schüttguthallen und Lager- und Abstellflächen)	Fläche (m ²)
	Bodenverdichtung (durch den Einsatz schwerer Bau- und Transportfahrzeuge)	Fläche (m ²)
	Geräusche, Erschütterungen und stoffliche Emissionen (durch Baufahrzeugverkehr, Bauarbeiten an den Hallen)	Lärm dB (A), Erschütterungen, Stoffeintrag qualitative Abschätzung
Anlagenbedingt	Bodenversiegelung (Fundamente der Schüttguthallen und Pfosten)	Fläche (m ²)
	Überdeckung von Boden durch Hallendächer <ul style="list-style-type: none"> - Beschattung - Veränderung des Bodenwasserhaushaltes - irreversibler Verlust belebten Bodens 	Fläche (m ²), qualitative Abschätzung
	Visuelle Wirkung <ul style="list-style-type: none"> - Optische Störung - Silhouetteneffekte 	Höhe der Hallen (m), Sichtraum (km), qualitative Abschätzung
Betriebsbedingt	Emissionen <ul style="list-style-type: none"> - Lärm - Schadstoffe - Stäube 	qualitative Abschätzung
	Wartung (regelmäßige Wartung und Instandhaltung, Reparaturen)	qualitative Abschätzung
	Unfälle (mögliche umweltrelevante Unfälle an der Mischanlage, wie z.B. Feuer, Explosionen, Leckagen)	qualitative Abschätzung

Die Prognose beschreibt und bewertet schutzgutbezogen insbesondere die möglichen Auswirkungen des geplanten Vorhabens hinsichtlich direkten, indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden kurz-, mittel sowie langfristige, ständige, vorübergehende Auswirkungen und trennt positive wie negative Auswirkungen ab und wägt diese - soweit möglich und erforderlich - gegeneinander ab.

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen bei Durchführung des Projektes erfolgt verbal argumentativ. Dabei werden drei bzw. vier Stufen unterschieden: keine, geringe, mittlere und erhebliche (vgl. z.B. RASSMUS, HERDEN, JENSEN, RECK & SCHÖPS 2003, KAISER 2017).

2.2.2.1. Prognose Schutzgut Mensch, Gesundheit und Bevölkerung

Aufgrund der bereits bestehenden Nutzung und hinsichtlich der dadurch bedingten Vorbelastung des Gebietes und der Empfindlichkeit gegenüber den relevanten schutzgutbezogenen Beurteilungsfaktoren ergibt sich eine nur geringe Sensibilität des Betrachtungsraumes für das Schutzgut Mensch, Gesundheit und Bevölkerung.

Mögliche Auswirkungen könnten sich während der Bauphase durch Baustelleneinrichtungen, Baufahrzeugverkehr, verstärkter Baulärm, Staubentwicklung bei Baufeldräumung usw. ergeben. Die Wirkfaktoren sind insbesondere Geräusche, Erschütterungen und stoffliche Emissionen (insbesondere Stäube). Die baubedingten Auswirkungen werden angesichts des gegenwärtigen Betriebs auf dem Gelände und unter Berücksichtigung des nur temporären Charakters des Baubetriebes als vernachlässigbar bzw. gering eingestuft.

Zu erwarten sind anlagebedingt Auswirkungen durch optische Effekte der geplanten max. 20,0 m hohen Schüttguthallen. Da das Betriebsgelände durch den ehemaligen Kiesabbau gegenüber den umliegenden Bereiche deutlich abgesenkt ist (im Anhang, Plan Nr. 2: Höhenschnitte) und eine Sichtverschattung durch Knicks und Gehölze erfolgt, werden die Bauten als Überhöhung des anstehenden Geländes kaum wahrgenommen. Visuelle Wirkungen der Hallenkörper werden angesichts des industriellen Gesamteindrucks des Betriebsgeländes und unter Berücksichtigung der eingeschränkten Wirkung auf den Sichtraum ebenfalls als vernachlässigbare Beeinträchtigung mit geringer bis mittlerer Bewertung für das Schutzgut beurteilt (vgl. auch Prognose zu Landschaft und Landschaftsbild, Kap. 2.2.2.7)

Als betriebsbedingte und für das Schutzgut relevante Wirkfaktoren werden insbesondere Emissionen von Lärm, Schadstoffen und Stäuben und die Möglichkeit von Unfällen erwartet. Da der Betrieb der Asphaltmischanlage im gegenwärtigen Umfang fortgeführt wird, ergibt sich durch die vorgelegte Planung keine Veränderung der Emissionen gegenüber dem dargestellten Basiszenario. Eine Veränderung der Einwirkungen auf den Menschen gegenüber den gegenwärtigen, nachweislich zulässigen Emissionen wird damit nicht prognostiziert. Betriebsbedingte Auswirkungen bei Realisierung der Planung werden für das Schutzgut Mensch summarisch als gering beurteilt.

Grundsätzlich besteht betriebsbedingt die Möglichkeit von Unfällen an der Anlage z.B. durch Feuer oder/oder Explosionen sowie durch Auslaufen von Treibstoffen bei Leckagen. Durch die vorgelegte Planung wird das auch derzeit bestehende Risiko eines Unfalls nicht berührt, dies besteht im gleichen Umfang wie bisher und ist somit Bestandteil des Basiszenario. Eine weitere Prüfung der Umweltauswirkungen kann deshalb unterbleiben.

Wie bereits ausgeführt besitzt das Gebiet durch die aktuelle Nutzung eine nur sehr geringe Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung. Eine wesentliche oder erhebliche Beeinträchtigung der Erholungseignung kann somit sowohl während der Bauphase (baubedingt), durch die Anlage selbst sowie während der Betriebsphase sicher ausgeschlossen werden.

2.2.2.2. Prognose Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt

Das Betriebsgelände stellt mit der intensiv genutzten Anlage, Nebengebäuden und den Lagerflächen für die Zuschlagstoffe keinen geeigneten Lebensraum für Pflanzen und Tiere dar. Ein Beitrag zur biologischen Vielfalt des Betrachtungsraumes fehlt dem unmittelbaren Betriebsgelände. Sämtliche Biotoptypen des durch die Planung betroffenen Bereiches sind mit einer allgemeinen Bedeutung zu bewerten. In den Randbereichen des Plangebietes lassen sich mit dem Weidenbruchwald und den Knicks gesetzlich geschützte Biotope mit besonderer Bedeutung für den Natur- und Artenschutz finden. Diese Bereiche bleiben aber im Rahmen der vorgelegten Planung unberührt.

Baubedingt kann es auf dem im Gelände zur vermehrten Geräuscentwicklung durch Bautätigkeiten kommen. Ebenfalls können verstärkt Erschütterungen auftreten und Emissionen von Abgasen der Baufahrzeuge anfallen. Grundsätzlich sind die Wirkfaktoren auch gegenwärtig auf dem Firmengelände wirksam und es hat sich bereits über Jahre eine entsprechende Lebensgemeinschaft im Umfeld des Betriebsgeländes eingestellt. Durch die bestehende Grundbelastung des Gebietes durch Geräusche, Erschütterungen und schweren Fahrzeugen wird die baubedingte Beeinträchtigung dementsprechend als gering eingestuft.

Anlagenbedingt ist mit Bodenversiegelungen durch den Hallenbau und eine visuelle Beeinträchtigung des Betriebsgeländes zu berücksichtigen. Auch diese Wirkfaktoren sind gegenwärtig im Basiszenario enthalten und werden sich durch die Planungsrealisierung nicht wesentlich verstärken. Ihre Wirkung auf das Schutzgut wird unter Berücksichtigung der geringen Wertigkeit beziehungsweise sogar das Fehlen von relevanten Zönosen als sehr gering eingestuft.

Auch betriebsbedingt werden gegenüber dem gegenwärtigen Zustand keine wesentlichen Veränderungen durch Realisierung der Planung eintreten, die betriebsbedingte Wirkung auf das Schutzgut wird als gering prognostiziert.

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung konnte dargelegt werden, dass auch keine europarechtlich geschützten Arten durch die Planung betroffen sind.

Insgesamt ist damit durch das Vorhaben bezüglich der bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen von keiner erheblichen Auswirkung auf Pflanzen, Tiere und die biologische Vielfalt des Betrachtungsraumes auszugehen.

2.2.2.3. Prognose Fläche

Da das Plangebiet bereits seit Jahren als Asphaltmischanlage samt Nebenstrukturen genutzt wird, resultiert bei Planumsetzung keine zusätzliche Wirkung auf die Fläche. Erhebliche Auswirkungen können deshalb sicher ausgeschlossen werden.

2.2.2.4. Prognose Boden

Durch derzeitige Nutzung sowie durch den Auftrag von Bodenfremdmaterial ist der Boden des gesamten Betriebsgeländes nachhaltige anthropogen erheblich verändert. Eingriffe in den Boden ergeben sich bau-, anlage- und betriebsbedingt durch:

- punktuelle Zerstörung des vorhandenen Bodentyps und der Bodenart sowie geringfügiger Bodenabtrag durch Gründung der Hallenfundamente,
- im geringen Umfang Einbringung von (Boden-) Fremdmaterial (Bodenauftrag) zur Gründung der Fundamente,
- Bodenverdichtungen durch Befahren mit Baufahrzeugen während der Bauphase und
- Bodenversiegelung im Bereich der Fundamente für die Schüttguthallen,
- Überschirmung des Boden durch die Hallendächern und die damit einhergehenden Veränderungen für den Boden (insbesondere Beschattung und nur noch punktuelleres Auflaufen von Regenwasser) sowie
- durch stoffliche Einträge z.B. bei Unfällen mit Baufahrzeugen, LKW und Radladern während der Betriebsphase oder von Wartungsfahrzeugen durch auslaufendes Motoren- oder Hydrauliköl und/oder Kraftstoffen sowie bei Leckagen bei Lagerflüssigkeiten.

Insgesamt wird die Vorbelastung der Böden im Plangeltungsbereich als hoch eingestuft. Dies beruht auf die frühere Nutzung durch Kiesabbau, anschließende Teilverfüllung und Folgenutzung als Betriebsgelände für das Asphaltmischwerk. Die anstehenden Böden sind als anthropogene Aufschüttungsböden gegenüber Eingriffsmaßnahmen wenig empfindlich und durch die Gebäude bzw. den regen Verkehr mit schweren Baufahrzeugen (LKW und Radlader) hoch verdichtet bzw. bereits versiegelt. Trotzdem kommt es bau- und anlagenbedingt bei Errichtung der Schüttguthallen zu einer weiteren Vollversiegelung für die im B-Plan ausgewiesenen „Sondergebiete Asphaltmischwerk“ (SO-AMW 1 bis SO-AMW 4). Dabei wird durch die Versiegelungen der Böden durch Anlage der Fundamente und die den Boden überschirmenden Hallendächer eine weitere negative Wirkung auf das Schutzgut erzielt. Vorrangig kommt es dabei zu einem verringerten Niederschlagseintrag in die Böden, erhöhter und punktueller Abfluss des Niederschlagswassers und zu einer verminderten Sonneneinstrahlung und Lichteinwirkung. Es ist davon auszugehen, dass dadurch die Bodenfunktionen wie Lebensraum für Bodenorganismen und Speicher-, Filter- sowie Pufferfunktion gegenüber Schadstoffen zusätzlich zur bestehenden Beeinträchtigung reduziert wird bzw. vollständig zum Erliegen kommt. Weitere Bodenverdichtungen durch Baustellenverkehr werden auf Grund der bestehenden Vorbelastungen als vernachlässigbar eingestuft. Insgesamt werden die Beeinträchtigungen durch Bodenversiegelung und – verdichtungen einer geringen bis mittleren Schwere zugeordnet.

Betriebsbedingt können bei Beschädigungen der Treibstofftanks der LKW und Radlader oder Leckagen Verunreinigungen des Bodens auftreten. Durch die nur begrenzte Menge an Treibstoff in den Fahrzeugen und den hohen Versiegelungsgrad des Betriebsgeländes, wird die Beeinträchtigung als vernachlässigbar beurteilt. Außerdem könnten durch Leckagen an den auf dem Firmengelände befindlichen Heizöltanks Verschmutzungen der Böden verursachen. Bei dem Tank handelt es sich um einen doppelwandigen Behälter (gemäß DIN 6608D) mit Überfüllsicherung und eingebauter Leckanzeige, die das Austreten von Heizöl sofort meldet. Der Tank steht auf einem Betonfundament und ist dadurch vom natürlich anstehenden Boden abgeschirmt. Der Tank unterliegt einer regelmäßigen Kontrolle einer Fachfirma und eines unabhängigen Sachverständigen. Insgesamt wird die Erheblichkeit eines Ölunfalles mit verschmutzender Wirkung auf den Boden als sehr gering eingeschätzt.

Unfälle an der Asphaltmischanlage insbesondere an der Bitumentankanlage, am Prozessmittellagertank oder Gefahrstoffcontainer für Haftmittel können zu Verunreinigungen des Bodens führen. Auf Grund der Sicherungsmaßnahmen wie Doppeltanks, Überfüllsicherung und Leckagewarnung kann es nur zum Austreten von geringen Mengen dieser Stoffe kommen. Alle relevanten Tanks befinden sich außerdem auf wasserundurchlässigen Betonfundamenten, so dass ein Kontakt der Stoffe mit dem Boden nahezu ausgeschlossen ist. Die Erheblichkeit durch Unfälle mit verschmutzender Wirkung auf den Boden werden deshalb als sehr gering eingeschätzt.

Bau-, anlagen- und betriebsbedingt ergeben sich somit für das Schutzgut Boden keine als erheblich eingestufte Auswirkungen. Zur Reduktion der Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen durch Bodenversiegelungen sind allerdings Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, deren Bilanzierung dem Kapitel 2.3.3. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung entnommen werden kann.

2.2.2.5. Prognose Wasserhaushalt

Ein direkter Eingriff in Oberflächengewässer erfolgte nicht, eine Beeinträchtigung ist somit ausgeschlossen.

Baubedingt lassen sich durch Bodenverdichtungen der Baufahrzeuge keine Wirkungen auf den Wasserhaushalt erkennen.

Durch die Bodenversiegelung resultieren anlagen- und betriebsbedingt grundsätzlich eine dauerhafte Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate und eine Erhöhung des Oberflächenwasserabflusses. Durch die bereits bestehende hochgradige Bodenversiegelungen und den hochverdichten Boden im Bereich des Betriebsgeländes ist die Bedeutung zur Speisung des Grundwasser allerdings sehr eingeschränkt bis fehlend zu bewerten. Angesichts der bereits versiegelten Flächengröße und den bereits aktuell stark verdichten Boden wird die Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung mit einer geringen Erheblichkeit für das Schutzgut Wasser bewertet.

Betriebsbedingt könnten durch Unfälle an der Asphaltmischanlage wassergefährdende Stoffe austreten und ins Grundwasser gelangen. Im Produktionsprozess werden wassergefährdende Stoffe vorgehalten, dies sind HEL Prozessmittel, Haftmittel und Treibstoff (Diesel). Angesichts der bereits im Kapitel 2.2.2.4. beschriebenen Sicherheitsvorkehrungen ist allenfalls mit dem Austritt sehr geringer Mengen an Schadstoffen zu rechnen, die außerdem auf ein undurchlässiges Betonfundament gelangen. Eine relevante betriebsbedingte Beeinträchtigung kann somit ausgeschlossen werden. Dieser Umstand ist besonders wichtig, da das Plangebiet mit seinen Teilflächen zu einem Gebiet mit „*gefährdetem Grundwasserkörper*“ und zum Trinkwasserschutzgebiet der Schutzzone IIIA gehört. Entsprechend der Genehmigung zum Lagern von wassergefährdenden Stoffen mit den in der Genehmigung vorgeschriebenen Auflagen kann eine Verschmutzung des Grundwassers ausgeschlossen werden.

Für das Schutzgut Wasser bzw. Grundwasser und Trinkwasser werden somit durch die vorgelegte Planung keine erheblichen Auswirkungen prognostiziert.

2.2.2.6 Prognosen Klima und Luft

Baubedingt werden insbesondere durch den Betrieb von Baufahrzeugen zeitlich begrenzte höhere Belastungen der Luftqualität durch den Ausstoß von Abgasen der Verbrennungsmotoren erwartet, außerdem ist bei dem Betrieb der Fahrzeuge und bei dem Einsatz von Baustoffen mit einer erhöhten Staubentwicklung zu rechnen. Die Auswirkungen werden unter Berücksichtigung der zeitlichen Begrenzung und Vorbelastung des Gebietes als unerheblich eingestuft.

Anlagebedingte Wirkungen auf die Luft oder das Klima werden über den bestehenden Umfang hinaus nicht erwartet.

Betriebsbedingt müssen durch Emissionen von Schadstoffen und Stäuben eine aktuell bestehende Beeinträchtigung der Luftqualität postuliert werden. Die vorgelegte Planung führt weder anlagen- noch betriebsbedingt zu einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes. Gemäß der Berechnungen zur Luftqualität am Asphaltmischwerk und seinem Umfeld durch GFU (2020) sowie im Vergleich zu ähnlichen Anlagentypen können die Richtwerte gemäß TA Luft und Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) für die relevanten Parameter:

- Schwebstaub ((PM-2,5 und PM-10)
- Schwefeldioxid
- Stickoxide
- Benzol und
- Polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe

sicher eingehalten werden bzw. liegen die Werte sogar unterhalb der Irrelevanzgrenzen.

Es ist außerdem davon auszugehen, dass durch die geplante Überdachung der Schüttguthalden eine geringe Staubeinwirkung für das Gelände und nähere Umfeld resultiert. Durch Planrealisierung kann also eher ein positiver Effekt für das Schutzgut prognostiziert werden.

Bau-, anlagen- und betriebsbedingt erhebliche Auswirkungen auf die Luft werden durch die vorgelegte Planung somit nicht erkannt.

Da das Plangebiet nicht in einem Bereich mit besonderer Bedeutung für die Kaltluftentstehung und/oder -austauschfunktionen oder besondere siedlungsklimatische Austauschfunktion besitzt, wird keine lokalklimatische Auswirkung bei Realisierung des Planvorhabens erwartet.

2.2.2.7. Prognose Landschaft und Landschaftsbild

Das Landschaftsbild erfährt im Betrachtungsraum durch den Neubau der Schüttguthallen eine Veränderung.

Auf Grund der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung des Umfeldes, der aktuellen Nutzung durch das Asphaltmischwerk mit den bereits vorhandenen Bauten sind die Landschaft und das Landschaftsbild insgesamt als vorbelastet einzustufen und gelten gegenüber Eingriffen und Veränderungen vergleichsweise unempfindlich. Durch den ehemaligen Kiesabbau ist das Werksgelände außerdem im nördlichen und westlichen Bereich deutlich unter die anstehende Geländeoberkante abgesenkt. Der Bau von rund 15,0 m hohen Hallen wird deshalb von den das Gebiet umgebenden Straßen kaum und auch nicht als Überhöhung in der Landschaft wahrgenommen. Darüber hinaus ist durch die dichten und teils mit mächtigen Wällen

ausgestatteten Knicks das Gebiet vollständig sichtverschattet. Ausgedehnte Waldbestände (WLy und WFn, vgl. Bestandsplan) im Norden, Osten und teils auch im Süden des Betriebsgeländes führen zu weiteren nahezu vollständigen Abschirmungen des Gebietes.

Unter Berücksichtigung der vorhandene Grundbelastung des Plangebietes und des nähere Umfeldes sowie durch die nicht vorhandenen Fernwirkung des vorhanden Bestandes des Asphaltmischwerkes kann eine erhebliche Beeinträchtigung der Landschaft und insbesondere des Landschaftsbildes ausgeschlossen werden. Auch für das geplante Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“, welches das Betriebsgelände mit einer Pufferzone von 200 m ausklammert, wird durch die Planrealisierung keine relevante Beeinträchtigung der Schutzziele des Gebietes erwartet.

Durch das vorhandene Geländere relief, die bereits vorhandene dichten Gehölz- und Waldbestände sowie die dichten Knicks ist eine weitere Abpflanzung des Gebietes zur Einbindung in die Landschaft somit nicht erforderlich und nicht zielführend. Minimierende Maßnahmen für das Schutzgut Landschaftsbild sind deshalb nicht erforderlich.

2.2.2.8. Prognose kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Im Plangebiet befinden sich keine Objekte des kulturellen Erbes oder sonstige Sachgüter, eine Beeinträchtigung durch die vorgelegte Planung kann damit sicher ausgeschlossen werden.

2.2.2.9. Prognose Wechselwirkungen

In der folgenden Tabelle werden die schutzbezogenen Umweltauswirkungen zusammenfassend in einer 4-stufigen Bewertung dargestellt. Sich verstärkende Wechselwirkungen, mit einer geringen bis maximal mittleren Intensität beurteilten Beeinträchtigungen sind nicht erkennbar bzw. führen nicht zu einer Verstärkung von Beeinträchtigungen.

Tab. 7: Zu erwartende Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter und ihre Bewertung

Schutzgut	Umweltauswirkung	Grad der Beeinträchtigung
Mensch	Keine besondere Beeinträchtigung über das vorhandene Basiszenario hinaus	-
Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt	Ausschließliche Inanspruchnahme von Flächen mit allgemeiner Bedeutung für den Natur- und Artenschutz, keine artenschutzrechtliche Relevanz, keine Betroffenheit von Natura-2000-Gebieten, keine Betroffenheit von Biotopverbundflächen	-
Boden	Verlust von Bodenfunktionen insbesondere durch Flächenversiegelungen und Überdeckung des Bodens mit Hallen;	+

Schutzgut	Umweltauswirkung	Grad der Beeinträchtigung
Wasser	Im geringen Umfang Reduzierung der Versickerungsfähigkeit und Grundwasserneubildungsrate, hohe Vorbelastung!	+
Klima, Luft	keine Veränderung gegenüber der aktuellen Situation	+ / !
Landschaft, Landschaftsbild	Technische Prägung der Landschaft, optische Störreize und Reduktion der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft, allerdings bereits bestehende Vorbelastung und unter Berücksichtigung der guten, vorhanden Einbindung	- / +
Kultur- und Sachgüter	Keine Kultur- und Sachgüter vorhanden, keine Auswirkungen	-
Wechselwirkungen	Keine Verstärkung von erheblichen Auswirkungen erkennbar	-

+++ starke , ++ mittlere, + geringe, - keine Beeinträchtigung, ! positive Auswirkungen

Erhebliche Beeinträchtigungen durch Wechselwirkungen bzw. Beeinträchtigungen durch sich verstärkende Beeinträchtigungen in Folge von Wechselwirkungen werden nicht erwartet.

2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der erheblich nachteiligen Auswirkungen

Für die vorgelegte Bauleitplanung ist die Eingriffsregelung des § 1 a Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 18 Abs. 1 BNatSchG zu beachten. Dementsprechend sind u.a. vermeidbare Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes zu unterlassen. Unter Vermeidung ist jedoch nicht der Verzicht auf das Vorhaben als solches zu verstehen, da keine Vorhabensalternativen bestehen. Zu untersuchen ist aber die Vermeidbarkeit einzelner seiner Teile und die jeweils maximal mögliche Verringerung der negativen Auswirkungen auf die Schutzgüter.

2.3.1. Vorkehrungen zur Vermeidung und Verringerung

Zur Eingriffsminimierung ergeben sich folgende Maßnahmen, die durch Festsetzungen im B-Plan und während der Bautätigkeit durch die örtliche Bauleitung oder Bauaufsicht umzusetzen bzw. zu kontrollieren sind:

1. Zur Minimierung des Eingriffs in das Schutzgut Landschaft erfolgt an der nördlichen Gebietsgrenze, im Übergang zum angrenzenden Acker die Anlage eines 5,0 m breiten Pflanzstreifens der mindestens dreireihig mit heimischen Laubgehölzen bepflanzen und dauerhaft zu erhalten und zu pflegen ist. Zwischen dem Betriebsgelände und dem Pflanzstreifen verbleibt ein mindestens 3,0 m breiter Streifen, der von baulichen Anlagen jeglicher Art

freizuhalten ist. Der Pflanzstreifen wird während der Anwuchsphase und für mindestens 3 Jahre gegenüber der freien Landschaft mit einem Wildschutzzaun gesichert. Zum Firmengelände wird der Pflanzstreifen mit einem einfachen mindestens 1,50 m hohen Zaun (Spaltpfähle oder Metallpfosten mit Glattdraht) getrennt. Der Zaun ist dauerhaft zu erhalten.

2.3.2. Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

2.3.2.1. Landschaftspflegerische Maßnahmen im Plangebiet

Im Plangebiet ist eine Knickneuanlage und die Abpflanzung eines Immissionsschutzstreifens vorgesehen.

Knickneuanlage

Die im Plangebiet vorgesehene Knickneuanlage erfolgt auf der im B-Plan dargestellten Fläche. Der Knickwall wird mit Bodenmaterial aus dem Plangebiet errichtet und erhält folgendes Profil:

- Fußbreite (min.): rund 3,5 m
- Wallhöhe: rund 1,5 m
- Wallkrone (Breite): ca. 1,2 m

Die Bepflanzung erfolgt mit Strauch- und Baumpflanzen, Baumschulware aus hiesiger, indigener Anzucht mit folgenden Arten und Qualitäten:

Hainbuche	<i>Carpinus betulus</i>	LHEI 1xv 60/100
Feld-Ahorn	<i>Acer campestre</i>	LHEI 1xv 80/100
Eberesche	<i>Sorbus aucuparia</i>	LHEI 1xv 80/100
Pfaffenhüttchen	<i>Euonymus europaeus</i>	STR 2xv 60/100
Schlehe	<i>Prunus spinosa</i>	STR 2xv 60/100
Stiel-Eiche	<i>Quercus robur</i>	HEI 2xv 100/125
Rot-Buche	<i>Fagus sylvatica</i>	LHEI 1xv 60/80
Wildapfel	<i>Malus domestica</i>	STR 2xv 60/100
Brombeere	<i>Rubus fruticosus</i>	STR 1xv 60/100

Die Pflanzung erfolgt in drei Reihen- und Pflanzabstand von 0,8 m. Die Anpflanzung ist vor Austrocknung zu mulchen und bis zum völligen Anwachsen ohne chemische Hilfsmittel und über einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren zu pflegen.

Immissionsschutzstreifen

Am Rande des Plangebietes ist die [Ausweisung von Flächen mit Anpflanzgebot, sonstige Bepflanzung \(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB\)](#) vorgesehen, in diesen Bereichen erfolgt eine Anpflanzung von Sträuchern zur ebenen Erde. Die Arten und Qualitäten entsprechen denen der Knickneuanlage. Die Pflanzung erfolgt in einem Reihen- und Pflanzabstand von 2,0 m.

2.3.3. Eingriffs- und Ausgleichs-Bilanzierung

Nachteilige und kompensationsbedürftige Auswirkungen ergeben sich durch unvermeidbare Beeinträchtigungen für die Schutzgüter Boden und Wasser (vgl. auch Kapitel 2.2.2.4. Prognose Boden und 2.2.2.5. Prognose Wasser). Für diese Eingriffe müssen entsprechende Kompensationsmaßnahmen durchgeführt und festgesetzt werden.

Schutzgut Boden

Insgesamt ist bei Realisierung der Maßnahme mit einer irreversiblen Bodenversiegelung von maximal 47.477 m² zu rechnen (SO-AMW 1 – 4, vgl. Tab. 1). Gemäß dem gemeinsamen Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 09.12.2013 gilt ein Eingriff in das Schutzgut Boden als kompensiert, wenn eine gleich große Fläche entsiegelt wird und die natürlichen Bodenfunktionen wieder hergestellt werden, oder eine Fläche **mindestens** im Verhältnis 1 zu 0,5 zur versiegelte Bodenflächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung genommen und zu einem naturbetonten Biotoptyp entwickelt wird. Für die Versiegelung ist damit eine Flächengröße von 23.739 m² erforderlich. Der Flächenbedarf darf um 75% der Fläche der Grundstücke reduziert werden, die aufgrund von Festsetzungen naturnah zu gestalten sind, insbesondere durch Anpflanzung von Sträuchern und Bäumen einheimischer Arten. Im Plangebiet trifft dies für den Pflanzstreifen mit 450 m² zu, die mit 75 % und 338 m² anrechenbar ist. Zur vollständigen Kompensation verbleibt somit eine Flächengröße von 23.401 m².

Wird zur Kompensation des Eingriffs eine Fläche aus der landwirtschaftlichen Nutzung entlassen, so muss diese eine Größe von mindestens 23.401 m² aufweisen.

Der erforderliche Ausgleich kann nicht im Plangebiet erfolgen und wird durch den Erwerb von Ökopunkten beglichen. Die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG kauft zu diesem Zwecke über die Gesellschaft Ecodots die erforderlichen Ökopunkte. Die Kompensation erfolgt aus zwei von der Naturschutzbehörde genehmigten und von der Firma ecodots betrieben Ökokonten im Naturraum Geest, im Kreis Dithmarschen. Von dem Konto mit den Aktenzeichen 680.01/2/4/101 werden 16.983 Punkte abgebucht, auf dem Ökokonto mit dem Aktenzeichen 680.01/2/4/112 erfolgt eine Abbuchung von 6.418 Punkten.

Schutzgut Wasser

Der Ausgleich in das Schutzgut Wasser gilt gemäß Runderlass als erbracht, wenn gering verschmutztes Niederschlagswasser im Untergrund versickert wird. Eine Versickerung ist im Plangebiet weitgehend möglich, Oberflächenwasser wird bei Starkregen über Gräben in die Teiche an der südwestlichen Geländeseite abgeführt. In den Becken kann das Wasser in den Boden versickern und zur Speisung des Grundwassers dienen, es wird somit von einem Ausgleich ausgegangen.

2.4. Anderweitige Planungsmöglichkeiten, Vorhabensalternativen

Das Asphaltmischwerk ist bereits seit 1975 am Standort ansässig und eine Folgenutzung des ehemaligen Kiesabbaues an diesem Standort und fußt damit auf langjährige, gewachsene Infrastrukturen. Der Standort ist hinsichtlich der umweltrelevanten Belange nachweislich konfliktarm. Die Anlage ist im bestehenden

Umfang vollumfänglich genehmigt und für den Betreiber zukunftsprospektivisch. Dem Wunsch nach technischer Anpassung an Standards, gerade hinsichtlich der Lagerungstechnik und Überdachung der Schüttguthalden, stellt eine verbesserte Situation für das Schutzgut Luft und Mensch (Gesundheit) dar. Durch die dann mögliche trockene Lagerung des Verbrauchsmaterials resultiert außerdem ein geringerer Energiebedarf im Produktionsprozess, der nicht nur aus wirtschaftlichem Interesse des Betreibers sinnvoll ist, sondern auch allgemeine Ressourcen wie Energie und die Emissionen von Schadstoffen, insbesondere von Kohlenmonoxid und –dioxid reduziert. Zudem verwirklicht der Standort das in der Wirtschaftsgeographie angewandte Konzept der Nähe, da der Asphalt nur im Umfeld der Produktionsstätte verwendet wird. Dies lässt sich schon daraus ableiten, dass der Betreiber sieben Asphaltmischwerke in der Region Schleswig-Holstein / Hamburg Mecklenburg-Vorpommern unterhält, die ausschließlich den Asphalt nach günstigster Wegstrecke liefern. Ein Auswahlkriterium stellt damit auch eine flächendeckende Verteilung der Mischwerke und den damit für den Betreiber verbundenen wirtschaftlichen Aspekt. Zugleich werden durch kurze Wegstrecken wiederum die allgemeinen Ressourcen durch geringen Zulieferverkehr geschont.

Für den Standort sprechen außerdem immissionsschutzrechtliche Rahmenbedingungen. Die entstehenden Emissionen durch den Anlagenbetrieb sowie durch den An- und Ablieferverkehr hat sich - da fernab von wohnbaulichen Strukturen und im Außenbereich gelegen - als unproblematisch erwiesen. Der Standort bietet ferner eine günstige Verkehrsanbindung und erlaubt den Transport des Asphaltes vorrangig auf übergeordneten Straßen.

Aus dargelegten Gründen ist die vorgestellte Planung somit alternativlos, anderweitige Planungsmöglichkeiten ergeben sich nicht.

2.5. Kumulierung mit den Auswirkungen von Vorhaben benachbarter Pangebiete und grenzüberschreitende Wirkungen

Da das Mischwerk seit Jahrzehnten betrieben wird, erfolgt keine neue Standortgründung, die kumulierend wirken könnte. Eine Verstärkung der Auswirkungen wird damit nicht ausgelöst, eine grenzüberschreitende Wirkung wird nicht erkannt.

2.6. Auswirkungen durch schwere Unfälle oder Katastrophen

Schwere umweltrelevante Unfälle von Asphaltmischwerken sind in ihrer Geschichte und europaweit nicht bekannt. Die in einem Asphaltmischwerk denkbaren und theoretisch entwickelten Unfallszenarien können nicht zu schweren Unfällen führen, deshalb unterliegt derartige Anlagen auch nicht der Störfallverordnung. Durch die vorgelegte Planung wird außerdem keine Veränderung an der bestehenden Anlage eingeleitet, die eine erhöhte Unfallgefahr verursacht oder begründen könnte.

Relevante Stoffe, die im Fall einer Störung grundsätzlich zu Auswirkungen auf die Umwelt führen könnten sind: Braunkohlenstaub, Bitumen, granulierten Zuschläge, Prozess- und Haftmittel sowie Treibstoffe. Durch entsprechende Vorkehrungen und konsequenter Umsetzung der Auflagen aus dem Genehmigungsbescheid zum Anlagenbetrieb, sind schwere Unfälle ausgeschlossen.

Im Umfeld des Plangebietes befinden sich keine Gebiete oder Anlagen von denen eine zusätzliche Gefahr für die Nutzung im Plangebiet ausgeht.

Auswirkungen durch schwere Unfälle oder Katastrophen sind weder durch den Betrieb der Anlage noch durch fremdeinwirkende Unfälle oder Katastrophen zu erwarten.

2.7. Auswirkungen des Vorhabens auf das Klima und Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels

Eine besondere Anfälligkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels ist in dem Vorhaben nicht erkennbar.

Da das Asphaltmischwerk bereits seit Jahren im Betrieb ist und keine Produktionssteigerungen durch vorgelegte Planung vorbereitet werden, ist über die bereits aktuelle Wirkung auf das Klima keine weitere oder zusätzliche Auswirkung zu erwarten.

2.8. Eingesetzte Techniken und Stoffe

Für den Anlagenbetrieb sowie für die Ergänzung des Geländes mit Schüttguthallen werden allgemein häufig verwendete Techniken und Stoffe angewandt bzw.- eingesetzt. Umweltrelevante Beeinträchtigungen über die bereits in der Prognose ermittelten hinaus werden nicht erkannt.

3. ZUSÄTZLICHE ANGABEN

3.1. Merkmale der verwendeten technischen Verfahren, Methoden und aufgetretene Schwierigkeiten

3.1.1. Angewandte Methoden / Untersuchungsmethoden

Der Untersuchungsrahmen zur Ermittlung des Basisszenarios vorliegender Prüfung umfasst ein im Maßstab 1:1.000 bearbeitetes Untersuchungsgebiet mit dem eigentlichen Plangeltungsbereich sowie die unmittelbar angrenzenden Flächen (vgl. Bestandsplan im Anhang).

Grundlage für die Bewertung der Leistungen des Naturhaushaltes für den Arten- und Biotopschutz ist eine aktuelle, flächendeckende Kartierung der Biotoptypen und der Strukturmerkmale des Untersuchungsgebietes. Die Kartierung der Biotop- und Strukturtypen erfolgt gemäß der Standardliste Schleswig-Holstein (LLUR 2019) und wurde im Mai und August 2020 durchgeführt. In einem zweiten Schritt werden die Biotoptypen in ihrer Bedeutung als Lebensraum für wildlebende Pflanzen und Tiere verbal bewertet. Zur Beurteilung des Vorkommens und der Betroffenheit von besonders geschützten Tieren und Pflanzen, also von Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV der FFH-RL und für europäische Vogelarten wurde ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag zum Vorhaben ausgewertet (vgl. B.i.A. 2020).

Ergänzt wird die floristische und faunistische Datenlage durch Abfrage und Auswertung des Artenkatasters des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und

ländliche Räume Schleswig-Holstein (LLUR Winart-Datenbank, Abfrage Stand 11/2020). Für die Schutzgüter Landschaft, Tiere und Pflanzen wurden des Weiteren Ausführungen und landschaftsökologische Daten des Landschaftsplanes der Gemeinde berücksichtigt.

Zur Beurteilung der Auswirkungen auf die Schutzgüter Boden und Wasser wurde die Bodenkarte Schleswig-Holstein, die Hydrogeologische Übersichtskarte von Schleswig-Holstein sowie die Bearbeitung zu den Böden Schleswig-Holsteins (LLUR 2012) herangezogen. Für das Planungsgebiet liegt außerdem eine Untersuchung zur Lufthygiene (GfU 2020) und Lärmeinwirkungen BRAASE (2014) und ABK (2015) vor.

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen bei Durchführung des Projektes erfolgt verbal argumentativ. Dabei werden drei bzw. vier Stufen unterschieden: keine, geringe, mittlere und erhebliche (vgl. z.B. RASSMUS, HERDEN, JENSEN, RECK & SCHÖPS 2003 oder KAISER 2017).

Die Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung erfolgt gemäß „Hinweise zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung in der verbindlichen Bauleitplanung“ vom 09.12.2013 und „Verhältnis der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung zum Baurecht“ - Runderlass des Innenministeriums und des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume vom 09.12.2013 und unter Anwendung der „Durchführungsbestimmungen zum Knickschutz – Erlass des Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein vom 20.01.2017. Entsprechend den Hinweisen zur Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung werden alle Biotoptypen einer **allgemeinen** oder **besonderen Bedeutung** für den Natur- und Artenschutz zugeordnet.

3.1.2. Hinweise zu Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung erforderlicher Informationen

Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung von Informationen oder bei Auswertungen von Informationen haben sich nicht ergeben.

3.2. Geplante Maßnahmen zur Überwachung der erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt bei Umsetzung der Planung (Monitoring)

Die Überwachung der Umweltauswirkungen dient der Überprüfung der planerischen Aussagen zu prognostizierten Auswirkungen, um erforderlichenfalls zu einem späteren Zeitpunkt noch Korrekturen der Planung oder Umsetzung vorzunehmen oder mit ergänzenden Maßnahmen auf unerwartete Auswirkungen reagieren zu können. Zu überwachen sind - gemäß § 4 BauGB - nur die erheblichen Umweltauswirkungen und insbesondere die unvorhersehbaren Umweltauswirkungen. Erhebliche Umweltauswirkungen sind, wie ausführlich dargelegt, durch das vorgesehene Projekt nicht zu erwarten. Auf eine Überwachung kann dementsprechend verzichtet werden. Unerwartete Auswirkungen durch Planrealisierung sind gegenwärtig nicht prognostizierbar.

3.3. Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Gemeinde Glüsing plant die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Absicherung eines bestehenden Asphaltmischwerkes zu schaffen. Damit sollen künftige Betriebsentwicklungen vor dem Hintergrund neuer, insbesondere umweltrechtlicher Standards und den damit verbundenen Erfordernis zum Bau neuer baulicher Anlagen zur Lagerungstechnik gesichert werden.

Das rund 9 ha umfassende Plangebiet liegt im Außenbereich der Gemeinde, fernab von wohnbaulichen Strukturen, in südöstlicher Lage des Gemeindegebietes.

Im Rahmen des vorliegenden Umweltberichtes wird eine Bestandsanalyse der relevanten Schutzgüter bzw. der natürlichen Ressourcen durchgeführt und auf diese aufbauend die anlage-, bau- und betriebsbedingten Auswirkungen des geplanten Vorhabens unter Berücksichtigung der bestehenden Grundbelastung und möglicher Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen prognostiziert. Die ermittelten und relevanten Schutzgüter und die zu erwartenden Auswirkungen auf die Umweltbelange sind:

Mensch, Gesundheit und Bevölkerung: erhebliche Auswirkungen auf den Menschen sind bei Umsetzung der Planung nicht zu erwarten.

Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt: Im Plangebiet befindet sich überwiegend Biototypen mit einer allgemeinen Bedeutung für den Natur- und Artenschutz und insgesamt ökologisch nur weniger wertvolle Flächen mit einem intensiven Nutzungsdruck. Nur randlich gelegene kleine Knickabschnitte und ein Weidenbruchwald sind gemäß § 30 BNatSchG gesetzlich geschützt und von besonderer Bedeutung für den Natur-, Arten- und Landschaftsschutz. Die gesetzlich geschützten Biotope des Gebietes sind von der vorgelegten Planung nicht betroffen.

Auswirkungen auf besonders und streng geschützte Arten nach § 44 BNatSchG sind für das Gebiet nicht zu erwarten.

Natura-2000-Gebiete und landesweites Biotopverbundsystem: erhebliche Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete und das landesweite Biotopverbundsystem kann auf Grund großer Entfernungen zu den Gebieten oder auf Grund der Vorbelastung ausgeschlossen werden.

Fläche: Eine erhebliche Beeinträchtigung des Gutes Fläche wird nicht erkannt. Ein großer, unzerschnittener und verkehrsarmer Raum (UZVR) von über 100 Quadratkilometer ist ebenso wie neue Flächeninanspruchnahme von der Planung nicht betroffen. Durch die Planung erfolgt keine zusätzliche Flächeninanspruchnahme.

Boden: Bei Realisierung des Planvorhabens ergeben sich Bodenversiegelungen durch den Bau von Schüttguthallen. Die Erheblichkeit des Eingriffs kann bei Durchführung von Kompensationsmaßnahmen und unter Berücksichtigung der Vorbelastung als nicht erheblich eingestuft werden.

Wasserhaushalt und Grundwasser: Oberflächengewässer sind vom Planvorhaben nicht betroffen. Das anfallende Niederschlagswasser wird im Plangebiet versickert. Das gesamte Plangebiet liegt in einer Trinkwasserschutzzone (Zone IIIA). Die Lagerung wassergefährdender Stoffe erfolgt über eine Genehmigung, die mit Auflagen zur Lagerung und Handhabung der Stoffe eine Beeinträchtigung des Grundwassers ausschließt. Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasserhaushalt und Grundwasser wird nicht erwartet.

Klima und Luft: Durch die Anlage werden keine erheblichen Auswirkungen auf das Klima oder lokale Kleinklima erwartet.

Landschaft und Landschaftsbild: Durch die Vorbelastung des Plangebietes und der bereits bestehende Nutzung ergibt sich eine geringe Empfindlichkeit des Bereiches gegenüber landschaftsbildrelevanten Veränderungen. Die bereits vorhandene visuelle Abschirmung und Sichtverschattung des Betriebsgeländes gegenüber der Umgebung führt zu einer geringen Fernwirkung und so ist in einem Umfeld von 150 – 200 m das Asphaltmischwerk nicht mehr visuell wahrnehmbar.

Auf Grund der fehlenden Fernwirkung des Betriebsareals kann eine erhebliche Auswirkung auf das geplante Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ ausgeschlossen werden.

Kultur- und sonstiger Sachgüter: Kultur und sonstige Sachgüter werden nicht beeinträchtigt.

Wechselwirkungen: Durch das Vorhaben werden keine sich verstärkenden Wechselwirkungen erwartete.

Relevante und mit einer mittleren Erheblichkeit eingestufte Auswirkungen ergeben sich im Rahmen der Umweltprüfung nur für das Schutzgut Boden infolge von Bodenversiegelungen.

Erhebliche Auswirkungen können durch Minimierungsmaßnahmen, sowie durch die Ausweisung einer Kompensationsfläche verhindert werden. Für die Bodenversiegelungen wird die Ausweisung einer Ausgleichsfläche in der Größe von 23.401 m² erforderlich. Der Ausgleich erfolgt über den Erwerb von Ökopunkten.

Unter Berücksichtigung der im Umweltbericht ermittelten und im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen wird nach derzeitigem Planungsstand von keiner erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigung der untersuchten Umweltbelange bei Planrealisierung ausgegangen.

4. Quellenverzeichnis

ABK (Institut für Immissionsschutz, Kamp-Lintfort) (2014): Prognose Geräuschemissionen und –immissionen der Asphaltmischanlage der Vereinigte Asphalt Mischwerke, Standort Grauel, im Kreis Rendsburg-Eckernförde.- unveröfftl. Gutachten, 37 S.

ABK (Institut für Immissionsschutz, Kamp-Lintfort) (2015): Prognose Geräuschemissionen und –immissionen der Asphaltmischanlage der Vereinigte Asphalt Mischwerke, Standort Glüsing, im Kreis Dithmarschen.- unveröfftl. Gutachten, 37 S. Kamp-Lintfort

BAUER, H.-G., E. BEZZEL & W. FIEDLER (2005): Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas. Alles über Biologie, Gefährdung und Schutz.- 2. Aufl., Aula-Verlag Wiebelsheim.

BDLA (Bund Deutscher Landschaftsarchitekten) 2004: Die neue Umweltprüfung.- 16 S., Polykopie d. Arbeitskreises Landschaftsplanung, Polykopie

BERNDT, R. K., B. KOOP & B. STRUWE-JUHL (2002): Vogelwelt Schleswig-Holsteins, Band 5, Brutvogelatlas.- Wachholtz Verlag Neumünster.

BfN (Bundesanstalt für Naturschutz) 2017: Ergebnisübersicht – Nationaler Bericht 2013.- Daten auf der Homepage des BfN, Datenzugriff im März 2020

B.I.A. (Biologen im Arbeitsverbund) (2020): Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag gemäß § 44 BNatSchG zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ in der Gemeinde Glüsing, Kreis RD-ECK, 25 S., Polykopie

BORKENHAGEN, P. 2011: Die Säugetiere Schleswig-Holsteins.– Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, Husum. 666 S.

GERHARDS, I. 2002: Naturschutzfachliche Handlungsempfehlung zur Eingriffsregelung in der Bauleitplanung – Veröffentlichungen der BfN 160 S., Bonn-Bad Godesberg

GEOPORTAL 2020:

<https://www.geoportal.de/DE/Geoportal/Karten/karten.html;jsessionid=274F98CDAC35B26980FC54EAB7BB230A?lang=de&wmcid=64>

GfU (Gesellschaft für Umweltconsulting – Gelnhausen) 2014: Lufthygienisches Gutachten zum Asphaltmischwerk in 24594 Grauel.- Gutachten 402.575/14, 58 S., unver. Polykopie

GfU (Gesellschaft für Umweltconsulting – Gelnhausen) 2020: Beurteilung der Immissionssituation der Asphaltmischanlage in 25779 Glüsing im Zusammenhang mit der geplanten Ausweisung des LSG „Nordergeest“ und dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ der Gemeinde Glüsing.- Gutachten

502.471/20, 16 S., Polykopie

GRONEWÄLLER, L. 2011: Geruchsemissionen von Asphaltmischanalgen, Grundlagen und Entstehung, asphalt:18-27, Planegg

HAACKS, M. & R. PESCHEL (2007): Die rezente Verbreitung von *Aeshna viridis* und *Leucorrhinia pectoralis* in Schleswig-Holstein – Ergebnisse einer vierjährigen Untersuchung (Odonata: Aeshnidae, Libellulidae.- Libellula 26 (1/2): 41-57.

HÖLTING, B. 1996: Hydrogeologie – Enke Verlag, 441 S., Stuttgart

LBV SH & AfPE (Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein & Amt für Planfeststellung Energie) (2016): Beachtung des Artenschutzrechtes bei der Planfeststellung.- Unveröff. Vermerk LBV-SH, Polykopie, 86 S.

IGN 2021: Begründung zur Aufstellung des vorhabenbezogenen B-Planes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“ in der Gemeinde Glüsing, Kreis Dithmarschen.- 17 S., unveröffl. Polykopie

JESSEL B. & K. TOBIAS 2002: Ökologisch orientierte Planung.- UTB 470 S., Stuttgart

KAISER, T. 2017: Bewertung in der Umweltplanung.- Natur und Landschaft 285, 210 - 239 Stuttgart

KLINGE, A. & C. WINKLER (Bearb.) (2005): Atlas der Amphibien und Reptilien Schleswig-Holsteins - Rote Liste.- Landesamt f. Naturschutz u. Landschaftspflege Schleswig-Holstein, Flintbek, 277 S.

KNIEF, W., BERNDT, R. K., HÄLTERLEIN, B., JEROIM, K., KIECKBUSCH, J.J. & B. KOOP (2010): Die Brutvögel Schleswig-Holsteins - Rote Liste.- Landesamt f. Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, Flintbek, 118 S.

KOOP, B. & R.K. BERNDT 2014: Vogelwelt Schleswig-Holstein.- Band 7, 2. Brutvogelatlas.- Wachholz Verlag, Neumünster, 504 S.

KÖPPEL, J., PETERS W. & W. WENDE 2004: Eingriffsregelung, Umweltverträglichkeitsprüfung, FFH-Verträglichkeitsprüfung – UTB, 367 S., Stuttgart

LEP 2010: Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein.- Innenministerium Schleswig-Holstein, 134 S., Kiel

LLUR 2012: Böden Schleswig-Holsteins.- Schriftenreihe LLUR SH, Geologie und Boden 11, Kiel

LLUR 2014: Genehmigungsbescheid vom 10.10.2014 für die wesentliche Änderung eines Asphaltmischwerkes der Firma VAM – Vereinigte Asphalt-Mischwerke in Glüsing, Bargkoppel 1.- unveröffentl. Genehmigungsbescheid

LLUR 2019: Luftqualität in Schleswig-Holstein im Jahr 2017-2018.- pdf Datei aus www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/luftqualitaet/Berichte/Luftqualitaet_in_SH_2019.html;jsessionid=09B17C5007395C1292F0DBB8BB8F3F8C

LLUR 2019: Kartieranleitung und Biotoptypenschlüssel für die Biotoptypenkartierung in Schleswig-Holstein, Standardliste Biotoptypen in Schleswig-Holstein – 5. Fassung unveröffl. Polykopie

LOHMEYER 2018: Geruchsimmissionsprognose für die Asphaltmischanlage in Grenis der Deutschen Asphalt GmbH.- pdf datei https://www.rv.de/site/LRA-RV/get/params_E-841222093/15748803/Geruchsgutachten.pdf

MATTHIAS, P. et al. 2009: Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB.- LABO-Projekt B 1.06.-

MEINIG, H., BOYE, P. & R. HUTERER (2009): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (*Mammalia*) Deutschlands. –In: Naturschutz und Biologische Vielfalt 70 (1): Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands, Bd. 1 Wirbeltiere: 115-153.

MELUND (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung) 2020: Landschaftsrahmenplan für den Planungsraum III.- 327 S., + Kartenteil, Kiel, Internetaufruf: [schleswig-holstein.de/mm/downloads/MELUND/Landschaftsrahmenplanung/LRPIIIHauptteil.pdf](http://www.schleswig-holstein.de/mm/downloads/MELUND/Landschaftsrahmenplanung/LRPIIIHauptteil.pdf)

MELUR (Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein) 2012: Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2012, 150 S., Kiel.

MLUR (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2009): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2009, 146 S., Kiel.

MLUR (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2010): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2010, 158 S., Kiel.

MLUR (MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, UMWELT UND LÄNDLICHE RÄUME SCHLESWIG-HOLSTEIN): (2011): Jagd und Artenschutz, Jahresbericht 2011, 144 S., Kiel.

MUNF (Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten Schleswig-Holstein) 1999: Landschaftsprogramm Schleswig-Holstein - 150 S., Kiel

NEUMANN 2014: Gründungsbeurteilung und Sondierbohrung zum Asphaltmischwerk in Poyenberg / Grau.- Baugrundgutachten, 29 S., unveröffl. Gutachten

RASSMUS, J., HERDEN, Ch. JENSEN, I., RECK, H. & K. SCHÖPS 2003: Methodische Anforderungen an Wirkungsprognosen in der Eingriffsregelung – Angewandte Landschaftsökologie, Heft 51, 225 S., Bonn-Bad Godesberg

SN (STIFTUNG NATURSCHUTZ SH) (2008): Vorkommenswahrscheinlichkeit von

Haselmäusen (*Muscardinus avellanarius*) in Schleswig-Holstein. –Unveröff. – Arbeitskarte

STEWIG 1982:Landeskunde von Schleswig-Holstein.- Geo-Colleg, 2.Aufl. 216 S., Gebr. Bornträger Stuttgart

STUHR & JÖDICKE (2013): Erfassung von Bestandsdaten von Tier- und Pflanzenarten der Anhänge II - IV der FFH-Richtlinie – FFH-Arten-Monitoring Höhere Pflanzen. Berichtszeitraum 2007-2012, Abschlussbericht.- Unveröff. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, 48 S. + Anhang.

SÜDBECK, P., H. ANDRETZKE, S. FISCHER, K. GEDEON, T. SCHIKORE, K. SCHRÖDER & C. SUDFELDT (2005): Methodenstandards zur Erfassung der Brutvögel Deutschlands.- Radolfzell, 792 S.

SÜDBECK, P., BAUER, H.-G., BOSCHERT, M., BOYE, P. & W. KNIEF (2007): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 4. Fassung, 30. November 2007.- Ber. Vogelschutz 44: 23-81.

UBA (Umweltbundesamt) 2009: Aufbereitung von Daten der Emissionserklärungen gemäß 11. BImSchV aus dem Jahre 2004 für die Verwendung bei der UNFCCC- und UNECE-Berichterstattung.-
www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3883.pdf

WINKLER, C., KLINGE, A. & DREWS, A. (2009): Verbreitung und Gefährdung der Libellen Schleswig-Holsteins – Arbeitsatlas 2009 - , Hrsg.: Faunistisch-Ökologische Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein (FÖAG) e.V., Kiel

ANHANG

Karte 1. Bestandsplan M 1 : 1.000

Karte 2. Geländeschnitte M 1 : 2.000

Durchführung der Maßnahme

Die Gemeinde Glüsing wird die bauleitplanerischen Maßnahmen als Träger der Planungshoheit durchführen. Der Gemeinde Glüsing entstehen durch die Planung und Projektrealisierung keinerlei Kosten.

Die Begründung wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom 07.06.2021 gebilligt.

Glüsing,

Bürgermeister*in

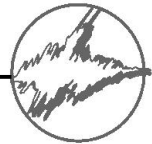
Anlagen:

BIOLOGEN IM ARBEITSVERBUND (SEPTEMBER 2020): ARTENSCHUTZRECHTLICHER FACHBEITRAG GEMÄß § 44 BNATSCHG ZUR AUFSTELLUNG DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLANES NR. 3 „ASPHALTMISCHWERK“ IN DER GEMEINDE GLÜSING KREIS DITHMARSCHEN. SCHLESWIG.

BRAASE TECHNISCHE PRÜFUNGEN – INGENIEURBÜRO (08.06.2014): GERÄUSCHIMMISSIONSPROGNOSE DER GESAMTBELASTUNG DURCH DEN GEPLANTEN BETRIEB DER ASPHALTMISCHANLAGE GLÜSING IN 25779 GLÜSING, WERKTAGS, IN DER ZEIT VON 22:00 BIS 6:00 UHR. BERICHT NR. 14060901. FISCHBEK

GESELLSCHAFT FÜR UMWELTCONSULTING MBH (29.04.2020): BEURTEILUNG DER IMMISSIONSSITUATION DER ASPHALTMISCHANLAGE IN 25779 GLÜSING IM ZUSAMMENHANG MIT DER GEPLANTEN AUSWEISUNG DES LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIETES „NORDERGEESE“ UND DEM VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLAN NR. 3 „ASPHALTMISCHWERK“ DER GEMEINDE GLÜSING. KURZBERICHT NR. 502.471/20. GELNHAUSEN.

GESELLSCHAFT FÜR UMWELTCONSULTING MBH (29.06.2015): BERICHT ÜBER LÄRMUNTERSUCHUNGEN AN DER ASPHALTMISCHANLAGE IN 25779 GLÜSING. PROJEKTNUMMER 202.114/15. GELNHAUSEN.



**Geräuschimmissions - Prognose der Gesamtbelastung
durch den geplanten Betrieb der Asphaltmischanlage
Glüsing in 25779 Glüsing, Werktags, in der Zeit von 22:00
bis 06:00 Uhr**

Bericht: 14060801

Gutachtlicher Bericht auf der Grundlage
von Geräuschimmissions-Berechnungen nach DIN ISO 9613-2

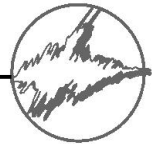
Auftraggeber : Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH & Co. KG.
Wollinstraße 25
24782 Büdelsdorf

Anlage : Asphaltmischwerk Glüsing
Glüsingerbergen
25779 Glüsing

Umfang : 16 Seiten
8 Anlagen

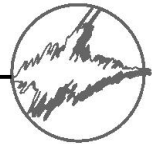
Bearbeitung : Dipl.- Ing Thomas Braase

Fischbek den 08. Juni 2014



Inhaltsverzeichnis

- 1 Aufgabenstellung**
- 2 Beschreibung des Betriebsablaufes**
- 3 Verwendetes Verfahren und Unterlagen**
 - 3.1 Gutachten-bezogene Unterlagen
 - 3.2 Literaturverzeichnis
- 4 Ortsbesichtigung und Datenerhebungen**
 - 4.1 Protokoll zur Ortsbesichtigung
 - 4.2 Örtliche Feststellungen
- 5 Schalltechnische Anforderungen**
- 6 Verwendete Messgeräte / Software**
- 7 Berechnungsvorgaben**
- 8 Ermittlung der Vorbelastung L_V**
- 9 Ermittlung Beurteilungspegel L_R**
- 10 Ergebnisse Beurteilungspegel L_R**
- 11 Qualität der Prognose**

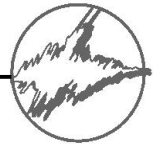


1. Aufgabenstellung

Die Vereinigten Asphaltmischwerke GmbH & Co KG planen den Betrieb der Asphaltmischanlage Glüsing Werktags in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr (nachts). Während diesem Zeitraum sollen maximal 40 LKW Asphalt aus dem Mischwerk abholen. Die Abholung soll gleichmäßig über den angegebenen Zeitrahmen erfolgen. Es ist zu untersuchen, ob durch den Anlagenbetrieb und den zusätzlichen LKW-Verkehr, es zu Überschreitung der Grenzwerte nach TA Lärm und gegebenenfalls auch der Verkehrslärmschutzverordnung kommt. Hierzu sieht die TA Lärm in § 7.4, Berücksichtigung von Verkehrsgläuschen, Einschränkungen vor, die an die Verkehrslärmschutzverordnung angeglichen ist. Die Anlage befindet sich nach TA Lärm § 6, Immissionsrichtwerte, in Bereich c) Kerngebiet, Dorfgebiete und Mischgebiete. Hiernach gilt ein Immissionsgrenzwert für nachts von 45 dB(A). Außerhalb des Betriebsgeländes müssen in einem Radius von 500 m weitere Bedingungen hinsichtlich des LKW – Verkehrs eingehalten werden.

2. Beschreibung des Betriebsablaufes

In dem Asphaltmischwerk wird Asphalt für den Straßenbau hergestellt. Hierzu wird Split und Sand miteinander vermischt und in einer Trocknungstrommel getrocknet. Auf einer Seite der Trocknungstrommel befindet sich ein Brenner der für die Trocknung des Mischgutes sorgt. Nach durchlaufender Trocknung wird das Vorprodukt in einen Mischer gefördert, in dem heißes Bitumen zugeführt wird. Nachdem die Durchmischung von Vorprodukt (Split und Sand) und Bitumen abgeschlossen ist, wird die fertige Mischung nun als Asphalt in Vorratssilos zum Abtransport durch LKW's gelagert.



3. Verwendetes Verfahren und Unterlagen

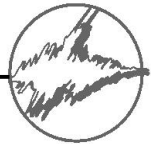
Richtlinie	Beschreibung	Stand
DIN ISO 9613-2	Akustik - Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien - Teil 2: Allgemeines Berechnungsverfahren (ISO 9613-2:1996)	10/1999
TA – Lärm	Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes – Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA - Lärm	08/1998

3.1 Gutachten – bezogene Unterlagen

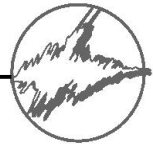
- (1) Bauzeichnungen, Lagepläne

3.2 Literaturverzeichnis

- [1] Werner Schirmer, Technischer Lärmschutz, 2. Auflage, Springer, Berlin, Heidelberg, New York, 2005
- [2] Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm). Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes – Immissionsschutzgesetz vom 26. August 1998
- [3] Technischer Bericht zur Untersuchung der Geräuschemissionen von Baumaschinen. Erich Krämer, Herbert Leiker und Ulrich Wilms, 2004
- [4] EN ISO 3744, Bestimmung der Schallleistungspegel von Geräuschquellen aus Schalldruckmessungen.



- [4] DIN 45645, Ermittlung von Beurteilungspegeln aus Messungen
- [5] RLS – 90, Berechnungsverfahren für Lärmimmissionen im Straßenverkehr
- [6] ISO 9613, Akustik - Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien - Teil 2: Allgemeines Berechnungsverfahren (ISO 9613-2:1996)
- [7] Verkehrslärmschutzverordnung. Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (16. BImSchG)

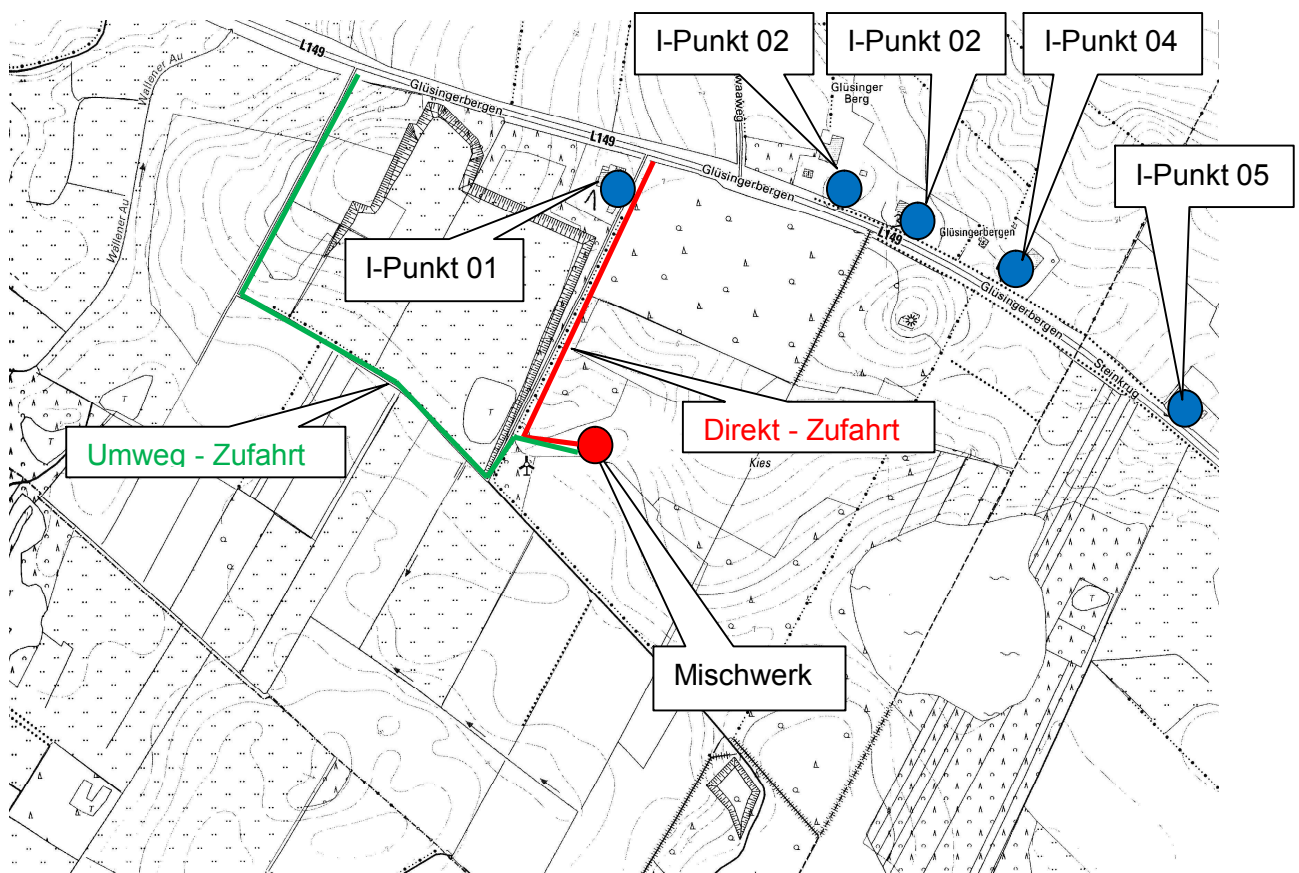


4. Ortsbesichtigungen und Datenerhebungen

4.1 Örtliche Feststellungen

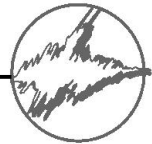
Bei der zu untersuchenden Anlage handelt es sich um ein Asphaltmischwerk zur Herstellung von Asphalt für den Straßenbau. Das Werk steht in einer stillgelegten Kiesgrube mit direktem Anschluss über einen Feldweg zur Landesstraße L146, die in diesem Bereich zwischen Steinkrug und Glüsing sich befindet. Es gibt zwei Wege von der L146 zum Asphaltmischwerk. Der erste ist in unten dargestellter Karte als „Direkt“ und der zweite als „Umweg“ gekennzeichnet.

Ausschnitt aus der Topografischen Karte 1: 25000, Nr. 1721, Tellingstedt



Legende:

- Emissionsort, hier die Asphaltmischanlage
- Immissionsort



Es wurden an den nächstgelegenen bewohnten Häusern die maßgeblichen Immissionspunkte 1 – 5 ausgewählt.

Immissionsort 01 - 05: Glüsingerbergen, Höhe = 12,0 m über Anlagen- Null

4.2 Ortsbesichtigungen

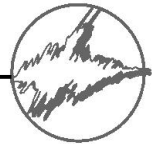
Ortstermin 10.04.2014

Teilnehmer: Herr Holtorf, Betriebsleiter Auftraggeber, zeitweise
 Herr Braase, Ingenieurbüro Braase

Zu diesem Termin sollte die Vorbelastung und die Gesamtbelastung bei den maßgeblichen Immissionspunkten messtechnisch erfasst werden. Die Messungen wurden von ca. 07:00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr durchgeführt. Es wurden in diesem Zeitbereich Messungen bei Anlagenbetrieb und Anlagenstillstand durchgeführt. Aufgrund der Störgeräusche (insbesondere Vogelgeräusche) und dem normalen Straßenverkehrsgeräuschen konnten keine verwertbaren Ergebnisse erzielt werden.

Es wurde daher folgendes Verfahren zur Bestimmung der Geräusch-Immissionen bei Anlagenbetrieb und LKW-Verkehr festgelegt:

- a) Bestimmung der Schallleistung der maßgeblichen Schallquellen (Heißbecherwerk auf ca. 20 m Höhe, Trocknungstrommel mit Brenner auf ca. 2,0 m Höhe)
- b) Ermittlung des Verkehrsaufkommens auf der Landesstraße L 146, im Bereich Glüsingerbergen, werktags, in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Hier soll die Anzahl der KFZ und der LKW-Anteil ermittelt werden. Beim zuständigen Straßenverkehrsamt existieren für diesen Streckenabschnitt keine Aufzeichnungen. Dies ist notwendig, um die Vorbelastung durch den Straßenverkehr auf der L146 richtig beurteilen zu können, da nach ersten Prognoserechnungen der Anlagenbetrieb selbst zu keinen Grenzwertüberschreitung führt, diese jedoch durch die Vorbelastung durch den Straßenverkehr eintreten kann.



- c) Erstellung einer Lärmprognose mit den erfassten Schallleistungen und dem gemessenen Verkehrsaufkommen nach ISO 9613 und RLS – 90.

Ortstermin 22.04.2014

Teilnehmer: Herr Holtorf, Betriebsleiter Auftraggeber, zeitweise
Herr Braase, Ingenieurbüro Braase

Erfassung der Schallleistungspegel nach EN ISO 3744 für das Heißbecherwerk und die Trocknungstrommel inkl. Brenner bei Nennlast.

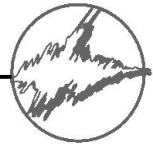
06./07.05.14.2014

Teilnehmer: Herr Braase, Ingenieurbüro Braase

In der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr wurde das Verkehrsaufkommen auf der L146 erfasst. Hierbei wurden alle KFZ und der LKW-Anteil gezählt.

Tabelle 01: Gemessenes Verkehrsaufkommen am 07.05.14

Zeitraum	KFZ – Gesamt	PKW	LKW	% LKW
22:00 – 23:00	14	9	4	28,6
23:00 – 24:00	6	4	2	33,3
00:00 – 01:00	7	5	2	28,6
01:00 – 02:00	4	3	1	25,0
02:00 – 03:00	4	2	2	50,0
03:00 – 04:00	3	2	1	33,3
04:00 – 05:00	23	18	5	21,7
05:00 – 06:00	79	60	19	24,0
Gesamt	140	103	36	25,7

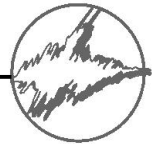


5. Schalltechnische Anforderungen

Nach der TA – Lärm, betragen die Immissionsrichtwerte für Immissionsorte außerhalb von Gebäuden:

- a) In Industriegebieten 70 dB(A)
- b) In Gewerbegebieten
 - tags 65 dB(A)
 - nachts 50 dB(A)
- c) **In Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten**
 - tags 60 dB(A)**
 - nachts 45 dB(A)**
- d) In allgemeinen Wohngebieten und Kleinsiedlungsgebieten
 - tags 55 dB(A)
 - nachts 40 dB(A)
- e) In reinen Wohngebieten
 - tags 50 dB(A)
 - nachts 35 dB(A)
- f) In Kurgebieten, für Krankenhäuser und Pflegeanstalten
 - tags 45 dB(A)
 - nachts 35 dB(A)

Die Betriebsstätte ist c) zuzuordnen. Demnach muss der Beurteilungspegel $L_R < 60$ dB(A) für tags und < 45 dB(A) nachts sein.



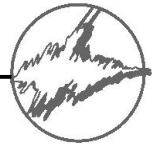
6. Verwendete Messgeräte und Software

Akustikanalysator

Hersteller	: NTi Audio
Fabrikat	: XL2
Seriennummer	: 002424
Produktkonfiguration	: Schall- und Schwingungsanalysator XL2 mit 2210 Mikrofon, Klasse 1 Frequenzgang nach IEC 61672 Typ 1 Frequenzgang nach ANSI S1.4
Standards	: IEC 61672, IEC 60651, IEC 60804, IEC 61260 Klasse 0, ISO 2969

Schallprognosesoftware

Hersteller	: Wölfel Meßsysteme Software GmbH
Produkt	: IMMI – Standard, Schallprognosesoftware
Standards	: RLS – 90, ISO 9613-2, TA – Lärm, DIN 18005



7. Berechnungsvorgaben

Schallleistungen und Impulszuschläge der Emissionsquellen

Heißbecherwerk	LW = 94,47 dB(A) / Ki = 4,0 dB / Höhe = 20,0 m
Trocknungstrommel / Brenner	LW = 103.3 dB(A) / Ki = 3,2 dB / Höhe = 2,0 m
Radlader	LW = 100,6 dB(A) / Ki = 2,3 dB / Höhe = 2,0 m

Die Ergebnisse der Schallleistungsmessungen sind der Anlage 03 - 08 zu entnehmen. Die Schallleistung und der Impulszuschlag des Radladers wurden nicht gemessen, sondern der Quelle [03] entnommen.

Lage der Immissionspunkte

Diese ist dem Lageplan unter 4. Ortsbesichtigungen und Datenerhebungen zu entnehmen.

Zuschlag für Ton- und Informationshaltigkeit

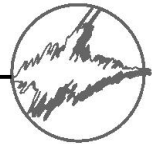
Bei dem Betrieb der Asphaltmischanlage kann davon ausgegangen werden, dass keine Ton- oder Informationshaltigkeit vorliegt und so gemäß Abschnitt 2.5.2 der TA – Lärm der Zuschlag hierfür auf 0 dB zu setzen ist.

Zuschlag für Impulshaltigkeit

Es erfolgte ein Impulszuschlag je Schallquelle:

Heißbecherwerk	Impulszuschlag Ki = 4,0 dB
Trocknungstrommel / Brenner	Impulszuschlag Ki = 3,2 dB
Radlader	Impulszuschlag Ki = 2,3 dB

Siehe hierzu 7. Schallleistungen und Impulszuschläge der Emissionsquellen



Zuschlag für Tageszeiten mit erhöhter Empfindlichkeit

Da das zu beurteilende Objekt nicht in einem reinen Wohngebiet liegt, ist gemäß Abschnitt 6.5 der TA Lärm der Zuschlag auf 0 dB zu setzen.

Korrektur C_{met}

Der meteorologische Korrekturfaktor C_{met} nach DIN ISO 9613-2 Ausgabe 10/1999, Gleichung 6 berechnet sich aus $C_{\text{met}} = k \times C_0$. Da Mit-Wind-gerechnet wurde, wird nach DIN ISO 9613-2 $C_{\text{met}} = 0$ gesetzt.

8. Ermittlung der Vorbelastung L_v

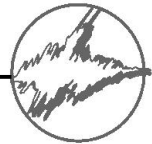
Die Vorbelastung ist die Belastung eines Ortes mit Geräuschemissionen von allen Anlagen, für die die Technische Anleitung TA Lärm gilt, ohne den Immissionsbeitrag der zu beurteilenden Anlage.

An den ausgewählten Immissionspunkten gibt es in der Nachtzeit keine Emissionen von andern Anlagen. Einzig der Straßenverkehr ist hier aufzuführen. Dieser ist aber nach der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchG) zu beurteilen. Der Beurteilungspegel für den Straßenverkehr ohne Betrieb des Asphaltmischwerkes ist in 10. Ergebnisse Beurteilungspegel aufgeführt.

9. Ermittlung des Beurteilungspegels L_R

Der Beurteilungspegel L_R ist diejenige Größe, auf die sich die Immissionsrichtwerte nach der TA Lärm beziehen.

Unter Berücksichtigung der in Abschnitt 4. Berechnungsvorgaben wurde für den Einflussbereich des Asphaltmischwerkes der Beurteilungspegel unter Anwendung der DIN ISO 9613-2, ermittelt.



Nach TA Lärm wird der Beurteilungspegel am Immissionsort nach folgender Gleichung gebildet:

$$L_r = L_{Aeq} - C_{met} + K_T + K_i + K_R \quad (GL. 01)$$

Wobei:

L_{Aeq} : Mittelungspegel der Einzelquelle während der Einwirkzeit

C_{met} : Meteorologische Korrektur nach DIN ISO 9613-2

K_T : Zuschlag für Ton- und Informationshaltigkeit der Einzelquelle

K_i : Zuschlag für Impulshaltigkeit der Einzelquelle

K_R : Zuschlag für Tageszeiten mit erhöhter Empfindlichkeit

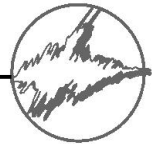
Die Berechnungsergebnisse der Beurteilungspegel L_R wurden für jeden einzelnen Immissionspunkt ermittelt und in Form einer Rasterverteilung dargestellt.

10. Ergebnisse Beurteilungspegel L_R

Der alleinige Einfluss des Asphaltmischwerkes einschließlich des An- und Anlieferungsverkehrs auf dem Betriebsgrundstück verursacht folgende Beurteilungspegel an den maßgeblichen Emissionspunkten.

Tabelle 02: Einfluss des alleinigen Anlagenbetriebes ohne An- und Ablieferverkehr auf öffentlichen Straßen

Immissionspunkt	Beurteilungspegel dB(A)	Grenzwert Nachts dB(A)
01	41,78	45,00
02	40,05	45,00
03	39,99	45,00
04	40,72	45,00
05	37,90	45,00



Durch den alleinigen Betrieb des Asphaltmischwerkes erfolgt demnach keine Überschreitung der Grenzwerte nach der TA Lärm. Es muss jedoch 7.4 „Berücksichtigung von Verkehrsgläuschen“ TA Lärm berücksichtigt werden.

Geräusche des An- und Abfahrtsverkehrs auf öffentlichen Verkehrsflächen in einem Abstand von bis zu 500 Metern von dem Betriebsgrundstück (Mischgebiet / Dorfgebiet) sollen durch Maßnahmen organisatorischer Art soweit wie möglich vermindert werden, soweit

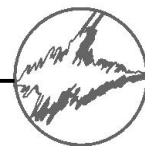
- sie den Beurteilungspegel der Verkehrsgläusche für den Tag oder die Nacht rechnerisch um 3 dB(A) erhöhen,
- keine Vermischung mit den übrigen Verkehrsteilnehmern erfolgt ist und
- die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchG) erstmals oder weitergehend überschritten werden.

Der Immissionsgrenzwert beträgt nach § 2 der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchG) in Kerngebieten, Dorfgebieten und Mischgebieten 54 dB(A) nachts.

Die TA Lärm fordert für die Betrachtung „Nacht“, dass die lauteste Stunde zur Beurteilung herangezogen wird. Da die Anlage jedoch kontinuierlich betrieben wird, ist der Einfluss des zusätzlichen An- und Ablieferverkehrs zum normalen Straßenverkehr von Bedeutung. Es wurde daher das vorhandene Verkehrsaufkommen von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr gemittelt auf eine Stunde.

Es wurden zwei Berechnungen mit unterschiedlichen LKW – Anfahrtsstrecken und Anzahl der LKW - Fahrten durchgeführt:

- Insgesamt 80 LKW – Fahrten zum und vom Asphaltmischwerk in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Dies entspricht 10 LKW – Fahrten / Stunde. Diese Fahrten wurden für die Direkt-Anfahrt und für die Umweg-Anfahrt betrachtet.



- Insgesamt 64 LKW – Fahrten zum und vom Asphaltmischwerk in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr. Dies entspricht 8 LKW – Fahrten / Stunde. Diese Fahrten wurden für die Direkt-Anfahrt und für die Umweg-Anfahrt betrachtet.

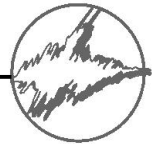
Tabelle 03: Beurteilungspegel L_R , gemitteltetes Verkehrsaufkommen, bei 10 LKW – Fahrten je Stunde zusätzlich zum und vom Asphaltmischwerk.
Grenzwert 54,0 dB(A), zulässige Erhöhung bis 2,9 dB(A).

Immissionspunkt	Vorhandenes Verkehrsaufkommen 22:00 – 06:00	Direkt, 40 LKW 22:00 – 06:00	Umweg, 40 LKW 22:00 – 06:00
1	54,9	59,1	57,9
2	54,6	57,5	57,5
3	54,6	57,6	57,6
4	54,1	57,1	57,1
5	55,7	58,6	58,6

Tabelle 04: Beurteilungspegel L_R , gemitteltetes Verkehrsaufkommen, bei 8 LKW – Fahrten je Stunde zusätzlich zum und vom Asphaltmischwerk.
Grenzwert 54,0 dB(A), zulässige Erhöhung bis 2,9 dB(A).

Immissionspunkt	Vorhandenes Verkehrsaufkommen 22:00 – 06:00	Direkt, 32 LKW 22:00 – 06:00	Umweg, 32 LKW 22:00 – 06:00
1	54,9	58,5	57,5
2	54,6	57,1	57,1
3	54,6	57,1	57,1
4	54,1	56,7	56,7
5	55,7	58,2	58,2

Der geplante Einsatz von 2 x 40 LKW – Fahrten zum und vom Asphaltmischwerk in der Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr lässt sich nach den Grenzwerten der TA Lärm nicht realisieren. Es kommt hier zu einer Überschreitung von 3 dB(A) oder mehr des schon vorhandenen Beurteilungspegels durch die Verkehrsgeräusche an den



Immissionspunkten 01, 03 + 04. Erst bei der Senkung auf 2 x 32 LKW – Fahrten zum und vom Asphaltmischwerk und Nutzung der Umweg – Anfahrt können die Vorgaben der TA Lärm, Punkt 7.4 eingehalten werden.

11. Qualität der Prognose

Nach Abschnitt A2.6 der TA Lärm ist eine Aussage zur Qualität der Prognose anzugeben.

Für den meteorologischen Korrekturfaktor Cmet nach DIN 9613-2 Ausgabe 10/1999 wurde ein Wert von Cmet = 0 für die Berechnung berücksichtigt. Hierdurch ergeben sich größere Immissionspegel, als sie tatsächlich zu erwarten sind.

Die Anzahl der angegebenen LKW – An- und Abfahrten stellen nach dem Anlagenbetreiber ein Maximum dar. Die Beurteilungspegel an den maßgeblichen Immissionspunkten, verursacht durch die Anlagenbetrieb und An- und Ablieferverkehr auf den öffentlichen Straßen, sind daher „auf der sicheren“ Seite liegend berechnet und angegeben.

Fischbek / Hamburg, 08.06.2014

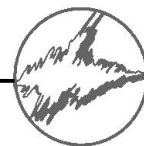
BRAASE

TECHNISCHE PRÜFUNGEN - INGENIEURBÜRO

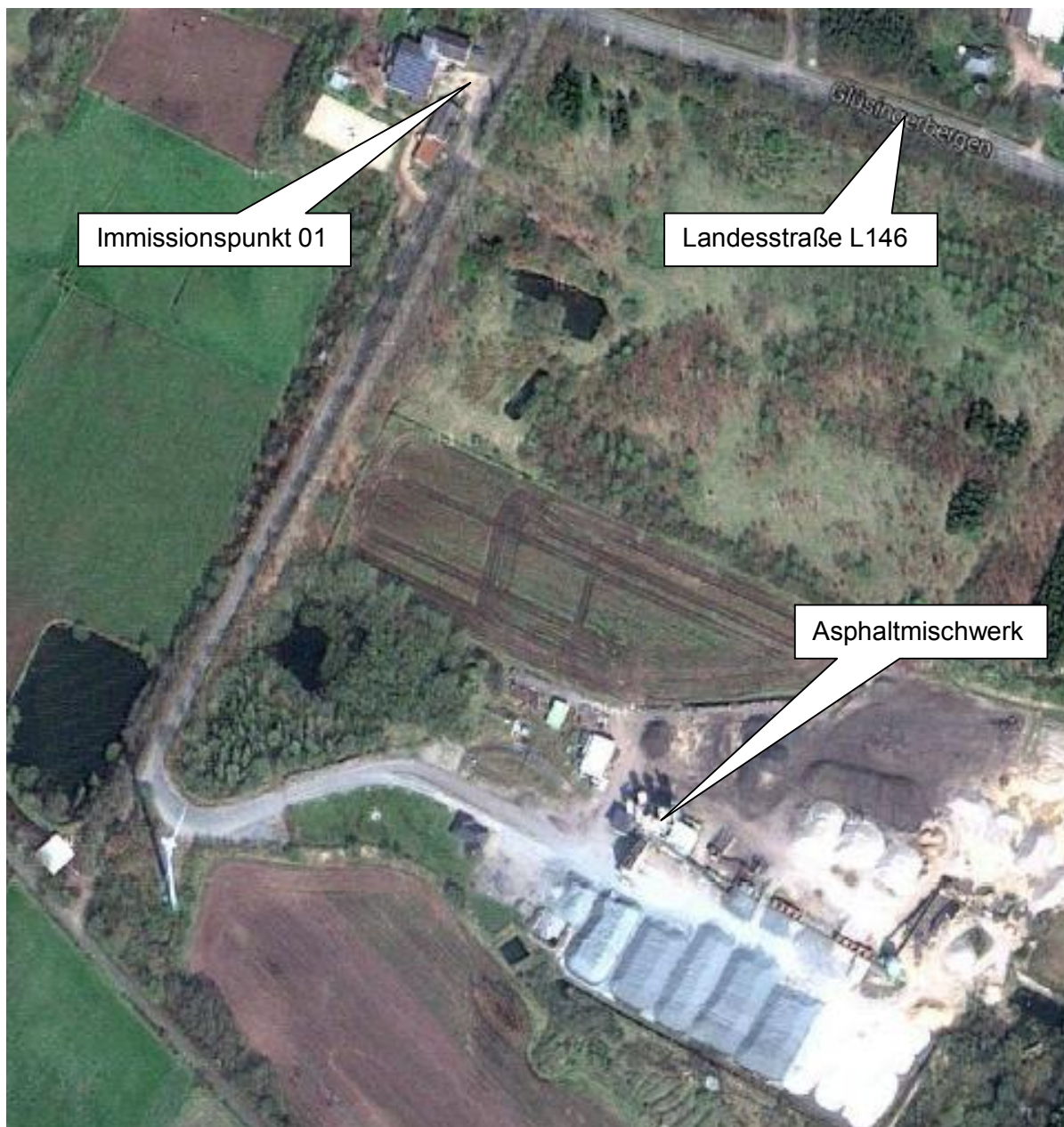
Krökenhorster Weg 24 b

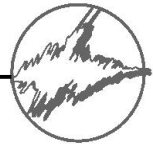
23869 Fischbek b. Hamburg

Dipl.-Ing. Thomas Braase



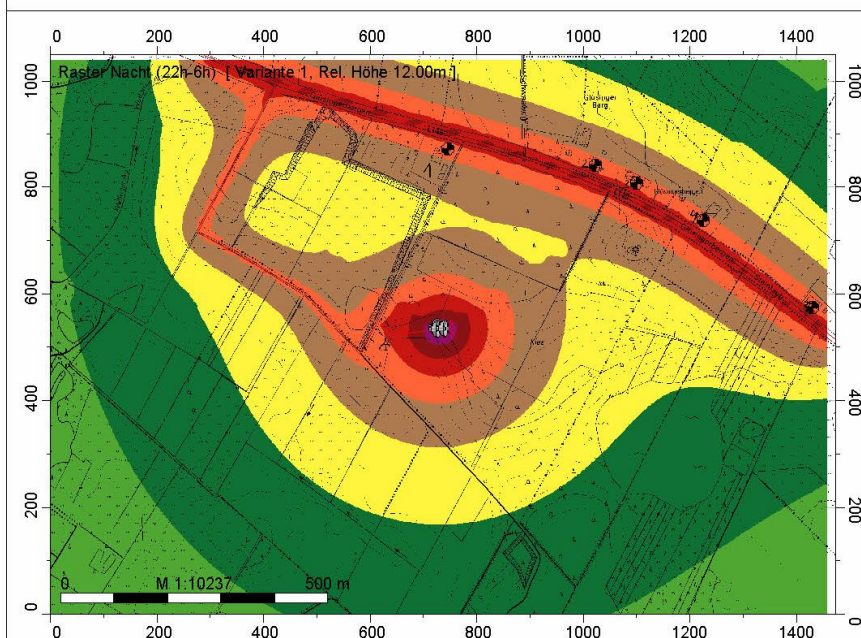
Anlage 01, Lageplan von der Betriebsstätte





Anlage 02, Lärmprognose auf der Höhe 12,0 m (Landestraßenniveau + 2 m)
über Anlage-Null

Vereinigte Asphaltmischwerke GmbH & Co. KG.
Asphaltmischwerk Glüsing
Nachtbetrieb, 2 x 32 LKW zum / vom Werk



Legende

- Immissionspunkt
- Wandelement
- Straße / RLS-90
- Punkt-SQ / ISO 9613

Nacht (22h-6h)

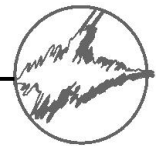
Pegel

dB(A)

- > -35
- >35-40
- >40-45
- >45-50
- >50-55
- >55-60
- >60-65
- >65-70
- >70-75
- >75-80
- >80

C:\Upload ... \VAM-Gluesing-Anlagenbetrieb-Gesamtverkehr-Umweg.IPR / 12.05.2014 / 11:24 - 1 -

IMMI 2013



Anlage 03, Ermittlung Schallleistung Heißbecherwerk, Teil 01

SchalleLeistungsbestimmung nach DIN EN ISO 3744:2011-02**Bestimmung der SchalleLeistungspegel aus Schalldruckmessungen**

Auftraggeber: Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG, Wollinstraße 25, 24782 Büdelsdorf
Prüfdatum: 22.04.2014
Meßbericht Nr.: 14043001

Geräuschquelle: Heißbecherwerk zur Förderung Rohmaterial

Meßumgebung: Messung im Außenbereich auf ca. 20 m Höhe. Die Maschine ist 360° umgehbar. Freifeldbedingungen
Lufttemperatur 10 °C, Feuchte 50 %, Wind aus SW, 1 Bft

Meßgeräte: Schallpegelmesser: XL2, SNo. A2A-06157-E0, FW2.53
Meßmikrofon: NTi Audio M2210, S/N: 2424, User calibrated 2014-04-22 09:11
Empfindlichkeit: 23,8 mV/Pa
Pegelbereich: 30 - 130 dB
Aufbau: 0

Akustische Daten: Bezugsquader mit Abmessungen 1,0 x 2,0 x 1,0 m. Messfläche quaderförmig 2 x 3 x 1,5 m. Mikrofonpositionen auf Eckpunkten und Flächenmittelpunkten

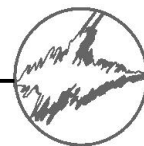
Meßergebnisse: A-bewerteter SchalleLeistungspegel: $L_{WA} (re 1 pW) = 94,47 \text{ dB}$

Durchführende: Durchführung der Messungen: Dipl.-Ing. Thomas Braase
Auswertungen: Dipl.-Ing. Thomas Braase

Unterschrift: Fischbek bei Hamburg, den 30.04.14
Ort, Datum

BRAASE Technische Prüfungen - Ingenieurbüro
Krökenhorster Weg 24b, 23869 Fischbek / Hamburg

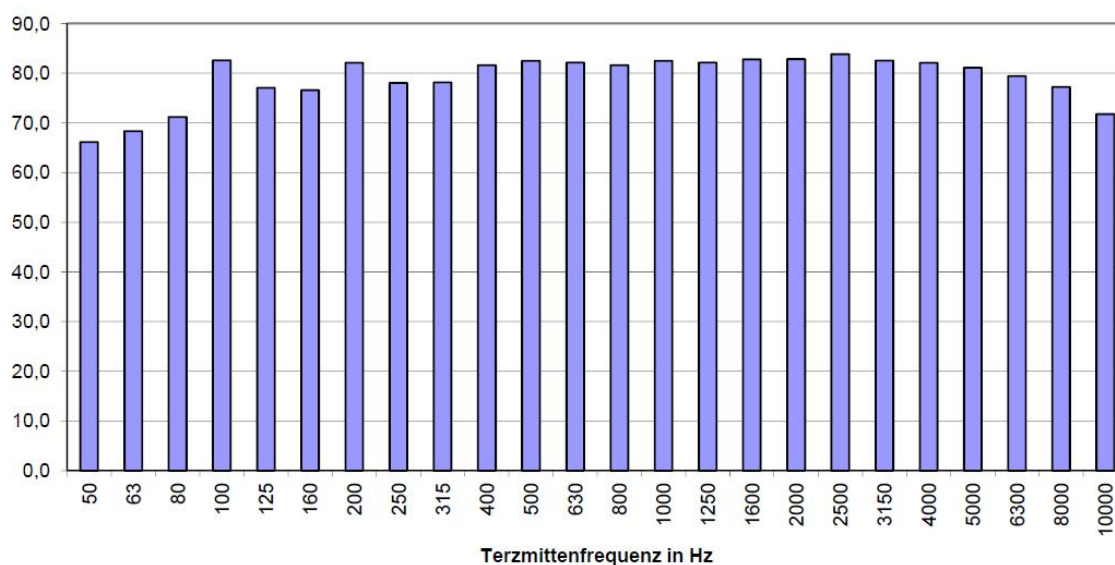
Telefon 04532 - 25387, Fax 04532 - 25293
info@Braase.de, www.Braase.de



Anlage 04, Ermittlung Schalleistung Heißbecherwerk, Teil 02

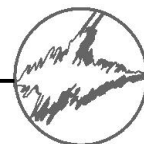
Anlage zum Meßbericht Nr.:

14043001

A-bewertetes Schalleistungsspektrum L_{WA} [dB]

A-bewertetes Schalleistungsspektrum in Terzbändern:

f [Hz]	50	63	80	100	125	160	200	250	315	400	500	630	800	1000	1250	1600	2000	2500	3150	4000	5000	6300	8000	10000
Pegel [dB]	66,114	68,309	71,153	82,61	77,043	76,55	82,079	77,989	78,101	81,595	82,446	82,138	81,595	82,446	82,138	82,74	82,818	83,779	82,544	82,072	81,071	79,386	77,216	71,74



Anlage 05, Ermittlung Schallleistung Heißbecherwerk, Teil 03

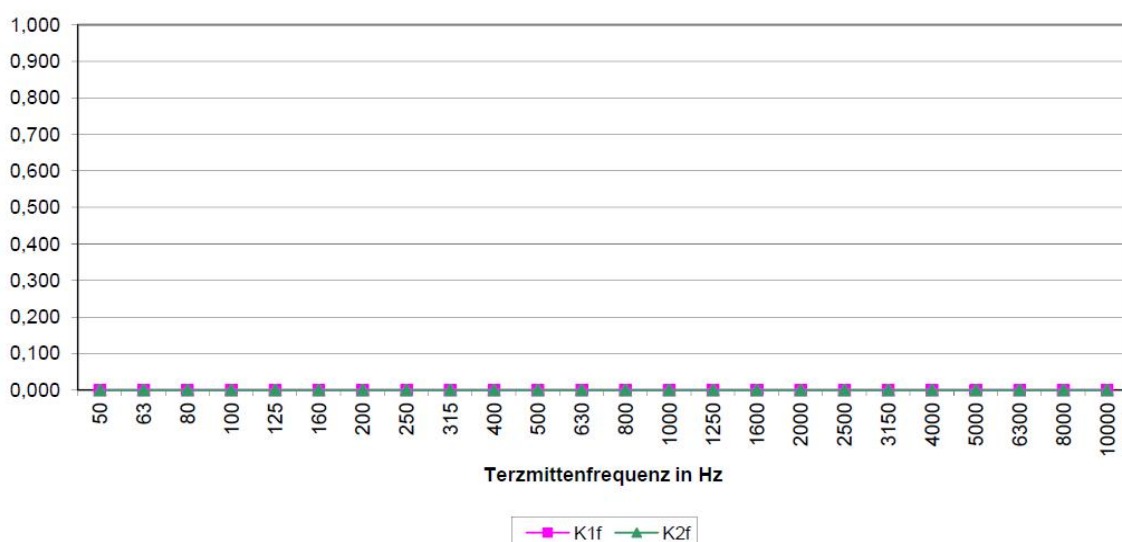
Anlage zum Meßbericht Nr.: 14043001

Angaben zur Fremdgeräuschkorrektur und zur Umgebungskorrektur

Bemerkungen zur Fremdgeräuschkorrektur: Das Fremdgeräusch wurde an allen Mikrofonpositionen gemessen. Die sich aus Abschnitt 8.2.3. ergebenden Werte K1f für die Fremdgeräuschkorrektur sind in der untenstehenden Tabelle angegeben.

Bemerkungen zur Korrektur der Umgebungseinflüsse: Freifeldbedingungen K2 = 0

Korrekturwerte K1f und K2f [dB]



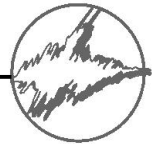
Korrekturwerte für Fremdgeräusch- und Umgebungseinfluß

f [Hz]	50	63	80	100	125	160	200	250	315	400	500	630	800	1000	1250	1600	2000	2500	3150	4000	5000	6300	8000	10000
K1f [dB]	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
K2f [dB]	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Meteorologische Korrektur nach Anhang G: C1 = -0,094 dB c2 = 0,0943 dB

BRAASE Technische Prüfungen - Ingenieurbüro
Krökenhorster Weg 24b, 23869 Fischbek / Hamburg

Telefon 04532 - 25387, Fax 04532 - 25293
info@Braase.de, www.Braase.de



Anlage 06, Ermittlung Schallleistung Trocknungstrommel, Teil 01

Schalleistungsbestimmung nach DIN EN ISO 3744:2011-02**Bestimmung der Schalleistungspegel aus Schalldruckmessungen**

Auftraggeber: Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co. KG., Wollinstraße 25, 24782 Büdelsdorf
Prüfdatum: 22.04.2014
Meßbericht Nr.: 14043002

Geräuschquelle: Trocknungstrommel mit Brennergebläse

Meßumgebung: Messung im Außenbereich auf ca. 2 m Höhe. Die Maschine ist 360 ° umgehebar. Freifeldbedingungen.
Lufttemperatur 10 °C, Feuchte 50 %, Wind aus SW, 1 Bft.

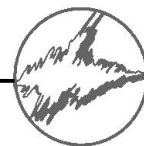
Meßgeräte: Schallpegelmesser: XL2, SNo. A2A-06157-E0, FW2.53
Meßmikrofon: NTi Audio M2210, S/N: 2424, User calibrated 2014-04-22 09:11
Empfindlichkeit: 23,8 mV/Pa
Pegelbereich: 30 - 130 dB
Aufbau: 0

Akustische Daten: Bezugsquader mit Abmessungen 10,0 x 3,0 x 3,0 m. Messfläche 20 x 8 x 8 m. Mikrofonpositionen auf Eckpunkten und Flächenmittelpunkten

Meßergebnisse: A-bewerteter Schalleistungspegel: $L_{WA} (re 1 pW) = 103,3 \text{ dB}$

Durchführende: Durchführung der Messungen: Dipl. Ing. Thomas Braase
Auswertungen: Dipl.- Ing. Thomas Braase

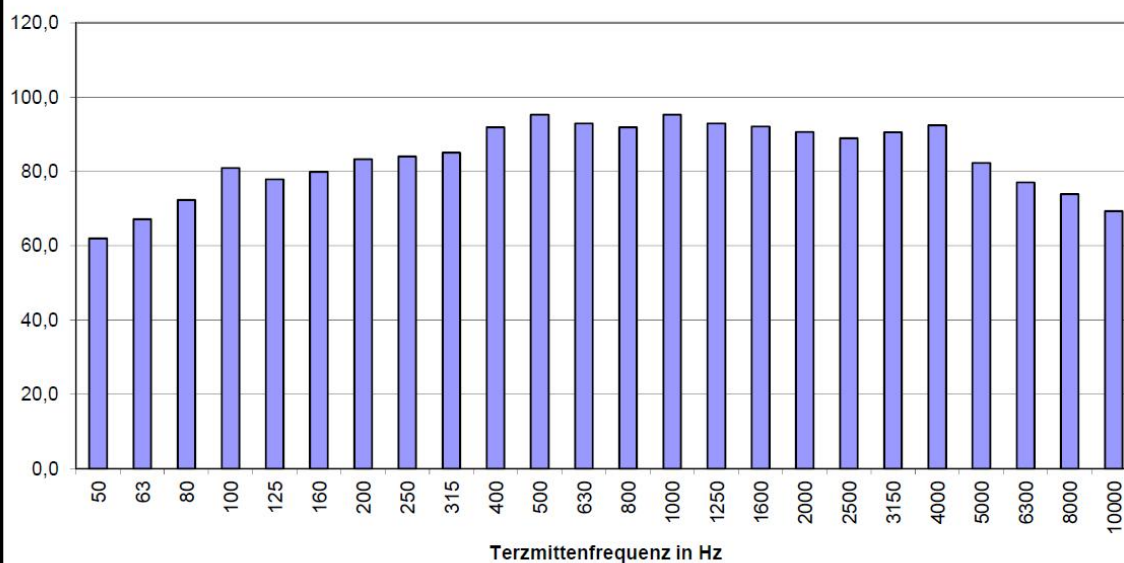
Unterschrift: Fischbek, den 30.04.14
Ort, Datum



Anlage 07, Ermittlung Schallleistung Trocknungstrommel, Teil 02

Anlage zum Meßbericht Nr.:

14043002

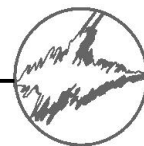
A-bewertetes Schalleistungsspektrum L_{WA} [dB]

A-bewertetes Schalleistungsspektrum in Terzbändern:

f [Hz]	50	63	80	100	125	160	200	250	315	400	500	630	800	1000	1250	1600	2000	2500	3150	4000	5000	6300	8000	10000
Pegel [dB]	61,97	67,141	72,296	80,961	77,877	79,91	83,3	83,982	85,07	91,904	95,269	92,916	91,904	95,269	92,916	92,094	90,581	88,98	90,57	92,393	82,303	77,017	73,92	69,3

BRAASE Technische Prüfungen - Ingenieurbüro
Krökenhorster Weg 24b, 23869 Fischbek / Hamburg

www.Braase.de
info@Braase.de
Tel. 04532 - 25387, Fax 04532 - 25293



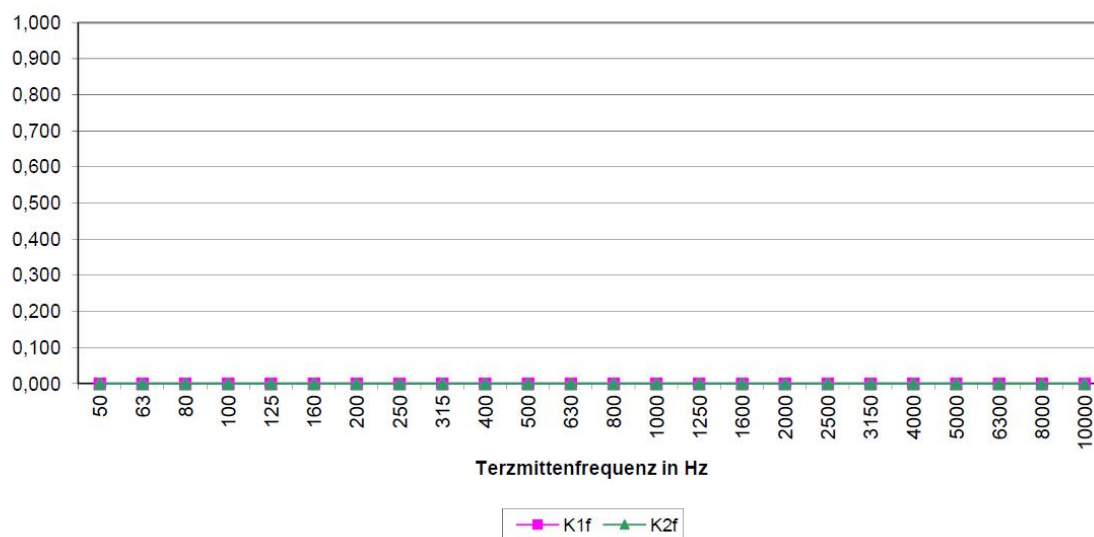
Anlage 08, Ermittlung Schallleistung Trocknungstrommel, Teil 03

Anlage zum Meßbericht Nr.: 14043002

Angaben zur Fremdgeräuschkorrektur und zur Umgebungskorrektur

Bemerkungen zur
Fremdgeräuschkorrektur:Das Fremdgeräusch wurde an allen Mikrofonpositionen gemessen. Die sich aus Abschnitt 8.2.3.
ergebenden Werte K1f für die Fremdgeräuschkorrektur sind in der untenstehenden Tabelle angegeben.Bemerkungen zur Korrektur
der Umgebungseinflüsse:

K2 = 0, da Freifeldbedingungen.

Korrekturwerte K1f und K2f
[dB]

Korrekturwerte für Fremdgeräusch- und Umgebungseinfluß

f [Hz]	50	63	80	100	125	160	200	250	315	400	500	630	800	1000	1250	1600	2000	2500	3150	4000	5000	6300	8000	10000
K1f [dB]	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
K2f [dB]	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Meteorologische Korrektur nach Anhang G:

C1 = -0,094 dB

c2 = 0,0943 dB

BRAASE Technische Prüfungen - Ingenieurbüro
Krökenhorster Weg 24b, 23869 Fischbek / Hamburgwww.Braase.de
info@Braase.de
Tel. 04532 - 25387, Fax 04532 - 25293

**Beurteilung der Immissionssituation
der Asphaltmischanlage
in 25779 Glüsing
im Zusammenhang mit
der geplanten Ausweisung
des Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“
und dem vorhabensbezogenen
Bebauungsplan Nr. 3 „Asphaltmischwerk“
der Gemeinde Glüsing**

Kurzbericht Nr. 502.471/20

Auftraggeber / Betreiber:	Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG Wollinstraße 25 24782 Büdelsdorf
Standort:	Bargkoppel 1 25779 Glüsing
Berichtserstellerin:	Gesellschaft für Umwelt-Consulting mbH Altenhaßlauer Str. 21 63571 Gelnhausen
Umfang des Berichts:	16 Seiten
Datum:	29.04.2020

Dieses Gutachten ist geistiges Eigentum der Gesellschaft für Umwelt-Consulting mbH.
Vervielfältigung dieses Gutachtens (auch auszugsweise) ist daher nur mit
schriftlicher Genehmigung der Gesellschaft für Umwelt-Consulting mbH gestattet.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Aufgabenstellung und Vorgehensweise	1
2. Beschreibung der örtlichen Verhältnisse	2
3. Beschreibung des Betriebes	3
4. Abgrenzung des Einwirkungsbereichs der Asphaltmischanlage	4
4.1 Bestimmung der Schornsteinhöhe	4
4.2 Bestimmung der geometrischen Ausdehnung des Beurteilungsgebietes	5
4.3 Bestimmung der Ausdehnung des Beurteilungsgebietes anhand der Immissionssituation	7
4.3.1 Beschreibung der Emissionsansätze für die Ausbreitungsrechnung	7
4.3.2 Abgrenzung des Beurteilungsgebietes aufgrund von Immissions-Zusatzbelastungen	8
4.3.3 Abgrenzung des Beurteilungsgebietes aufgrund von Zusatzbelastungen durch Gerüche	11
5. Bewertung der Ergebnisse und Fazit	13
6. Literatur und Datengrundlagen	15

1. Aufgabenstellung und Vorgehensweise

Der Kreis Dithmarschen plant die Ausweisung eines ausgedehnten Gebietes nordöstlich bis östlich der Stadt Heide als Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“.

Innerhalb des geplanten Landschaftsschutzgebietes befinden sich gemäß dem in diesem Zusammenhang erstellten Fachgutachten [24] mehrere Natura-2000-Gebiete, Naturschutzgebiete sowie geschützte Biotop.

Die Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co KG betreibt am Standort 25779 Glüsing, Bargkoppel 1, eine immissionsschutzrechtlich genehmigte Asphaltmischanlage im Sinne der Ziffer 2.15 des Anhangs 1 zur 4. BImSchV.

Die letzte Änderungsgenehmigung der genannten Anlage wurde mit dem Bescheid des Landesamtes für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein vom 10.10.2014 [29] erteilt.

Der Standort der Asphaltmischanlage liegt im Geltungsbereich des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“.

Bauplanungsrechtlich befindet sich das Betriebsgelände derzeit im Außenbereich.

Die Gemeinde Glüsing beabsichtigt, zur planungsrechtlichen Sicherung der bestehenden Asphaltmischanlage die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“.

Die Planung erfolgt auf Grundlage des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung von Glüsing vom 28.10.2019.

Die Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co KG legte mit Schreiben vom 29.08.2019 [25] Einspruch gegen die geplante Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes durch den Kreis Dithmarschen mit der Begründung, dass die Präsenz und die Belange des bestehenden und immissionsschutzrechtlich genehmigten Asphaltmischwerkes in der geplanten Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes nicht berücksichtigt wurden.

Die Gesellschaft für Umwelt-Consulting mbH wurde durch den Anlagenbetreiber beauftragt, zu den immissionsschutzrechtlichen Aspekten der bestehenden Anlage unter Berücksichtigung der zu erwartenden Entwicklungen im Hinblick auf Anlagenplanung, Schornsteinhöhe und Immissionssituation in Bezug auf Luftschadstoffe und Gerüche vor dem Hintergrund der geplanten Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“ Stellung zu nehmen.

2. Beschreibung der örtlichen Verhältnisse

Das Betriebsgelände der Asphaltmischanlage liegt im Kreis Dithmarschen ca. 1,2 km südöstlich der Kernbebauung der Gemeinde Glüsing sowie ca. 400 m südwestlich des Ortsteils Glüsingerbergen.

Die Orografie in der Umgebung weist keine signifikante Gliederung auf.

Der Standort ist umgeben von landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie in geringerem Umfang von Flächen mit geschlossenem Baumbewuchs und Sträuchergruppen.

Im Anlagenumfeld ist keine geschlossene Bebauung vorhanden.

Die nächste Wohnbebauung (einzelne Häuser) befindet sich etwa 400 m nordöstlich des Anlagenstandortes in Glüsingerbergen.

3. Beschreibung des Betriebes

In der Anlage wird aus Mineralstoffen, Bitumen und Füller sowie bei bestimmten Rezepturen unter Verwendung von Recycling-Asphalt Asphalt für den Straßenbau hergestellt.

Die einzelnen Körnungen der Mineralstoffe werden getrennt auf Freihalden gelagert, mit einem Radlader aufgenommen und in die jeweiligen Doseure aufgegeben.

Aus den Doseuren werden die verschiedenen Gesteinssorten und -körnungen entsprechend der geforderten Rezeptur abgezogen.

Dieses Mineralgemisch gelangt über Abzugs- und Transportbänder in die Trockentrommel, wird hier getrocknet und rezepturabhängig auf die Verarbeitungstemperatur erhitzt.

Das beim Trocknungsprozess entstehende staubhaltige Abgas wird gemeinsam mit dem Wasserdampf und den Verbrennungsabgasen aus der Trommel abgesaugt, in einer Filterentstaubung entstaubt und über einen Schornstein in die Atmosphäre emittiert.

Für die Erzeugung der zur Trocknung und Erhitzung der Mineralstoffe erforderlichen Wärmeenergie in der Trockentrommel wird ein Mehrstoffbrenner eingesetzt, der mit den Brennstoffen Heizöl und Braunkohlenstaub betrieben werden kann.

Das getrocknete und erhitzte Mineral gelangt über einen Heißelevator in den Mischturn, wird hier über ein Siebsystem in einzelne Kornfraktionen aufgeteilt und in der Heißsilierung zwischengespeichert, um anschließend über ein Wiegesystem gemäß der geforderten Rezeptur verwogen zu werden.

Die Wiegesysteme entleeren in einen Mischer, in dem unter Zugabe von Bitumen Asphalt hergestellt wird.

Bei bestimmten Rezepturen wird dem Mischprozess Recycling-Asphalt als Fräsasphalt oder Asphaltgranulat zugegeben. Dort erfolgt eine Vermischung mit den übrigen Komponenten zu neuem Asphalt.

Die Zugabe von Asphaltgranulat erfolgt als Kaltzugabe über entsprechende Doseure und Transporteinrichtungen und eine rezepturabhängige Verwiegung in den Mischer.

Aus dem Mischer wird der fertige Asphalt in einen Fahrkübel entleert, der die einzelnen Taschen des Verladesilos befüllt.

Aus dem Verladesilo wird der Asphalt auf LKW verladen und zu den Straßenbaustellen transportiert.

4. Abgrenzung des Einwirkungsbereichs der Asphaltmischanlage

Basis für die Beschreibung der Immissionssituation der Asphaltmischanlage im Hinblick auf Luftschadstoffe und Gerüche ist zunächst die räumliche Abgrenzung des Einwirkungsbereichs.

Diese erfolgt im vorliegenden Fall in Anlehnung an die Definition des Beurteilungsgebietes gemäß Ziffer 4.6.2.5 der TA Luft 2002 [5] bzw. des vorliegenden Entwurfs zur Neufassung der TA Luft vom 16.07.2018 [6].

Hiernach ist das Beurteilungsgebiet die Fläche, die sich vollständig innerhalb eines Kreises um den Emissionsschwerpunkt mit einem Radius befindet, der dem 50-fachen der Schornsteinhöhe entspricht und in der die Zusatzbelastung (Gesamtzusatzbelastung) im Aufpunkt mehr als 3,0 % des Langzeitimmissionswertes beträgt.

Für Gerüche gilt derzeit die Definition des Beurteilungsgebietes der Geruchsimmissions-Richtlinie [7], die im Wesentlichen als Anhang 7 in die neue TA Luft [6] übernommen werden soll.

Die Ermittlung des Beurteilungsgebiets erfolgt geometrisch anhand der Schornsteinhöhe der Asphaltmischanlage und im Hinblick auf das Immissionskriterium (3,0 % des Langzeitimmissionswertes) durch eine abschätzende Ausbreitungsrechnung mit dem Lagrange'schen Partikelmodell gemäß VDI-Richtlinie 3945 Blatt 3 [9].

4.1 Bestimmung der Schornsteinhöhe

Um die Belange des bestehenden Betriebes im Hinblick auf mögliche Planungen zu dessen Entwicklung abzubilden, wurde die Schornsteinhöhe für eine moderne hochstehende Asphaltmischanlage mit einer Produktionsleistung von 320 Tonnen Asphalt pro Stunde mit folgenden Parametern bestimmt:

Abgaskenngrößen im Schornstein

Schornsteindurchmesser	1,40 m
Austrittsfläche	1,539 m ²
Schornsteinhöhe	26,00 m
Temperatur an der Mündung	80 °C
Sauerstoffgehalt in Betrieb (angenommen)	15,5 Vol.-%
Bezugssauerstoffgehalt	17,0 Vol.-%
Umrechnungsfaktor für den Sauerstoffgehalt:	1,38
Austrittsgeschwindigkeit	18,76 m/s
Volumenstrom Betriebszustand (15,5 Vol.-% O ₂)	103.960 m ³ /h
Volumenstrom 273,15 K feucht	80.410 m ³ /h
Wärmestrom (bezogen auf 283,15 K)	2,126 MW
Volumenstrom 273,15 K trocken, O ₂ -Gehalt: 15,5 Vol.-%	70.440 m ³ /h
Volumenstrom 273,15 K trocken, O ₂ -Gehalt: 17 Vol.-%	97.010 m ³ /h

Die Schornsteinhöhe wurde nach Ziffer 5.5 der TA Luft 2002 bestimmt, wobei Gebäude- und Geländeeinflüsse nicht berücksichtigt wurden.

Aus gutachterlicher Sicht ist dies bei der vorliegenden Fragestellung jedoch unkritisch, da einerseits Asphaltmischanlagen typischerweise keine baulichen Hindernisse aufweisen, die aufgrund ihrer Höhen und der horizontalen Ausdehnungen Rezirkulationseffekte hervorrufen können und andererseits, weil im vorliegenden Fall keine ausgeprägte Gliederung des Geländes am Standort und dessen Umgebung vorliegt.

Eingangsparameter					
Abgasvolumenstrom bei 273,15 K, trocken, 15,5 Vol.-% O ₂ -Gehalt				70.440 m³/h	
Temperatur an der Schornsteinmündung				80 °C	
Schornsteinmündungsdurchmesser				1,4 m	
Höhe geschlossene Bebauung und geschlossener Bewuchs (geschätzt)				8 m	
Abgasfahnenüberhöhung				33,1336 m	
Schornsteinmindesthöhe aus Nomogramm (H')				35,2904 m	
Schornsteinmindesthöhe (H)				43,2904 m	
Berechnungen					
Schadstoff	S-Wert	Konzentration	Massenstrom	Q/S	Höhe
Schwebstaub	0,08	10 mg/m³	0,704 kg/h	8,805 kg/h	< 10 m
Kohlenmonoxid	7,5	0,688 g/m³	48,463 kg/h	6,462 kg/h	< 10 m
Schwefeldioxid	0,14	0,481 g/m³	33,882 kg/h	242,012 kg/h	35,290 m
Stickstoffoxide (NO und NO ₂ als NO ₂)	0,1	0,298 g/m³	20,991 kg/h	209,911 kg/h	30,687 m
Stoffe der Ziffer 5.2.7.1.1 Kl. III TA Luft, Benzol	0,005	1,375 mg/m³	0,097 kg/h	19,371 kg/h	< 10 m
Ergebnisse					
Schornsteinmindesthöhe aus Nomogramm (H')				35,290 m	
Schornsteinmindesthöhe (H)				43,290 m	

Die aufgrund der Emissionssituation bestimmte Schornsteinhöhe beträgt 43,23 m bzw. gerundet 43 m über Grund.

4.2 Bestimmung der geometrischen Ausdehnung des Beurteilungsgebietes

Die geometrische Ausdehnung des Beurteilungsgebietes entspricht gemäß TA Luft 2002 [5] bzw. gemäß Entwurf zur Neufassung der TA Luft vom 16.07.2018 [6] der Fläche, die sich vollständig innerhalb eines Kreises um den Emissionsschwerpunkt mit einem Radius befindet, der dem 50-fachen der Schornsteinhöhe entspricht.

Hiernach handelt es sich geometrisch gesehen um einen Kreis mit einem Durchmesser von 4,3 km mit dem Emissionsschwerpunkt (hier Schornstein) der Asphaltmischanlage als Mittelpunkt.

Die Darstellung des geometrisch bestimmten Beurteilungsgebietes ist der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen.

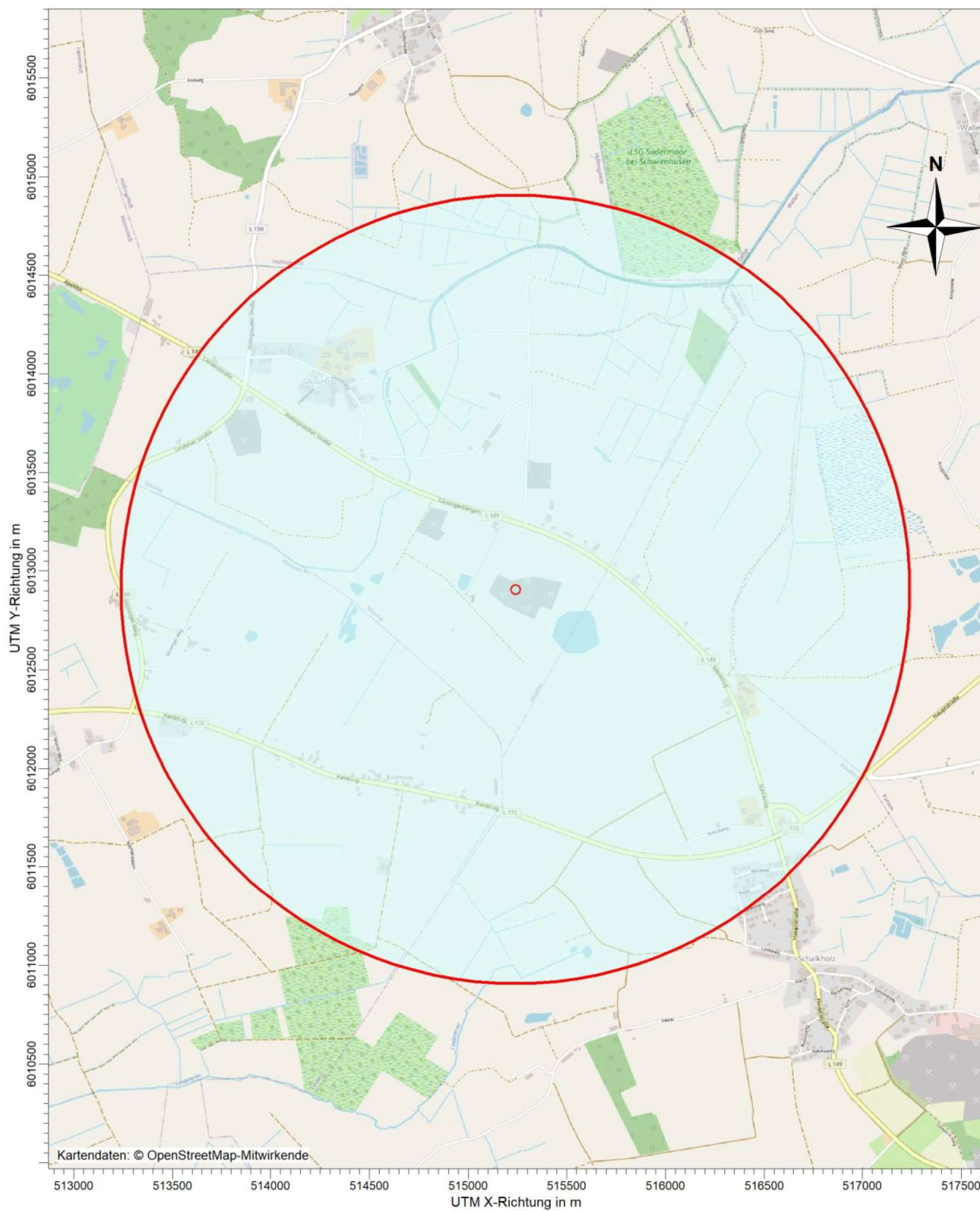


Abb. 1 Beurteilungsgebiet nach TA Luft (geometrische Abgrenzung)

4.3 Bestimmung der Ausdehnung des Beurteilungsgebietes anhand der Immissionssituation

Zur Überprüfung der Abgrenzung der Ausdehnung des Beurteilungsgebietes anhand der Immissionssituation (Kriterium: Überschreitung von 3,0 % des Langzeitimmissionswertes durch die Zusatzbelastung bzw. Gesamtzusatzbelastung im Aufpunkt) wurde für die relevanten Luftschadstoffe eine abschätzende normgerechte Ausbreitungsrechnung nach Anhang 3 TA Luft (2002) mit dem Langrange'schen Partikelmodell entsprechend der VDI-Richtlinie 3945 Blatt 3 [9] mit folgenden Eingangsdaten durchgeführt:

Emissionszeit pro Jahr	1000 h
Emissionszeit pro Tag	5 h (6 bis 11 Uhr)
Anzahl Tage pro Jahr	200
Produktionsmenge Asphalt pro Jahr	320.000 t
Winddaten	einjährige Zeitreihe der Wetterstation Flensburg-Schäferhaus, Jahr 2013
Rauhigkeitslänge z_0	0,131 m gemäß CORINE-Kataster, auf 0,10 m gerundet
Schadstoffe	Benzol, Staub, Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, (Geruch)
Schadstoff / Beurteilungskriterium ¹⁾	Benzol / 0,15 µg/m ³ Schwefeldioxid (SO ₂) / 1,5 µg/m ³ (0,6 µg/m ³) Stickstoffdioxid (NO ₂) / 1,2 µg/m ³ Stickstoffoxide NO _x (NO und NO ₂ , angegeben als NO ₂) / 0,9 µg/m ³ Schwebstaub (PM-2,5) / 0,75 µg/m ³ Schwebstaub (PM-10) / 1,2 µg/m ³

¹⁾ 3,0 % des jeweiligen Langzeitkonzentrationswertes

4.3.1 Beschreibung der Emissionsansätze für die Ausbreitungsrechnung

Die Emissionsansätze für die Schadstoffemissionen aus dem Schornstein der Asphaltmischanlage entsprechen den Ansätzen gemäß Kapitel 4.1.

Für die Emissionen von Geruchsstoffen wurde folgender Ansatz gewählt:

Schornstein der Asphaltmischanlage	Emissionskonzentration: 4000 GE/m ³ Geruchsstoffstrom: 344,7 MGE/h
Asphaltverladung (diffuse Quelle)	Geruchsstoffstrom: 98,4 MGE/h

Durch den Materialtransport (Anlieferung, Abtransport, innerbetrieblicher Radladerverkehr), Materialumschlag sowie die Lagerung von Schüttgütern entstehen diffuse Emissionen von Stäuben und gasförmige Luftschadstoffe (Verbrennungsabgase) in Bodennähe.

Diese wurden anhand von eigens abgeleiteten Emissionsfaktoren in Anlehnung an die einschlägigen VDI-Richtlinien sowie die Vorgaben der EPA [12] und HBEFA [13] angesetzt.

Die Festlegung der SO₂-Emissionen erfolgte durch die Bilanzierung des Schwefelgehalts im Dieselmotorkraftstoff von 0,1 % und einem Kraftstoffverbrauch von 35 kg/h je Fahrzeug bzw. Radlader.

Diffuse Staubemissionen aus Fahrverkehr, Materiallagerung und -umschlag	Emissionsmassenstrom Gesamtstaub: 34 kg/h, Anteil PM-10: 33 %, Anteil PM-2,5: 3 %
Diffuse gasförmige Emissionen (LKW-Verkehr)	NO _x : 0,32 kg/h, davon 10 % Anteil NO ₂ SO ₂ : 0,125 kg/h
Diffuse gasförmige Emissionen (Radlader -Verkehr)	NO _x : 0,46 kg/h, davon 10 % Anteil NO ₂ SO ₂ : 0,178 kg/h

4.3.2 Abgrenzung des Beurteilungsgebietes aufgrund von Immissions-Zusatzbelastungen

Für den Schadstoff Benzol ergibt sich keine über 3,0 % des Langzeit-Immissionswertes hinaus gehende Zusatzbelastung, da das absolute Maximum im gesamten Rechengebiet unter dem genannten Kriterium liegt.

Für die anderen Luftschadstoffe, für die Immissionswerte als Konzentrationen festgelegt sind ergeben sich die einzelnen Beurteilungsgebiete entsprechend den nachfolgenden Abbildungen.

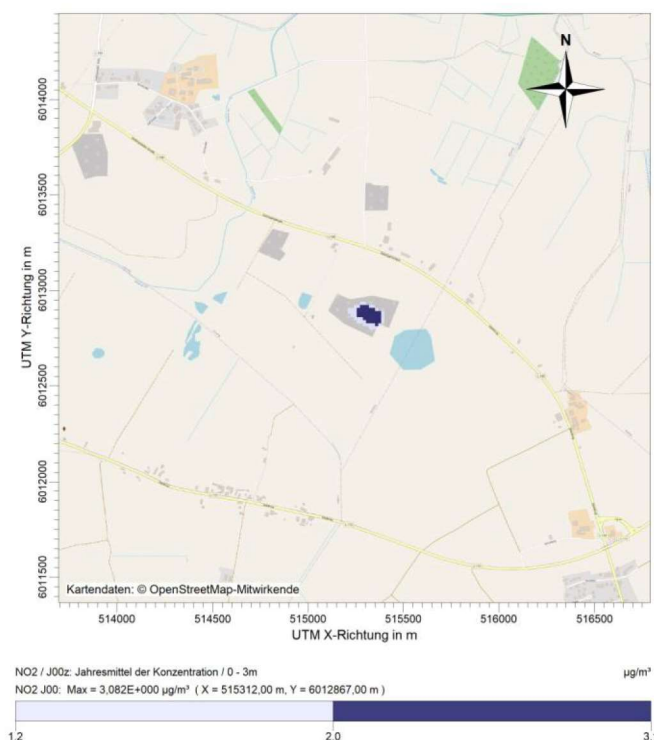


Abb. 2 berechnete Zusatzbelastung durch NO₂

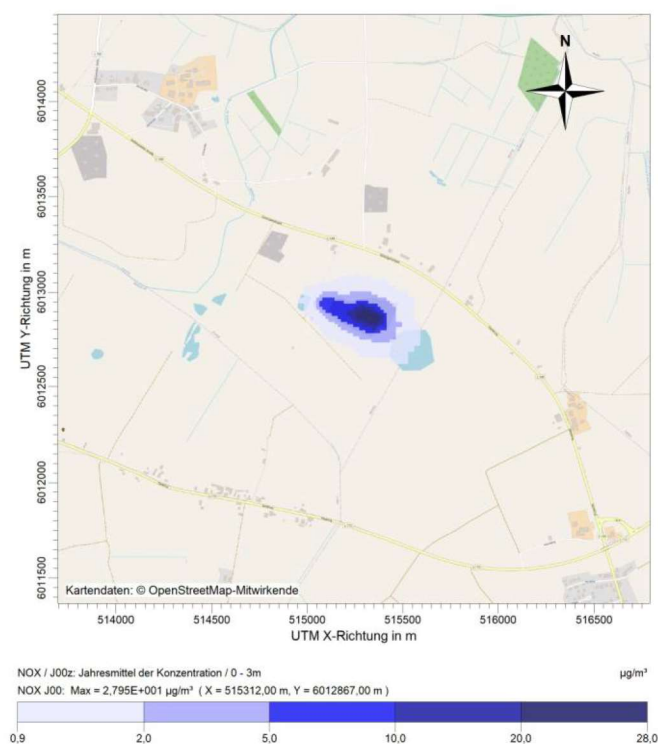


Abb. 3 berechnete Zusatzbelastung durch NO_x

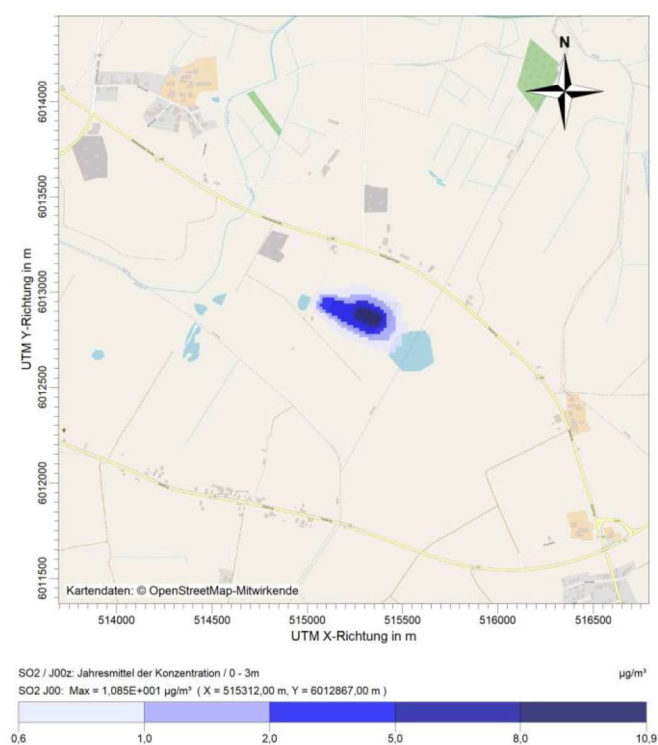


Abb. 4 berechnete Zusatzbelastung durch SO_2

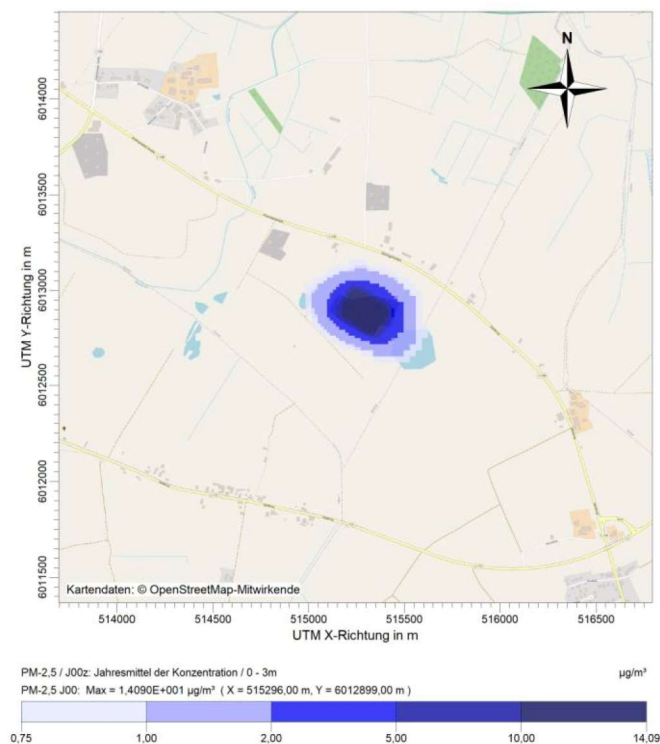


Abb. 5 berechnete Zusatzbelastung durch Schwebstaub (PM-2,5)

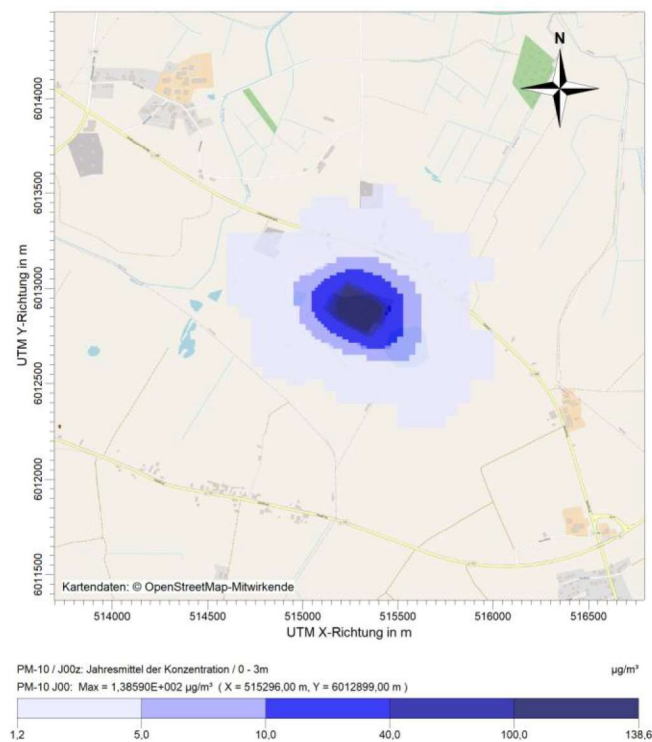


Abb. 6 berechnete Zusatzbelastung durch Schwebstaub (PM-10)

Für Schwebstaub (PM-10) ergibt sich im Vergleich mit den übrigen Luftschadstoffen das Beurteilungsgebiet mit der größten Ausdehnung.

Zur besseren Darstellung wurde deshalb für PM-10 zusätzlich eine Isoliniendarstellung der Situation innerhalb des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“ (rot schraffierte Flächen) vorgenommen:

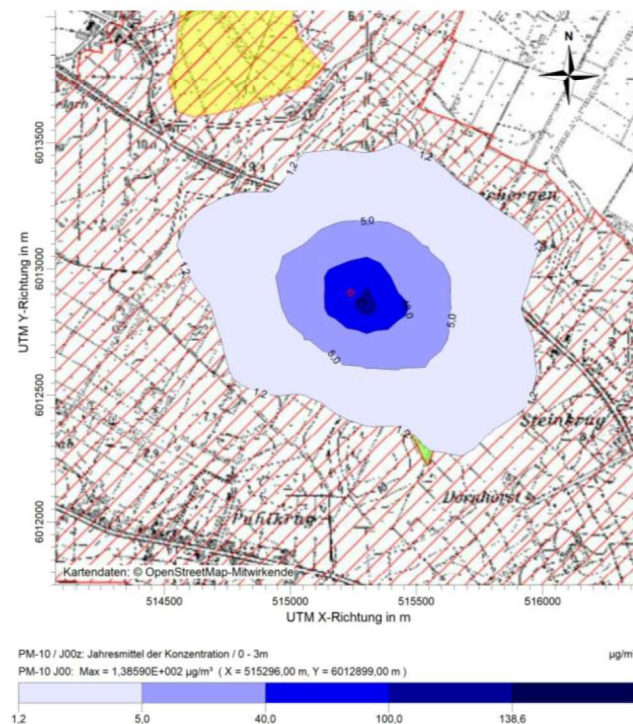


Abb. 7 berechnete Zusatzbelastung durch Schwebstaub PM-10 (Isoliniendarstellung)

4.3.3 Abgrenzung des Beurteilungsgebietes aufgrund von Zusatzbelastungen durch Gerüche

Die Definition des Beurteilungsgebietes in der Geruchsimmissions-Richtlinie weicht von der Definition gemäß TA Luft 2002 ab.

Auch im Hinblick auf die geplante Integration der Anforderungen hinsichtlich der Gerüche als Anhang 7 in die neue TA Luft ergeben sich hier keine Änderungen.

Das Beurteilungsgebiet ist hiernach die Summe der Beurteilungsflächen, die sich vollständig innerhalb eines Kreises um den Emissionsschwerpunkt mit einem Radius befinden, der dem 30-fachen der ermittelten Schornsteinhöhe entspricht.

Als kleinster Radius ist 600 m zu wählen. Die Schornsteinhöhe ist wiederum dann ausreichend, wenn die Zusatzbelastung durch Gerüche auf keiner Beurteilungsfläche 6 % der Jahresstunden überschreitet.

Im vorliegenden Fall wurde die Zusatzbelastung durch Gerüche durch eine Ausbreitungsrechnung ermittelt (vgl. Kapitel 4.3) und ergibt sich entsprechend der nachfolgenden Abbildung.

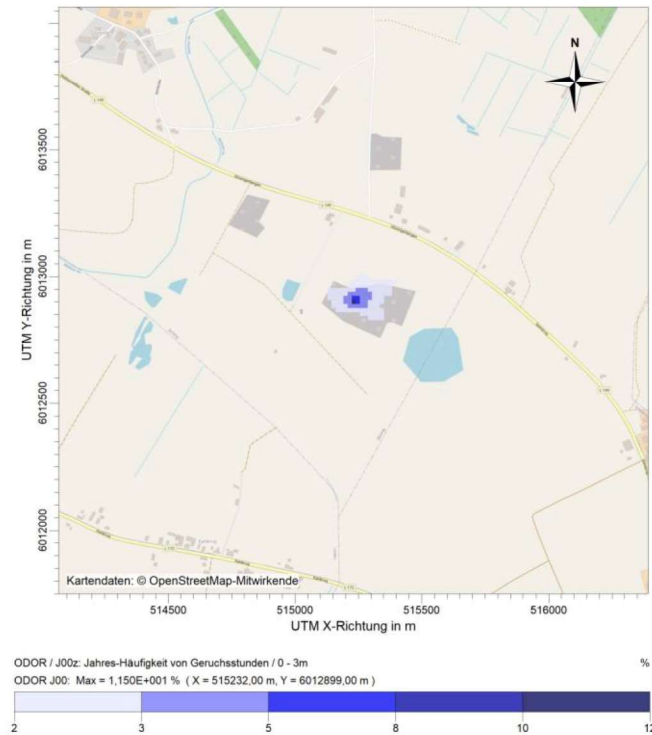


Abb. 8 berechnete Zusatzbelastung durch Gerüche

Aus der Immissionssituation hinsichtlich der Gerüche ergibt sich ein recht kleines Beurteilungsgebiet, so dass die Mindestradiusregelung nach der Geruchsimmissions-Richtlinie (Mindestradius: 600 m) zum Tragen kommt.

Damit ist das Beurteilungsgebiet für Gerüche von seiner Ausdehnung her geringfügig kleiner, als das Beurteilungsgebiet für Schwebstaub (PM-10).

5. Bewertung der Ergebnisse und Fazit

Aus den vorgenommenen Untersuchungen lassen sich im Zusammenhang mit der geplanten Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ folgende Schlussfolgerungen ableiten:

Die Asphaltmischanlage weist aufgrund ihres typischen, bereits immissionsschutzrechtlich genehmigten und künftig genehmigungsfähigen Emissionsverhaltens einen Einwirkungsbereich auf, der sich im Wesentlichen durch das Beurteilungsgebiet nach TA Luft ergibt.

Das Beurteilungsgebiet mit der größten Ausdehnung ergibt sich für den Schadstoff Schwebstaub (PM-10).

Auch bei Einhaltung aller Anforderungen zur Minimierung der Staubimmissionen gemäß dem Stand der Technik werden die entsprechenden Staubfreisetzung, in diesem Fall diffuser Natur, nicht gänzlich zu vermeiden sein.

Im betreffenden Bereich befinden sich unter anderem Wohnnutzungen, die als Aufpunkte im Sinne der Luftreinhaltung zu betrachten sind.

An diesen Aufpunkten erscheint die Immissionssituation bezüglich der untersuchten Luftschadstoffe und Gerüche aufgrund niedriger berechneter Zusatzbelastungen und höchstwahrscheinlich geringer Vorbelastungen unproblematisch.

Inwieweit weitere im Hinblick auf Immissionen von Luftschadstoffen zu formulierenden Schutzziele durch die geplante Ausweisung des Landschaftsschutzgebietes im oben beschriebenen Einwirkungsbereich der Asphaltmischanlage verfolgt werden, lässt sich aus dem Entwurf der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ in seiner vorliegenden Fassung nicht ableiten.

Festzustellen ist allerdings, dass aufgrund der sehr allgemein formulierten Schutzziele für das geplante Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ diese für die Umsetzung konkretisiert werden müssten, soweit die Kreisverordnung rechtlichen Bestand erlangen sollte.

Im Zuge dieser Konkretisierung im Verbindung mit den im Entwurf der Kreisverordnung bereits formulierten zulässigen Handlungen gemäß § 5, zulässigen baulichen Anlagen gemäß § 6 bzw. Ausnahmen gemäß § 7 könnte es zu erheblichen Beeinträchtigungen des bestehenden Betriebes der Asphaltmischanlage sowie der Behinderung seiner Entwicklung (nicht zuletzt aufgrund der erforderlichen und immissionsschutzrechtlich vorgegebenen Anpassung an den Stand der Technik) kommen.

Zur Erfüllung der zunehmenden Forderungen nach möglichst hohen Verwertungsraten von unbelastetem Altasphalt bei der Asphaltherstellung und damit Verringerung der Belastung natürlicher Rohstoffressourcen (Bitumen, Mineralstoffe) erscheint es für die nahe Zukunft denkbar, die bestehende Asphaltmischanlage mit einer zusätzlichen Trockentrommel für Recycling-Asphalt auszustatten.

Hieraus und aufgrund energetischer Vorteile ergibt sich die Überlegung nach einer Modernisierung der Kernanlage, die gemäß dem Stand der Technik ein höheres Bauwerk bedingt, das durch die in der Kreisverordnung vorgegebenen Maximalhöhen von Bauwerken nicht abgedeckt ist.

In Verbindung mit der für die Ableitung von Abgasen immissionsschutzrechtlich erforderlichen Schornsteinhöhe (Anlagenbestand: 35 m, nach Anlagenmodernisierung voraussichtlich 43 m, siehe Kapitel 4.1) ergibt sich hieraus bereits die Erfüllung eines Verbotstatbestandes nach § 4 des Entwurfs der Kreisverordnung, wie auch bereits aus einer wesentlichen Änderung baulicher Anlagen dieser Kategorie überhaupt.

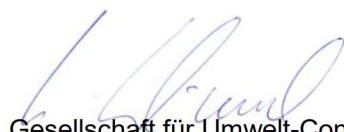
Nicht zuletzt ist eine Kollision des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“ mit der anstehenden Bauleitplanung der Gemeinde Glüsing und deren Zielen zu besorgen, da die Bauleitplanung darauf abstellt, das bestehende Asphaltmischwerk bauplanungsrechtlich abzubilden und seinen Fortbestand am Standort Glüsing langfristig zu gewährleisten.

Die vorliegende Entwurfsfassung der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ trägt den genannten Umständen in keinsten Weise Rechnung.

Aus gutachterlicher Sicht wird empfohlen, gemeinsam mit dem Kreis Dithmarschen eine Anpassung der Inhalte der Kreisverordnung unter Berücksichtigung der heutigen und zukünftigen Belange des Asphaltmischwerks zu erwirken.

Eine Beteiligung der Gemeinde Glüsing im Hinblick auf die Belangen der Bauleitplanung erscheint sinnvoll. Das Hinzuziehen eines erfahrenen Verwaltungsrechtlers bleibt abzuwägen.

Gelnhausen, den 29.04.2020



Gesellschaft für Umwelt-Consulting mbH

6. Literatur und Datengrundlagen

- [1] Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009, zuletzt geändert am 04.03.2020
- [2] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013, zuletzt geändert am 08.04.2019
- [3] Neununddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen) vom 02.08.2010, zuletzt geändert am 18.07.2018
- [4] Achtundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren) vom 20.04.2004, zuletzt geändert durch am 31.08.2015
- [5] Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 24.07.2002
- [6] Entwurf zur Neufassung der Ersten Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) vom 16.07.2018
- [7] Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen (Geruchsimmissions-Richtlinie – GIRL) in der Fassung vom 29.02.2008 und einer Ergänzung vom 10.09.2008, mit Begründung und Auslegungshinweisen in der Fassung vom 29. Februar 2008
- [8] VDI-Richtlinie 2283 „Emissionsminderung – Aufbereitungsanlagen für Asphaltmischgut (Asphalt-Mischanlagen)“, Juni 2008
- [9] VDI-Richtlinie 3945 Blatt 3: Umweltmeteorologie, Atmosphärische Ausbreitungsmodelle, Partikelmodell, September 2000
- [10] VDI-Richtlinie 3781 Blatt 4 Umweltmeteorologie, Ableitbedingungen für Abgase, Kleine und mittlere Feuerungsanlagen sowie andere als Feuerungsanlagen, Juli 2017
- [11] VDI-Richtlinie 3783 Blatt 13: Umweltmeteorologie, Qualitätssicherung in der Immissionsprognose, Anlagenbezogener Immissionsschutz, Ausbreitungsrechnung gemäß TA Luft, Januar 2010
- [12] Environmental Protection Agency (EPA): AP 42, 5th edition, Vol. 1, Chapter 13: Miscellaneous Sources, Chapter 13.2.1: Paved Roads, final section, Januar 2011
- [13] Graz University of Technology, Institute for Internal Combustion Engines and Thermodynamics „Emission Factors from the Model PHEM for the HBEFA Version 3“, vom 07.12.2009 Report-Nr. I-20/2009 Haus-Em 33/08/679
- [14] Bayerisches Landesamt für Umweltschutz / TÜV Ecoplan Umwelt GmbH, Bericht "Grundsatzuntersuchung über die Ermittlung der Korngrößenverteilung im Abgas verschiedener Emittenten (< PM 2,5 und < PM 10)", Dezember 2000
- [15] Klaus Hansmann, TA Luft, Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, Kommentar, 2. Auflage, Verlag C. H. Beck, München 2004

- [16] Fa. Petersen & Kade, Hamburg: P&K 3781 v6.6.0.95, Programm zur Bestimmung der Schornsteinhöhe nach TA Luft und VDI-Richtlinie 3781 Blatt 2
- [17] MagicMaps GmbH, 72124 Pliezhausen, Software "Das interaktive Kartenwerk. Deutschland" v2.1.6
- [18] Deutscher Wetterdienst, einjährige meteorologische Zeitreihe (AKTerm) der Wetterstation Flensburg/Schäferhaus (190025), Zeitraum 01.01. – 31.12.2013
- [19] Umweltbundesamt / Ing.-Büro Janicke, Software Austal2000, v2.6.11-WI-x
- [20] Lakes Environmental Software, Software AustalView v9.6 TG
- [21] Lakes Environmental / WebGIS.com, SRTM3-Geländedaten (Shuttle Radar Topography Mission), Version 2
- [22] Kreis Dithmarschen, Entwurf der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“,
(https://www.dithmarschen.de/PDF/Entwurf_LSG_VO_Nordergeest_Text.PDF?ObjSvrID=2046&ObjID=2662&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1559567953), ohne Datum
- [23] Kreis Dithmarschen, Begründung der Landschaftsschutzgebietsverordnung „Nordergeest“
(https://www.dithmarschen.de/PDF/Begr%C3%BCndung_zur_LSG_VO_Nordergeest.PDF?ObjSvrID=2046&ObjID=2661&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1559567953), ohne Datum
- [24] BHF Bendfeldt Herrmann Franke Landschaftsarchitekten GmbH, Gutachten zur Schutzwürdigkeit nach § 26 Abs. 1 Nr. 2 und 3 BNatSchG i. V. m. § 15 LNatschG des geplanten Landschaftsschutzgebietes „Nordergeest“ (Kreis Dithmarschen), April 2019
- [25] Vereinigte Asphalt-Mischwerke GmbH & Co KG, Stellungnahme/Einspruch zum Entwurf der Kreisverordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Nordergeest“ vom 29.08.2019
- [26] Gemeinde Glüsing, Satzung über den vorhabensbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 „Asphaltnischwerk, Auftragnehmer/Planer: Ingenieurgesellschaft Nord GmbH, Stand 06.02.2020
- [27] Gemeinde Glüsing, Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltnischwerk“, Auftragnehmer/Planer: Ingenieurgesellschaft Nord GmbH, Stand: 16.01.2020
- [28] Staatliches Umweltamt Schleswig, immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsbescheid vom 22.12.2006, Az. G 40/2006/117
- [29] Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsbescheid vom 10.10.2014, Az. 7716/7719-G10/2014/062

Vorhaben- und Erschließungsplan

Gemeinde Glüsing

Projektbezeichnung:	Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“
---------------------	---

Projekt-Nr.:	5-189-19		
--------------	----------	--	--

Auftragnehmer/Planer:	Ingenieurgesellschaft Nord GmbH
-----------------------	---------------------------------

Waldemarsweg 1
24837 Schleswig
Tel.: 04621/30 17-0 • Fax: 04621/30 17-30
E-Mail: info@ign-schleswig.de
www.ign-schleswig.de

IGN

Geschäftsführende Gesellschafter:

Dipl.-Ing. Boyke Elsner

07.12.2020

Dipl.-Ing. Matthias Wolfrat

Datum / Unterschrift

Planung:	Moritz Hass, B.Sc.
----------	--------------------

- Stadt- und Regionalplanung -

Tel: 04621/30 17-73

m.hass@ign-schleswig.de

07.12.2020

Datum/Unterschrift

Ausführungsplanung:	
---------------------	--



**Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co.
Kommanditgesellschaft**

Wollinstraße 25
24782 Büdelsdorf



BESCHREIBUNG DER ZUM BETRIEB ERFORDERLICHEN TECHNISCHEN EINRICHTUNGEN UND NEBENEINRICHTUNGEN SOWIE DER VORGEGEHENEN VERFAHREN

Beim Betrieb der Anlage wird besonders auf den Einsatz von energieeffizienten Anlagenteilen geachtet. Es kommen ausschließlich moderne, dem Stand der Technik entsprechenden Bauteile zum Einsatz, die einen geringen Energiebedarf haben.

Im Folgenden werden die technischen Einrichtungen, die Nebeneinrichtungen sowie die vorgesehenen Verfahren beschrieben. Die Lage der einzelnen Einrichtungen auf dem Betriebsgelände sind dem beigefügten Lageplan zu entnehmen.

Die Asphaltmischanlage besteht im Wesentlichen aus drei Betriebseinheiten:

Betriebseinheit I: Materiallagerung

Betriebseinheit II: Asphaltmischanlage

Betriebseinheit III: Lagerung und Aufbereitung von Ausbauasphalt



Betriebseinheit I: Materiallagerung

Für die Asphaltherstellung ist es erforderlich, dass sämtliche für die Produktion erforderlichen Einsatzstoffe in ausreichender Menge auf dem Betriebsgrundstück vorgehalten bzw. gelagert werden.

Hierzu steht der südliche Grundstücksbereich zur Verfügung. Um die Lagerflächen optimal zu nutzen und um einer Vermischung der unterschiedlichen Einsatzstoffe entgegenzuwirken, wird in Halden und Lagerboxen gelagert.

Die Hauptfahrwege auf dem Betriebsgrundstück sind befestigt.

Die Zuführung der Einsatz- und Zuschlagsstoffe erfolgt mittels Radlader oder bei Bedarf per Gabelstapler.

Betriebseinheit II: Asphaltmischanlage

Die Hauptbestandteile:

- Doseure,
- Dosierbandstraße,
- Trockentrommel mit Mehrstoffbrenner,
- Braunkohlenstaubsilo,
- Heizöllagertank,
- Tuchfilterentstaubung mit Kamin,
- Mischturm,
- Zugabeeinrichtung für Asphalt-Granulat in den Mischer,
- Bitumentankanlage,
- Prozessmittellagertank mit Dosiereinrichtung,
- Haftmitteldosiereinrichtung,
- Füllersilos,
- Faserstoffzugabe,
- Verladesilo,
- Kompressor und
- Sonstiges

werden nachfolgend beschrieben. Die Gesamtanlage ist auf dem Lageplan dargestellt.



DOSEURE

Über eine Vordosierung werden die jeweils benötigten Mineralstoffe anteilmäßig dem Herstellungsprozess zugeführt. Für die unterschiedlichen Einzelkomponenten stehen zzt. 13 Doseure sowie 1 Mineralstoffbunker (Hochsilo) zur Verfügung.

DOSIERBANDSTRAßE

Sämtliche Doseure sind an der Dosierbandstraße (mit Überkornabscheider) angeschlossen. Hierüber werden die Einzelkomponenten nach der eingestellten Rezeptur der Trockentrommel zugeführt.

TROCKENTROMMEL MIT MEHRSTOFFBRENNER

Die Trockentrommel dient zum Trocknen und Erwärmen des feuchten Minerals auf die für den Mischprozess erforderliche Temperatur. Das mit der Dosierbandstraße herangebrachte Mineral gelangt direkt über ein Wurfband in das Trommelinnere.

Das sich drehende Trommelrohr ist innen mit halbschalenförmigen angeordneten Hubblechen ausgerüstet. Das Mineral wird durch die Hubbleche an der Trommelwandung hochgehoben und rieselt durch den heißen Abgasstrom wodurch es getrocknet und auf die für den Mischprozess erforderliche Temperatur gebracht wird.

Die Trockentrommel ist ein sog. Gegenstrom-Drehrohrföfen, d.h. das Mineral durchläuft in Neigungsrichtung das Trommelrohr im Gegenstrom zur Flammenrichtung des Brenners. Durch diese technische Ausführung bilden sich drei sog. Prozesszonen aus: die Vorwärm-, Verdampfungs- und Erhitzungszone, durch die das Mineral bis zu 350°C erhitzt und getrocknet wird. Die Stirnwände sind mit Falschlufabdichtungen verschlossen und die Mineral-Aufnahmevorrichtung ist weitgehend abgedichtet.

Der Trommelantrieb ist als Reibradantrieb mit Zwangsführung ausgeführt und erzeugt die gleichmäßige Drehbewegung des Trommelrohres. Die Drehbewegung des Trommelrohres sorgt zusammen mit den Förder-, Riesel- und Hubeinbauten für das Auflockern und Fortbewegen des Minerals. Das Austragsschaufelrad an der vorderen Stirnwand entleert das Mineral kontinuierlich in das Einlaufgehäuse des Heißelevators.

Zur Beheizung der Trockentrommel wird ein Zweistoff-Brenner für Braunkohlenstaub und Heizöl EL eingesetzt.

Der Braunkohlenstaubbrenner ist dadurch gekennzeichnet, dass er Kohlenstaub durch eine Vielzahl von Düsen in den Brenner leitet, wo er mit der Verbrennungsluft intensiv vermischt und gezündet wird. Dadurch ergibt sich eine stabile Brennerflamme, die mit geringem Luftüberschuss wirtschaftlich arbeitet.



Die Leistungs-Luftregulierung erfolgt durch Frequenzumrichter, die von der Steuerzentrale per Hand oder vollautomatisch durch Elektronikregler an den jeweiligen Energiebedarf angesteuert werden.

Die beim Erhitzen und Trocknen anfallenden Abgase, Staub sowie Wasserdampf werden vollständig abgezogen und der Entstaubung zugeführt.

BRAUNKOHLNSTAUBSILO

Für die Vorhaltung von Braunkohlenstaub wurde ein Feststoffsilo aufgestellt. Die Bauausführung ist eine Stahlkonstruktion in druckstoßfester Ausführung mit Stahlzarge und FH-Tür sowie Edelstahlausführung im Auslaufbereich mit Not-Absperrschieber. Ebenso befinden sich im Bereich des Auslaufes eine Temperaturüberwachung, eine Füllstandsonde und Luftauflockerungsleitungen, die ein kontinuierliches Fließen des Feststoffes aus dem Silo gewährleisten sollen.

Auf dem mit Rundbühne und Geländer ausgeführten Silodach bzw. am Silokörper befinden sich die zum Betrieb des Silos erforderlichen Sicherheitseinrichtungen, diese bestehen aus:

- ▶ typengeprüfter Expansionsklappe,
- ▶ Unterdruckklappe,
- ▶ Abreinigungsfilter,
- ▶ Einblasleitung mit Siebkasten,
- ▶ kontinuierliche Füllstandsanzeige,
- ▶ Intergasanschluss und
- ▶ Temperaturmessung.

Am Silokörper angebaut sind eine Füllstandsonde, die Aufstiegsleiter mit Rückenschutz und Zwischenpodest, Rohrleitungen für Inertgas bis zum Silodach und zum Filter, sowie Einblasleitung mit Absperrereinrichtung.

Die Einhaltung der Staubemissionswerte bei der Befüllung des Lagerbehälters wird über den Aufsatzfilter vom Hersteller garantiert.

HEIZÖLLAGERTANK

Für die Lagerung von Heizöl EL ist ein nach DIN 6608D gefertigter Tank aufgestellt. Der doppelwandige Tank verfügt über eine Überfüllsicherung, ein Leckanzeigegerät und Gaspendeleinrichtung. Die Aufstellung ist auf einer Betonsohle mit entsprechendem Fundament erfolgt.

Die Montage der Brennstoffleitung zwischen Tank und Brenner sowie Armaturen zur Befüllung sind durch eine Fachfirma insbesondere nach der TRbF und deren entsprechenden DIN erfolgt. Der Tank wird regelmäßig geprüft und festgestellte Mängel werden umgehend abgestellt.



ENTSTAUBUNG UND KAMIN

Der innerhalb der Trockentrommel entstehende Wasserdampf, die Rauchgase sowie die anfallenden Staubmengen werden durch einen leistungsstarken Exhaustor in eine Größflächen-Tuchfilterentstaubung abgezogen. Die staubhaltigen Rohgase werden von der Trockentrommel direkt vom Trommelkopfanschluss über verbindende Rohrleitungen dem Filter zugeführt. Außerdem sind die Übergabestellen des getrockneten Minerals sowie die Siebmachine staubdicht gekapselt. Ein Sauggebläse sorgt an diesen Stellen wie auch im gesamten Mischurm für einen konstanten Unterdruck und führt das Staub-Luft-Gemisch der Filterentstaubung zu.

Die Entstaubungsanlage besteht aus den Hauptbaugruppen Vorabscheider und Flächenfilter und ist für die Reinigung heißer, staubhaltiger Abgase (Rohgase) entwickelt worden.

Im Vorabscheider erfolgt die Abscheidung des Grobstaubes. Dieser Grobstaub wird dem Mischprozess mittels Austragsschnecke und dem Heißbecherwerk wieder zugeführt.

Im Flächenfilter erfolgt die Trennung des Feinstaubes durch Beaufschlagung der Rohgase auf die Außenflächen der Filtertaschen. Durch die innerhalb der Filtertaschen angeordneten Distanzmatten (die ein Zusammenlegen der Filtertasche verhindert) gelangen die gereinigten Gase aus der Vorderseite der Filtertaschen in den Reingasraum.

Die Reinigung der einzelnen Filtertaschen vom anhaftenden Staub wird durch eine Spüldüse vom Reingasraum mittels pulsierender Gegenspülluft vorgenommen. Beim Betrieb der Abreinigung wird nur ein geringer Anteil der gesamten filternden Oberfläche außer Betrieb genommen, so dass eine kontinuierliche Beaufschlagung des Flächenfilters bzw. eine gleichbleibende Absaugung der Trockentrommel gewährleistet ist.

Der von den Filtertaschen abgereinigte Staub fällt in den Staubsammelrumpf und wird über Austragsorgane (Doppelpendelklappe und Austragsförderschnecken) ausgetragen und dem Füllerbecherwerk zugeführt, welches den Rückfüller in ein Silo transportiert. Die gereinigten Abgase gelangen über eine Rohrleitung in den vorhandenen Kamin.

In Abhängigkeit von der Staubart und der Rohgasbeladung werden die Abreinigungsintervalle durch elektrische Zeitschaltgeräte vorgegeben. Der gesamte Abreinigungsvorgang wird vollautomatisch gesteuert.

Es besteht die Möglichkeit, Asphalt zu produzieren, ohne dass die Trocknungsanlage für Gestein läuft. Dies ist dadurch möglich, dass Gesteinskörnung im Heißmineralsilo zwischengelagert werden kann. Damit durch die Produktion entstehende Dämpfe nicht unkontrolliert in die Umgebung abgegeben werden, wird bei jedem Produktionsstart das Sauggebläse automatisch mitgestartet, um die Mischanlage im Unterdruck zu halten.



MISCHTURM

In dem Mischturm erfolgt die Absiebung, die Zwischenlagerung, Verwiegung nach Rezeptur und das Mischen.

Das mit dem Heißelevator zum Mischturm geförderte Mineral gelangt zu einer staubdichten Siebmaschine, über die es in verschiedene Komponenten abgesiebt werden kann, welche dann in Mineralbunkern lagern. Als Überfüllsicherung dient ein Überlauf aus Sammelrohren und Lagerbunker.

Entsprechend der Rezeptur werden Mineral, Füller, Bitumen, Asphalt-Granulat und andere Zuschlagsstoffe den verschiedenen Waagen zugeführt und verwogen.

Nach erfolgter Verwiegung der Charge werden die gesamten Komponenten dem Mischer zugeführt, welcher die gesamte Charge intensiv zu einer homogenen Mischung durchmischt.

Für die manuelle Zugabe von Zuschlagsstoffen ist eine pneumatische Pendelklappe verbaut.

Alle Teile der Mischanlage sind staubdicht gekapselt. Die fertige Mischung wird in einen Verfahrkübel gegeben, der das Mischgut in eine der Kammern der Verladesiloanlage befördert.

ZUGABEEINRICHTUNG FÜR ASPHALT-GRANULAT IN DEN MISCHER

Die Zugabeeinrichtung für Asphalt-Granulat in die Mischer besteht aus 2 Dose, einem Überkornabscheider sowie Förderbändern über die das Asphalt-Granulat auf die entsprechende Höhe des Mischturms gefördert wird.

Das Asphalt-Granulat wird über eine Förderschnecke in die Mineralwaage befördert und chargenweise abgewogen. Durch diese Einrichtung besteht die Möglichkeit Asphalt-Granulat einzusetzen, ohne dass es im Vorwege mit Wärme beaufschlagt wird. Der entstehende Wasserdampf wird über Absaugrohre in den Rohgaskanal der Entstaubung geführt. Das Asphalt-Granulat gelangt dann zusammen mit dem Mineral direkt in den Mischer.

BITUMENTANKANLAGE

Für die Lagerung des Bitumens sind 4 beheizte und isolierte Tanks vorhanden. Die Lagertanks sind mit Überlaufleitung, kontinuierlicher Füllstandmessung, Befüll- und Entleerleitung sowie einem Gaspendelsystem ausgerüstet. Hinter der Gaspendelleitung ist ein Sammelbehälter für die Kondensate aus der Gaspendelleitung installiert. Die Kondensate werden in einem doppelwandigen Lagerbehälter mit Leckanzeige gesammelt und fachgerecht entsorgt.

Das Bitumen kann für die Verarbeitung mit erforderlicher Prozesstemperatur gelagert werden. Die Beheizung der Bitumentanks sowie der vorhandenen Rohrleitungen erfolgt elektrisch.

Vorhaben- und Erschließungsplan

Gemeinde Glüsing

Projektbezeichnung:	Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Asphaltmischwerk“
---------------------	---

Projekt-Nr.:	5-189-19		
--------------	----------	--	--

Auftragnehmer/Planer:	Ingenieurgesellschaft Nord GmbH Waldemarsweg 1 24837 Schleswig Tel.: 04621/30 17-0 • Fax: 04621/30 17-30 E-Mail: info@ign-schleswig.de www.ign-schleswig.de	
	Geschäftsführende Gesellschafter: Dipl.-Ing. Boyke Elsner Dipl.-Ing. Matthias Wolfrat	

Planung:	Moritz Hass, B.Sc. - Stadt- und Regionalplanung - Tel: 04621/30 17-73 m.hass@ign-schleswig.de	07.12.2020 Datum/Unterschrift
----------	--	----------------------------------

Ausführungsplanung:	 Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co. Kommanditgesellschaft Wollinstraße 25 24782 Büdelsdorf
---------------------	--



PROZESSMITTELLAGERTANK MIT DOSIEREINRICHTUNG

Für die Lagerung von Prozessmittel ist ein, doppelwandiger nach DIN 6608D gefertigter Lagertank vorgesehen. Der Lagertank verfügt über eine Überfüllsicherung, ein Leckanzeigegerät und eine Gaspendelungeinrichtung.

Der Lagertank wird über eine geschlossene, fest installierte Rohrleitung mit der Bitumenwaage verbunden.

Das Prozessmittel ist eine Veredlungskomponente zur Asphaltherstellung. Je nach Rezept wird die benötigte definierte Menge über die Rohrleitungen in die Bitumenwaage gefördert. Nachdem das Bitumen- Prozessmittelgemisch chargenbezogen eingewogen wurde, wird es dem Mischprozess zugeführt.

HAFTMITTELLAGERCONTAINER MIT DOSIEREINRICHTUNG

Hierbei handelt es sich um einen zugelassenen, verschließbaren und beheizten Lagercontainer mit Auffangwanne für die Aufnahme von handelsüblichen Transportbehältern (z.B. IBC) und einer Pumpenstation.

Der Haftverbesserer wird in handelsüblichen IBC angeliefert und mittels Gabelstapler in einen Gefahrstofflagercontainer verbracht. Der IBC ist über eine Rohrleitung mit der Anlage verbunden. Je nach Rezept wird eine definierte und sehr geringe Menge Haftverbesserer mit einer Pumpe durch einen Zähler über geschlossene, beheizte und fest installierte Rohrleitung (DN 25) dem Bitumen in der Bitumenwaage zugegeben. Nachdem das Bitumen - Haftverbesserergemisch chargenbezogen eingewogen wurde, wird es dem Mischprozess zugeführt.

FÜLLERSILOS

Zur Füllerverlagerung sind zwei Hochsilos vorhanden. Die Silos sind mit Einblasrohrleitung, Überfüllsicherung mit Quetschventil, Luftauflockerung und kontinuierlicher Füllstandsmessung ausgerüstet.

Die Silos sind je mit einem Aufsatzfilter ausgerüstet. Dieser Aufsatzfilter dient zur Reinigung der Luft während des Befüllvorgangs, so dass der auftretende Überdruck staubfrei entweichen kann.

Die Einhaltung der Staubemissionswerte nach TA-Luft durch den Aufsatzfilter wird vom Hersteller garantiert.

ZUGABEVORRICHTUNG FÜR GRANULIERTE ZUSCHLAGSSTOFFE

Für die Zugabe von granulierten Zuschlagstoffen wird eine Kompakteinheit, bestehend aus: Aufgabetrichter, Waage, Schleuse, Transportleitung und Zyklon verbaut. Der Zuschlagsstoff wird chargenweise verwogen und dem Mischprozess über Rohrleitungen zugeführt.



VERLADESILO

Die Verladesiloeinrichtung besteht aus 6 gedämmten Silokammern. Die Zuführung erfolgt mittels Verfahrkübel direkt vom Mischturm. Der Verladesilo dient zur Zwischenlagerung und als Verladeeinrichtung für das Fertigprodukt.

KOMPRESSOR

Für die Druckluftversorgung der gesamten Mischanlage sind zwei Kompressoren mit Zusatzeinrichtung verbaut.

SONSTIGES

BÜRO- UND SOZIALGEBÄUDE

Im Zufahrtsbereich des Betriebsgrundstücks ist ein Büro- und Sozialgebäude errichtet. Hierbei handelt es sich um ein Holzgebäude mit ca. 100 m² Grundfläche. In diesem Gebäude befinden sich die Bedienung der Fahrzeugwaage, Büros, EDV-Anlagen sowie die Sozialeinrichtungen für die Mitarbeiter. Die Beheizung des Gebäudes erfolgt elektrisch.

STRABENFAHRZEUGWAAGEN

Direkt vor dem Gebäude befinden sich eine geeichte Straßenfahrzeugwaage. Diese Waage wird zur Abrechnung aller eingesetzten Rohstoffe und Fertigprodukte benötigt. Die Fahrzeugwaage ist geeicht.

TRAFOGEBÄUDE

Neben dem Mischturm befindet sich das Trafogebäude mit Transformator, der Mittel- sowie Niederspannungsverteilung.

UNTERSTELLHALLE

Hierbei handelt es um eine Stahlbauhalle mit Trapezblechverkleidung. Dieses Gebäude mit ca. 150 m² Grundfläche wird als Unterstellhalle, zur Reparatur von Maschinen und Geräten und zur Lagerung von Verbrauchsstoffen und Ersatzteilen genutzt. Die Beheizung erfolgt über eine heizölbetriebene Umluftheizung. An der Längsseite der Halle befinden sich 2 handelsübliche Überseecontainer, welche zur Lagerung von Verbrauchsstoffen und Ersatzteilen genutzt werden.

Für die Wartung der Maschine, Radlader und Gabelstapler Mineralöl und Fette in unterschiedlichen Qualitäten vorgehalten in einer Gesamtmenge von ca. 200 Liter. Zur Entsorgung der Altöle sowie der ölhaltigen Abfälle stehen spezielle Lagerbehälter bereit. Die Frischöle werden fachgerecht auf entsprechender Lagerwanne gelagert.



EIGENBEDARFSTANKSTELLE

In der Unterstellhalle befindet sich eine Eigenbedarfstankstelle. Der doppelwandige Lagertank mit Leckanzeige und Überfüllsicherung inkl. der Abgabevorrichtung befindet sich auf einer Betonfläche, welche gleichzeitig als Abfüllfläche dient.

Die Betonfläche ist als plane Fläche hergestellt. Für die Aufnahme von Tropfverlusten stehen zugelassene Bindemittel zur Verfügung und die Mitarbeiter sind entsprechend geschult.

Der Lagerbehälter wird regelmäßig von einem externen Sachverständigen geprüft. Sofern dieser Mängel feststellt, werden diese umgehend beseitigt.

SONSTIGE INFRASTRUKTUR

Sämtliche für den Gesamtbetrieb erforderliche Infrastruktur ist vorhanden und steht auch weiterhin zur Verfügung. Ebenso ist ein internetfähiger Telefonanschluss vorhanden.

Das gesamte Betriebsgelände ist eingefriedet und im Zufahrtsbereich befindet sich eine Toranlage, welche außerhalb der Betriebszeiten geschlossen ist. Sämtliche Gebäude sind alarmgesichert und zu einem externen Wach- und Sicherheitsdienst aufgeschaltet.

Das auf dem Betriebsgrundstück anfallende Niederschlagswasser wird der direkten Versickerung zugeführt.

In dem Sozialbereich für die Mitarbeiter fällt häusliches Schmutzwasser an. Für die ordnungsgemäße Behandlung des Schmutzwassers wird eine 3-Kammer-Kläranlage betrieben. Diese wird regelmäßig durch einen Fachbetrieb gewartet.

Zur Brandbekämpfung befinden sich auf dem Betriebsgelände ein Löschwasserbehälter sowie ein Löschwasserteich. Weiter stehen geprüfte Feuerlöscher sowie spezielle BKS-Feuerlöscher zur Verfügung.

Für Mitarbeiter und Besucher sind Parkplätze in ausreichender Anzahl vorhanden.



Betriebseinheit III: Lagerung und Aufbereitung von Ausbauasphalt

Bei Ausbauasphalt wird in zwei verschiedene Arten von Ausbauasphalt unterschieden, Ausbauasphalt in Schollen sowie Ausbauasphalt als Fräsgut.

Grundsätzlich wird nur Ausbauasphalt gemäß RuVa-StB 01 mit einem PAK-Gehalt <25mg/kg angenommen. (Abfallschlüsselnummer: 17 03 02)

Ausbauasphalt in Schollen:

Ausbauasphalt in Schollenform entsteht in der Regel bei kleineren Reparaturmaßnahmen im Bereich Rohr- und Leitungssanierung, Hausanschlüsse, etc. Die Asphaltflächen hierzu werden per Bagger aufgebrochen. Es können Schollenstücke mit einer Kantenlänge bis zu 1 m x 1 m entstehen. Diese werden per Lkw zum Betriebsgelände angeliefert, per Fahrzeugwaage eingewogen und auf dem entsprechenden Lagerplatz im Freilager gesammelt. Das Schollenmaterial muss grundsätzlich durch einen Brecher weiter aufbereitet werden.

Ausbauasphalt als Fräsgut:

Ausbauasphalt als Fräsgut entsteht aus Sanierungsmaßnahmen durch Zerkleinerung mit mobilen Fräsmaschinen. Die Fräsmaschinen verladen das zerkleinerte Fräsgut per Förderband auf Lkws, welche das Material zum Betriebsgelände bringen. Diese werden per Fahrzeugwaage eingewogen, am entsprechenden Lagerplatz im Freilager entleert und mit dem Radlader zu einer Lagerhalde aufgeschoben. Die jeweilig angelieferte Fräsgutmenge richtet sich nach der Baustellengröße. Das angelieferte Fräsgut kann weitestgehend dem Mischprozess ohne zusätzliche Aufbereitung zugegeben werden.

Die Aufbereitung von Ausbauasphalt richtet sich nach der Beschaffenheit des Ausbauasphalts sowie dem Endprodukt.

Ausbauasphalt aus Schollen wird grundsätzlich mit einem Brecher zerkleinert und auf die jeweilige Fraktion abgesiebt.

Ausbauasphalt aus Fräsgut wird nach Bedarf mit einer Brecheranlage auf die gewünschte Körnung nachzerkleinert und/oder abgesiebt.

Da die Aufbereitung von einem Subunternehmer durchgeführt wird, können verschiedene Aggregate zum Einsatz kommen.

Die zum Einsatz kommenden mobilen Aufbereitungsaggregate haben i. d. R. eine Durchsatzleistung von 200 t/h. Zum Einsatz kommen, je nach Subunternehmer z.B. folgende Aufbereitungsanlagen

- Recycling Granulator BRG 2000 der Benninghoven GmbH & Co. KG
- PM 1200 der Apollo Maschinenbau GmbH
- Mobirex MR 110 EVO der Kleemann GmbH
- oder gleichwertige.



Die Vorgaben für die Aufbereitung des Ausbauasphalts ergeben sich durch die vom Subunternehmer einzuhaltenden Randbedingungen für den Einsatz des aufbereiteten Ausbauasphalts beim Asphaltherstellungsprozess. Die Aufbereitung und Weiterverarbeitung wird in der Asphaltbranche auch unter dem Begriff „Recycling“ kurz „RC“ behandelt.

Die zum Einsatz kommenden mobilen Aufbereitungsaggregate werden nicht stationär betrieben, sondern werden bei Bedarf von einem Subunternehmer inkl. Personal angemietet und nur im nördlichen Teil des Grundstücks aufgestellt und betrieben (siehe grün gekennzeichnete Bereiche auf dem Lageplan).



VERFAHRENSBESCHREIBUNG

Im Folgenden werden alle für die Asphaltproduktion benötigten Betriebsabläufe beschrieben. Hierbei handelt es sich um:

- ▶ Warenanlieferung,
- ▶ Anlieferung von Ausbauasphalt,
- ▶ Produktionsablauf,
- ▶ Auslieferung des Produkts,
- ▶ Betriebszeiten.

WARENANLIEFERUNG

Mineralstoff:

Hauptbestandteil von Asphalt ist Mineralstoff in Form von Gestein in verschiedenen Korngrößen. Die für die Asphaltproduktion zugelassenen Mineralstoffe werden überwiegend aus Deutschland bezogen. Diese gelangen in Großchargen über Schiene und per Achse zum Betriebsgelände. Dort werden die LKW mit der jeweiligen Gesteinssorte per Fahrzeugwaage gewogen, am entsprechenden Lagerplatz entleert und mit dem Radlader zu einer Lagerhalde aufgeschoben. Aufgrund der benötigten Mengen werden die Mineralstoffe ausschließlich im Freilager gelagert.

Füller:

Der für die Asphaltproduktion benötigte Füller wird überwiegend durch die Trocknung des Gesteins selbst produziert. Ist nicht ausreichend Füller vorhanden, wird dieser per Silo-LKW angeliefert. Dieser wird per Fahrzeugwaage eingewogen und das Produkt in ein entsprechendes Lagersilo eingeblasen.

Bitumen:

Das für die Asphaltproduktion benötigte Bitumen wird per Bitumen-TKW angeliefert. Dieser wird per Fahrzeugwaage eingewogen und das Produkt in den entsprechenden Lagertank per Saugpumpe entleert.

Granulierte Zuschlagstoffe:

Die für die Asphaltproduktion benötigten Zuschlagstoffe werden per LKW in sogenannten Big-Bags zur Betriebsstätte geliefert. Diese werden per Gabelstapler entladen und in der Unterstellhalle zur weiteren Produktion zwischengelagert.



Prozessmittel:

Das für die Asphaltproduktion benötigte Prozessmittel wird per TKW angeliefert. Dieser wird per Fahrzeugwaage eingewogen und das Produkt in den entsprechenden Lagertank entleert.

Haftmittel:

Das für die Asphaltproduktion benötigte Haftmittel wird per LKW in sogenannten IB-Containern angeliefert. Diese werden per Gabelstapler entladen und in dem dafür vorgesehenen Gefahrstofflagercontainer gelagert und weiterverarbeitet.

Braunkohlenstaub:

Der für die Asphaltproduktion benötigte Braunkohlenstaub wird per Silo-LKW angeliefert. Dieser wird per Fahrzeugwaage eingewogen und das Produkt in das BKS- Lagersilo entleert.

Heizöl EL:

Das für die Asphaltproduktion benötigte Heizöl wird per TKW angeliefert. Dieser wird per Fahrzeugwaage eingewogen und das Produkt in den entsprechenden Lagertank entleert.

Dieselmotortreibstoff:

Der für den Betrieb des Radladers und des Gabelstaplers benötigte Dieselmotortreibstoff wird per TKW angeliefert. Dieser wird per Fahrzeugwaage eingewogen und das Produkt in den entsprechenden Lagertank entleert.

Ersatzteile und sonstige Verbrauchstoffe:

Die benötigten Materialien werden überwiegend per Spedition angeliefert und in der Unterstellhalle zwischengelagert.

ANLIEFERUNG VON AUSBAUASPHALT

Bei der Anlieferung von Ausbauasphalt wird in zwei verschiedene Arten von Ausbauasphalt unterschieden, Ausbauasphalt in Schollen sowie Ausbauasphalt als Fräsgut.

Ausbauasphalt in Schollen:

Ausbauasphalt in Schollenform entsteht in der Regel bei kleineren Reparaturmaßnahmen im Bereich Rohr- und Leitungssanierung, Hausanschlüsse, etc. Die Asphaltflächen hierzu werden per Bagger aufgebrochen. Es können Schollenstücke mit einer Kantenlänge bis zu 1 m x 1 m entstehen. Diese werden per Lkw zum Betriebsgelände angeliefert, per Fahrzeugwaage eingewogen und auf dem entsprechenden Lagerplatz im Freilager gesammelt. Das Schollenmaterial muss grundsätzlich durch einen Brecher weiter aufbereitet werden.



Ausbauasphalt als Fräsgut:

Ausbauasphalt als Fräsgut entsteht aus Sanierungsmaßnahmen durch Zerkleinerung mit mobilen Fräsmaschinen. Die Fräsmaschinen verladen das zerkleinerte Fräsgut per Förderband auf LKW, welche das Material zum Betriebsgelände bringen. Diese werden per Fahrzeugwaage eingewogen, am entsprechenden Lagerplatz im Freilager oder einer Schüttgutlagerhalle entleert und mit dem Radlader zu einer Lagerhalde aufgeschoben. Die jeweilig angelieferte Fräsgutmenge richtet sich nach der Baustellengröße. Das angelieferte Fräsgut kann weitestgehend dem Mischprozess ohne zusätzliche Aufbereitung zugegeben werden.

PRODUKTIONSABLAUF

Der Produktionstag beginnt grundsätzlich mit der Planung und Ausarbeitung des Abfuhrversandplanes durch den Disponenten. Der Abfuhrversandplan enthält alle wesentlichen Daten, wie Baustellen, Ansprechpartner, Uhrzeiten etc., die zur Abwicklung des Produktionstages benötigt werden.

Nach der Erstellung des Abfuhrversandplanes wird durch den Maschinisten und dem Betriebsleiter die Reihenfolge der Aufträge festgelegt. Bevor die Anlage gestartet werden kann, werden Mischgutrezepturen und Aufträge durch den Maschinisten in die Systemsteuerung eingepflegt. Damit der Radladerfahrer alle benötigten Rohmaterialien rechtzeitig bereitstellen bzw. den Doseuren zuführen kann, wird dieser ebenfalls vor Produktionsbeginn über die verschiedenen Mischgutrezepturen des Produktionstages informiert.

Wenn alle genannten Punkte abgearbeitet worden sind, wird die Mischanlage durch den Maschinisten gestartet. Der Produktionsprozess läuft, sofern keine Fehler auftreten oder Eingriffe durch den Maschinisten nötig sind, vollautomatisch. Der Radladerfahrer beschickt nun die einzelnen Doseure mit den benötigten Mineralstoffen. Über die Dosierstraße und das Einwurfband werden die Mineralstoffe der Trockentrommel zugeführt. Das Mineral durchläuft die Trockentrommel entgegengesetzt der Brennerflamme und wird auf die erforderliche Temperatur getrocknet und erhitzt. Die Temperatur der Mineralstoffe wird hier dauerhaft durch den Maschinisten kontrolliert und ggf. korrigiert. Am Ende der Trockentrommel wird das Mineral durch eine Auslaufschurre in den Heißelevator gegeben. Über den Heißelevator gelangt das Mineral auf die erforderliche Höhe und wird hier dem Heißsieb oder der Siebumgehung zugegeben.

Bei der Siebumgehung wird das Mineral, ohne es erneut zu trennen, dem Verwiegeprozess zugegeben. Bei diesem Verfahren ist es absolut wichtig, dass die Doseure exakt eingestellt sind. Eine Veränderung der Mineralzusammensetzung ist hier nicht mehr möglich. Bei der Zugabe über das Heißsieb werden die vorher zusammen erwärmten Mineralstoffe wieder auf die einzelnen Kornfraktionen getrennt. Über die Heißmineraltaschen können die Mineralien einzeln, unabhängig von der Rezeptur dem Verwiegeprozess zugeführt werden.



Je nach Rezeptur werden nun das Mineral, entweder über die Heißmineraltaschen oder die Siebumgehung, sowie die weiteren Rohstoffe wie Füller, Bitumen, Ausbauasphalt, Prozessmittel, Haftmittel und ggf. weiterer Zuschlagstoffe der Verwiegung zugeführt. Sobald alle benötigten Rohstoffe wie vorgegeben verwogen wurden, werden sie dem Mischer zugeführt und über eine festgelegte Zeit vermischt. Bei dem Mischer handelt es sich um einen Chargenmischer. Eine Mischcharge kann zwischen 1000 kg und 4000 kg groß sein.

Nach Beendigung des Mischvorganges wird die Charge über einen fahrbaren Mischgutverladekübel dem vom Maschinisten vorgewählten Mischgutlagersilo zugeführt. Bei der Übergabe des Mischgutes in den Mischgutverladekübel wird die Temperatur von dem Maschinisten kontrolliert. Sofern Abweichungen auftreten greift der Maschinist ein und stellt sicher, dass die weiteren Chargen wieder im Toleranzbereich sind.

Das Mischgut ist nun für die Abholung bereit und kann, je nach Mischgutsorte, über eine gewisse Zeit im Lagersilo verbleiben.

Nach Beendigung aller Aufträge schaltet der Maschinist die Mischanlage ab und bereitet den Tag bezüglich Produktionsstunden, eingesetzter Stoffe, Verbrauch etc. nach, sowie den neuen Tag, sofern Informationen vorliegen, vor.

AUSLIEFERUNG DES PRODUKTS

Bevor das Fahrzeug beladen werden darf, wird es auf Eignung und die Ladefläche auf Sauberkeit geprüft. Sofern das Fahrzeug ungeeignet oder die Lagerfläche ungereinigt sein sollte, wird es abgewiesen bzw. zur Nachreinigung geschickt. Sofern alles in Ordnung ist wird das Fahrzeug vom Disponenten erstgewogen (Leerwägung). Die Leerwägung dient der Ermittlung der Lademenge.

Während der Leerwägung wird dem Fahrer das Mischgutsilo eingewiesen. Nach Einweisung positioniert der Fahrer das Fahrzeug unter dem zugewiesenen Mischgutsilo und startet den Beladevorgang. Die Beladung des Fahrzeuges erfolgt ausschließlich durch den Fahrer. Sofern erforderlich, wird nach dem Beladevorgang vom Laboranten von dem Fahrzeug eine Mischgutprobe für die werkseigene Produktionskontrolle entnommen. Nach Beendigung der Beladung und Probeentnahme wird die Ladefläche abgedeckt. Die Zweitwägung des Fahrzeuges wird durchgeführt.

Durch die Differenz zwischen Erstwägung und Zweitwägung wird das Gewicht der Beladung bestimmt. Des Weiteren wird das zulässige Gesamtgewicht des Fahrzeuges überprüft. Ist das Fahrzeug überladen, muss es entladen werden und kommt nach erfolgreicher Endladung wieder zur Kontrolle und anschließender Zweitwägung auf die Fahrzeugwaage. Ist das Gewicht in Ordnung wird das Fahrzeug ausgewogen (Zweitwägung), ein Lieferschein wird erstellt und die Ware kann ausgeliefert werden.



BETRIEBSZEITEN

Aufgrund der temperaturbedingt begrenzten Lagerzeit des produzierten Asphaltmischgutes, erfolgt die Asphaltproduktion auftragsbezogen und „Just in Time“. Die Betriebszeiten richten sich nach den zu bearbeiteten Aufträgen. Die Regelarbeitszeit liegt zwischen 6:00 und 16:00 Uhr. Auftragsbezogen kann es zu längeren Arbeitszeiten, Nachtarbeit und Arbeit an Sonn- und Feiertagen kommen. Für entsprechende Ausgleichszeiten im Rahmen des ArbZG ist gesorgt. Die Richtwerte der TA - Lärm werden hierbei beachtet und eingehalten.

VORHABENSBSCHREIBUNG

RÜCKBAU DER HOCHSILOANLAGE INCL. FÖRDEREINRICHTUNG

Im östlichen Grundstücksbereich befindet sich ein Mineralstoffbunker mit 250 m³ Inhalt nebst Fördereinrichtung, Siebanlagen und Tiefbunker. Diese Anlagenteile befinden sich in einem schlechten Zustand und müssten bald erneuert werden. Eine Erneuerung der Anlage ist unwirtschaftlich und betriebswirtschaftlich nicht darstellbar. Aus diesem Grund ist geplant, die Hochsiloanlage nebst Fördereinrichtung, Siebanlagen und Tiefbunker zurückzubauen und durch einen konventionellen Mineralstoffdoseur zu ersetzen.

Der gesamte Rückbau ist gem. §63 LBO als verfahrensfreies Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen einzustufen, wodurch für den geplanten Rückbau kein zusätzliches Verfahren erforderlich ist. Die anfallenden Baumaterialien werden unter Berücksichtigung der Vorgaben aus dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) der ordnungsgemäßen Entsorgung zugeführt.

MINERALSTOFFDOSEUR

Die Hochsiloanlage für Mineralstoffe wird künftig nicht mehr benötigt. Um den reibungslosen Betrieb der Anlage weiterhin zu gewährleisten, soll ein Mineralstoffdoseur aufgestellt werden. Hierbei handelt es sich um geschweißte Stahlkonstruktionen zur Aufnahme von Mineralstoffen mit einem Füllinhalt von ca. 15 m³. Die Mineralstoffe werden mittels Radlader in die Doseure eingefüllt. Zum Austrag der Mineralstoffe ist unterhalb der Doseure ein frequenzgeregeltes Abzugsband verbaut, welches das Material zum Weitertransport auf das Dosierband fördert.

ERRICHTUNG MEHRERE LAGERHALLEN FÜR SCHÜTTGÜTER UND AUSBAUASPHALT

Schüttgüter

Asphalt besteht zu über 90% aus Gesteinskörnung. Für die unterschiedlichen Asphaltmischgutsorten sind unterschiedliche Gesteinsarten und Gesteinskorngrößen notwendig. Weiter verlangen steigende Anforderungen, neue Zusammensetzungen, neue Vorschriften und Regeln nach immer neuen Zuschlagstoffen für unser Produkt Asphalt.

Die unterschiedlichen Gesteine werden derzeit im Freilager auf den im Lageplan gegenzeichneten Flächen gelagert.

Ausbauasphalt

Wiederverwendung von Ausbauasphalt ist für die Vereinigte Asphalt Mischwerke GmbH & Co KG ökologisch und ökonomisch sehr wichtig. Auch der Ausbauasphalt wird wie vorher beschrieben im Freilager auf den im Lageplan gekennzeichneten Flächen als Halde gelagert.

Alle Schüttgüter sowie Ausbauasphalt sind der Witterung direkt ausgesetzt. Steigender Feuchtigkeitsgehalt führt zwangsläufig zu erhöhten Brennstoffverbrauch als auch zu begrenzten Zugabe-Quoten an Ausbauasphalt in dem frisch produzierten Asphalt.

Um zukünftig den Energieverbrauch zu senken und um die Zugabe-Quote an Ausbauasphalt steigern zu können, ist die Errichtung mehrerer Schüttgutlagerhallen geplant. Diese sind im östlichen und westlichen Grundstücksbereich der vorhandenen Lagerflächen geplant.

Hierbei handelt es sich um System – Schüttgutlagerhallen. Basis ist eine 4 Meter hohe Lagerbox aus Stahl oder Beton auf die eine Überdachung aufgeständert wird. Die Überdachung kann sowohl aus Stahlblech als auch aus Folie hergestellt sein.



Beispiele von Schüttgutlagerhallen